

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

BULLETIN NR.12

ZUM TODE DES BÜRGERLICHEN REVOLUTIONÄRS
MAO TSE-TUNG

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA (TEIL III)

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE ROLLE DER
DEMOKRATIE IN SPANIEN

DIE WIRTSCHAFTSKRISE IN DER BRD

WAHLEN ODER KLASSENKAMPF

BULLETIN NR. 12 —

INHALT

Zum Tode des großen bürgerlichen Revolutionärs Mao Tse-tung: Die proletarische Revolution steht auch in China noch aus	S. 1
Die soziale Bewegung in China (III) Die ursprüngliche Akkumulation	S. 6
Die konterrevolutionäre Rolle der Demokratie in Spanien am Lehrbeispiel der 30er-Jahre	S. 26
Zur Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf die BRD	S. 49
Wahlen oder Klassenkampf: Der aktive Wahlboykottismus als revolutionärer Parlamentarismus im imperialistisch-faschistischen Zeitalter	S. 100

++ ++
++

Kontaktanschriften:

Deutschland

Christina Erkadoo
Obentrautstr. 32
1000 Berlin 61 (Laden)

Schweiz

B.P. 85 Montchoisy
CH - 1000 Lausanne 19

Frankreich

Edition Programme Communiste
20, rue Jean-Bouton
Paris 12^e

Italien

Il Programma Comunista
Casella Postale 962
Milano

AUS DEM PROGRAMM DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinführt. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propaganda entzogen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

Zum Tode des großen bürgerlichen Revolutionärs Mao Tse-tung:
Die proletarische Revolution steht auch in China noch aus

"Die bürgerliche Revolution in China ist eine Revolution, die für ihr Erdteil rechtzeitig kam, wie die französische Revolution. Die kapitalistische Revolution Rußlands kam VERSPÄTET im Hinblick auf die Entwicklung ihres Erdteils: sie hat ihren Weg mit höchster Eile durchlaufen müssen und gelangte zum "Staatskapitalismus". Keine der beiden ist sozialistisch. Alle beide weben das Leichentuch des Weltkapitalismus."

Diese Sätze entnehmen wir einem unserer Parteitexte aus 1953 (1) und für die Leser, die unsere Positionen nicht oder nur flüchtig kennen, fügen wir noch hinzu, daß die russische Revolution erst durch die Zerschlagung des Weltproletariats und demzufolge auch der bolschewistischen Staatsmacht in Rußland, zu einer rein bürgerlichen Revolution wurde (worin auch das Geheimnis der angeblich linken, voluntaristischen Akkumulationspolitik Stalins, im Gegensatz zur internationalistischen Politik Lenins, liegt).

Soweit sie sich gezwungen sehen, sich mit unseren Positionen zu beschäftigen, erblicken die armen Rezensenten einen krassen Widerspruch zwischen unserer ausdrücklich erklärten "Öffnung gegenüber der chinesischen Revolution, die wir dennoch als 'objektiv bürgerlich' betrachten" sowie unserer richtigen Einschätzung der Rolle, die das persönliche Werkzeug Mao in dieser Revolution spielte, einerseits, und unserem unnachgiebigen Kampf gegen den "Marxismus-Leninismus", mit dem sich Peking schmückt (genau wie sich Moskau mit "Bolschewismus" schmückt) andererseits. Ob diese Rezensenten je in der Lage sein werden, in Stellen wie der eingangs zitierten, die Lösung dieses vermeintlichen Geheimnisses zu finden? Ob sie je verstehen werden, warum das "Manifest" von Marx und Engels einerseits ein Lobgesang der Bourgeoisie ist, als Kraft, die alle ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse vergangener Epochen umwälzt und bis dahin gefangen gehaltene Produktivkräfte stürmisch entwickelt, und andererseits *gleichzeitig eine Kriegs- und Todeserklärung an die Bourgeoisie ist*, seitens der größten unter den Produktivkräften, die sie beschwört hat - seitens ihrer proletarischen Henker? Werden sie je verstehen können, wieso und warum das "Manifest" den Kommunisten eines von vorkapitalistischen Verhältnissen noch nicht befreiten Deutschlands vorschrieb, "sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerrei" zu kämpfen, *gleichzeitig aber keinen Augenblick zu unterlassen, "bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können"* (und genau das wird Lenin später in Rußland tun)? Werden sie je verstehen können, daß für Marxisten, also für uns, die stalinistische Konterrevolution 1926-27 das Organisationsnetz der proletarischen Bewegung und - was wichtiger und tragischer ist - ihre theoretische und programmatische Rüstung vernichtete und es dadurch unmöglich machte, daß rein proletarische Bewegungen des Westens den Volksrevolutionen des Ostens die *entscheidende* Unterstützung brächten, und daß unter diesen Umständen "in diesen Ländern Asiens, wo noch patriarchalische und feudale Agrarwirtschaft herrscht", schließlich sogar "der politische Kampf der vier Klassen", *obwohl* daraus unmittelbar nur nationale und politische Mächte entstehen, doch ein Siegeselement im internationalen kommunistischen Kampf ist, *sei es*, weil dadurch neue Gebiete entstehen, wo die nachfolgenden sozialistischen Forderungen auf der Tagesordnung stehen, *sei es* wegen der Schläge, die diese Aufstände und Rebellionen dem europäischen Imperialismus zufügen" (2) - daß aber schließlich dies alles *niemals* bedeuten kann, daß man die

infame Klassenzusammenwürfelung, von der die maoistische Ideologie gerade weil Ideologie einer nationalen, bürgerlichen Revolution durchtränkt ist, in die eigene Programmatik und Taktik aufnimmt?

Daß er - wie Mao 1945 in der Schrift über die Koalitionsregierung ankündigte - das Spiel der imperialistischen Unterjochung gebrochen hat, die Last des Feudalismus zersprengte, aus dem Jagdrevier des Weltkapitalismus ein vereintes und unabhängiges China machte, einen einheitlichen Binnenmarkt schuf, das uralte Netz der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Dorfes revolutionierte, die Grundlagen und sozialen Verhältnisse des Dorfes revolutionierte, die Grundlagen für die Verbreitung der modernen Industrie und somit des modernen Proletariats im riesigen Lande erstellte: dies ist die revolutionäre, wenn zwar bürgerliche Seite des Maoismus. Daß er 1956 auf dem XVIII. Kongreß der KPCh vorgab, daß die *Volksdemokratie* im wesentlichen (!) zu einer Form der *Diktatur des Proletariats* geworden sei und in der Verfassung von Ende 1974 gar hinausposaunte, sie sei nunmehr die "Diktatur des Proletariats" schlechthin, daß er das ganze demokratische, fortschrittliche, politische, koexistenzlerische, konkurrenzlerische und warenproduktions-törige Rüstzeug, das jede mehr oder weniger "konsequente" bürgerliche Revolution hinter sich herschleppt, in China und in der ganzen Welt als letztes Wort eines erneuerten "Marxismus", einer "fortgeschriebenen Ideologie" der Lohnarbeiter von Stadt und Land in Umlauf setzte: dies ist die unheilbar konterrovolutionäre Seite des Maoismus.

Die in ihrer revolutionären Partei verkörperte und von dieser Partei geführte Arbeiterklasse hat nie gezögert, sich für das Gelingen historisch anstehender bürgerlicher Revolutionen zu schlagen und diese Revolutionen als positiven und notwendigen Schritt zu begrüßen. Sie hat es dennoch nie geduldet, "zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabzustinken", nie darauf verzichtet, "ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einzunehmen"; war immer darauf bedacht, "sich durch die hauchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger" (und nichts anderes sind die "Hedanken Mao Tse-tungs") "keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen (zu) lassen", sich immer vom Schlachtrauf der "Revolution in Permanenz" leiten zu lassen. (3)

Wo liegt also der Widerspruch, die "Ambivalenz"? In unserer Einschätzung der chinesischen Revolution, oder im ganzen Marxismus?

Wie aber unser eingangs zitierter Text erklärt, genügt es nicht, um die chinesische Revolution zu verstehen, daß man erkennt, sie sei eine *bürgerliche* Revolution, die dementsprechend in ihrem sozialen Gesicht gut gekennzeichnet wird durch den Personenkult des Demiurgen, des Individuums nicht als Werkzeug, sondern als Schöpfer der Geschichte. Nein, das genügt keinesfalls. Man muß hinzufügen, daß das Zusammenwirken der reaktionären Kumbitzung von Tschian Kai-tschek mit dem stalinistischen Opportunismus, die Theorie der "Revolution in Etappen", der ^{sich} die großen Führer des Maoismus nicht nur 1926-27 verpflichteten, sondern auch *niemals* abgelegt haben, die soziale Bewegung völlig daran hinderte, den Weg (der in der Situation der 20er Jahre ein kurzer Weg hätte sein können) einer bis zu Ende geführten und *ohne Unterbrechung in eine proletarische Revolution umschlagenden* bürgerlich-demokratischen Revolution einzuschlagen. Im Gegenteil: die soziale Bewegung mußte sich zurückziehen, um den Weg von den Tiefen des agrarischen Chinas aus, von den ökonomischen und politischen Randgebieten aus, wieder aufzunehmen, sie mußte als so den krummen, *langen*, unendlichen Weg der "Bauernrevolution" einschlagen; um zu den Städten und deren Knotenpunkt, Peking, im Laufe eines schwierigen Manövers zurückzukommen. Und weil es so war und kraft einer tragischen Entwicklung nicht anders sein konnte, blieb es der endlich errichteten "Volksrepublik" verwehrt, sich auf der Grundlage einer *großen* Landwirtschaft, auf der Grundlage einer entsprechenden, auf massiver und intensiver Kapitalakkumulation auf dem Lande beruhenden *Großindustrie*, aufzubauen. Sie mußte sich im Gegenteil auf der Grundlage einer kleinen, parzellierten, und demzufolge rück-

ständigen und lastenden Landwirtschaft aufrichten, deren labile Struktur von der Existenz einer starken und einheitlichen Zentralmacht gesichert wurde, einer Zentralmacht, die sich von den Fangarmen sowohl der imperialistischen Herrschaft als auch des Lokalismus der "Warlords" befreien konnte, um, wie vor Jahrtausenden, durch Regelung und Kontrolle des Wasserhaushaltes im Rahmen eines hoch "organischen", allgemeinen Bewässerungssystems in der Lage zu sein, die materiellen Lebensbedingungen der landwirtschaftlichen Klein- und Kleinsbetriebe sicherzustellen.

Diese Revolution war nur möglich, weil sie riesige Bauernmassen aus einem hundertjährigen Schlaf weckte und auf die Bühne der Geschichte führte, auch das zerschlagene Proletariat aufrüttelte und schließlich keineswegs unbedeutende Schichten einer "nützlichen Bourgeoisie" hinter sich zog - einer Bourgeoisie, die eine starke "Kulturtradition" hatte und seit 1912 "mutig gegen den Feudalismus und den zentralen und lokalen Despotismus mit Waffen gekämpft hatte" (4). Und eben weil sie die ganze Bevölkerung in Bewegung setzte, konnte diese Revolution den Weg für die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte und für die Verwandlung des halbkolonialen Chinas in eine Großmacht freimachen. Aber die "Volksrepublik", der "Block der vier Klassen", ist nicht über die erste Phase aller bürgerlichen Revolutionen hinausgegangen: die Einführung des kleinbäuerlichen Eigentums und Betriebs, dessen Abgeschlossenheit im engen Horizont der Autarkie, die zornige aber verzweifelte, weil langfristig unmögliche, Verteidigung eines autarkischen Ideals auf lokaler und zentraler Ebene, mit allen Auswirkungen, die das über das Schicksal des riesigen und endlich "befreiten und vereinten" Landes haben mußte. Und sie konnte und kann diese Phase nur durch einen schweren, "katastrophalen" Parcours überwinden.

Von der (übrigens behutsamen) Landverteilung (1949-53) zur sogenannten Kollektivierung mit ihren Brigaden zur gegenseitigen Hilfe und ihrer kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Genossenschaften (1953-58) von der Umgruppierung der Dorfgemeinschaften zu Kommunen (die sofort zu "sozialen Grundeinheiten der kommunistischen Gesellschaft" emporstilisiert wurden) mit ihrer Kombination von kleinster Landwirtschaft mit kleinster Industrie und sogar kleinsten Müttenwerken (!) im darauffolgenden Jahrzehnt bis zum offenen Geständnis des Scheiterns des übermenschlichen Versuchs, auf dem Lande genügend Kapital für den großen industriellen Sprung nach vorn zu akkumulieren (1962) und von dort an bis zu den späteren Wenden (einschließlich der Kulturrevolution), war und ist die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung des nachrevolutionären Chinas, die Geschichte dieses landwirtschaftlich und industriell rückständigen aber vordringenden, alle Energie der Arbeiterklasse spannenden Kapitalismus, der sich mit den ideologischen Farben des "kleinbürgerlichen Sozialismus" selbst idealisiert, die Geschichte der Widersprüche die seiner materiellen Ausgangsbasis innewohnen: Widerspruch zwischen kleinem landwirtschaftlichen Familienbetrieb und unwiderstehlichem Industrialisierungszwang; Widerspruch zwischen der objektiven Notwendigkeit, die erste Phase der bürgerlichen Umwälzung auf dem Lande zu überwinden, um in die zweite, in die Phase der Expropriation und Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe zu gehen (5) einerseits und dem Widerstand der Kleinstbauernschaft gegen diesen unumkehrbaren Prozeß andererseits; Widerspruch zwischen den Bestandteilen des fiktiven "Blocks" aus mehreren Klassen, zwischen der großen und der mittleren Bourgeoisie, die aus den Verhältnissen der Warenproduktion und der ländlichen Kleinbourgeoisie entstehen, sowie zwischen beiden und dem Proletariat; Widerspruch zwischen der Integration Chinas im Weltmarkt und im "Konzert" (besser gesagt: Kakophonie) der Nationen einerseits und dem Versuch, die vergeblich verfolgte Autarkie zu schützen andererseits; Widerspruch zwischen dem unwiderstehlichen Drang zur "Öffnung nach außen" und der immer schwächeren Tendenz, sich zu schließen und "nach innen zu wenden".

Und um zu hoffen, man könne dieses Wechselspiel von immer wieder entstehenden Widersprüchen auf der Ebene des "Bewußtseins", der politischen Pädagogie, der ideologischen Aufklärung lösen, man könne diese Widersprüche als "nicht-

antagonistische" in die höhere Harmonie des "ganzen Volkes" auflösen - dazu bedurfte es des "Romantizismus" Mao Tse-tungs. In Wirklichkeit ist es das sich fortsetzende Wechselspiel dieser Widersprüche, das die "Erträge nach vorn und Rückzieher der "Volksrepublik" - sie alle von Katastrophen begleitet, die keineswegs Naturkatastrophen sind, sondern gesellschaftlichen und ökonomischen Ursprungs - erklärt; darin liegt auch die Ursache für die periodischen "Flügelkämpfe", für den alternierenden Auf- und Abtritt von "historischen Führern", die sich plötzlich als Rechts- und Linksabweichler "entpuppen". Es ist die Widerspiegelung dieser Widersprüche "im Volke" (also in einem Regime, das sich trotz jeder beliebigen Maske eindeutig als bürgerlich erklärt), die die ständige Aktualisierung von "Gedanken" erklärt, welche dennoch auf der invarianten Grundlage des klassenkollaboristischen Populismus beruhen. Schließlich ist es die Ausbreitung dieser Widersprüche auf Weltebene, die den Schlüssel einer Außenpolitik liefert, die immer mehr dazu bestimmt ist, das formlose und vielfältige Lager der falschen Linken zu "verwundern" und zu "verwirren" - gleichzeitig den Schlüssel des nur scheinbaren Paradoxes, daß China, da es sich unabhängig machte und den Weg der Überwindung der eigenen geschichtlichen Rückständigkeit beschreitet, von den Avantgarden der Völker der "dritten Welt" gerade in dem Augenblick als Modell angesehen wird, in dem es, weit davon entfernt, den Festungen der imperialistischen Metropolen den Kampf zu erklären, im Gegenteil (wie schon in den berühmten "25 Punkten" von 1963, die als Bibel des Maoismus gelten) die "Prinzipien" der völligen Gleichheit zwischen den Staaten, des Respekts vor ihrer territorialen Unversehrtheit, ihrer Hoheit und Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die Geschäfte der anderen, der Entwicklung des Warenverkehrs zum "gegenseitigen Nutzen" und schließlich des Weltfriedens und zuallererst des Friedens mit dem ehemaligen "Papiertiger", mit den superimperialistischen USA predigt.

Die chinesische Revolution ist kapitalistisch gewesen, sie wurde aber durchgeführt. Zur Phase ihrer schwierigen Stabilisierung gelangt, integrierte und integriert sich China immer mehr als Großmacht (wenn auch zweitrangige) in das internationale Staatensystem, hat seinen Posten in der UNO, sieht alle Führer der bürgerlichen Welt dem verstorbenen "Steuermann" Reverenz und Konjelenz erweisen, alle Profitgeier nach Peking auf der Suche nach fetten Geschäften eilen. Keine "Mao Tse-tung-Ideen" werden den Knäuel der inneren chinesischen Widersprüche entwirren, sondern der doppelte Druck des Weltmarktes und der inneren Kapitalakkumulation in den Dörfern und Städten Chinas. Diese Auflösung der Widersprüche in großkapitalistischem Sinne wird nicht unter dem Zeichen einer friedlichen Entwicklung kommen, sondern von neuen Erschütterungen in der gesellschaftlichen Tiefe. Dies wird die "Zeit nach Mao" sein, deren Geheimnis bürgerliche "Politologen" in der Hierarchie der Nachfolger eifrig suchen. Die "Zeit nach Mao" kann nur das unumkehrbare Ergebnis sein, von dem, was vorher war.

Daß sich dieser gigantische Zyklus mit sozialistischem Firlefanz verkleidete und weiterhin verkleidet ist für den Marxismus kein Wunder und kein Rätsel: bereits die Thesen der III. Internationale über die Nationalitäten- und Kolonialfrage (6) - und dies 1920, als das "Erwachen Asiens" sich wie Feuer ausbreitete! - erklärten die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes "gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegungen in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen anzuhängen".

Ebensowenig ein Rätsel oder Wunder ist die Tatsache, daß sich die chinesische Laufbahn nicht nur in eine zunehmende Integration in den Weltmarkt verlängert, sondern in eine beschleunigte Integration in die Sphäre des euroamerikanischen Kapitalismus. Das war für Marxisten so wenig unerwartet, daß wir im bereits zitierten Artikel aus 1953 schrieben: "Wenn China nach Abschluß der Revolution versucht, sein Volk zum Privatkapitalismus, den es im Gegensatz zum damaligen Rußland noch nicht zu einem einzigen, von einer eisernen Militärregierung gelenkten Block zusammenschließen kann, zu beschleunigen, wird es

sich auf die westliche Wirtschaft stützen müssen".

Die proletarische und kommunistische Revolution in China muß noch kommen und sie wird als Weltrevolution kommen. Sie wird sich weder auf das "Gedankengut" Stalins bzw. seiner mehr oder weniger entarteten Erben berufen, noch auf das "Gedankengut" Maos bzw. seiner mehr oder weniger orthodoxen Nachfolger: diese "Ideen" wird sie im Gegenteil zum alten Eisen einer finsternen Vorgeschichte werfen. Dabei wird sie aber ausrufen: gut gearbeitet, alter Maulwurf!, denn die Revolutionen, die sich naiv mit jenen beiden Namen verzierern, schufen und schaffen unwiderstehlich Tag für Tag die Armee des Proletariats von Stadt und Land, die dazu berufen ist, nicht nur lächerliche ideologische Fahnen zum alten Eisen zu werfen, sondern eine ganze Produktionsweise und die Gesellschaft, die auf ihr beruht; denn jene Revolutionen schufen und schaffen weiterhin Tag für Tag die materiellen Voraussetzungen für den Kampf und den Sieg des Proletariats, öffnen ein Riesengebiet für die harte Arbeit des Wiederaufbaus der Klassenpartei nach den Verwüstungen des Opportunismus.

Dies und dies allein ist ihre historische Berechtigung: die Tatsache, ohne es zu wissen und ohne es zu wollen, das eigene Grab zu schaufeln, Soweit unsere Trauerrede für Mao.

Und jetzt führen wir, nach den Fußnoten, die Veröffentlichung unserer Untersuchung aus dem Jahre 1964 über die "Soziale Bewegung in China" in den nächsten Seiten fort.

- (1) "Malenkow, Stalin: Tappa, non tappa", in "Il Programma Comunista" Nr. 6, 1953
Wir setzen Staatskapitalismus hier in Anführungsstriche, weil in der marxistischen Einschätzung in Rußland noch kein voller Staatskap. besteht, sondern +)
- (2) Zitate aus unserem Text "Le rivoluzioni multiple", April 1953, Neudruck in "Per l'organica sistemazione dei principi comunisti", Mailand 1973)
- (3) Zitate aus Marx/Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850 - MEW Bd. 5
- (4) Struttura economica e sociale della Russia d'oggi, Buchausgabe, Mailand 1975
- (5) Hierin liegt auch der Schlüssel für den wirklichen und entscheidenden Sprung nach vorn in Richtung mindestens eines Zitters von Staatskapitalismus in Rußland, in Richtung mindestens auf die großflächige Landwirtschaft der Kolchose, obwohl auch diese Form rückständig ist und die Parzellenwirtschaft bestehen läßt und verewigt.
- (6) Die Thesen der Internationale wurden abgedruckt in "Bulletin der IKP" Nr. 11, Juli 1976

+ Staatsindustrialismus

+ + +

Eine eingehende marxistische Kritik der "Mao Tse-tung-Ideen" findet der Leser in

LA "PENSÉE DE MAO", EXPRESSION DE LA RÉVOLUTION
DÉMOCRATIQUE BOURGEOISE EN CHINE ET DE LA CONTRE-RÉVOLUTION
ANTI-PROLÉTARIENNE MONDIALE"

in "Programme Communiste" Nr. 62 (1. Teil) und 63 (2. Teil)

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA - 3. Teil

(der erste und zweite Teil dieser Reihe erschienen in Bulletin Nr. 10 und Bulletin Nr. 11)

Wir haben im letzten Artikel gesehen, welche Stellung die nationale und koloniale Frage in der marxistischen Theorie einnimmt. Die Errichtung eines nationalen Staates, die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft, bilden auf keinen Fall das Ziel der politischen Kämpfe des Proletariats oder das Ergebnis seiner sozialen Bestrebungen. Der Stalinismus hat die Oktoberrevolution so vollständig negiert, daß er sie heute als blosses Vorspiel für die Akkumulation des Kapitals in Rußland ansieht. Somit stellte er sich auf dieselbe Ebene wie die Sozialisten der II. Internationale, die nichts unversucht gelassen haben, um die revolutionäre Explosion von 1917 abzuriegeln und auf eine bürgerliche Revolution zu reduzieren. Die Bolschewiki waren aber keine verwirrten Jakobiner: sie gründeten die kommunistische Internationale, riefen das Weltproletariat zum Klassenkrieg auf und verliehen somit dem Zusammenbruch des Zarenreiches eine ganz andere Ausstrahlungskraft und Dimension. Wie Marx und Engels vorausgesehen hatten, zog die russische Revolution das bürgerliche Europa an den Rand des Abgrunds.

Die Gründer des Marxismus hatten von der chinesischen Revolution dieselben Rückwirkungen erwartet. Wir haben gezeigt, warum diese Erwartung enttäuscht wurde. Das Proletariat hat in China ohne Klassenführung gekämpft: die moskauer Internationale hat ihm die nationale Strategie der Kuomintang wie ein Halseisen aufgezwungen. Mao Tse-tung hat diese Politik keineswegs "berichtigt": er war im Gegenteil deren Erbe und Fortsetzer. Nach dem Beispiel des stalinistischen Rußlands, predigt China sein Modell des Wirtschaftsaufbaus als höchsten Erfolg und einzige Perspektive des "Sozialismus". In den kapitalistischen Metropolen begnügt sich die chinesische "Internationale" damit, "Gesellschaften der Freunde Chinas" zu gründen, wo sich liberale Bourgeois, Teetrinker und Briefmarkensammler treffen. Das neue "Vaterland des Sozialismus" hat nicht einmal die moskauer Formel des "Sozialismus der Nationen" wieder aufgewärmt.

In diesem Artikel wollen wir zeigen, wie die strategischen und taktischen Positionen des Proletariats in der nationalen und kolonialen Frage auf der Untersuchung und Voraussicht der vom Kapital entfesselten ökonomischen Gegensätze beruhen. Durch die Bildung des Weltmarktes konnten sich die kapitalistischen Metropolen Kolonien ergattern. Auf dem Weltmarkt fanden diese Kolonien die Bedingungen ihrer Befreiung, und es ist schließlich auch dieser Weltmarkt, der über ihre kapitalistische "Entwicklung" entscheidet. Keine einzige Form der Unabhängigkeit, kein eiserner Vorhang, können eine "nationale" Wirtschaft vom harten Gesetz des Weltmarktes befreien. Das kapitalistische System hat zwar im nationalen Staat sein bestes Herrschaftsinstrument, das kapitalistische System ist aber ein *Weltsystem*. Es entstand und lebt aus der permanenten Revolutionierung der Verhältnisse zwischen den Menschen, den Völkern und den Kontinenten. Die Untersuchung dieser anarchischen Beziehungen und ihrer Bruchstellen, gleichzeitig die Untersuchung der Reflexe dieser Gegensätze auf die Verhältnisse zwischen den Klassen, bilden die Grundlage aller marxistischen Positionen zur nationalen und kolonialen Frage.

Der Marxismus ist also weit davon entfernt, die Apologie der Staaten oder ihrer ökonomischen "Entwicklung" zu machen. Das proletarische China hätte wohl einen der Schlüssel der sozialen Revolution im Westen liefern können. Das bürgerliche China kann hingegen ebensowenig wie ein anderes Land, so "entwickelt" es auch sein mag, das Geschick der kapitalistischen Welt, und übrigens nicht einmal sein eigenes, bestimmen.

DIE ENTWICKLUNG DES CHINESISCHEN KAPITALISMUS UND DIE IMPERIALISTISCHE HERRSCHAFT

Zwischen der Öffnung Chinas für den Welthandel (oder besser für die englische Räuberei) und der Gründung der "Volksdemokratie", also dem vollständigen Sieg der kapitalistischen Produktionsweise, verging ein Jahrhundert. Es ist nicht unsere Absicht, hier die Geschichte dieser Periode zu skizzieren, und auch nicht, alle Fälschungen der offiziellen Geschichtsschreibung zu entlarven. Wir sind keineswegs darüber erstaunt, daß die ernsthaftesten Lehrbücher des maoistischen Chinas die bedeutensten Seiten von Marx, Engels oder Lenin unter Schweigen begraben. Das ist verständlich, weil letztere von ganz anderen Überlegungen ausgehen, als die Herrscher des neuen Chinas. Wir haben ihre "Widerlegung" der marxistischen Theorie der asiatischen Produktionsweise kritisiert. Jetzt geht es darum, die Entwicklung des Kapitalismus in China zu erörtern und die These zu widerlegen, die im Sieg des Kapitals das Endziel jeglicher sozialer Bewegung und den Rahmen jedweden "Fortschritts" erblickt.

a) WAS MAN URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION NENNT

Das erste Buch des "Kapitals" geht von der Untersuchung des Geldes, des Kapitals und des Mehrwerts in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft aus (England im XIX. Jahrhundert), um ihren Entstehungsprozeß zu schildern und bis auf die Geheimnisse der "ursprünglichen Akkumulation" zurückzugehen.

"Man hat gesehen, wie Geld in Kapital verwandelt, durch Kapital Mehrwert und aus Mehrwert mehr Kapital gemacht wird. Indes setzt die Akkumulation des Kapitals den Mehrwert, der Mehrwert die kapitalistische Produktion, dieser aber das Vorhandensein größerer Massen von Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus. Diese ganze Bewegung scheint sich also in einem fehlerhaften Kreislauf herumzudrehen, aus dem wir nur hinauskommen, indem wir eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende "ursprüngliche" Akkumulation ("previous accumulation" bei Adam Smith) unterstellen, eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt." "Diese ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie." (Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 741).

Nachdem er das Rätsel der Geldform und den Ursprung des Mehrwerts entschleiert hat, geht Marx also auf diese "Erbsünde" der Nationalökonomie zurück, keineswegs aber um sie "freizusprechen", sondern um im Gegenteil aufzuzeigen, mit welcher Leichtfertigkeit der reife Kapitalismus seine Jugendsünden vergißt, wie Chruschtschow die Sünden Stalins und Kossygin die Sünden Chruschtschows "vergessen", um das Lob der "Wohlstandsgesellschaft" und des Profits besser singen zu können. Marx verfolgt daher die Geschichte der Kolonisation, um das Gedächtnis der englischen Bourgeois aufzufrischen. Konnte er sich vorstellen, daß die alten englischen Kolonien ein Jahrhundert später die Fahne des Sozialismus schwenken würden, nicht um sie auf den London Tower zu stecken, sondern um das Elend ihrer eigenen ursprünglichen Akkumulation zu verschleiern? Heutzutage wird der "Sündenfall" des russischen oder chinesischen, jugoslawischen oder indischen Kapitalismus "sozialistischer Aufbau" genannt.

Zunächst deckt Marx den sogenannten friedlichen und harmonischen Charakter der ursprünglichen Akkumulation auf:

"In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle: Recht und "Arbeit" waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von "diesem Jahr". In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch." (ebda S. 742).

Marx widmet mehrere Seiten des "Kapitals" der Beschreibung der Bauernenteignung, der "Blutgesetzgebung wider Vagabundage", unerlöbliche einleitende Takte der Lohnknechtschaft. Er begnügt sich aber nicht mit Geschichtsschreibung: er zeigt, daß das, was dem England des XIX. Jahrhunderts als ferne Vergangenheit scheinen könnte, die blutige Wirklichkeit der englischen Kolonien darstellt. Marx läßt sich die Sicht nicht durch das "Vaterland des Kapitalismus", durch die Trugbilder seiner "Nationalökonomie" und seiner "Entwicklung" versperren. Er zeigt uns die kapitalistische Revolution als widersprüchliches und weltweites Phänomen.

"Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen, mit dem Erdrundels Schauplatz. Er wird eröffnet durch den Abfall der Niederlande von Spanien, nimmt Riesen umfang an in Englands Antijakobinerkrieg, spielt noch fort in den Opiumkriegen gegen China usw."

"Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschulden-system, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z.B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz." (ebda S. 779).

Heute noch gibt es keine ehemalige Kolonie in Afrika oder Asien, deren Bourgeoisie nicht die Bereicherung durch Recht und Arbeit im Respekt vor dem allmächtigen Nationalstaat predigt. Dies ist das ABC des Stalinismus. Hinter den Schlagworten "Recht auf Arbeit" und "das Land dem, der es bebaut", verbirgt sich die massenhafte Expropriation, die Verwandlung von Hunderten Millionen Menschen in Proletarier - von Rußland bis China, von Afrika bis Südostasien. Und selbst wenn diese Entwicklungsmethoden nicht immer auf direkter Gewaltanwendung beruhen, wie Marx sagt, so benutzen sie alle die Staatsmacht, um den Übergang zur Kapitalherrschaft gewaltsam zu beschleunigen. Genauso, wie England die Methoden ihrer Vorgänger systematisch zusammenfaßte, versuchen die neuen Konkurrenten des XX. Jahrhunderts alle Methoden des Kapitalismus zu kombinieren: Kooperation und Bauern Eigentum, Weltmarkt und Protektionismus, "Sozialismus" und Ausbeutung der Lohnarbeit.

In seiner Entlarvung der politischen Ökonomie befaßt sich Marx mit den Kolonisationstheorien, insbesondere mit Wakefields sogenannter Theorie der "systematischen Kolonisation". Es ging darum zu zeigen, wie wenig die Wirklichkeit der kapitalistischen Akkumulation dem apologetischen Schlagwort der bürgerlichen Gesellschaft, den sogenannten Menschen- und Bürgerrechten, entspricht. Wenn wir uns die Ideen der "systematischen Kolonisation", die darauf abzielten, in den Kolonien Lohnarbeiter zu fabrizieren, näher anschauen, werden wir darin den Keim aller "sozialistischen Systeme" unserer modernen Entkolonierer entdecken können.

"Auf diese fertige Welt des Kapitals" (Europa Mitte des vorigen Jahrhunderts) "wendet die politische Ökonomie mit desto ängstlicherem Eifer und desto größerer Salbung die Rechts- und Eigentumsvorstellungen der vorkapitalistischen Welt an, je lauter die Tatsachen seiner Ideologie ins Gesicht schreien."

"Widers in den Kolonien. Das kapitalistische Regiment stößt dort überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eigenen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert statt den Kapitalisten. Der Widerspruch dieser zwei diametral entgegengesetzten ökonomischen Systeme betätigt sich hier praktisch in ihrem Kampf." (ebda S. 792).

Marx zeigt hier eine wichtige Tatsache der nationalen und kolonialen Frage, nämlich die Möglichkeit für einen Teil der ausgebeuteten Massen der Kolonien, sich der Widersprüche der bürgerlichen Ideologie bewußt zu werden und diese zurückzuweisen, wie das Proletariat in den kapitalistischen Metropolen. Gerade der offene, ungeschminkte Kampf der "nationalen" Bourgeoisie und des Weltimperialismus, um diese Bauernmassen zu expropriieren, kann ihr Bewußtsein fördern und sie u.U. für einen entscheidenden Augenblick auf das Terrain des Proletariats stellen: welch ein Unterschied zwischen dem Schicksal des englischen "yeoman" des 17. Jahrhunderts und dem des russischen Muschiks, Soldat der Oktoberrevolution!

"Dasselbe Interesse, welches den Sykorrhanten des Kapitals, den politischen Ökonomen, im Mutterland bestimmt, die kapitalistische Produktionsweise theoretisch für ihr eigenes Gegenteil zu erklären, dasselbe Interesse ihn hier" (in den Kolonien) "to make a clean breast of it" (die Sache offen auszusprechen) und den Gegensatz beider Produktionsweisen zu proklamieren. Zu diesem Behuf weist er nach, wie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, Kooperation, Arbeitsteilung, Anwendung der Maschinerie im großen usw. unmöglich sind ohne die Expropriation der Arbeiter und die entsprechende Verwandlung ihrer Produktionsmittel in Kapital. Im Interesse des sog. Nationalreichtums sucht er nach Kunstmitteln zur Herstellung der Volksarmut. Sein apologetischer Panzer zerbröckelt hier Stück für Stück wie mürber Zunder." (ebda S. 793)

Wir sind hier weit entfernt von den russisch-chinesischen Hymnen an die "industrielle Entwicklung", von den Erklärungen über die "Freiheit", die "ökonomische Selbständigkeit" und das "auf Arbeit beruhende Eigentum". Marx deckt in der kolonialen Räuberei die Wirklichkeit der kapitalistischen Akkumulation auf und zeigt, wie Wakefields Kolonisationstheorie das nec plus ultra unserer modernen "Entwicklungstheorien" und anderer "Theorien des sozialistischen Aufbaus" ist. Weisen wir zunächst darauf hin, daß die Ideen von Wakefield in Amerika angewendet wurden, um einen scheinbar unlösbaren Widerspruch, der die ganze Entwicklung der USA hinderte, zu lösen: nämlich die Notwendigkeit, daß das Land Volkseigentum bleibt, um neue Kolonisten anzuziehen und die nicht geringere Notwendigkeit des Kapitals, dem freien Produzenten das Land zu entreißen. Wir werden auf diese "Schwierigkeiten" zurückkommen bei der Untersuchung der bürgerlichen Rezepte Mao Tse-tungs. Wir möchten hier nur noch hinzufügen, daß nicht die "Ideen" von Wakefield das Problem der kapitalistischen Entwicklung der USA lösten, sondern Umwälzungen einer ganz anderen Dimension.

Worum es uns hier geht, sind die Voraussetzungen für den Ausgangspunkt der "systematischen Kolonisation". Wakefield liefert uns eine eigene Fassung des "Sozialvertrags":

"Die Menschheit...adoptierte eine einfache Methode zur Förderung der Akkumulation des Kapitals, sie teilte sich in Eigner von Kapital und Eigner von Arbeit...diese Teilung war das Resultat freiwilliger Verständigung und Kombination." (ebda S. 795).

Warum sollten die Entwicklungsländer nicht einen solchen Vertrag mit verbesserten Klauseln wiederholen?

"Nun sollte man glauben" - kommentiert Marx - "der Instinkt dieses selbstent-sagten Fanatismus müsse sich namentlich in Kolonien den Zügel frei schießen lassen, wo allein Menschen und Umstände existieren, welche einen contrat

social aus dem Traumreich in das der Wirklichkeit übersetzen könnten."

Und das ist nicht allein die "Idee" des ehrwürdigen Wakefield, sondern auch von Stalin, Mao, Ben Bella und alle anderen "nationalen Sozialisten", die uns, wie Marx sagt, glauben machen möchten, daß "die Masse der Menschheit sich selbst zu Ehren der 'Akkumulation des Kapitals' exproprierte"!

Von den Opiumkriegen bis zu den "Sprüngen nach vorn" war es jedoch niemals so!

5) DIE "ÖFFNUNG" CHINAS: HANDEL UND OPIUM

Um den Unterschied zwischen der offiziellen chinesischen Geschichtsschreibung und unserer Auffassung der historischen Entwicklung klar herauszustellen, schlagen wir für einen Augenblick das Lehrbuch "Histoire generale de la Chine" auf, das 1958 von der chinesischen Gesellschaft für Geschichtsforschung in Peking veröffentlicht wurde.

Die Autoren wählten das "republikanische" Jahr 1911 für die Teilung der modernen chinesischen Geschichte. Vor dem Umsturz der Mandschurendynastie hätten wir die "Epoche der demokratischen Revolution des alten Typs", nach 1911 die "Epoche der Revolution der neuen Demokratie und des Übergangs der neuen Demokratie zum Sozialismus". Wenn wir aber, immer noch von diesem Taschenspielertrick geblendet, versuchen, zwischen der Demokratie "alten Typs" und der "neuen" Demokratie zu unterscheiden, werden wir feststellen, daß den bürgerlichen Demokraten à la Sun Yat-sen eine unerwartete Vaterschaft bezeugt wird: die des maoistischen "Sozialismus". Selbst die Teilung der Geschichte in "altes" und "neues" Testament versetzt uns in "Staunen". Wir sehen darin, wie die Demokratie wächst und sich vermehrt - bis zur Offenbarung des "Sozialismus". Wir sehen darin die paradoxe Kurve einer "nationalen" Bourgeoisie, die in dem Maße, in dem sich die Kapitalherrschaft festigt, immer "revolutionärer" wird. Und der ganze Unterschied zwischen der Demokratie "alten Typs" und der "neuen" Demokratie faßt sich wie folgt zusammen: während die Kompradorenbourgeoisie durch ihre Kompromisse mit dem ausländischen Imperialismus die Interessen des Vaterlandes verrät, sind die Bourgeois der "neuen Demokratie" endlich "nationale" Bourgeois geworden.

Lassen wir aber die dynastische und republikanische Chronologie beiseite. Die Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus in China zeigt uns ein grundverschiedenes Bild. Zunächst haben wir die "Öffnung" Chinas durch die englischen und französischen Kanonen. Dieses goldene Zeitalter des europäischen Kapitalismus entwickelt sich bald zum Imperialismus und zur Erscheinung neuer Konkurrenten - Rußland Japan und die USA - in China. Der Vertrag von Shimonoseki, der 1895 nach dem japanisch-chinesischen Krieg abgeschlossen wurde, markierte den Anfang dieser neuen Phase der Aufteilung Chinas in Einflusssphären für den Kapitalexport. Dieses Datum stellt neben dem Boxeraufstand einen viel wichtigeren Schnitt in den Beziehungen zwischen dem Weltimperialismus und der nationalen Bewegung Chinas dar. In den Augen unserer Mandarine ist dies wohl aber viel zu viel auf der Linie des "Imperialismus" von Lenin, berücksichtigt wohl viel zu viel die großen Ströme der Weltgeschichte und viel zu wenig die Geschichte der chinesischen Kaiser...

Auf Seite 107 der "Histoire generale" lesen wir noch folgendes:

"Die reaktionären feudalen Kräfte wurden durch die zwei Opiumkriege nach und nach an die ausländischen Kapitalisten, die gekommen waren, um China zu berauben, gebunden. Sie haben sich miteinander zusammengetan, um die revolutionäre Bewegung des chinesischen Volkes zu ersticken. Sie versperrten den Weg der selbständigen Entwicklung der feudalen Gesellschaft zum Kapitalismus, den China einschlagen sollte, und zwangen China das tragische Schicksal eines halbkolonialen und halbfeudalen Landes auf". (von uns hervorgehoben, (KP)).

Peking entdeckt also nach den "nationalen Wegen zum Sozialismus" auch die "nationalen Wege zum Kapitalismus". Letztere könnten freilich weniger "originell" erscheinen, ist ja der Nationalstaat typisch für den Kapitalismus. Eine solche Auffassung ist nichtsdestotrotz grundfalsch. Die nationale Geschichtsschreibung des Maoismus tritt zunächst in Widerspruch zu sich selbst, zu ihren heiligen Prinzipien. Wie würde in der Tat der "Weg einer selbständigen Entwicklung der feudalen Gesellschaft zum Kapitalismus" im Chian der "Demokratie alten Typs" aussehen? Wir können uns nur einen vorstellen: den Weg der an die Interessen des Weltimperialismus gebundenen Kompradorenbourgeoisie. Die Geschichtsschreiber der "Neuen Demokratie" haben diesen Weg immer als "bürokratischen Kapitalismus" angeprangert. Es gibt also aber einen anderen Weg, der vom Sieg Maos geöffnet wurde und sich mit recht als "selbständig" erklärt, der Weg des sog. "sozialistischen Aufbaus". Soll man darin ein Geständnis erblicken?

Die nationale bürgerliche Ideologie, die die Geschichte der Staaten in ihrer Art zurechtschreibt, so wie sie sich die Mythe eines "Sozialvertrags" als Legitimierung ihrer Klassenmacht vorstellt, tritt jedoch auch in Widerspruch zur Wirklichkeit der kapitalistischen Entwicklung. Marx hat dies in Bezug auf England, der Heimat des Kapitals, gezeigt: England konnte seine Herrschaft nur durch die Umwälzung und Ausbeutung der ganzen Welt festigen. Diese Abhängigkeit vom Weltmarkt und von der Weltpolitik ist noch stärker bei dem Opfer des Imperialismus, den Kolonialländern, die ihrerseits nach einer "unabhängigen Entwicklung" trachten. Die apologetische Geschichtsschreibung verfälscht völlig die Rolle, die der europäische Kapitalismus im vorigen Jahrhundert bei dem Erwachen Asiens spielte. Weit davon entfernt, die Entwicklung Asiens "blockiert" zu haben, hat er sie im Gegenteil beschleunigt und der alten asiatischen Produktionsweise einen entscheidenden Schlag versetzt.

Zur "Manufaktur der Welt" geworden, konnte das bürgerliche England die Baumwolle- und Seidenerzeugnisse des kleinen chinesischen Familienhandwerks nicht weiter importieren. Andererseits konnte es ebensowenig auf einen so weiten Markt für seine Industrieerzeugnisse verzichten, da in Europa neue Konkurrenten auftraten. Die Mandschulynastie verteidigte aber hartnäckig ihre Macht und mißtraute verständlicherweise den westlichen Händlern. 1759 setzte sie durch das Dekret "Fünf Verkehrungen gegen die Ausländer" (Fang-yi wen-shi) der Bewegungsfreiheit der Barbaren enge Grenzen. Die "Verkehrungen" waren im einzelnen: 1. die Ausländer dürfen den Winter nicht in Kanton verbringen; sie sollen zur festgesetzten Zeit in ihre Heimat zurückkehren oder in Macao bleiben. 2. sie sollen während ihres Aufenthaltes in Kanton in den Niederlassungsgebäuden bleiben; sie dürfen keine Waffen tragen und nicht nach Belieben ausgehen; 3. sie dürfen den Chinesen kein Geld leihen und keine Chinesen als Diener einstellen; 4. sie dürfen keine Chinesen zur Übermittlung von Nachrichten verwenden; 5. die in Kanton ankernenden Schiffe müssen unter ständiger chinesischer Kontrolle bleiben. Die Maßnahmen wurden in den Jahren 1809, 1831 und 1835 noch verschärft. Der gesamte Fremdhandel wurde praktisch auf Kanton beschränkt und vollzog sich allein über vom Staat privilegierte chinesische Firmen, die sog. Cohong.

1834 - das Jahr, an dem das Monopol der East India Company über den Chinahandel zu Ende ging - machten sich die Folgen der englischen industriellen Revolution noch nicht auf den englisch-chinesischen Handel bemerkbar. Im Gegenteil, das Defizit der englischen Handelsbilanz nahm ständig zu. Die Einfuhr des chinesischen Tees - der im mageren Arbeiterbrakfast den Platz der Milch eingenommen hatte - nahm einen beträchtlichen Umfang an. Und das Handelsdefizit mußte mit Gold und Silber Leglichen werden!

Es ist bekannt, was England erfunden hat, um diesen Schwund von Edelmetallen zu stoppen. Bis zum 13. Jahrhundert wurde das Opium lediglich als Medikament verwendet. Aber 1773 ergriffen die Leiter der East India Company die Initia-

tive, den Mohnanbau in Indien zu entwickeln und den Rauschgifthandel nach China hineinzutragen. Das Opium wurde sehr teuer verkauft und glich die Teekäufe aus. Die Abschaffung des Handelsmonopols der East Indian Company erleichterte dazu den Schmuggel. Der Widerstand der chinesischen Autoritäten, die Beschlagnahme und Vernichtung von tausenden von Rauschgiftkisten in Kanton, lösten den ersten Opiumkrieg aus (1839-1842). Der Vertrag von Nanking (1842), der nach dem zweiten Opiumkrieg durch die Verträge von Tientsin bestätigt wurde, eröffnete die lange Reihe von "ungleichen Verträgen", die die imperialistischen Mächte China aufzwingen. China mußte weitere Häfen für den Außenhandel freigeben, Hongkong an England abtreten und vor allem auf jede selbständige Zollpolitik verzichten. Die Wareneinfuhrzölle durften 5% des Wertes nicht übersteigen, und Ende des Jahrhunderts sollte dieser Satz noch weiter auf 3% reduziert werden. Die englischen Kaufleute jauchzten bei der Perspektive von unbegrenzten Absatz. Sie sollten aber bald enttäuscht werden.

In einem seiner ersten Artikel über die Ereignisse in China zeigte Marx den Zusammenhang zwischen dem Opiumkrieg und der Taiping-Bewegung. Die Untergrabung der kaiserlichen Autorität, der Ruin des häuslichen Handwerks infolge der englischen Industriekonkurrenz, die Verschärfung der Steuerlast der Bauernschaft, all diese Faktoren setzten der tausendjährigen Stabilität Chinas ein Ende:

"Die langsam aber regelmäßig steigende Übervölkerung des Landes machte die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse schon lange sehr drückend für die große Majorität der Nation. Da kamen die Engländer und erzwangen sich den freien Handel nach fünf Häfen. Tausende von englischen und amerikanischen Schiffen segelten nach China, und in kurzer Zeit war das Land mit wohlfeilen britischen und amerikanischen Maschinenfabrikaten überfüllt. Die chinesische, auf der Handarbeit beruhende Industrie erlag der Konkurrenz der Maschine. Das unerschütterliche Reich der Mitte erlebte eine gesellschaftliche Krise. Die Steuern gingen nicht mehr ein, der Staat kam an den Rand des Bankrotts, die Bevölkerung sank massenweise in den Pauperismus hinab, brach in Empörungen aus, mißkannte, mißhandelte und tötete des Kaisers Mandarine und Fohis Benzen. Das Land kam an den Rand des Verderbens und ist bereits bedroht mit einer gewaltigen Revolution. Aber noch schlimmer. Unter dem aufrehrerischen Plebs traten Leute auf, die auf die Armut der einen, auf den Reichtum der anderen hinwiesen, die eine andere Verteilung des Eigentums, ja die gänzliche Abschaffung des Privateigentums forderten und noch fordern." (MEW Bd. 7, S. 221 f.)

Das klingt ganz anders als die maoistische Geschichtsschreibung! Nicht vom Gesichtspunkt seiner "selbständigen Entwicklung" betrachtet Marx die Öffnung Chinas für den Weltmarkt, sondern als Resultat der Kapitalexpansion und als sicheres Indiz für neue Krisen und Revolutionen. Ohne sich über den chinesischen "Sozialismus der Taipings Illusionen zu machen, fragt sich Marx über die Chancen einer bürgerlichen Revolution in China, einer Revolution, die der Profitgier des weißen Imperialismus eine Schranke aufstellen und dem alten Europa einen neuen revolutionären Stoß gegen würde:

"Der chinesische Sozialismus mag sich nun freilich zum europäischen verhalten wie die chinesische Philosophie zur Hegelschen. Es ist aber immer ein ergötzliches Faktum, daß das älteste und unerschütterlichste Reich der Erde durch die Kattunballen der englischen Bourgeois in acht Jahren an den Vorabend einer gesellschaftlichen Umwälzung gebracht worden ist, die jedenfalls die bedeutendsten Resultate für die Zivilisation haben muß. Wenn unsere europäischen Reaktionäre auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pforten, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen, wer weiß, ob sie nicht darauf die Überschrift lesen: République chinoise - Liberté, Egalité, Fraternité." (MEW Bd. 7, S. 222)

Marx schrieb diese Zeilen im Februar 1850, zum Zeitpunkt des Taipingaufstands. Genau ein Jahrhundert mußte man warten, bis China diese Inschrift vorzeigen konnte. Und trotz der "sozialistischen" Literatur hat diese Revolution unsere Reaktionen in Europa und Amerika nicht sonderlich erschreckt, sie führte auch nicht zu ihrem Ruin. Im Gegenteil! Die Regierung des ultrakonservativen Englands "erkannte" die Volksrepublik China am 6. Januar 1950 an und behielt Hongkong. Am 14. Februar war der ortreaktionäre Wyschinski an der Reihe, der in Moskau mit einem Bündnis-, Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag mit China, die mit der Anerkennung vom 2. Okt. 1949 eingeleiteten offiziellen Beziehungen zum "Bruderstaat festigte".

Mitte des vorigen Jahrhunderts erwartete Marx keine proletarische Revolution in China. Er erwartete aber, daß die bürgerliche Revolution tödliche Folgen für den westlichen Kapitalismus haben würde: Zusammenschrumpfung des Marktes, Handelskrise und soziale Revolution in Europa. Er hat diese Perspektive aber niemals mit einer "selbständigen Entwicklung" des chinesischen Kapitalismus oder mit einem "fruchtbaren" Warenaustausch mit dem Ausland verbunden.

c) MARX UND CHINA

In einer Reihe von Artikeln, die zwischen 1853 und 1860 in den "New York Daily Tribune" erschienen, untersuchte Marx die chinesische Lage nach dem ersten und während des zweiten Opiumkriegs. Der Artikel "Revolution in China und in Europa" (14. Juni 1853) stellt die britische Expansion in Asien, den Taiping-Aufstand und die drohende neue Krise in Europa als Glieder einer selben Kette dar:

"Was immer die sozialen Ursachen sein mögen, die zu den chronischen Aufständen in China in den letzten Jahren geführt und die sich jetzt zu einer einzigen ungeheuren Revolution zusammengeballt haben, und welche religiösen, dynastischen oder nationalen Formen sie annehmen mögen: ausgelöst wurde dieser Ausbruch ohne Frage dadurch, daß die englischen Kanonen China das Opium, ein Rauschgift, aufzwangen. Vor den britischen Waffen ging die Autorität der Mandschu-Dynastie in Scherben; das abergläubische Vertrauen in die Unvergänglichkeit des Reichs des Himmels brach zusammen; die barbarische hermetische Abschließung vor der zivilisierten Welt wurde durchbrochen; eine Bresche wurde geschlagen für den Verkehr, der sich inzwischen unter den goldenen Lockungen Kaliforniens und Australiens so rasch entwickelt hat." (...)

"Für die Erhaltung des alten Chians war völlige Abkapselung die Hauptbedingung. Da diese Abkapselung nun durch England ihr gewaltsames Ende gefunden hat, muß der Zerfall sicher folgen, wie bei einer sorgsam und in einem hermetisch versiegelten Sarg konservierten Mumie, sobald sie mit frischer Luft in Berührung kommt. Die Frage ist jetzt, nachdem England die Revolution in China herbeigeführt hat, wie diese Revolution mit der Zeit auf England und über England auf Europa zurückwirken wird."

Um diese Frage zu beantworten, untersuchte Marx gründlich den englisch-chinesischen Handel ab 1842. Daraus folgerte er, daß die massiven Erwartungen, die die britischen Industriellen an die "Öffnung" des chinesischen Marktes knüpften, notwendigerweise Schiffbruch erleiden würden. Die Eroberung Chinas und die Entdeckung des kalifornischen Goldes hatten eine neue Phase der bürgerlichen "Prosperität" in Europa eröffnet, deren Ende man jedoch in den Schranken der Marktwirtschaft selbst ablesen konnte:

"Nach dem Sturz Napoleons und der Aufhebung der Kontinental Sperre erwiesen sich die britischen Exporte als dem Aufnahmevermögen des Kontinents so wenig angemessen, daß der 'Übergang vom Krieg zum Frieden' sich katastrophal-

ter auswirkte als die Kontinentalsperre selbst. So trug auch Cannings Anerkennung der Unabhängigkeit der spanischen Kolonien in Amerika dazu bei, die Handelskrise von 1825 auszulösen. Waren, die für das Moskauer Klima berechnet waren, wurden nach Mexiko und Kolumbien gesandt. Und in unseren Tagen ist sogar Australien, trotz der Elastizität unserer Zeit, nicht dem allen neuen Märkten gemeinsamen Schicksal der Überlastung sowohl seiner Konsumtionsfähigkeit als auch seiner Zahlungsmittel entgangen. Was den chinesischen Markt kennzeichnende Phänomene ist dies: Seit seiner Erschließung durch den Vertrag von 1842 hat der Export von chinesischem Tee und chinesischer Seide nach Großbritannien ständig zugenommen, während der Importhandel mit britischen Fabrikaten nach China im großen und ganzen unverändert blieb." ("Die Folgen des Vertrags für den Chinahandel", 5. Oktober 1853).

Marx verfolgt diese Entwicklung bis 1857. Wir können dieses Bild aber mit jüngeren Zahlen ergänzen, um die Tendenz des chinesischen Außenhandels am Vorabend der Aufteilung des Landes in Einflußzonen und des Übergangs des Kapitalismus zu seiner höchsten Phase, zum Imperialismus zu untersuchen. Die "Neue Geschichte Chinas" von Fan Wön-lan liefert uns Zahlen, die den Vorteil haben, die Opiumeinfuhr auszuklammern:

Chinesischer Außenhandel (in 1.000 Ljang)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß
1864	51.293	54.006	-2.713
1870	69.299	61.632	+7.568
1876	78.269	80.850	-2.581
1887	102.263	65.869	+36.403
1890	127.093	87.144	+39.949
1894	162.110	128.997	+33.223

(Fan Wön-lan: Histoire Moderne de la Chine, Bd. 1, Kap. 5. Wir zitieren die Zahlen der französischen Ausgabe. Die deutsche Ausgabe - Berlin-Ost, 1959 - übernimmt die Zahlen der 9. chinesischen Auflage, und zwar in Ljang (bis 1876) und in Seezoll-Ljang (ab 1887). Diese Zahlen weichen von denen früherer Ausgaben ab, unterstreichen aber noch mehr die Tendenzen der chinesischen Handelsbilanz).

Das Defizit der chinesischen Handelsbilanz, das vor 1880 gering war, nahm seit dem rapide zu. Bis dahin können wir aber mit Marx sagen, daß die "Öffnung" des chinesischen Marktes die Hoffnungen Englands enttäuschte. In einem anderen Artikel aus 1859 hatte Marx fast am Ende des zweiten Opiumkrieges folgende Schlußfolgerungen aus seiner Untersuchung gezogen:

"Zu einer Zeit, da höchst phantastische Vorstellungen über den Auftrieb in Umlauf waren, den der amerikanische und britische Handel ganz sicher durch die sogenannte Öffnung des 'Reichs des Himmels' erhalten würde, unternahmen wir es, durch eine einigermaßen gründliche Übersicht über den chinesischen Außenhandel seit Beginn des Jahrhunderts zu beweisen, daß solche hochfliegenden Erwartungen keinen festen Boden unter den Füßen hatten. Ganz abgesehen vom Opiumhandel, der, wie wir bewiesen, im umgekehrten Verhältnis zum Absatz westlicher Fabrikate wuchs, entdeckten wir als Haupthindernis für jede rasche Ausdehnung des Exporthandels nach China die ökonomische Struktur der chinesischen Gesellschaft, die auf der Vereinigung kleiner Agrikultur mit häuslicher Industrie beruht."(...)

"Es ist diese gleiche Einheit von Landwirtschaft und handwerklicher Industrie, die lange Zeit dem Export britischer Waren nach Ostindien widerstand und ihn immer noch hemmt; aber dort beruhte diese Einheit auf einer eigentümlichen Verfassung des Grundeigentums, das die Briten in ihrer Stellung als oberste Grundherren des Landes die Macht hatten zu unterminieren und auf diese Weise einen Teil der sich selbst erhaltenden hindustanischen Gemeinschaft in blasse Farmen zu verwandeln, die im Austausch für britische Stoffe Opium, Baumwolle, Indigo, Hanf und andere Rohstoffe produzieren. In China haben die Engländer diese Macht noch nicht ausüben können, und es wird ihnen wahrscheinlich auch niemals gelingen." (Der Handel mit China, New York Daily Tribune, 3.12.1859).

Diese letzte Voraussage von Marx hat sich völlig bewahrheitet. China ist nicht als Kolonie Englands in die Geschichte eingetreten, sondern als "Kolonie der ganzen Welt", um den Ausdruck von Sun Ja-tsen zu benutzen. Die Schwierigkeiten Englands, den chinesischen Markt zu erobern, wurden weder durch den Opiumhandel, noch durch die "Kanonenpolitik", noch durch die Vermehrung der "ungleichen Verträge" überwunden. Man mußte warten, bis die erste Phase der kolonialen Expansion in Asien in den Imperialismus mündete, bis die Warenausfuhr durch die Kapitalausfuhr ersetzt wurde, um den Zusammenbruch des Widerstandes der alten asiatischen Produktionsweise zu erleben.

Auf den Vergleich zwischen Indien und China und auf den besonderen Platz, den China am Schnittpunkt zweier Epochen der Kolonialgeschichte innehatte, werden wir zurückkommen. Weisen wir hier lediglich darauf hin, daß Marx' Untersuchung der ökonomischen Entwicklung Chinas im Gegensatz zur marxistischen steht. Wenn zwar der Opiumhandel, der notwendig war um die Tore des Reichs des Himmels zu bedrängen, zu einem Hindernis für die Ausdehnung des chinesischen Marktes wurde, so sieht Marx darin keineswegs den wesentlichen Bremsfaktor für den Siegeszug einer Marktwirtschaft. Er geht nicht wie unsere marxistischen Geschichtsschreiber auf die Suche nach einem nationalen Weg zum Kapitalismus. Im Gegenteil, er zeigt dessen Schwierigkeiten auf: Widerstand der alten Wirtschaftsstrukturen und Fehlen einer nationalen oder kolonialen (Indien) Macht, die fähig sei, die Kapitalakkumulation mit Gewalt vorwärtszutreiben. Der Taiping-Aufstand war nicht in der Lage gewesen, eine solche Macht zu schaffen. Die Kompradorenbourgeoisie tat es nur ansatzweise. Erst die Volksdemokratie konnte diese Macht in China fest errichten. Man versteht, warum die neuen Mandarins die Geschichte Chinas nach ihrer Art umschreiben!

Man muß noch hervorheben, daß Marx die objektiven Schranken des chinesischen Marktes nicht von einem nationalen, sondern von einem internationalistischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Er hegt nicht die "ultraimperialistische" Hoffnung einer industriellen Entwicklungshilfe für China; ebensowenig predigt er die kleinbürgerliche Fassung dieses Programms, nämlich den "gleichen" und "gegenseitig nützlichen" Handelsaustausch. Von der Kontraktion des chinesischen Marktes erwartete er eine revolutionäre Krise in Europa und fürchtete, daß die Ausdehnung dieses Marktes zu einer Verzögerung der proletarischen Revolution im Westen führen würde. Lesen wir einen Auszug aus seinem Brief an Engels vom 8. Oktober 1858:

"Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan zum Abschluß gebracht. Die schwierige question für uns ist die: auf dem Kontinent ist die Revolution immanant und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen. Wird sie in diesem kleinen Winkel nicht notwendig ge-

crusht werden, da auf viel größerem Terrain das movement der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant ist?"

Marx antwortet negativ auf diese Frage, wie Lenin später auf Kautsky und wir heute auf die verschiedenen Chruschtschows, Mao Tse-tung und andere Propagandisten der "aufsteigenden Bewegung" der bürgerlichen Gesellschaft antworten.

In seiner Antwort auf Kautsky betonte Lenin die noch größeren Widersprüche, die der siegreiche Imperialismus in den rückständigen Ländern entfesselt hatte. Insbesondere zitiert Lenin das Beispiel Chinas, das für das größere Gedeihen der Kapitalexporte in Einflusssphären geteilt worden war. In unserer heutigen Antwort auf die bürgerlichen "Fortschrittler" können wir auf die Geschichte der ökonomischen Krisen und der sozialen Gegensätze in Asien hinweisen, können wir den Renegaten die glorreichen Kämpfe des russischen und chinesischen Proletariats ins Gesicht werfen - vor allem muß man aber erklären, daß, wenn die Arbeiter des Orients besiegt wurden, wenn die bürgerliche Gesellschaft in diesem geographischen Gebiet ihre "aufsteigende Bewegung" fortsetzen konnte, so weil die Proletarier des Westens nicht in der Lage gewesen sind, ihre Klassspflicht zu erfüllen und die traditionellen Festungen des Kapitals zu erobern. Die Niederlage des europäischen Proletariats im Laufe der imperialistischen Kriege und Krisen des XX. Jahrhunderts war nicht "notwendig". Hingegen wurde infolge dieser Niederlage die Akkumulation des Kapitals in Rußland oder in China zu einer Notwendigkeit für die Entwicklung des Weltmarktes.

Aufgrund seiner politischen und ökonomischen Lage wurde China zum ersten Kolonialland, wo sich die Tendenzen des modernen Imperialismus manifestierten. Die Umkehrung der Handelsbilanz ca. 1900 reflektierte teilweise diese Änderung. Man begann damit, Opium in China und Tee in Indien anzubauen, so daß diese Produkte ihre Wichtigkeit für den chinesischen Außenhandel größtenteils einbüßen mußten. Im übrigen wurde das wachsende Handelsdefizit durch die Anschaffung von Produktionsgütern oder Rohstoffen für die nationale Industrie oder für die Unternehmen, die die ausländischen Kapitalisten in den Konzessionen errichteten, verursacht.

Die maoistische Schule bemüht sich, die Rolle der Kompradorenbourgeoisie als Pionier des nationalen Kapitalismus zu minimieren. Dadurch möchte sie das China der Jahrhundertwende als ein einfaches Reservoir von Rohstoffen für den Weltimperialismus und Absatzmarkt für die Fabrikate des Westens darstellen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Imperialismus und Kompradorenbourgeoisie entspricht aber keineswegs dieser Auffassung des kleinbürgerlichen Patriotismus, und die Apologeten des "Nationalen Kapitals" haben es oft schwer, die Wirklichkeit zu vertuschen. So ist es mit einer statistischen Sammlung, die 1955 in Peking unter dem Titel "Histoire du développement économique de la Chine (1840-1948)" veröffentlicht wurde. Im dritten Abschnitt dieses Werkes finden wir Tabellen, die trotz grober Kunstgriffe, die die Erfassung der Änderungen in der chinesischen Außenhandelsstruktur erschweren, diese Tendenz illustrieren. Wir geben die Tabelle 55 über den Kauf und Verkauf von Rohbaumwolle und Baumwolle wieder:

BAUMWOLLE UND BAUMWOLLTEXTILIEN IM CHINESISCHEN AUSSENHANDEL (1873-1947)

	1873	1883	1893	1903	1910	1920	1930	1936	1947
Rohbaumwolle (Tausend Zentner)									
Ausfuhr	15	13	348	459	754	227	499	368	---
Einfuhr	122	127	32	35	124	1017	2090	406	1212
Ausfuhrüberschuß (+)									
Einfuhrüberschuß (-)	-107	-114	+316	+424	-630	-790	-1591	-38	-1212
Baumwollgarne (Tausend Zentner)									
Ausfuhr	---	---	---	---	---	42	199	89	34
Einfuhr	41	137	593	1656	1380	801	98	6	---
Ausfuhrüberschuß (+)									
Einfuhrüberschuß (-)	-41	-137	-593	-1656	-1380	-759	+101	-83	+34
Baumwollgewebe (Tausend Zentner)									
Ausfuhr	58	153	1005	1497	3006	7711	15258	3969	---
Einfuhr	24.716	25256	39720	92783	99497	251624	202165	12039	---
Ausfuhrüberschuß (+)									
Einfuhrüberschuß (-)	-24658	-25103	-2715	-91286	-96491	-243913	-186907	-3120	---

Ausgenommen die Periode zwischen 1893 und dem ersten Weltkrieg stellen wir fest, daß die Importe von Rohbaumwolle für die chinesische Industrie regelmäßig im Überschuß sind. In Einklang damit gehen die Baumwollgarnimporte, die bis 1903 zunahm, danach ständig zurück, bis China 1930 zum Nettoexporteur wird. Obwohl weniger eindeutig ist die Tendenz der Baumwollwebwaren ähnlich.

Die Tabellen 48 und 49 desselben Buches wären noch bedeutender, wenn sie in der Darstellung der jeweiligen Anteile der verschiedenen Produkte am chinesischen Außenhandel nicht eine geheimnisvolle Rubrik enthielten, die "Andere Waren" genannt wird und deren Prozentanteil von 21,9% 1871-73 auf sage und schreibe 63 % 1936 steigt. Ob diese Rubrik die von der Kompradorbourgeoisie und den ausländischen Kapitalisten importierten Produktionsmittel enthält? Wir sind versucht, es zu glauben. Andererseits zeigt das Kapitel über die Importe, daß der Opiumanteil von 37,7% 1871-73 auf 0,05 % 1919-21 zurückgeht, während der Anteil an Baumwollwebwaren sich in derselben Periode von 30,2 % auf 18,4% reduziert, eine absteigende Tendenz, die sich bis 1947 weiter fortsetzt.

Wie soll man diese Daten interpretieren? Die Hindernisse für die Entwicklung des chinesischen Marktes, die Marx Mitte des 19. Jahrhunderts aufgezeigt hatte, wurden einige Jahrzehnte später teilweise überwunden. Wie? Durch den Übergang vom Warenexport zum Kapitalexport, oder besser zum Export der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt in die rückständigen Länder.

DER IMPERIALISMUS UND DIE KOMPRADORENBOURGEOISIE

Als er noch Marxist war, wußte Karl Kautsky eine rigorose Analyse des Imperialismus durchzuführen. Diese Analyse steht in einem krassen Gegensatz zu seinen späteren Behauptungen und zu den politischen Schlußfolgerungen, die er in der Epoche der III. Internationale daraus zog, Schlußfolgerungen, die später vom russischen und chinesischen Stalinismus übernommen wurden.

In seinem wohl letzten marxistischen Werk, "Der Weg zur Macht", schrieb Kautsky 1910:

"Die kapitalistischen Exporteure brachten in die Gegenden, die außerhalb der europäischen Zivilisation lagen (zu der heute natürlich auch Amerika und Australien gehören) zunächst nur kapitalistische *Produkte*, nicht kapitalistische *Produktion*. Und sie beschränkten sich dabei vornehmlich auf die Wasserwege, die Küsten der Meere und einiger großen Ströme. Darin trat ein gewaltiger Umschwung während des letzten Menschenalters und namentlich der letzten zwei Jahrzehnte ein. Sie brachten nicht nur eine neue Ära der überseeischen Eroberungspolitik, die Ausfuhr aus den Industriestaaten nach den barbarischen Ländern wurde nun aus einer bloßen Ausfuhr von *Produkten* auch eine von *Produktions- und Transportmitteln* des modernen Industrialismus.

Wir haben oben gesehen, in welchem Maße das Eisenbahnwesen während dieses Zeitalters namentlich im Orient (Rußland hier inbegriffen) rapide Fortschritte machte. Aber auch die kapitalistische *Industrie* entwickelte sich dort rasch, die Textilindustrie, Eisenindustrie, Bergbau. (...)

Auf diesem Export von *Produktionsmitteln* beruhte die neue Blüte der kapitalistischen Industrie seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Sie schien in der ersten Hälfte der achtziger Jahre schon am Ende ihrer Aufschwungsfähigkeit zu sein und war es, was den Export von Fabrikaten anbelangt. Aber der Export von *Produktionsmitteln*, der ihr dann wieder jenen unerwarteten, glänzenden Aufschwung verlieh, er war nur möglich dadurch, daß er eine kapitalistische Produktionsweise in den Ländern der außereuropäischen Zivilisation großzog und dort die überkommenen wirtschaftlichen Verhältnisse rasch über den Haufen warf." (Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Frankfurt, 1972, S. 101/102)

Diese Tendenzen haben sich in den Ländern besonders behauptet, die der europäische Kapitalismus bis dahin noch nicht in koloniale Schutzreviere einer bestimmten Metropole verwandeln konnte, wie Südamerika und vor allem das zaristische Rußland und China. Erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und nach den "großen Siegen des Sozialismus" moskauer Obervanz sollten die alten europäischen Kolonien Afrikas und Asiens voll unter die gebenedeite Politik des russisch-amerikanischen Imperialismus "gelangen": Ausfuhr von Kapital und der kapitalistischen Produktionsweise. Der explosive Charakter der Gegensätze, die der sogenannte "Neokolonialismus" in diesen Gebieten zusammenballt, wird umso klarer, wenn man sie im Lichte der vorhergegangenen Erfahrungen Rußlands und Chinas untersucht. Es war kein Zufall, wenn Rußland und China am Anfang dieses Jahrhunderts im Mittelpunkt der mächtigsten revolutionären Ausbrüche standen: beide waren damals die auserwählten Länder des westlichen Kapitals, das Dorado der "Entwicklungspläne". Das Scheitern all jener "Pläne" kann bereits den Vorgeschmack der künftigen Krisen in den vom Weltimperialismus jüngst annektierten Ländern liefern.

Nach dem zweiten Opiumkrieg und dem Taiping-Aufstand verstand ein Flügel der herrschenden Klasse in China, daß Reformen unerlässlich waren. Auch der Zarismus war nach seiner Niederlage im Krimkrieg 1855 von derselben Offenbarung erleuchtet worden. In China ging die Initiative dieser "Westorientierung" unter dem Zeichen der sog. "Selbstärkungsbewegung" (Yang-wu-Bewegung)

auf die Mandarine Tse Tsung-t'ang und vor allem Li Hung-chang zurück, die nach der These Wei Yüans (1) "von der Überlegenheit der Fremden lernen, um ihre überlegene Macht zu zügeln" den "Eindringlingen" in den Jahren 1861-1894 verstärkt begegnen wollten. Ihr Ziel war zunächst, China mit einer modernen, dem Westen nachgebildeten Armee zu versehen. Li Hung-chang ließ Munitionswerkstätten und Werften mit ausländischem Material und chinesischem Staatskapital bauen. Diese Politik dehnte sich aber bald auf eine ganze Reihe von Aktivitäten aus: öffentliche Dienstleistungen, Eisenindustrie und Textilindustrie usw.

"Diese Mandarine", schreibt die "Histoire general de la Chine", Seite 117, "haben ihre Hände gleichfalls auf die Schifffahrt und den Bergbau geworfen. Das berühmteste Unternehmen dieser Art war die 'China Merchant Steam Navigation Co.', die Li Hung-chang 1872 gründete. Obwohl sie neben Kapital, das die Regierung bereitgestellt hatte, auch Privataktionäre hatte, wurde dieses Unternehmen völlig von den Mandarinen und den Kompradoren kontrolliert, während die gewöhnlichen Aktienbesitzer in Wirklichkeit über keine beschließende Stimme in der Unternehmensverwaltung verfügten...". Diese Organisation nannte man Kuan-tu Shang-pan-Unternehmen oder übersetzt etwa: "System staatlicher Kontrolle und kaufmännischer Leitung". Es handelte sich dabei um eine Art von "gemischt-wirtschaftlichem" Konzern die rechtlich von den Behörden abhängig waren, während die Geschäftsführung selbst in die Hände chinesischer Kaufleute gegeben wurde. Daneben gab es noch sog. Kuan-pan-Betriebe, d.h. reine Staatsbetriebe.

In all diesen Unternehmen wurde die Staatskontrolle streng beachtet. Und erstaunlich, mit welchem Mitleid unsere marxistischen Historiker sich mit dem Schicksal des "gewöhnlichen" Aktienbesitzers beschäftigen, denen in den ersten chinesischen Kapitalgesellschaften nicht einmal beschließende Stimme zugestanden wurde! Unsere Autoren können erst dann besser atmen, wenn sie den Einzelkapitalisten entstehen und gedeihen sehen:

"Während des Jahrzehnts von 1870-1880 begannen einzelne Privatkapitalisten, kleine Metallverarbeitungswerkstätten, Papierfabriken, Streichholzfabriken und Seidenspinnereien in Shanghai, Hankow, Wuhan usw. zu gründen, was die neue nationale kapitalistische Industrie, die erste dieser Art in China darstellte" (ebda, S. 117/118).

Merkwürdiger chinesischer "Sozialismus": die kleine Streichholzfabrik des Einzelkapitalisten, der Pflug des Kleinbauern, das ist der "Fortschritt", der "nationale Kapitalismus" und die "neue Demokratie". Die Arsenale von Li Hung-chang mit westlichem Material, Staatskapitalien und Lohnarbeitern, das ist die "Reaktion", der "bürokratische Kapitalismus", die Negation jedes "nationalen Weges" zum Kapitalismus überhaupt!

Die "Histoire du developpement economique de la Chine", die wir bereits zitiert haben, liefert eine Reihe von Hinweisen über die Verhältnisse

- (1) Wei Yüan (1794-1856) beschäftigte sich während der ersten Hälfte seines Lebens mit Philosophie und Literatur. Seit 1826 betätigte er sich auf politischem Gebiet. Er führte die Niederlagen in den Opiumkriegen neben der militärischen Unterlegenheit und der korrupten Dynastie vor allem auf die völlige Unkenntnis der Chinesen über die Europäer zurück. Wei Yüan, der oft als erster Denker in der modernen Geschichte Chinas bezeichnet wird, trat daraufhin nicht nur dafür ein, daß China den Westen kennenlernen sollte, sondern er ging noch einen Schritt weiter und forderte, daß China vom Westen lernen müsse.

zwischen privatem, öffentlichen und ausländischem Kapital in der Anfangsphase der kapitalistischen Akkumulation. Der Tabelle 62 entnehmen wir folgende Zahlen:

Zwischen 1872 und 1911 in China gebildete Unternehmen mit einem Kapital von 10.000 und mehr yüan :

	Privatunternehmen		staatliche und gemischte Unternehmen		Unternehmen mit Beteiligung von ausl. Kapital	
	Anzahl	Kapital in 1000 yüan	Anzahl	Kapital in 1000 yüan	Anzahl	Kapital in 1000 yüan
1872-1894	54	4.805	19	16.003	1	629
1895-1911	345	76.340	47	25.574	30	25.432

So beschränkt diese Hinweise auch sind (sie betreffen lediglich den Bergbau und die Verarbeitungsindustrie), kann man doch klar erkennen, daß der chinesische Industriekapitalismus staatlich entstand und seit 1894 mit der Hilfe von Privatkapital und vom Weltimperialismus wuchs. Wie wir bereits erwähnten, kann man den Zeitpunkt, wo das ausländische Kapital anfing, massiv in China einzudringen, sehr genau feststellen. Bis 1894 beschränkte sich die Aktivität der westlichen oder japanischen Unternehmen in den großen chinesischen Häfen auf die Dienstleistungen, die der Außenhandel erforderte, Schiffsbau und Schiffsreparaturen, Luxusgüterindustrien in den Konzessionen. Mit dem Vertrag von Shimonoseki erhielt Japan ein Privileg, das sich sehr bald auf die anderen Großmächte erstrecken sollte. Es handelte sich um das Recht, daß Ausländer Produktionsstätten in China errichten und hierfür jede Art Maschinen frei einführen konnten. Diese Klausel des japanisch-chinesischen Vertrages von 1895 markiert eine neue Phase in der "Öffnung" Chinas: den Übergang vom Fabrikatenimport zum Kapitalimport.

Eine neue Reihe von "ungleichen Verträgen" ergänzt die in der Zeit der Opiumkriege erzielten Vergünstigungen mit jenen, die sich aus der imperialistischen Herrschaft ergeben. So konnte J. Chesnoaux in "Le mouvement ouvrier chinois de 1919 à 1927" schreiben:

"Die ältesten unter diesen Privilegien entsprechen den Bedürfnissen des Handelszeitalters und bezwecken lediglich die Sicherstellung des Warenverkehrs und der persönlichen Bewegung der Kaufleute (Konzessionen, Exterritorialität, Begrenzung der Zollsätze), während eine zweite Reihe von Privilegien (Kontrolle über die Finanzen, Pachtgebiete) seit dem break-up die Sorge der Mächte widerspiegelt, ihre Investitionen auf chinesischem Boden zu sichern und zu schützen."

Um die Beziehungen zwischen dem nationalen chinesischen Kapitalismus und dem ausländischen Imperialismus, wie auch die Rolle der Kompradorenbourgeoisie besser zu verstehen, untersuchen wir einige der Spitzenleistungen der Periode, die sich für China mit dem Vertrag von Shimonoseki eröffneten. Schauen wir uns zunächst den Eisenbahnbau an.

Wie bekannt, spielten die Eisenbahnen eine wichtige Rolle in der Unterjochung Chinas unter das ausländische Kapital sowie in der Zuspitzung der Rivalitäten zwischen den Imperialisten und in der Teilung des Landes in Einflusssphären, Konzessionen und Pachtgebiete. Sie stellen gleichzeitig ein unerlöbliches Werkzeug für die Bildung des Binnenmarktes dar. Im "Industrieplan" von Sun Yat-sen wurde der Bau von 160.000 km Eisenbahnstrecke als vordringliche Aufgabe der ökonomischen Entwicklung Chinas gestellt. Die maoistische Demokratie ist (1964) noch weit davon entfernt, dieses Programm zu verwirklichen. Es stimmt allerdings, daß Sun Yat-sen nicht daran glaubte, es mit den Mitteln

Chinas allein verwirklichen zu können. Man wird also nicht staunen, daß die folgende statistische Tabelle dem bürokratischen Kapitalismus vor dem chinesischen "Sozialismus" die Palme des Eisenbahnbaus gibt, nämlich in den zwei großen Perioden von 1895-1911 und 1932-37.

Länge der in China zwischen 1876 und 1958 gebauten Eisenbahnen (in km):

Jahr	Gesamtlänge	Länge nach Periode	Durchschnittslänge pro Jahr
1876	15	"	"
1877-1894	864	364	20
1895-1911	9.613	9.253	544
1912-1927	13.040	3.422	214
1928-1931	14.239	1.198	299
1923-1937	21.036	6.797	1.133
1938-1948	24.945	3.909	355
1949-1958	31.193	7.157	715

(Für die Jahre nach 1958 sind keine Zahlen mehr bekanntgeworden.)

1970 dürfte das chin. Eisenbahnnetz eine Streckenlänge von rd. 37.000 bis 38.000 km aufgewiesen haben. Vg'. China Handbuch, Düsseldorf 1974, S. 279).

Die Geschichte des chinesischen Eisenbahnnetzes illustriert sehr gut die Schwäche der chinesischen nationalen Bourgeoisie. Die Aufschwungsperioden (1895-1911 und 1932-37) waren Perioden der Niederlage oder der Stagnation des "nationalen Kapitalismus" (Unterdrückung des Boxeraufstands und japanische Besatzung). Umgekehrt war die Periode zwischen 1912-1927, die die größte Entwicklung der Privatunternehmen der nationalen Bourgeoisie verzeichnete, eine Periode, wo China jährlich nur 214 Eisenbahnkilometer gebaut hat.

Die Schwäche dieser Bourgeoisie zeigt sich aber noch krasser, wenn man die Masse der Staatsanleihen für den Eisenbahnbau und die imperialistische Kontrolle über die Eisenbahnen berücksichtigt. Der Eisenbahnbau war eine der großen Stützen des Kapitaleports. 1914 hatte der chinesische Staat nur 3,8% des bestehenden Schienennetzes aus eigenen Mitteln gebaut, und die Schienenwege wurden nur in eigene Regie übernommen, um die Sicherheiten, die die Kreditgeber verlangten, zu erhöhen. Die "Histoire du développement économique de la Chine" liefert folgende Tabelle über die Ausbeutung des Eisenbahnnetzes:

Imperialistische Kontrolle über die chinesischen Eisenbahnen (Prozentanteil auf die Gesamtlänge):

Jahre	Unter chines. Verwaltung	Unter direkter Ausbeutung des Imperialismus	Unter ausländischer Kontrolle
1894	21,1	-	78,9
1911	6,9	39,1	54,0
1927	8,0	33,2	58,8
1931	15,7	30,4	53,9
1937	9,3	46,6	44,1
1948	65,6 (1)	3,8	25,6

(1) Diese Zahl schließt die unter japanischer Besatzung gebauten Eisenbahnen sowie die von Formosa ein.

Ein anderes Zeichen für die Schwäche der nationalen Bourgeoisie zeigt sich in der Orientierung ihrer Investitionen. Die Unternehmungen, die große Kapitalmassen erfordern (Eisenbahnen, Bergbau) waren fast ausschließlich unter imperialistischer Kontrolle. Die Kompradorenbourgeoisie beschränkte ihre Ambitionen auf die Leichtindustrie: Textilien, Nahrungsmittel. 521 Unternehmen, die die nationale Bourgeoisie zwischen 1872 und 1911 mit einem Kapital von 160 Millionen Yuan gründete, teilten sich gemäß der zitierten statistischen Quelle wie folgt auf:

Branche	Anzahl der Unternehmen	Kapital
Bergbau und Metallindustrie	72	41,4
Maschinenbau	3	0,8
Textilindustrie	193	40,3
Nahrungsmittelindustrie	100	17,7
andere	153	59,3

Der größte Teil der Schwerindustrie befand sich hingegen in ausländischen Händen: Das Auslandskapital ist an 99% der modernen Eisenerzgruben und an 100 % der modernen Eisenhütten und Stahlwerke beteiligt (1914). Von den ausländischen Nationen, die in den chinesischen Bergbau investierten, waren Japan und Großbritannien die weitaus erfolgreichsten. Ihre Investitionen waren fast ausschließlich auf den Kohlen- und Eisenerz/ Roheisen-Sektor beschränkt, wobei praktisch Japan der einzige ausländische Investor auf dem chinesischen Eisenerz- und Roheisen-Sektor war.

Die Tabellen 75, 80 und 83 des chinesischen statistischen Handbuchs geben uns folgende Zahlen:

J a h r	K o h l e (1)		E i s e n (1)	
	Gesamtproduktion		Gesamtproduktion	
	Mio Tonnen	unter ausländischer Kontrolle %	Mio Tonnen	Unter ausländischer Kontrolle %
1912	9,1	52,4	0,2	100
1913	12,9	55,4	0,4	100
1914	14,2	59,4	0,5	100
1915	13,5	56,5	0,6	100
1916	16,0	17,6	0,6	100
1917	17,0	19,0	0,6	100
1918	18,4	46,6	1,0	100
1919	20,1	48,1	1,3	100
1920	20,1	56,9	1,3	100

1921	20,5	49,4	1,0	100
1922	21,1	32,2	0,9	100
1923	24,5	51,8	1,2	100
1924	25,8	54,8	1,3	100
1925	24,2	54,2	1,0	100
1926	23,0	53,4	1,0	99,9
1927	24,2	56,0	1,2	99,3
1928	23,0	56,1	1,5	99,3
1929	25,4	57,7	2,0	99,7
1930	26,0	57,8	1,0	99,7
1931	27,2	53,5	1,0	99,4
1932	26,4	59,0	1,6	99,5
1933	28,4	54,9	1,9	99,1
1934	32,7	62,8	2,1	99,2
1935	36,0	56,0	2,0	99,4
1936	39,9	55,7	2,9	99,2
1937	37,2	61,1	3,4	99,7
1938 (2)	27,4	---	---	---
1939	36,6	---	4,5	---
1940	44,5	---	5,3	---
1941	56,3	---	7,7	---
1942	59,2	---	9,9	---
1943	50,1	---	10,6	---
1944	48,3	---	7,9	---
1945	23,9	---	0,4	---

(1) Für das Eisen erfaßt die Statistik lediglich die mechanisierte Produktion. Für die Kohle enthält sie auch die handwerkliche Produktion, was den Anteil unter ausländischer Kontrolle prozentual vermindert.

(2) Ab 1938 erfassen die zitierten Zahlen nur die von den Japanern besetzten Provinzen des Nordostens (Tab. 88.)

Dieses Bild der Schwäche der chinesischen Bourgeoisie, ihrer Beschränkung auf die Leichtindustrie, ihrer Abhängigkeit von den in den Händen des Imperialismus stehenden Kapitalien und Rohstoffen, ist aber nicht vollständig: es fehlt noch die Frage der Kontrolle auf finanzieller und politischer Ebene. 1854 wurde die chinesische Zollbehörde einem englischen Generalinspektor unterstellt. Mit der Erhöhung seiner Auslandsentlohnungen hat China seinen Zoll praktisch den Ausländern als eine Hypothek übergeben, und die Imperialisten sahen darin immer mehr eine Sicherheit für die gewährten Kredite. Man braucht nicht zu sagen, unter welchen Bedingungen sich die nationale Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz behauptet. Die Lage wurde durch eine innere Zölischnanke, die in der Epoche des Taipingaufstands errichtet worden war, noch verschlimmert. Um innerhalb Chinas zu zirkulieren, mußten die chinesischen Waren an den Provinzgrenzen Zoll zahlen. Dieser

Zoll (Likin genannt) betrug ursprünglich 1%, stieg aber im Laufe der Zeit in gewissen Provinzen auf 5% und sogar auf 20%. In seinem Buch von 1924 über die "3 Prinzipien des Volkes" schilderte Sun Yat-sen die Lage des chinesischen Zolls wie folgt:

"...Man fing damit an, mit chinesischer Baumwolle und europäischen Maschinen zu spinnen und zu weben. So gibt es in Shanghai sehr große Spinnereien und große Webereien. Man könnte in der Tat mit diesem Garn und mit diesem Gewebe die europäischen Waren schlagen. Da aber die Zölle noch in den Händen der Ausländer sind, erhalten diese noch hohe Gebühren über unsere einheimische Tuchproduktion. Und nicht nur die Seezölle erhalten hohe Gebühren, sondern auch im Lande muß auf jede Ware der Likin entrichtet werden. China hat also nicht nur keinen Schutzzoll, sondern die Zollgebühren, die auf den einheimischen Waren lasten, dienen noch dem Schutz der europäischen Waren."

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, brachten diese Widersprüche zwischen der "nationalen" Bourgeoisie und dem Imperialismus heftig aus. Während des Krieges hatte es keine mächtige ausländische Konkurrenz gegeben, und die chinesischen Unternehmen konnten in einem gewissen Maße aufblühen: zwischen 1914 und 1921 ging die Zahl der Baumwollspinnereien in chinesischen Händen von 7 auf 23 und die Spindelzahl von 160.900 auf 503.746. Dieser Fortschritt, allerdings immer auf die Leichtindustrie beschränkt, stieß sich bald wieder an der Rückkehr des europäischen Kapitals und vor allem an den beträchtlichen Stärkung der japanischen Position, die sich seit 1915 in den 21 Forderungen Japans an die chinesische Regierung geäußert hatte.

Wir haben gesehen, wie sich der Imperialismus mit der Entwicklung des Kapitalexportes und des Exportes der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt anstelle des einfachen Warenexportes entwickelt hat, wie der europäische Kolonialismus und dann Imperialismus China aus seiner Isolierung gerissen hat, um es mitten in die Gegensätze, Krisen und Kriege der modernen Geschichte zu werfen, wie andererseits der Export "der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt" in China eine widersprüchliche Entwicklung einleitete: Schwäche der nationalen Bourgeoisie trotz der Entfaltung der Großindustrie und der Ausdehnung eines modernen Transportnetzes; Schwierigkeiten, einen nationalen Markt zu bilden, sei es wegen des Druckes von außen, sei es wegen der Stagnation der kleinen Landwirtschaft; schließlich schnelles Wachstum eines stark konzentrierten einheimischen Proletariats, das sehr bald das Bewußtsein seiner spezifischen Klassenziele erlangen wird. Bevor wir im folgenden Artikel auf die Periode der Machteroberung durch die maoistische Partei und auf die darauffolgende Entwicklung zu sprechen kommen, fassen wir noch die wichtigsten Phasen des im heutigen Artikel beschriebenen Prozesses zusammen, eines Prozesses, der keineswegs "friedlich", keineswegs "harmonisch" und nicht einmal rein "national" war:

- 1840-1860: "Öffnung" des chinesischen Marktes durch die englischen Fabrikanten auf der Suche nach neuen Absatzmärkten; die Politik der Kanonengewalt und des Opiumhandels führt zum Taipingaufstand, der allerdings unfähig war, sich in eine bürgerliche Revolution zu verwandeln.
- 1860-1880: Höhepunkt der freien Konkurrenz in Europa und Entstehung der ersten Kartelle (vor allem nach der Krise von 1873); parallel dazu entwickeln sich in China erste Ansätze einer Kompradorenbourgeoisie, deren Traum darin bestehen wird, einen Staatskapitalismus im Schatten der Mandschu-Dynastie zu errichten.

- 1880-1914: die Monopole beherrschen nach und nach die Gesamtheit des Wirtschaftslebens; die Großmächte führen die koloniale Aufteilung der Welt durch; der Kapitalismus gelangt zu seiner imperialistischen Phase - diese wird in China durch den japanisch-chinesischen Krieg 1895 eröffnet, der die Politik der Kapitalexporte und der Teilung in Einflußzonen einleitet. +)
- Der erste Weltkrieg führt in China zu einem Rückgang der europäischen Herrschaft, durch eine gewisse Entwicklung des nationalen Kapitals und vor allem durch das kräftige Eindringen jüngerer Imperialismen (Japan und USA) ausgeglichen wird.

+) Vgl. über die Entwicklung der ausländischen Investitionen Tabellen im Anhang. Die dortigen Zahlen nach Chi-ming Hou, Foreign Investment and Economic Development in China - 1840-1937, Cambridge (Mass.) 1965. Die Einteilung der Investitionen nach 1. Indirekt (Anleihen/Darlehen) und 2. Direkt folgt dem statistischen Material von C.F. Remer (The foreign trade of China, Taipei ;967). Er ging bei seinen empirischen Untersuchungen von der Prämisse aus, daß Auslandsinvestitionen Einkommensquellen von Ausländern in Form von Individuen, Firmen oder Regierungen darstellen, die in oder außerhalb Chinas leben. Insofern sind diese Daten wesentlich objektiver als z.B. die des Handelsministeriums der USA, daß bei seinen Untersuchungen von der Prämisse ausging, daß Auslandsinvestitionen nur solche sind, die von Nicht-Ortsansässigen getätigt werden.

A n h a n g

Auslandsinvestitionen von 1902-1936 - aufgeschlüsselt nach direkten und indirekten Investitionen (in US-\$ Mio) - inkl. Hongkong, Mandschurei, exkl. Boxeraufstand-Reparationen

Investitionsart	1902		1914		1931		1936	
	\$-Mio.	%	\$-Mio	%	\$-Mio	%	\$-Mio.	%
Direkt-Investit.	503,2	64	1.067,0	67	2.493,2	78	2.681,7	77
Indirekte Invest.:								
Anleihen d.chinesischen Regierung	284,7	36	525,8	33	710,6	22	766,7	22
Indirekte Investitionen: Darlehen an Privatgruppen	0,0	0	17,5	1	30,7	1	34,8	1
Summe	787,9	100	1.610,3	100	3.242,5	100	3.483,2	100

Höhe des Auslandskapitals in den einzelnen Bereichen

Bereich	1 9 1 4		1 9 3 1	
	\$-Mio.	%	\$-Mio	%
Administration	330,3	20,5	427,7	13,2
Transport	531,1	33,0	846,3	26,1
Verkehr ('communications') und öffentliche Versorgungs- betriebe	26,6	1,7	128,7	4,0
Import/Export Handel	142,6	8,8	483,7	14,9
Bankwesen und Finanzen	6,3	0,4	214,7	6,6
Bergbau	53,1	3,3	128,9	4,0
Fabrikation	110,6	6,9	376,3	11,6
Grundbesitz ('real estate')	105,5	6,5	339,2	10,5
Verschiedenes	299,2	18,6	282,3	8,7
Schuldverschreibungen ausländischer Gemeinden	0,0	0,0	14,2	0,4
S u m m e	1.610,3	100	3.242,5	100

Ausländische Direkt- und Indirekt-Investitionen in China von 1902-1936 nach Nationen (in US\$ Mio)
inkl. Hongkong, Mandschurei - exkl. Boxeraufstand-Reparationen

1 9 0 2

1 9 1 4

Land	direkte l.		indirekte l.		Summe		direkte l.		indirekte l.		Summe	
	\$-Mio	%	\$-Mio	%	\$-Mio	%	\$-Mio	%	\$-Mio	%	\$-Mio	%
Großbrit.	150,0	29,5	110,3	38,7	260,3	33,0	400,0	37,5	207,5	38,2	607,5	37,7
Japan	1,0	0,2	0,0	0,0	1,0	0,1	192,5	17,9	9,6	1,3	219,6	13,6
Rußland	229,0	43,7	26,0	9,1	246,5	31,3	236,5	22,2	32,3	6,0	269,3	16,7
U.S.A.	17,5	3,5	2,2	0,8	19,7	2,5	42,0	3,9	7,3	1,3	45,3	3,1
Frankr.	29,6	5,9	61,5	21,6	91,1	11,6	69,0	5,6	111,4	20,5	171,4	10,7
Deutschl.	85,0	16,9	79,3	27,9	164,3	20,9	136,0	12,7	127,6	23,5	263,6	16,4
Belgien	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4,4	0,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	22,9	1,4
Holland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Italien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Skandinavien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ändere	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,6	0,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	6,7	0,4

S u m m e 503,2 100 284,7 100 787,9 100 1067,0 100 543,3 100 1610,3 100

Ausländische Direkt- und Indirekt-Investitionen in China von 1900-1936 (in US-\$ Mio). 11.
inkl. Hongkong, Mandschurei - exkl. Boxeraufstand-Reparationen

	1 9 3 1				1 9 3 6			
	direkte I. \$-Mio	%	indirekte I. \$-Mio	%	direkte I. \$-Mio	%	indirekte I. \$-Mio	%
Großbr.	363,4	33,6	225,8	30,1	1.185,2	35,7	1.059,3	39,5
Japan	874,1	35,1	224,1	23,2	1.136,9	35,1	1.117,8	41,7
Rußland	273,2	11,0	0,0	0,0	273,2	8,4	0,0	0,0
U S A	155,1	6,2	41,7	5,6	196,8	6,1	244,6	9,1
Frankreich	95,0	3,8	97,4	13,0	192,4	5,9	142,0	5,3
Deutschl.	75,0	3,0	12,0	1,5	87,0	2,7	55,1	2,2
Belgien	41,0	1,6	48,0	6,4	89,0	2,7	13,8	0,5
Holland	10,5	0,4	19,7	2,5	28,7	0,9	0,0	0,0
Italien	4,4	0,1	42,0	5,6	46,4	1,4	7,8	0,3
Skandinavien	2,2	0,1	0,0	0,1	3,1	0,1	0,0	0,0
Anderere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	K.A.	K.A.
S u m m e	1.093,2	100	740,3	100	3.242,7	100	2.681,7	100
							801,5	100
							3.483,2	100

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE ROLLE DER DEMOKRATIE IN SPANIEN AM LEHRBEISPIEL DER 30ER JAHRE

Die heutigen sozialen Unruhen in Spanien werden von einer eifrigen politischen Tätigkeit aller möglichen "Vertreter des Volkes" begleitet, die alte politische Orientierungen, Programme und Prinzipien wieder aufpolieren. Es sieht fast so aus, als hätte die Geschichte alle Probleme wieder aus dem Grabe geholt, die in der Vergangenheit ein Jahrzehnt stürmischen Lebens der Halbinsel bewegten. Über die Arbeiterklasse bricht erneut die unheilvolle Plage der "historischen Alternative" zwischen Frankismus und Demokratie herein. Letztere wird nach wie vor von ihrer untrennbaren organischen Säulen getragen: der Sozialdemokratie, dem Stalinismus und nicht zuletzt dem baskischen und katalonischen "Nationalismus".

Die Tragödie des spanischen Proletariats - Ausdruck der internationalen Tragödie der Arbeiterklasse - bestand zunächst in einer blutigen Niederlage, die in der Geschichte fast beispiellos dasteht und den immer krasser werdenden Kannibalismus der bürgerlichen Klasse zum Ausdruck brachte. Zur Tragödie wurde sie aber nicht zuletzt deswegen, weil sie zu einem Zeitpunkt stattfand, wo die Abwesenheit der Klassenpartei auf internationaler Ebene verhinderte, daß die spanische Arbeiterklasse die Lehren jener Kampfjahre ziehen und sich aneignen konnte. Diese Bilanz hätte dieser so oft betrogenen Arbeiterklasse erlaubt, den Weg der proletarischen Revolution wieder aufzunehmen. Aber unter den Schlägen der internationalen Konterrevolution, die im Stalinismus ihren spezifischen Ausdruck in der Arbeiterbewegung fand und zur Vernichtung des proletarischen russischen Staates und der internationalen Arbeiteravantgarde führte, bedeutete die spanische Niederlage den *Abschluß* und nicht den *Beginn* der revolutionären Arbeiterbewegung der Phase nach dem I. Weltkrieg. Gerade weil die furchtbaren 30er Jahre in Spanien und überall nur entartete und opportunistische Parteien kannten, gerade weil der Aufschwung der proletarischen Bewegung in Spanien damals mit der internationalen Vernichtung der revolutionären Organisation zusammenfiel, und die Strömungen, die gegen diesen Vernichtungsprozeß und gegen den Opportunismus kämpften, zu schwach waren, um die Ereignisse beeinflussen zu können (wenn sie nicht gar, wie der Trotzismus, bereits auf dem Wege einer unumkehrbaren revolutionären Entartung standen, was ihnen unmöglich machte, eine historische Bilanz auf Grundlage streng marxistischer Prinzipien zu ziehen), gerade deswegen haben wir heute eine Lage, wo die Parteirichtungen, die die damalige Niederlage in Spanien regelrecht *organisierten*, dieselbe Orientierung gegenüber der Wiedergeburt des Arbeiterkampfes zunächst durchsetzen.

Die Wiedereinführung einer marxistischen Bilanz der spanischen Kampfjahre bildet ein dialektisches Ganzes mit dem Wiederaufbau der Klassenpartei, der fest in der kommunistischen Theorie, in den Prinzipien und dem Programm des Marxismus verankerten Partei. Die Lösung dieser Aufgabe ermöglicht dem Proletariat eine Orientierung, die den von der Bourgeoisie gestellten Fallen aus dem Wege geht - Fallen, die die Bourgeoisie stellt, sei es, um die revolutionäre Vorbereitung zu verhindern, sei es, um die Arbeiterklasse zum entscheidenden Zeitpunkt mit den Waffen neiderzuschlagen. Diese Bilanz übersteigt bei weitem die Grenzen Spaniens und ist daher auch für die gesamte internationale Arbeiterbewegung von strategischem Wert.

1. DAS KRÄFTESPIEL

Die Jahre 1930-39 waren die Bühne für das Spiel von *internationalen* oder mindestens *kontinentalen* Kräften, deren hauptsächlichste Träger waren: der Faschismus in seinen verschiedenen und mehr oder weniger vollkommenen Varianten (italienischer, deutscher, spanischer), die bürgerliche Demokratie, die Sozialdemokratie, der Stalinismus, der prinzipienlose Zentrismus, der Anarchismus mit seinen ohnmächtigen Prinzipien.

Eine historische Bilanz dieser Periode muß folgendes berücksichtigen bzw. bestätigen:

- die strikt konterrevolutionäre Rolle der bürgerlichen Demokratie, in Gebieten, wo keine bürgerliche Revolution geschichtlich mehr durchzuführen ist;
- die politische Teilung der Bourgeoisie, gegenüber der Zuspitzung der Klassen- gegensätze, in zwei scheinbar entgegengesetzten Flügeln, d.h. in faschistischer Reaktion einerseits und parlamentarischer Demokratie andererseits, wobei beide Flügel bei der gemeinsamen Verteidigung der herrschenden Ordnung und Unterdrückung des proletarischen Klassenkampfes *zusammenwirken*;
- die wesentliche Rolle der sozialdemokratischen und stalinistischen Kräfte als Unterstützungssäulen der Demokratie, weshalb sie absolut kein Oppositionspotential gegenüber der kapitalistischen Reaktion darstellen, sondern im Gegenteil deren Bestandteil sind;
- alle Kräfte (wie Zentristen und Anarchisten), die die proletarische Diktatur, d.h. die zentralisierte, terroristische Gewalt, die von der kommunistischen Partei mit Ausschließlichkeitscharakter geführt wird, ablehnen und eine Zwischenlösung für die Alternative unserer Zeit (Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie) suchen, kapitulieren vor dem bürgerlich-reformistischen Block;
- die antiproletarische Funktion der autonomistischen oder "nationalistischen" Bewegungen Spaniens als integrierende Bestandteile der bürgerlichen Demokratie.

Anhand des spanischen Beispiels möchten wir hier die ersten drei Kräfte zusammenfassend betrachten. Unsere Polemik richtet sich dabei nicht direkt gegen die Parteien der bürgerlichen Demokratie (einschließlich deren Agenten in der Arbeiterklasse), die ohnehin die offene Apologie des Kapitalismus betreiben. Sie richtet sich vor allem an die Adresse derjenigen, die die kommunistische Revolution in der Phrase befürworten, dennoch in der Sozialdemokratie und dem Stalinismus *positive Kräfte* im Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie sehen, oder - was noch schlimmer ist - sogar eine vermeintliche "revolutionäre Verteidigung der Demokratie" gegen den Faschismus befürworten.

Zusammenfassend und in einer Vorwegnahme der Schlußfolgerungen kann man sagen, daß in den Ländern und Epochen, in denen das Überleben der kapitalistischen Ordnung die faschistische Lösung verlangt, erwiesenermaßen nur das Proletariat durch die Tatsachen bewiesen hat, den Faschismus bekämpfen zu wollen und bekämpfen zu können. Hinzu kommt, daß der Faschismus nur unter der Bedingung siegen konnte, daß die Demokratie das Proletariat bereits vorher politisch, organisatorisch und somit auch materiell entwaffnet hatte - selbst für die reine Verteidigung gegen den "schwarzen Terror" (geschweige für eine siegreiche Gegenoffensive) braucht die Arbeiterklasse eine selbständige Klassenorganisation, eine Organisation, die die demokratischen und friedlichen Illusionen offen zurückweist.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen den zwei imperialistischen Weltkriegen illustriert die so oft vergessene These Lenins und der KI, daß in den Gebieten von entwickeltem Kapitalismus die bürgerliche Demokratie keine andere Rolle spielen kann als eine konterrevolutionäre. (1) Allerdings haben uns unsere Widersacher immer wieder entgegengehalten, daß in Spanien die Situation anders war und ist. Industriell rückständiger als die übrigen Länder Europas, wäre Spanien ein Land, wo die proletarische Bewegung sich auf die Demokratie stützen könne oder mindestens auf die reformistischen "Arbeiterparteien", um dadurch "bessere Bedingungen" für den nachfolgenden Kampf zu schaffen.

Die Tatsache, daß sich die spanische Bourgeoisie heute selbst darauf vorbereitet, die parlamentarische Demokratie weiedereinzuführen (genau wie sie es 1931 friedlich getan hatte), sowie die Manöver des sogenannten Arbeiteropportunismus, sie darin zu unterstützen, müßten jedem klar machen, daß in diesem institutionellen politischen Spiel die Bourgeoisie den Gewinn macht. Welch ein Un-

terschied zum 18. und zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa oder zum zaristischen Rußland! Damals war die Demokratie das Banner des aufständischen Kampfes der Massen gegen das alte Regime und dessen herrschende Klassen. Heute in Spanien sind die herrschende Klasse und ihr Staat selbst, die sich darauf vorbereiten, die Demokratie wieder einzuführen, genau wie sie sie gestern eingeführt und dann wieder zurückgenommen hatten. Heute ist die Klasse, die hinter der Demokratie steht, selbst herrschende Klasse!

11. a) 1930: DIE ERRICHTUNG DER REPUBLIK UND DIE ROLLE DER DEMOKRATIE

1930, mitten in der Wirtschaftskrise mit ihren Ungewisheiten, waren es die Kräfte des bürgerlichen Staates, die die Monarchie ablösten und die Republik proklamierten, um der bürgerlichen Macht eine größere strategische und taktische Flexibilität für die wilde Unterdrückung der ununterbrochenen Arbeiter- und Bauernrevolten zu geben. Der entlassene König erklärte: "Die Monarchisten, die meiner Meinung folgen wollen, werden nicht nur darauf verzichten, die Regierungsaktion zu behindern, sondern werden sie in jeder patriotischen Politik unterstützen: Spanien steht viel höher als die abstrakte Idee von Monarchie und Republik" (2). Die katholische Kirche nimmt eine positive Haltung gegenüber dem neuen Regime ein.

Die enorme Widerstandskraft gegen die proletarische Revolution, die das Kapital aus der Demokratie schöpft, ist untrennbar verbunden mit der *Integrierung* der Sozialdemokratie (später auch des Stalinismus) in den Staatsapparat. Weil die Sozialdemokratie (später auch die Stalinisten) breite Teile der unterdrückten Massen organisiert und hinter sich zieht, erreicht die Bourgeoisie das, was sie im 19. Jahrhundert nicht erreicht hatte: die Unterwerfung des Proletariats. Im 20. Jahrhundert hat die Entwicklung des Opportunismus in Europa und auch in rückständigen Ländern die Entwicklung des internationalen Kapitalismus begleitet. Der Opportunismus reifte aus, lernte die Methoden der Klassenzusammenarbeit auswendig, knüpfte tiefe Bindungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur mit der herrschenden Klasse, wurde Bestandteil der Verteidigungsfront des politischen und sozialen status quo. (3) 1930 bildete sich ein Bündnis zwischen alten Monarchisten, Republikanern und Sozialdemokraten, um einen schmerzlosen Übergang von der Monarchie zur Republik sicherzustellen. Der Regierungschef der "Flammenden Republik", Alcala Zamora - wie der Innenminister Maura überzeugter Katholik - war Minister unter dem Diktator Primo De Rivera gewesen. Die anderen Minister wurden: Azona - Republikaner; Prieto - sozialistischer Führer; Largo Caballero - sozialistischer Führer und Vorsitzender des allgemeinen Gewerkschaftsbundes (UNION GENERAL DE TRABAJO = UGT, einer Gewerkschaft, die schamlos mit der Monarchie zusammengearbeitet hatte) und ehemaliger Staatsrat von Rivera; ferner Lerroux - ehemaliger Demagoge der katalanischen Bourgeoisie; der Liberale Quiroga, usw.

Kein Wunder also, wenn heute Calvo Serrer, Führer der Demokratischen Junta, Carlist und Partner der KPS, zu jedem nur möglichen Anlaß darauf hinweist, daß es darum geht, mit derselben Geschichte wieder anzufangen!

Man darf nicht vergessen, daß die spanische Gesellschaft von einem Kompromiß gekennzeichnet war und in weitem Maße immer noch ist, einem Kompromiß zwischen einem hochentwickelten und industriellen Kapitalismus namentlich in Katalonien, im Baskenland und Asturien sowie in der Region um Madrid (und dieser Kapitalismus ist mit dem internationalen Kapital eng verknüpft) und einem quantitativ überwiegenden und extrem unterentwickelten Agrarbereich mit der in Galizien und Altkastilien reaktionärsten Ausformung einer Kleinproduktion einerseits und dem riesigen Areal leeren Dürregebiets in Andalusien, Aragon und Estremadura, den Hochburgen der Latifundienwirtschaft, andererseits. Dem entsprach auf politischer Ebene der Kompromiß der Bourgeoisie mit den Mächten des absolutistischen und klerikalen ancien régime. Der nationalen industriellen Unternehmerbourgeoisie fehlte sowohl die ökonomische, als auch die politische Dominanz, um mit den barbarischsten Resten der erdrückenden Vergangen-

heit Alt-Spaniens ein Ende zu machen. Die Gegensätze, die ihre eigene Entwicklung hervorrief, vor allem der Auftritt eines stark konzentrierten und kämpferischen Proletariats, liefern ihr eine zusätzliche Bestätigung für die Notwendigkeit, Unentrinnbarkeit dieses Kompromisses (4), der im übrigen auch dem klerikal-agrarischen Konservatismus, der periodisch von bürgerlichen Gewaltausbrüchen erschüttert wurde, ebenso willkommen ist. Es ist *im Rahmen dieses Kompromisses*, daß sich die Regierungsumbildungen nach links und rechts je nach Entwicklung der sozialen Gegensätze ereignen. Die erste republikanische Koalition brach zum Beispiel im Oktober 1931 zusammen, mit dem Austritt zunächst von Zamora und Maura, dann von Lerroux. Der radikal antiklerikale Azana übernahm die Regierung, die er bis zum Sommer 1933 in Koalition mit den Sozialisten führen wird. Zamora wird bezeichnenderweise zum Präsidenten der Republik gewählt.

Die zweite spanische Republik ist nicht reformistisch entstanden und noch weniger revolutionär - sie war von vornherein konterrevolutionär. Ob sie nun von den Rechten, dem Zentrum oder den "Linken" geführt wurde, hatte in ihrer ganzen Geschichte überhaupt keine Bedeutung gegen die alten Klassen oder Kräfte, deren historisches Gewicht bereits damals zweitrangig, wenn auch deren soziales Gewicht beachtlich war.

Auf dieser Grundlage war die zweite Republik Ausdruck einer effizienten Strategie der Entwaffnung - und wenn diese nicht möglich war, des brutalen Massakers - von Arbeitern und Halbproletariern. Die Liste der "Kriegstaten" der katholisch-republikanisch-sozialistischen Einheitsfront der Republik gegen die Ausgebeuteten ist unendlich. Sie fängt bereits im Juli 1931 mit dem Massaker der Arbeiter von Sevilla, dem das gnadenlose "Gesetz für die Verteidigung der Republik" folgte, das sich im Wesen gegen die Manifestationen des proletarischen Klassenkampfes wendete. Ihre Entwicklung wird vom tragischen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei in Arnedo (Januar 1932) flankiert. Vor dem Abschluß ihrer ersten phase steht das Massaker der zu einem großen Teil anarchistischen Bauern von Casas Viejas im Januar 1933.

Andererseits hat sie weder in der Koalition Katholiken-Republikaner-Sozialisten noch in der Koalition Antiklerikale-Sozialisten gewagt, das geringste gegen die Überbleibsel der Vergangenheit zu unternehmen: Agrarfrage (das Agrargesetz von 1932 wurde von Caballero als "Aspirin gegen eine Blinddarmentzündung" bezeichnet), Beziehungen zwischen Staat und Kirche (der Antiklerikalismus von Azana gehörte mehr dem Bereich der Phrase, Lokaldespotismus, dies alles blieb unangetastet. Der Liberale Cesares Quiroga und der republikanische Apostel Azana fassen die historische Funktion der spanischen Demokratie zusammen in ihren Defekten: "mit Feuer und Schwert" (Quiroga) gegen die Landarbeiter vorzugehen und "weder Verwundete noch Gefangene" zu machen, sondern "in den Bauch schießen". (Azana) (5)

Seitdem konnte man sagen, wie 1921 in Italien: "Es hat eine Zeit gegeben, wo das Spiel der bürgerlichen Linken sich dem der Rechten entgegensetzte, weil letztere Zwangsmethoden verwendete, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, während die Linke darauf abzielte, die Ordnung mit liberalen Methoden sicherzustellen. Heute ist das Zeitalter der liberalen Methoden abgeschlossen, und das Programm der Linken besteht darin, die Rechte bei der Aufrechterhaltung der Ordnung an 'Energie' zu überbieten." (6)

II. b) DIE ROLLE DER SOZIALDEMOKRATIE

Die schändliche Funktion der Sozialdemokratie im Rahmen dieser bürgerlichen Strategie in einer Situation von sozialer Hochspannung wird von Largo Caballero kurz zusammengefaßt: "Ich möchte nur daran erinnern, daß wir Sozialisten, nachdem wir unsere organisierte Kraft in den Dienst der Revolution gestellt" (für solche Leute war die Proklamation der Republik eine Revolution) "unsere Loyalität gegenüber der Republik soweit geführt haben, daß wir ein bißchen gegen unsere Herzen aber mit der Loyalität, zu der wir verpflichtet waren, dazu beitrugen, daß das Parlament die Gesamtheit der repressiven und einschrän-

kenden Gesetzgebung verabschiedete, die es heute in Spanien gibt. Eine Gesetzgebung, die sicherlich gegen die Arbeiter benutzt werden wird, die aber für die Unterstützung des Regimes erforderlich war. (...) Wir haben dafür gearbeitet, um Streiks zu verhindern, die die Wirtschaft des Landes hätten ruinieren können. Es ist klar, daß wir nicht alle verhindern konnten, auf jeden Fall haben wir uns aber loyal verhalten." (7)

Die Tatsache, daß die spanische Geschichte der 30er Jahre Demokratie und Sozialdemokratie (letztere als *notwendige Stütze* der ersteren) untrennbar aneinander gekettet hat, und dies *in einem der industriell rückständigsten Länder des Kontinents*, diese Tatsache beweist, daß in diesem ganzen gehistorischen Gebiet: "keine Rede von einer revolutionären historischen Funktion der Sozialdemokratie in den Ländern Westeuropas sein kann, wo das demokratische Regime seit langem besteht und eine Dekadenzphase getreten ist, wo es lediglich ein historisches Überbleibsel darstellt. In unserer Auffassung kann es keinen anderen Übergang der Macht von den Händen der Bourgeoisie in die des Proletariats geben als die Revolution, sowie man sich keine andere Form der proletarischen Macht vorstellen kann, als die Diktatur der Sowjets." (8)

Es wäre banal, demgegenüber behaupten zu wollen, daß die spanische Demokratie "sehr jung" war: die historische Reife der sozialen und politischen Formen wird nicht auf dem Maßstab einzelner Länder erreicht, sondern international, mindestens auf einem kontinentalen Maßstab, was gerade die Dynamik des Klassenkampfes, der Kräfte und politischen Formen in Spanien während der 30er Jahre beweist.

III. a) 1933-35: DIE "SCHWARZEN JAHRE" UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

Die zeitweilige Entfernung der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) von der Regierung nach den Wahlen von 1933 und ihre Beteiligung an dem Pakt der Arbeiterallianz und an der Bewegung vom Oktober 1934 (in deren Mitte der Aufstand und Asturien stand), weit davon entfernt, unsere Charakterisierung und unsere Untersuchung zu entkräften, bildet eine zusätzliche Bestätigung dafür.

Die spanische Bourgeoisie wußte, daß zwei Jahre nach der Proklamation der Republik, mitten in einer republikanischen Idylle, die mit den Schüssen der Staatsgewehre und durch die Keifung u. Verschärfung der Klassengegensätze zusammenbrach, die sozialistische Partei eine bessere Arbeit als Opposition leisten konnte - dies gerade zu einer Zeit, wo man sich entschlossen hatte, eine Offensive gegen die soziale Unruhe zu starten. Die überragende politische Kunst der Sozialdemokratie besteht nicht bloß darin, sich zur Regierungspartei zu machen, sondern daß sie sich mit einer Oppositionsrolle im strikten Rahmen der bürgerlichen Prinzipien und Institutionen begnügt, einer Oppositionsrolle, die umso wirksamer ist, je größer ihr Einfluß auf das Proletariat ist.

Nach dem Sieg der rechten Koalition 1933 erhebt sich die Arbeitervolk gegen die Reaktion. Ihr mächtiger Einheitsimpuls wird von den Ereignissen in Deutschland und später in Österreich gestärkt. Die Frage der proletarischen Einheitsfront stellte sich in dramatischer Form. Statt sich auf diesen Impuls zu stützen, um eine breite Front des Proletariats und seiner gewerkschaftlichen Organisationen zu bilden, mit der man der kapitalistischen Offensive Widerstand leisten könnte, statt mitten in diesem Kampf, durch diesen Kampf, den konterrevolutionären Einfluß und Aktion der Sozialdemokratie zu bekämpfen, nahmen die "extremistischen" Strömungen die Gelegenheit im Gegenteil wahr, um sich ins Schlepptau der Sozialdemokratie zu stellen: im Namen der proletarischen Einheit bilden sie die Einheit *mit* der sozialistischen Partei (einzige Ausnahme bildeten der Stalinismus, der zu jenem Zeitpunkt noch im (Un)Geiste der Theorie des "Sozialfaschismus" handelte, und die katalonische CNT).

Der Pakt der Arbeiterallianz, monströse politische Einheitsfront, unter der tatsächlichen Führung der PSOE, machte großes Aufheben von ihren verschwom-

menen extremistischen Palaver (was mit revolutionären Prinzipien unvereinbar ist). Er stellte sich verbal die Aufgabe, den Weg der rechten Reaktion zu sperren und "die soziale Revolution in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen", ohne dafür ein einziges Aktionsmittel zu erwähnen, ohne auf den Kampfboden hinzuweisen, auf welchem das Proletariat hätte (wir sagen nicht einmal die Macht erobern) sich mindestens verteidigen können. Dafür aber stellte er die Notwendigkeit fest, "gemeinsam (mit den Sozialdemokraten!!) zusammenzuarbeiten bis zum Triumph der sozialen Revolution" und der Errichtung des Sozialismus. Diese Allianz war das Instrument, mit dem die PSOE und die Führer der UGT, die Anarchisten Asturiens, die libertären Jugendverbände, den BOC (Arbeiter- und Bauernblock) und die kommunistische Linke Nins an Händen und Füßen gebunden haben und hinter sich herschleppten. Dadurch hat die Sozialdemokratie eine Kräftekonstellation geschaffen, die sie wieder an die Regierung bringen konnte. Sie kündigte bereits die defätistische politische Einstellung an, die während der ersten zwei Monate des Bürgerkrieges 1936 sich breitmachen wird. Dann wird die PSOE in die Tat umsetzen, was sie unter sozialer Revolution verstand. Sogar bürgerliche Parteien (versteht sich doch von selbst: die katalonische "Esquerra" und die Republikaner) wurden eingeladen, sich "moralisch" mit dieser "proletarischen Revolution" zu verbünden!

Die sozialistische Perspektive wurde von Largo Caballero klar ausgesprochen: "Die sozialistische Partei wurde in einer infamen Form von der Regierung verjagt. Die sozialistische Partei und die bewußte Arbeiterklasse Spaniens werden niemals vergessen können, daß man sie nach allem, was sie getan hatten (d.h. antiproletarische Gesetze und Verhinderung der Arbeiterkämpfe), in der Form verjagt hat, wie es gemacht wurde (...). Es versteht sich vollkommen, daß man der Arbeiterklasse klipp und klar sagt, daß sie unter der Republik das Ziel ihrer Bestrebungen nicht erreicht hat (d.h. für Leute dieses Schlages: die Sozialisten in der Regierung zu behalten), daß es notwendig ist, viel weiter zu gehen. Viel weiter zu gehen heißt nicht, die Republik zu stürzen (...) sondern diese Republik durch eine soziale Republik zu ersetzen. Dafür ist es notwendig, zunächst mit all unseren Kräften dafür zu kämpfen, so viele Parlamentssitze zu erhalten, je mehr desto besser. Dasselbe gilt für die Gemeinderäte. Das heißt: der legale Kampf, der Kampf auf dem Boden der Verfassung. Wir kämpfen auf diesem Boden. (...) Um den Sieg sicherzustellen, müssen wir den inneren Kämpfen der Arbeiterklasse ein Ende machen." (9)

Bei der bürgerlichen Provokation von 1934, wo die Rechte an die Regierung kommt, erhebt sich das Proletariat Asturiens in einer mächtigen und unwiderstehlichen Welle, die sogar die Arbeiter an der Basis der PSOE mit sich zieht. Die Niederlage wird von der infamen Haltung der PSOE, die dank der Politik der "proletarischen Einheit" noch einen Kranz von Revolutionarismus aufgesetzt bekommt.

"Die sozialistische Partei hat bis zum letzten Augenblick den Weg des Rückzugs offengehalten, um in eine demokratische Lösung zu flüchten. Hier muß man die unmittelbaren und konkreten Ursachen der revolutionären Niederlage vom 5. Oktober suchen (...). In der Aktivität der sozialistischen Partei für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes bestand die wichtigste Überlegung darin, den Rückzug, sobald sich eine Gelegenheit ergeben hätte, zu sichern, anstatt die Maßnahmen zu treffen, um den Sieg zu sichern, für den Fall, daß der Kampf ausbrechen sollte. Die ganze Taktik erklärte sich aus der Sorge, die Massen zurückzuhalten." (10)

Und noch heute gibt es Leute, die den Fakt der Arbeiterallianz als Beweis und, warum nicht? als Modell dafür verkaufen möchten, daß der Opportunismus fähig ist, zum revolutionären Kampf beizutragen oder ihn zu begünstigen. Und diese Leute vergessen außerdem, daß eben auf dem Boden des bewaffneten Kampfes der Siegeswille und die breite politische und organisatorische Vorbereitung für den Aufstand und die Diktatur die erste Bedingung des Sieges sind.

III. b) FASCHISMUS UND DEMOKRATIE

Gerade damals, in den schwarzen Jahren der rechten Regierung (1933-35) - war aber die Mitte-Links-Periode weniger schwarz gewesen? - erhebt sich die spanische Bourgeoisie auf den höchsten Gipfel ihrer Strategie. Während sie den Massen das demokratische Opium zum Kauen und Wiederkauen gibt, und dafür ganz auf die unschätzbare Zusammenarbeit der Sozialdemokratie und des nunmehr voll auf die Verteidigung der Demokratie und der Volksfronten eingeschworenen Stalinismus setzt, die sich beide in der eigenen Logik des Parlamentarismus mit den "liberalen und republikanischen" genannten Parteien zusammenschließen, bereitet sie die allgemeine Offensive der offiziellen Unterdrückungsinstrumente und der halbstaatlichen Milizen vor (Falangisten, Carlisten).

15 Jahre früher, in Anbetracht der dialektisch konvergierenden Funktion der faschistischen Reaktion und der parlamentarischen Demokratie, hat die "italienische" Linke bewiesen, daß in den höchsten Phasen des Klassenkampfes: "die 'verfassungsmäßigen' Parteien nicht ausreichen, die organisiert sind, um aus den Wahlbefragungen des Volkes eine mit der Mehrheit bezeichnete positive Antwort auf das kapitalistische Regime hervorgehen zu lassen. Es ist dann notwendig, daß die Klasse, auf der der Staat beruht, diesem, entsprechend den neuen Erfordernissen, bei der Erfüllung seiner Funktion hilft. Die konservative und konterrevolutionäre Bewegung muß sich militärisch organisieren, um eine militärische Funktion zu erfüllen, erwartet man ja den Bürgerkrieg. Es liegt im Interesse des Staates, daß sich diese Organisation in der Gesellschaft, in der 'Masse der Bürger' bildet, weil so die repressive Funktion sich besser mit der verzweifelten Verteidigung der Illusion vereinbaren läßt, die im Staat den Vater aller Bürger, aller Parteien und aller Klassen sieht (...). Neben dem Staat - aber logischerweise unter seinem 'Protest' - bewaffnet sich diese Partei 'schneller' als das Proletariat, sie bewaffnet sich aus 'besser' und übernimmt die Offensive gegen einige Stellungen, die ihren Feind besetzt und das liberale Regime toleriert hatte (...). Wenn sich der revolutionäre Druck des Proletariats verschärft, wird die Bourgeoisie dazu neigen, diese beiden Verteidigungsfunktionen maximal zu intensivieren, die sich nicht ausschließen, sondern gleichlaufen. Sie wird die kühnste demokratische oder sogar sozialdemokratische Politik zur Schau tragen und die Angriffsbanden der Konterrevolution auf das Proletariat losjagen, um es abzuschrecken." (11)

IV. DIE VOLKSFRONT (1936)

Das Wahlabkommen der Volksfront von 1936 - gezeichnet von der republikanischen Linken Azanas, der Union republicana, der PSOE, der UGT, der PCE, der sozialistischen Jugend, der Partido sindicalista, der POUM und unterstützt durch die Führer der anarchistischen CNT -, das die klassischen Prinzipien der politischen, ökonomischen und sozialen Konservativen wiederholte, spielte für die spanische Bourgeoisie diese oben geschilderte Rolle.

Der Wahlsieg der Volksfront für eine Regierung, die offen von der Rechten unterstützt wurde, die darauf verzichtete, einen Kandidaten für Präsidentschaft aufzustellen, eröffnete den Weg für eine mörderische und antiproletarische Unterdrückung. Schießereien, Notstandsgesetze, Schließung von Lokalen der Arbeiterorganisationen, Massenverhaftungen, Erklärung der Gesetzwidrigkeit von Streik und Kundgebung entfalten sich gegenüber einer wachsenden sozialen Unruhe der Massen, die nicht bereit waren, ihre materiellen Bedürfnisse zugunsten des demokratischen Opiums zu verschieben. Gleichzeitig wiederholten sich die bewaffneten Zusammenstöße der anarchistischen Arbeiter mit den Falangisten, Carlisten und sogar Sozialisten.

Parallel dazu deckte die Regierung die Vorbereitungen für die endgültige militär-faschistische Offensive (12) ein. Mola, Madrider Sicherheitspräsident unter der letzten monarchistischen Regierung, enger Vertrauter von Asturien-Henker Gil Robles, und künftiger "historischer Führer" des fran-

kistischen Staatsstreichs, wurde von Azana an die Spitze der Armee befördert, vom selben Azana, der am 4. April auf die Frage eines Journalisten, warum er die Armee nicht säubere, antwortete: "Warum überhaupt?" (13)

Unterdessen betrieb die "linke" Sozialdemokratie à la Largo Caballero ihre "revolutionäre" Demagogie: forderte die republikanische Regierung dazu auf, der sozialen Revolution "den Posten abzugeben", und befürwortete eine "Diktatur des Proletariats", die ohne Arbeiterräte und durch die...Rückkehr der PSOE an die Regierung zu verwirklichen wäre! (14)

Wenn es ein Land gäbe, wo sich die These unserer Gegner über die angeblich historische Rolle der Demokratie und Sozialdemokratie als Zwischenstadium vor der Revolution hätte bewahrheiten sollen, dann wäre eben das Spanien der 30er Jahre dieses Land, wo der bürgerliche "Kapp-Putsch" von Franco alle antiliberalen Reste der alten Vergangenheit mit sich schleppte, während gleichzeitig der faschistisierende Charakter des Frankismus vor allem unmittelbar nach dem blutigen Sieg des Nazismus - die Aktion der Sozialdemokratie für eine Kampfmobilisierung der Massen hätte hervorrufen müssen. Aber gerade das Gegenteil passierte; genauso wie die Klassenkämpfe in Italien und Deutschland vernichtete Spanien die Theorie von der fortschrittlichen Rolle der Sozialdemokratie und der politischen Einheitsfront - eine Theorie, die von den Waffen des Feindes und den Waffen der Kritik bereits erledigt wurde, und nur noch darauf wartet, von den proletarischen Waffen vernichtet zu werden.

Als der Staatsstreich bereits anfang - und man hatte gegen ihn überhaupt nichts mobilisiert -, dementierte die Regierung die "Gerüchte" vom Staatsstreich, und versprach die Todesstrafe für alle, die die Arbeiter bewaffnen sollten. Als man die Tatsachen nicht mehr verdecken konnte, gab die Regierung vor, eine angebliche "Rückkehr zur Normalität" erreicht zu haben, während der Putsch sich in Wirklichkeit mit aller Geschwindigkeit ausbreitete. Am 14. Juli, 3 Tage vor dem Beginn der militärischen Operation, erklärte der Staatsvorsitzende Quiroga vor der Versammlung des parlamentarischen Ausschusses für öffentliche Arbeiten, daß das Gerücht nicht stimme, General Mola wäre festgehalten worden. Er ergänzte: "General Mola ist ein republiktreuer General, und Gerüchte dieser Art zu verbreiten, kann nur dazu dienen, das Regime zu demoralisieren."

Am 17.7. erklärte derselbe Quiroga, daß irgendjemand, der ohne seinen persönlichen Befehl Waffen unter die Arbeiter verteilen sollte, hingerichtet werde. (15) Am 18.7. nach der völligen militärischen Besetzung von Marokko, Sevilla, Navarra und Saragossa veröffentlichte die Regierung ein Kommuniqué, um die "absolute Ruhe auf der ganzen Halbinsel zu bestätigen." (16)

Sozialisten und Stalinisten zeigten, ihrerseits, wozu sie gegenüber der anti-proletarischen Reaktion fähig waren. Am 18. Juli veröffentlichten sie folgende Erklärung:

"Der Augenblick ist schwierig, aber nicht verzweifelt. Die Regierung ist sicher, ausreichende Mittel zu besitzen, um diesen verbrecherischen Versuch zu vereiteln. Für den Fall, daß diese Mittel nicht ausreichen sollten, hat die Regierung das feierliche Versprechen der Einheitsfront. Diese ist entschlossen, *in den Kampf zu dem Zeitpunkt einzugreifen, wo ihre Hilfe erbeten wird. Die Regierung befiehlt und die Einheitsfront gehorcht!*" (17) Und dies geschah genau im selben Augenblick, wo der Regierungsblock Mola vorschlug, er sollte der nächsten Regierung als Kriegsminister beitreten und sich bereit erklärte, alle Bedingungen des Militärs anzunehmen!

Wo die Arbeitermassen den heuchlerischen Erklärungen der Republik und den Direktiven der "Arbeiter"-Lokalien ihr Vertrauen schenkten, entfesselte sich die militär-faschistische Offensive ohne Hindernisse und war das Vorspiel für ein kanibalisches Gemetzel (Andalusien, Galizien, Navarra, Saragossa). Den höchsten Zynismus erreicht die Entwaffnung der Arbeiter in der auch heute

wieder von allen Stalinisten und nicht nur von ihnen geprägten Formel: man darf die Reaktion nicht provozieren! Wo die Offensive aufgehalten werden konnte, war es eben dort, wo das Proletariat die Herausforderung des Bürgerkrieges angenommen hat und die Drohungen der Republik und die sozialdemokratisch-stalinistischen Direktiven nicht beachtete, sondern im Gegenteil die Kasernen stürmte und die Militärhierarchie lähmte, und somit die halbstaatlichen Milizen in der wichtigsten Hälfte des spanischen Territoriums schlagen konnte: kurzum dort, wo die *Bewaffnung des Proletariats*, die Schaffung von Arbeitermilizen stattfand, was eine notwendige, aber keineswegs ausreichende *Bedingung der Revolution* ist. Es fehlt eine Partei, die fähig ist, das Proletariat zur Eroberung der Macht und Errichtung der eigenen Diktatur zu führen, die fähig ist, den Einfluß der Reformisten auf die Massen zu vernichten. Beim Fehlen dieser Partei konnte in Spanien der Reformismus seine konterrevolutionäre Rolle ungehindert entfalten.

Es war die Bewaffnung der proletarischen Massen, die die Regierung dazu zwang, ihre Meinung zu ändern. Nachdem das Proletariat Asturiens, des Baskenlandes, Madriids und vor allem Kataloniens die Waffen ergriff, die Armee ersetzt und die halbstaatlichen Milizen geschlagen hatte, mußte die bürgerliche Demokratie auf den vorgesehenen Pakt aller bürgerlichen Kräfte verzichten, um jedembürgerlichen Flügel die Erfüllung der spezifischen Gesamtfunktion (freiwillige oder erzwungene Entwaffnung des Proletariats) zu überlassen. (18)

Mit Bezug auf die Rolle der italienischen Sozialdemokratie gegenüber der faschistischen Offensive (es handelt sich aber um ein Phänomen von internationaler Tragweite), erklärte die kommunistische Linke Italiens: "Die PSI lehnt den kommunistischen Standpunkt ab, daß der Faschismus nichts anderes darstellt, als einen anderen Aspekt der Gewalt, die der bürgerliche Staat als sein letztes defensives und gegenoffensives Argument der revolutionären Gewalt des Proletariats entgegenstellt. Die PSI wünscht sich eine Stagnation der Situation, die eine Rückkehr zum normalen Leben erlauben würde, also die Rückkehr zu einer Situation, in der die PSI weiterhin die traditionelle friedliche Arbeit erfüllen könnte, die ihrer Struktur angemessen ist. Die Politik der Entwaffnung und die Wahlbehauptung haben nicht dazu ausgereicht, dieses Resultat herbeizuführen; deshalb wurde die PSI dazu gezwungen, direkte Verhandlungen mit den faschistischen Führern aufzunehmen (...). Die Tatsache, daß die PSI nach dem freiwilligen und offiziellen Verzicht auf den bewaffneten Kampf diese Verhandlungen aufnahm, bedeutet, daß sie zu anderen Konzessionen bereit ist, die eigentlich eine logische Konsequenz ihres sozialpazifistischen Ausgangspunktes sein werden. Dies impliziert ungefähr folgenden Pakt: wir haben entwaffnet, jetzt muß auf derselben Grundlage gegenseitiger Verpflichtungen der Faschismus dasselbe tun. Denn die Unterdrückung der privaten Gewalttaten muß wieder Sache der legitimen Ordnungskräfte, des Staates, sein. Der Sozialdemokratismus wünscht mit einem idiotischen und unheilbringenden Elan diese illusorische Rückkehr zur Legalität herbei. Es ist daher logisch und wahrscheinlich, daß beide Seiten sich engagieren, alle - welche sie auch seien - zu bekämpfen, die dieser Legalität zuwider handeln; und wenn sie das noch nicht getan haben, werden sie es tun." (19)

Prophetische Worte, die ihre volle Bestätigung in Spanien 1936-38 finden werden! Ergänzende Rolle der bürgerlichen Demokratie, der Armee und der weißen Banden gegen das Proletariat vor und während des Staatsstrichs von Franco und - in Anbetracht der proletarischen Bewaffnung, die den Staat in zwei teilte - Rückkehr zur bürgerlichen Legalität in den republikanischen Gebieten, Stärkung des erschütterten Staates, anschließende erbarmungslose Repression gegen das revolutionäre Proletariat, und schließlich, sobald die Arbeiterklasse in ihren Bastionen von den Waffen der an der Spitze des Staates stehenden Kräfte der Sozialdemokratie und des Stalinismus besiegt wurde, schlägt die Demokratie dem Frankismus den Befriedigungspakt wieder vor, der damals abgelehnt wurde und heute fast dabei ist, angenommen zu werden.

Das ist die objektive Funktion sozialdemokratischer und stalinistischer Politik, einer Politik, die scheinbar harmlos das "Bündnis der Arbeiter mit dem Volk" verkündet, aber mit diesem Bündnis eben verhindert, daß das Proletariat seine autonomen Klassenziele verfolgt.

Verfolgen wir die wichtigsten Etappen dieses infamen konterrevolutionären Kurses, der sich gegen den letzten Aufruhr des europäischen Proletariats in der mit der russischen Revolution eröffneten historischen Phase entfesselte.

V. DEMOKRATIE UND VOLKSFRONT IM BÜRGERKRIEG

Indem es in einer riesigen Erhebung die bürgerliche Herausforderung annahm und verstand, daß der Bürgerkrieg die Umwandlung der Industrie und die Unterdrückung des Feindes verlangt, errichtete das spanische (und vor allem katalonische) Proletariat die Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Klassenjustiz. Dies hatte Einfluß auf die halbproletarischen Landarbeiter und armen Bauern, die das Land der Großgrundbesitzer besetzten. Obwohl militärisch bewaffnet, war die Arbeiterklasse aber *politisch vollständig entwaffnet*.

Die Arbeiter waren damals hauptsächlich in zwei verschiedene Strömungen geteilt: den Anarchismus (mit der FAI und der CNT), der vor allem in Katalonien vorherrschte, und die Sozialdemokratie. Sowohl der Stalinismus als auch die POUM, eine zentristische Partei, die vorwiegend in Katalonien organisiert war, hatten keinen bemerkenswerten Einfluß in der Arbeitermasse. Während der ersten Wochen, unmittelbar nach den Erfolgen vom Juli 1936, als der erste proletarische Anlauf noch volle Kraft besaß, liesen das demokratische Personal der Republik, die Sozialdemokraten und die Stalinisten, die nicht die Macht hatten, das Proletariat zu entwaffnen, "Fünfe grade sein", um nicht überschwenken zu werden. Unterdessen wird die historische "Fähigkeit" des Anarchismus, die bürgerliche Herrschaft zu zerstören, getastet. Die Regierung (geführt von dem Republikaner Gil) bemüht sich dank der aktiven Unterstützung der Sozialisten und Stalinisten, die der Regierung aber noch nicht zugehören, die Infrastruktur des bürgerlichen Staates wieder herzustellen. Sie bemüht sich nicht, die Militäroffensive Francos zu bekämpfen. Trotz ihrer großen Geldreserven tätigt sie *überhaupt keinen* Waffenkauf während der ersten zwei Monate, die den internationalen "Nichteinmischungsvereinbarungen" vorangehen. Eine der ersten Maßnahmen, die die Regierung gleich in den ersten Augusttagen ergriff, war eine Mobilisierung zur Wiederbildung der regulären Armee in den "republikanischen Gebieten". Gegenüber einer solchen Maßnahme, die die Arbeiterkomitees ausschloß und die Frage der Macht offen stellte, kapitulierte die CNT. Es folgte die Wiedereinführung der Zensur, der sich CNT und POUM ebenfalls beugen.

Die Nichtvernichtung des Staates seitens des Anarchismus - und man muß bedenken, daß dieser praktisch ganz Katalonien in seinen Händen hatte -, obwohl diese Vernichtung eigentlich sein äußerstes Prinzip ist, und das totale Fehlen des Prinzips der Vernichtung des Staates bei den Zentristen (POUM) zwangen diese Strömungen zu einer Kette von Kapitulationen im Namen des "einheitlichen antifaschistischen Kampfes": Perioden von Bürgerkrieg dulden kein Zögern und keine Halbheiten. Seit August beteiligte sich die CNT an der Verteidigungsjunta des Baskenlandes, die von der baskischen nationalistischen Partei geführt wurde und die tatsächliche Regierung der Provinz darstellte, während die POUM in Valencia dasselbe tat. Seit dem 11. August traten die CNT und die POUM dem Wirtschaftsrat von Katalonien bei, um das Wirtschaftsleben der Region gemeinsam mit der Generalidad-Regierung, die von der wild antiproletarischen, bürgerlichen Esquerra-Partei geführt wurde, zu koordinieren. Inzwischen hatten die FAI, die stalinistische PSUC, die UGT und die CNT

am 5. August ein Vereinigungskomitee gebildet.

Dies alles ist ein zwingender Beweis für den totalen politischen Zusammenbruch des Anarchismus, der alle seine Prinzipien über Bord warf, und des Zentrismus, sowie eine radikale Entlassung ihrer gemeinsamen Nachtrabpolitik gegenüber der Demokratie und dem Reformismus - eine Nachtrabpolitik, die sich in den vorgehenden Jahren bis zur vollen Blüte entwickelt hatte. Nunmehr bereits ohne jegliche Prinzipien, konnten sie nichts anderes tun, als zu schwanken zwischen dem Aufruhr der Arbeitermassen und der Kapitulation gegenüber denjenigen, die feste, aber konterrevolutionäre Prinzipien hatten.

Am 4. September gingen die Sozialdemokratie und der Stalinismus mit der Bildung einer Regierung unter Largo Caballero in die Offensive. Jesus Hernandez, Direktor des Zentralorgans der KPS (hundo obrero) schrieb am 6.8.36: "Es ist absolut falsch zu sagen, daß die Arbeiterklasse heute als Ziel die Errichtung der Diktatur des Proletariats habe, wenn der Krieg zu Ende ist. Man kann nicht sagen, daß wir einen sozialen Grund für unsere Beteiligung an dem Krieg haben. Wir kommunisten sind die Ersten, diese Mutmaßung zurückzuweisen. Wir werden lediglich von dem Wunsch getrieben, die demokratische Republik zu verteidigen." In den ersten Augusttagen veröffentlichte "L'Humanité" folgende Erklärung: "Das Zentralkomitee der KPS bittet uns, die öffentliche Meinung bezüglich der fanatischen und tendenziösen Nachrichten aufzuklären, die einige Zeitungen veröffentlicht haben. Hier diese Aufklärung: Das spanische Volk kämpft nicht für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern es kennt nur ein einziges Ziel: die Verteidigung der Ordnung, der Republik, mit vollem Respekt vor dem Privateigentum." (20) Santiago Carillo erklärte ausdrücklich auf dem nationalen Kongreß der Jugend im Januar 1937 in Valencia: "Wir sind keine marxistische Jugend. Wir kämpfen für eine parlamentarische demokratische Republik." (21) Die Bildung einer neuen Regierung in Katalonien unter Beteiligung der bürgerlichen und wild-antiproletarischen Esquerra-Partei, der PSOE, der PSUC, der CNT und der POUM und der spätere Beitritt der CNT in die zentrale Madrider Regierung am 4.12.36 sicherte der "antifaschistischen" Reaktion die Unterstützung für die Offensive gegen das bewaffnete Proletariat.

Mitten in den Ereignissen vom Mai 1937, als sich die Demokratie über das Proletariat von Barcelona gewaltsam stürzte, brachte ein anarchistischer Führer (Federica Montseny) einen Bericht vor, der über die Vereinbarungen der Esquerra, der stalinistischen PSUC und der baskischen Regierung informierte, die POUM und die CNT zu vernichten, um den Weg für Friedensverhandlungen unter der Kontrolle der Weltmächte zu bahnen. Nach dem stalinistischen Publizisten Louis Fischer hatte ein paar Tage vorher "ein Vertreter der spanischen Regierung, der der Krönung Georg VI. beiwohnte, dem Außenminister Eden einen Plan für die Kriegsbeendigung vorgelegt. Man müßte einen Waffenstillstand erklären, alle ausländischen und freiwilligen Truppen beider Seiten müßten Spanien sofort verlassen. Während des Waffenstillstandes dürfe keine Kampffrontlinie verschoben werden. Nach der Entfernung der Nichtspanier müßten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und die UdSSR einen Plan vorbereiten - bereits jetzt erkläre sich die spanische Regierung bereit, diesem Plan zuzustimmen, weshalb der Wille der spanischen Nation hinsichtlich ihrer politischen und sozialen Zukunft abgesichert werden könnte." (22) Schon das würde genügen, um die antiproletarischen Grundlagen der republikanischen Politik nachzuweisen, sei es unter Caballero, sei es später unter Negrin.

Um keine "internationalen Zwischenfälle" zu provozieren, die England und Frankreich unangenehm wären, schickte die Regierung seit September 1936 die ganze ihr verbliebene Kriegsmarine (23) an den Golf von Biskaya, anstatt die Marine dafür einzusetzen, die Landung der frankistischen Regimenter aus

Marokko zu verhindern. Darüberhinaus hat die Republik Marokko nicht in die Unabhängigkeit entlassen, was eine nationale Revolte im Rücken und inmitten der frankistischen Truppen begünstigt hätte. Die Republik wies sogar ein entsprechendes Angebot des Nationalistenführers Abdel Krim ab und ging so weit, Frankreich das Angebot zu machen, ihm einen Teil von Spanisch-Marokko abzutreten. (24). Man kann sich vorstellen, was eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Nationalisten bedeutet hätte: einen allgemeinen Sturm in Afrika, das von den demokratischen Mächten kolonisiert war!

Parallel zum Wiederaufbau der offiziellen Armee in den Gebieten, wo die Arbeiter bewaffnet waren, stärkte und reorganisierte die Regierung die verhaßte Guardia Civil nunmehr unter dem Namen "Guardia Nacional Republicana". Ein großer Teil ihrer Truppen wird von der Kriegsfront zurückgezogen, um einen Unterdrückungsapparat von 40.000 Mann zu bilden, alles unter dem Vorwand, den Grenzschutz zu übernehmen.

Unterdessen wird die Front von Aragon, die von den bewaffneten Arbeitern unter Führung der Anarchisten und der POUM gehalten wird, offen boykottiert. Dies führt dazu, daß die Truppen Francos aus Navarra freien Weg bekommen, um bis zum Baskenland vorzudringen. Die Furcht der Republik vor den revolutionären Impulsen des asturischen Bergbauproletariats führt dazu, daß es überhaupt keine Waffen zugeteilt bekommt. Und nur mit diesen Waffen hätten die asturischen Arbeiter Oviedo den Händen Francos entreißen können.

Im Baskenland: die nationalistische Regierung unter sozialistischer und stalinistischer Beteiligung sieht davon ab, die mächtige Schwerindustrie Bilbao in Waffenindustrie umzuwandeln. Darüberhinaus gibt sie San Sebastian ohne Kampf an die Frankisten ab, nachdem sie die Stadt von den bewaffneten Arbeitern gesäubert hatte.

Andererseits verfügte die Regierung im Oktober 1936 die Militarisierung der Arbeitermilizen, die somit dem militärischen Kommando des Staates unterstellt werden. Beschlüsse vom Oktober 1936 und vom Februar-März 1937 führen zur Entwaffnung der nicht-militarisierten Arbeiter. Seit April war den Arbeitermilizen von Madrid und Valencia die Polizeifunktion entrißen worden. Dies alles kündigte die allgemeine antiproletarische Offensive an, die der internationale Stalinismus verkündet hatte. In der Tat, man konnte in der Pravda vom 17.12. 1936 lesen: "In Katalonien begann die Säuberung von Trotzlisten und Anarchosyndikalisten. Sie wird mit derselben Energie durchgeführt wie in der Sowjetunion." (25) In der Sowjetunion war man gerade bei den großen Prozessen, wo die Reste von dem, was im vergangenen Jahrzehnt die Avantgarde des Weltproletariats gewesen war, liquidiert wurde.

In Barcelona stießen die Versuche des demokratischen Blocks, die Arbeiter zu entwaffnen, auf Widerstand. Die Endoffensive war aber bereits reif: Staatspolizei und -armee waren wiedergebildet; CNT und POUM hatten sich an der demokratischen Klassenkollaboration aktiv beteiligt; unter den Massen, die keine zum revolutionären Handeln entschlossene Partei hatten, breitete sich die Enttäuschung aus. Der demokratisch-sozialistisch-stalinistische Block verfügte somit über äußerst günstige Voraussetzungen, um die "Rückkehr zur Normalität" zu Ende zu führen. Dafür war jedoch notwendig, das trotz allem immer noch kampfbereite Proletariat mit Waffen niederzuschlagen.

Die Offensive gegen die Arbeiter von Barcelona wurde im Mai 1937 entfesselt: die Militärkorps des Stalinismus ergriffen die Entwaffnung der Arbeitermilizen, was zu einer kräftigen proletarischen Antwort in der ganzen katalanischen Hauptstadt führte. Demgegenüber rufen CNT und POUM ständig zur "Wiederausöhnung der antifaschistischen Front" auf, was bedeutet, daß die Arbeiter sich selbst überlassen werden. Schlimmer noch, sie halten die eigenen Milizen, die nach Barcelona drängen, um dem dortige Proletariat zur Seite zu

stehen, zurück: sie erklären diesen Milizen, alles wäre wieder in Ordnung. Das katalonische Proletariat erlebte eine schreckliche Repression und eine endgültige Niederlage - *Dem demokratischen Block gelang, was der Militärfaschistischen Reaktion nicht gelungen war: das Proletariat Barcelonas im Blut zu ersticken.*

Hunderte von Toten, Tausende von Verwundeten und Verschollenen - dies ist die physische Bilanz dieser entscheidenden Tage, die den Beginn der systematischen Säuberung der Front und des Landes von klassenbewußten Proletariern bildete. (26)

Einmal das letzte Hindernis für die "demokratische Normalisierung" entfernt, wurde Largo Caballero abgesetzt: die soziale Konservation benötigte nicht mehr die Deckung durch die demagogische Phrase, um eine breitangelegte anti-proletarische Gewalt zu entfesseln.

Dieser Prozeß wird durch die Regierung Negrin beschleunigt: massive Unterdrückung des Proletariats; Entfesselung der halbstaatlichen stalinistischen Banden, die sich mit schwindelerregender Geschwindigkeit in der Lage waren, einen großen Teil der antiproletarischen sozialen Reserven des "republikanischen Gebiets" um sich zu sammeln; Abschaffung (die in den vorgehenden Monaten bereits eingeleitet worden war) der Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung; Offensive zur Unterjochung der armen und ärmsten Bauern, die die konservativen Dekrete der Regierung Largo Caballero verlorzt hatten (27); dies war die Wirklichkeit der spanischen Demokratie in den Monaten, die den Weg für die erneute Inbetriebnahme des Parlamentarismus (den die Republik seit dem 16. Juli nicht gewagt hatte, weiter zu praktizieren) und für die Versuche, sich mit Franco zu arrangieren, bahnten.

Am 1. Oktober 1937 versammelten sich die Cortes und vereinten in brüderlicher Umarmung Sozialdemokraten, Stalinisten, Republikaner, baskische und katalanische Nationalisten sowie die Vertreter der Regierungsparteien der "zwei schwarzen Jahre" (1933-35), Maura und Portalla Valadarez. Diese Vereinigung von bedingungslosen Dienern der bürgerlichen Konservation war laut Valadarez "*die Daseinsbegründung der Republik, die Lebensberechtigung der Republik*". Irujo, Justizminister und Vertreter der baskischen Regierung, die ohne jeglichen Widerstand die baskischen Provinzen der Armee Francos überlassen hatte, schilderte kurz, daß die Tatsache der "demokratischen Normalisierung" untrennbar von der "nationalen Wiederaussöhnung" war. Dies war die Zeit der Abschaffung der Reste der Volksgerichte, die Zeit des Verbots, Faschisten ohne vorherige Abstimmung mit der legalen Polizei anzuzeigen, und der neuen Aktionsfreiheit für die Kirche, Speerspitze des Frankismus, ebenso die Zeit der Auflösung der Antifaschistischen Komitees, die in den Staatsorganen mitarbeiteten. Einmal das Gebiet der Republik "normalisiert", blieb dieser Republik nichts anderes mehr übrig, als offen den Frieden mit den Frankisten vorzuschlagen.

In der Versammlung der Cortes vom Oktober 1937 behauptete Negrin, daß man "den Frieden während des Krieges vorbereiten sollte". Am 20. November akzeptierten beide Seiten das Prinzip des Rückzugs der Freiwilligen (28). Schließlich veröffentlichte Negrin am 1.5.38 seine Verhandlungsziele: *Verzicht auf den Krieg, Amnestie für die Feinde, keine Vergeltungsmaßnahmen, allgemeine Wahlen*. Nichts natürlicher als das: Warum sollte man nach der blutigen Unterdrückung des Proletariats die anderen Diener des eigenen Herrn bekämpfen, sich nicht mit ihnen auf der Grundlage derselben Republik verständigen, die in den ersten Tagen ihrer Existenz eine Herberge sowohl für die Reaktion der Rechten als auch der demokratischen Linken gewesen war?

Die "13 Punkte" von Negrin (soe wurden die Verhandlungsziele genannt) wurden vom Stalinismus unterstützt. In ihrer Rede vom 23.5.38 auf dem Plenum des ZK der KPS bat die Passionaria "alle, die darauf stolz sind, Spanier zu sein, sich aber auf der anderen Seite der Front befinden, daß sie für die

13 Punkte kämpfen als eine Grundlage, um ein neues Spanien zu erreichen" Litvinow, Vertreter der russischen Regierung, behauptete, er würde sehr zufrieden sein, ein Spanien zu verlassen, das "ein Spanien für die Spanier" wäre. Ilya Ehrenburg reichte den Falangisten in der Pravda vom 17.7. desselben Jahres eine "versöhnliche Hand" und nannte sie "spanische Patrioten" (29). Am 2. Okt. hielt Negrin eine Rede, wo er erklärte, daß alle Spanier zu einer Verständigung kommen sollten. Er fragte öffentlich, ob die Nationalisten daran interessiert seien, den Krieg" (der für diese Herrschaften keine Dar-seinsberechtigung mehr hatte) "weiter zu führen, bis die Nation zerstört wäre". (30)

So hatten die Entwaffnung und die Niedermetzlung des Proletariats den Weg eröffnet für die "nationale Wiederaussöhnung", deren Ziel die Restauration einer eisernen Demokratie^{war}, gestützt auf ihre "Arbeiter"-Säulen und ihre demokratischen sowie falangistischen Unterdrückungsorgane, alle unter den terroristischen Fittichen des Staates vereint.

Wenn der vorgeschlagene Pakt *damals* vom Frankismus zurückgewiesen wurde, so ist das darauf zurückzuführen:

- a) daß der wirtschaftliche Wiederaufbau eines vom Bürgerkrieg erschütterten Kapitalismus, zumal in einer Zeit, wo die ganze Welt unter den Folgen der Wirtschaftskrise litt, einen eisernen einheitlichen Willen seitens der herrschenden Klasse erforderte;
- b) daß die herrschende Klasse sich keine inneren und zweitrangigen Reibungen erlauben konnte und eine äußerste Anstrengung aller sozialen Kräfte nötig war;
- c) daß die Unkosten der klassischen bürgerlichen Herrschaft wie Parlamentarismus und Arbeiterreformismus nicht drin waren, zumal Sozialdemokratie und Stalinismus ihre antiproletarische Rolle schon bis zur äußersten Konsequenz geführt hatten und somit nicht in der Lage waren, die Arbeiterklasse optimal zu integrieren, d.h. daß die für den anderen Kurs notwendige Massenorganisation einen umso gefährlicheren und zentrifugalen Tendenzen ausgesetzten Boden dargestellt hätte.

VI. DER KRIEG, FORTSETZUNG DER POLITIK

Militärisch gesehen bestätigt der spanische Bürgerkrieg die Feststellung, daß jeder Krieg eine Fortsetzung der Politik ist, deren Züge er verschärft und deren Folgen er konzentriert.

Die *einzig* militärischen Siege gegen die Armee Francos waren die Arbeitersiege am Anfang des Krieges, wo Teile der Arbeiterklasse sich über die bürgerliche Legalität hinwegsetzten. Die einzigen siegreichen Offensiven waren die der Arbeitermilizen von Asturien und Katalonien, die die arme Bauernschaft in den Aufstand mitzogen und Aragon besetzten. Jedoch von dem Augenblick an, wo die proletarische Energie für die "Verteidigung der Republik" kanalisiert und die Milizen in die Armee des demokratischen Staates integriert wurden, bildet die militärische Geschichte des Bürgerkrieges eine abfallende Kurve, wo Rückzug auf Rückzug folgt, was auf militärischer Ebene die spezifische Funktion der Republik zum Ausdruck bringt.

Nach Monaten von absoluter militärischer Untätigkeit und nach der Entwaffnung der Arbeitermilizen lieferte die republikanische Armee nach San Sebastian den Rest des Baskenlandes *kampflos* den Frankisten aus. Nach der unvermeidlichen Niederlage des Proletariats in Barcelona im Mai 1937 hatten die bürgerliche Demokratie und der baskische Nationalismus ihre Rolle erfüllt. Die baskische Bourgeoisie wechselte dann die Frontseite, zumal England, eine in diesem Gebiet einflußreiche Macht, mit der frankistischen Regierung Vereinb-

rungen getroffen hatte.

Malaga fiel infolge von Verrat innerhalb der "loyalen" Armee. Gijon wurde kampflos nach Entwaffnung der Arbeiter geräumt. Die Front von Aragon wurde durch die Regierungssabotage der Arbeitermilizen zerschlagen: sie wurde zu einem schrecklichen Blutbad an den Arbeitern, die dem schweren Feuer der frankistischen Armee widerstehen; während die Republik ihnen jegliche Luft- oder Schwerwaffen-Untersützung verweigert. Die republikanische Armee, deren Wiederaufbau angeblich den "totalen Sieg sichern" sollte, verläßt Barcelona, Achse des spanischen Proletariats, *kampflos*.

Nur die Verteidigung von Madrid 1936 und die Ebro-Offensive 1938 zeigten eine wirkliche Mobilisierung, nicht so sehr der Regierungsautoritäten, die sich aus dem Staub machten, sondern des sozialistisch-stalinistischen Blocks. Aber auch hier handelt es sich nur um andere Glieder derselben konterrevolutionären Kette. Es genügt, auf die militärisch-politische Karte Spaniens einen Blick zu werfen, um zu verstehen, daß der Fall Madrids die Liquidierung des nationalen Einflußzentrums der Sozialdemokratie und des Stalinismus bedeutet hätte. Der Fall Madrids hätte zur Folge gehabt, daß Katalonien, das nationale Einflußzentrum der Anarchisten und der POUM, zur politischen und militärischen Achse des Kampfes gegen Franco geworden wäre. Um die Unterordnung des katalonischen Proletariats unter die Republik sicherstellen zu können, verlangte die Strategie der Demokratie die Erhaltung Madrids - abgesehen davon, daß für den Stalinismus die Verteidigung der Hauptstadt und die sie begleitende internationale Mobilisierung Mittel darstellten, um die Aufmerksamkeit von dem abstoßenden Spektakel der Moskauer Prozesse abzulenken.

Was die Ebrooffensive angeht, so war sie ein letzter Versuch, den Frankismus an den Verhandlungstisch zu bringen. Als Beweis dafür genügt die Tatsache, daß mitten im Kampfe die internationalen Brigaden von der Front abgezogen wurden, genauso wie es vorher in den Verhandlungen mit den alliierten Mächten beziehungsweise in den Verhandlungen dieser Mächte mit Franco vereinbart worden war.

Nach der Militarisierung der Arbeitermilizen, d.h. nach deren Unterstellung unter Staatskommando, vor allem aber nach der Zerschlagung des katalonischen Proletariats im Mai 1937, wurden die Kriegsfronten der Republik zu einer einzigen Bühne von Verraten der "loyalen" Streitkräfte und von einem ungeheuerlichen Massaker des Proletariats. Während dieser Zeit fabrizierte die Demokratie ihre Argumente für eine unmögliche Verhandlung mit dem Frankismus, während die anarchistischen Führer die "Notwendigkeit, die antifaschistische Einheitsfront" zu verwirklichen und "alles dem Sieg unterzuordnen" bis zum Überdruß wiederholten.

VII. HISTORISCHE BILANZ UND ELEMENTE DER REVOLUTIONÄREN TAKTIK

Obwohl sie wesentliche Grundlage jeglicher revolutionärer Politik ist, reicht die Vernichtung der theoretischen und prinzipiellen Thesen unserer Gegner nicht aus, um die Aktion des kommunistischen Proletariats strikt abzugrenzen und zu führen. Sie muß von einem festgefügtten Komplex von Richtlinien begleitet werden, die den Rahmen der proletarischen Taktik bilden. Die kommunistische Taktik muß die *praktische Haltung* des Proletariats gegenüber den Forderungen des sogenannten "linken Blocks" nach "Verteidigung der Demokratie", gegenüber der Alternative zwischen "bürgerlichen Rechten und demokratischer Linken", sowie schließlich gegenüber der Perspektive einer sozialdemokratischen oder stalinistischen "Arbeiterregierung" festlegen. Diese drei Probleme mit denen sich das spanische Proletariat während der dreißiger Jahre, wie früher das italienische und deutsche Proletariat, konfrontieren mußten - bilden ein dialektisches Ganzes in dem Maße, in dem die bürgerliche Demokratie seit mehr als einem halben Jahrhundert die Existenz von "Linksblöcken" und von bürgerlichen

"Arbeiterparteien" zur Voraussetzung hat.

Sicher wurde das spanische Proletariat nicht bloß wegen der taktischen Fehler der Parteien, die seine Führung innehatten, besiegt, sondern auch und vor allem, weil diese Parteien entweder konterrevolutionäre Strömungen, wie Sozialdemokratie und Stalinismus, oder schein-extremistische und in Wirklichkeit ohnmächtige Strömungen, wie Anarchismus und Zentrismus, darstellten. Mit anderen Worten, das spanische Proletariat wurde vor allem durch das Fehlen einer fest in den revolutionären Prinzipien und dem revolutionären Programm verankerten, kommunistischen Partei besiegt, einer Partei, die infolge ihrer langen Kampferfahrung und ihres Einflusses auf die Arbeitermassen in der Lage gewesen wäre, die Klassenimpulse zusammenzufassen und sich an ihre Spitze zu stellen. Wie Trotzki später gesagt hat, hätte eine solche Partei im Mai 1937+) im ganzen Lande zur Erhebung gegen den Faschismus und die Demokratie zu führen. Das Fehlen dieser Partei ergibt sich aber aus historischen Faktoren, die nicht so sehr nationaler, sondern vielmehr internationaler Natur sind. In diesem Sinne sind die taktischen Richtlinien, die man aus dieser Periode herausdestillieren kann, notwendigerweise beschränkt. Sie sind dennoch von äußerster Wichtigkeit, weil sie weltweit gültigen Thesen eine *Bestätigung* hinzubringen.

Es ist unwiderlegbar, daß sich der Anarchismus in Spanien historisch liquidiert hat, daß er, wie Trotzki äußerst treffend sagte, bewies, daß "der Sektarismus nichts anderes ist als die Knospe, die als opportunistische Blume sich öffnen kann". Es ist ebenso richtig, daß die POUM, die ewige Fleite des Zentrismus darstellte. Diese Feststellungen reichen aber nicht aus, wenn man nicht zeigt, *wie und mit welchen Mitteln* die politische Strategie der Bourgeoisie es nach und nach erreichte, derart unwiderrufliche Ergebnisse herbeizuführen, nämlich daß der Anarchismus, der im Namen seiner grundsätzlichen Opposition zu *jedlichem* Staat die unerlöbliche revolutionäre Forderung des proletarischen Staates zurückweist, die Wiederherstellung und Führung des *bürgerlichen* Staates mittrug. Und auch: Wie konnte die Bourgeoisie erreichen, daß die anarchistischen und poumistischen Führer (die jahrelang die Sozialdemokratie und den Stalinismus als Agenten der internationalen Konterrevolution angeprangert hatten) die "antifaschistische Arbeitereinheit" aus Prinzip vertraten, selbst *nachdem* die Waffen der "sozialen Demokratie" die Schleier zerfetzt hatten, die ihr scheußliches antiproletarische Gesicht verbargen?

Man kann nicht umhin, eundeutig festzustellen, daß der konkrete Weg der anarchistischen und poumistischen Kapitulation sich *während langer Jahre* herausgebildet hat: ein Weg, vom Pakt von San Sebastian über die Einheitsfront der "Arbeiterallianz", die Politik der "taktischen" Unterstützung^{der} der Demokratie (die, sofern sie nicht unter der Rubrik der "revolutionären Verteidigung der Republik" fallen, sich als banale Wahlzusammensetzungen und -unterstützungen manifestieren) und die ununterbrochene Orgie der Einheitsfronten mit "Arbeiterparteien" (wenn nicht mit offen bürgerlichen Parteien), die ihre konterrevolutionäre Natur tausendmal gezeigt hatten, bis schließlich zur Volksfront führt.

Wie oft hat man gegen unsere taktische These der Ablehnung von *politischen* Einheitsfronten im entwickelten Kapitalismus (insbesondere mit der Sozialdemokratie und mit dem Stalinismus), um der bürgerlichen Offensive "zu entgegen", polemisiert. Wie oft hat man uns das Beispiel der Bolschewicki entgegengehalten, die mit den Menschewicki eine Absprache gegen Kornilow getroffen hatten (was aber, wir erlauben uns darauf hinzuweisen, keineswegs ein Bündnis mit der Kerenski-Regierung bedeutete!). Trotzki selbst hat diese Taktik für seine spanischen Anhänger befürwortet, und verfiel damit einer analogistischen Methode.

Die Parallele zu den Bolschewicki ist auf jeden Fall unglücklich, weil in Rußland die zeitweilige Allianz mit den Menschewicki keine Gefahr lief, die
+) einen günstigen Boden gehabt, um die Arbeiter- und Bauernmassen

Demokratie und die opportunistischen Parteien zu stärken. Die Bourgeoisie war erst seit vier Monaten an der Macht und hatte es noch nicht geschafft, ihre Herrschaft und ihren Staatsapparat zu festigen. Sie hatte keine tiefen sozialen Wurzeln und es noch nicht erreicht, über opportunistische Kräfte ein Netz von festen und dauerhaften Bindungen zur jungen und kräftigen Arbeiterklasse zu knüpfen. Das Proletariat war nicht durch Jahrzehnte Demokratie korrumpiert worden: im Gegenteil, in ihrer viermonatigen Existenz hatte die Demokratie nur das Gesicht des Feindes gezeigt, weshalb auch der Opportunismus es nicht fertig gebracht hatte, breite Arbeiterschichten stabil und konsequent in den Weg der Klassenkollaboration zu ziehen.

Italien, Deutschland und auch das relativ rückständige Spanien von damals - und in Anbetracht dieser Rückständigkeit ist das Phänomen Spanien sehr bedeutend - zeigen ein völlig anderes Bild. Nicht nur besaß hier die Bourgeoisie tiefe Wurzeln in der Gesellschaft, sie hatte auch seit langem mächtige Agenten innerhalb der Arbeiterklasse. Die bürgerlich-demokratischen Traditionen waren bis in die Arbeiterklasse eingedrungen und hatten sogar die Anarchisten angesteckt. Diese Tatsachen kommen auch in der Existenz relativ mächtiger zentristische Strömungen zum Ausdruck, welche in der russischen Revolution ein äußerst geringes Gewicht hatten. Unter solchen Bedingungen führen die politischen Bündnisse - auch die zeitweiligen - mit den bürgerlichen "Arbeiterparteien" nicht zur Erhöhung des revolutionären Einflusses unter den Massen. Sie sind im Gegenteil ein Faktor der Desorganisierung, der Verwirrung, der Schwankungen und schließlich der Niederlage der revolutionären Kräfte. Das, was die Theorie im voraus zeigt, was die darauf bauende strategische Überlegung fixiert, wurde in der Praxis von zwei Jahrzehnten von Niederlagen bestätigt.

Wie ist es möglich, aus den Klassenkämpfen in Spanien nicht dieselbe Lehre zu ziehen, die die kommunistische Linke Italiens bereits aus den flammenden Jahren nach dem ersten Weltkrieg gezogen hatte:

'Die Sozialdemokratie hat in revolutionären Perioden in dem Sinne eine spezifische Funktion, daß in den westlichen Ländern sehr wahrscheinlich ein Moment kommen wird, wo die sozialdemokratischen Parteien, allein oder mit bürgerlichen Parteien, die Regierung übernehmen werden. Wo das Proletariat nicht die Kraft haben sollte, dies mit Gewalt zu verhindern, wird eine solche Phase keineswegs eine günstige Bedingung oder notwendige Bedingung für das Auftreten revolutionärer Institutionen darstellen, keineswegs eine nützliche Vorbereitung für den proletarischen Aufstand sein. Im Gegenteil, das wird der verzweifelte Versuch der Bourgeoisie sein, das Proletariat zu schwächen und abzulenken. Und wenn die Arbeiterklasse noch genug Energie haben sollte, um sich gegen die legitime, humanitäre und gute sozialdemokratische Regierung zu erheben, zielt dieser Versuch der Bourgeoisie darauf ab, das Proletariat ohne Erbarmen unter den Schlägen der Reaktion zu vernichten.'

Man kann daher keinerlei Übergangsweg zwischen der jetzigen Diktatur und der proletarischen Diktatur voraussagen. Wenn man aber Kommunist ist, muß man davon ausgehen, daß die Bourgeoisie eine letzte und heimtückische Form ihrer Diktatur organisieren wird, eine Form, die die Übergabe des Staatsapparates und also der kapitalistischen Verteidigung in die Hände der Sozialverräter durch die Notwendigkeit irgendwelcher formeller und rein scheinbarer Änderungen der Institutionen rechtfertigt

Vom Standpunkt der Taktik bedeutet diese kommunistische Vorhersage keineswegs, daß wir uns mit ihrer Verwirklichung abfinden - regieren wir doch, daß sie den Charakter einer universellen historischen Notwendigkeit habe. Gestärkt durch ihre internationale Erfahrung, nehmen sich die Kommunisten vor, das hin-

terlistige Spiel der Demokratie im voraus zu entlarven und ihren Angriff gegen die Sozialdemokratie zu beginnen, ohne abzuwarten, daß die konterrevolutionäre Funktion der Sozialdemokratie sich in den Tatsachen selbst voll entfaltet hat. Die Kommunisten werden also versuchen, das Proletariat darauf vorzubereiten, daß es dieses monströse Produkt der Konterrevolution im Keim ersticke und sie schließen deshalb absolut nicht aus, daß der Endkampf als Angriff gegen eine vermeintlich sozialistische Regierung stattfinden kann, die als letztes Hilfsmittel der Bourgeoisie an der Macht sei.

Was die verwickelten taktischen Vorschläge der Maximalisten (Zentristen) angeht, die auf die andere Seite der Barrikaden übergegangen sind, Vorschläge, die darin bestehen, die Regierungsübernahme seitens der Sozialdemokraten zu begünstigen, so zeigen solche Vorschläge nicht nur totales Unverständnis der taktischen Probleme und der marxistischen Methode, sondern sie verschleiern auch die schlimmste Falle. *Es ist notwendig*, das Proletariat zum Bruch mit den Männern und Parteien zu führen, die dazu bestimmt sind, die konterrevolutionäre Funktion der Sozialdemokratie zu erfüllen, und das ist nur möglich, wenn die Verantwortung im voraus so kraß wie möglich klar gemacht wird. Dies wird natürlich diese Männer und Gruppen entmutigen und somit den Zeitpunkt verzögern, wo sie die bürgerliche Einladung zur Machtübernahme annehmen. Es ist aber gerade recht, daß sie sich erst im äußersten Augenblick dazu bereit finden, denn dann wird sogar dieses Manöver nicht mehr die Macht haben, den Zeretzungsprozeß des bürgerlichen Staatsapparates zu bremsen. Auch wenn es fast sicher ist, daß der Endkampf gegen eine Regierung aus Ex-Sozialisten geführt werden wird, besteht unsere Aufgabe keineswegs darin, ihren Weg zur Regierungsgewalt zu begünstigen. Unsere Aufgabe ist im Gegenteil, das Proletariat vorzubereiten, damit es diese Regierung von vornherein mit einer Kriegserklärung empfängt, anstatt in ihr die Möglichkeit eines Waffenstillstandes des Klassenkampfes oder die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Probleme der Revolution zu sehen. Nun, man kann die Massen ^{unter} der Bedingung darauf vorbereiten, daß man vor diesen Massen die Methoden und Ziele der sozialdemokratischen Bewegung im voraus angezeigt hat. Es wäre ein kollosaler Fehler, wenn man den Anschein geben würde, ein sozialistisches Regierungsexperiment dulden zu wollen.

Aus all diesen Gründen sagen wir, daß die revolutionäre Taktik nicht bloß auf einer nationalen, sondern auf einer internationalen Erfahrung basieren soll, und daß dank der unermüdlichen Arbeit der Parteien der Kommunistischen Internationale das Martyrium der Proletarier Ungarns, Finnlands und anderer Länder genügen sollte, um dem westlichen Proletariat zu ersparen, daß es im eigenen Fleisch und zum Preis des eigenen Blutes selbst lernen soll, welche die wahre Funktion der Sozialdemokratie in der Geschichte ist. Der Sozialdemokratismus wird notwendig dazu neigen, seinen Weg bis zu Ende zu gehen, aber die Kommunisten sollen sich vornehmen, ihnen diesen Weg so früh wie nur möglich zu versperren, bevor er also darin mündet, das Proletariat mit dem Verräterdolch zu erstechen." (31)

VIII. DIE DEMOKRATIE IN DER NACHFOLGENDEN PERIODE UND HEUTE (32)

Die nachfolgende Geschichte der "demokratischen Kräfte" Spaniens bestätigt erneut und in jeder Hinsicht unsere Einschätzung.

Selbst die schreckliche militärische Niederlage und das gnadenlose Massaker der Gesamtheit des organisierten Proletariats (mehr als eine Million Tote) konnten Sozialdemokratie und Stalinismus nicht von ihrem historischen Weg abbringen, wird dieser ja von noch mächtigeren und tieferen Kräften bestimmt. Wir beschränken uns auf die Erwähnung von vier Momenten, die eine einzige Laufbahn markieren. Im Februar 1956 lanciert die KPS wieder ihr Ziel der "natio-

nalen Wiederversöhnung"; Ende der 60er Jahre schlägt sie den "Pakt für die Freiheit" wieder vor; 1974 bildet sie mit Monarchisten und Maoisten die Demokratische Junta. Es handelt sich hier um Neuauflagen der öffentlichen Vorschläge der Regierung Negrin, die heute, 40 Jahre später, die spanische Bourgeoisie im Prinzip akzeptiert. Im März 1976 vereint sich die ganze "demokratische Opposition" in einem neuen "Pakt von San Sebastian", der Stalinisten, Sozialdemokraten, Maoisten, "Nationalisten", Monarchisten, Christdemokraten (alte Frankisten und alte Mitglieder der CEDA, geführt von Raul Gimenez, Minister unter Franco, und von Gil Robles, dessen Regierungsbeitritt 1934 den Aufstand von Asturien ausgelöst hatte) zusammenfaßt.

Die Gründe für diese Annäherung sind allgemein bekannt. Der Frankismus hat sich ohnmächtig gezeigt, der Wiedergeburt einer mächtigen Verteidigungsbewegung der Arbeiterklasse den Weg zu versperren. Diese Bewegung folgte einem Wiederaufbau der Volkswirtschaft mit ihren Gleichgewichtsstörungen und wachsenden Gegensätzen und mit ihrem Drang, sich noch mehr zu integrieren in einen Weltmarkt, der ebenso durch Gleichgewichtsstörungen und Gegensätze gekennzeichnet wird. Wenn der Faschismus für die Bourgeoisie den immensen Vorteil hat, ihren Klassenwillen maximal zu zentralisieren, hat er den Nachteil, die wahre Natur des Staates ohne Verzerrungen zu zeigen, sowie die Puffer abzuschaffen, die den Kampf der unterdrückten Massen dämpfen. Da - wie die Demokraten der letzten Stunde und die Stalinisten aller Stunden zu wiederholen sich befleißigen - mehr als 70% des spanischen Volkes die 30er Jahre nicht erlebt haben und da sowohl innerhalb der herrschenden Klasse als auch im Schoße der unterdrückten Klasse die für die bürgerliche Gesellschaft typischen zentrifugalen Tendenzen das politische und soziale Gefüge des frankistischen Regimes zu sprengen drohen, was könnte es für die Erhaltung der herrschenden sozialen Ordnung besseres geben, als eine gepanzerte Demokratie, welche den bestehenden Staatsapparat und die sozialistisch-stalinistischen Kräfte zusammenfaßt?

Der Befriedigungspakt, den die spanische (und vorher die italienische) Sozialdemokratie ihrem jeweiligen Faschismus vorgeschlagen hatte und den der proletarische Kampf, sowie der explosive Charakter der damaligen Epoche jedoch in Stücke zersprengten, tendiert heute dazu, sich als friedliche Rückkehr der parlamentarischen Demokratie zu verwirklichen - "friedlich" in dem Sinne, daß er sich ohne gewaltsame Zusammenstöße innerhalb der herrschenden Klasse und ihres Staates verwirklichen soll, dem für das Proletariat wird er, wie immer Waffengewalt und Unterdrückung bedeuten.

Der Kreis hat sich historisch geschlossen, ein neuer ist dabei, sich zu eröffnen.

Unsere Aufgabe ist es heute, den siegreichen Abschluß der zukünftigen Entwicklung vorzubereiten, den Sieg gegen die hier gekennzeichneten Säulen der Konterrevolution. Das impliziert aber, daß man vorher den angeblichen historischen Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus zurückweist, daß man im Kampf gegen die bürgerliche Reaktion den natürlichen Komplizen der Demokratie - d.h. dem sozialdemokratischen und stalinistischen Reformismus - keinen Glauben schenkt, daß man dem Proletariat das Mißtrauen gegen sie beibringt.

Eine Strategie und Taktik, so wohlmeinend sie auch sei, die aufgrund ihrer theoretischen Grundlagen und der Lehren des Klassenkampfes nicht in der Lage ist, im voraus genau zu bestimmen, daß die und die politischen Kräfte dazu gezwungen sind, eine konterrevolutionäre Dauerrolle zu spielen, ist keine Strategie und keine Taktik, es sei denn die des (dazu noch improvisierten) Selbstmordes.

Anmerkungen:

- (1) Und man muß hinzufügen, daß infolge der äußersten Niedergeschlagenheit und Desorganisierung der internationalen Arbeiterbewegung, die die heutige Situation kennzeichnet, selbst in den Ländern, wo eine "doppelte Revolution" in Frage kommt, der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie nur sehr bedingt eine revolutionäre Rolle zugestanden werden kann.
- (2) Hugh Thomas, Storia della guerra civile spagnola, Torino, 1963, Seite 39
- (3) Es ist derselbe Reifeprozess des Opportunismus, der Cmacho, Führer der illegalen KPS und seit 1963 im Gefängnis, zu folgender Erklärung anlässlich seiner kürzlichen Befreiung führte: "Trotz meiner langen Gefängnisjahre trage ich niemanden etwas nach. Ich suche keine Art Vergeltung. Die Stunde ist gekommen, wo alle Spanier, ohne Ausschließlichkeitsansprüche, kämpfen sollen, damit wir in unserem Vaterland alle zusammenleben können." (Le Monde, 2.12.1975)
- (4) Die Zusammenwirkung dieser Faktoren erklärt auch den zusammengesetzten und gewissermaßen "unreinen" Charakter der darauffolgenden frankistischen Variante des Faschismus: bei ihr spielt die traditionelle Komponente des militär-klerikalen Putschismus ebenso eine Rolle wie die moderne Komponente des faschistischen Korporativismus und Reformismus mit einer Politik der disziplinierenden Staatsintervention in Wirtschaft und Gesellschaft. Daraus ergeben sich auch die inneren Spannungen des spanischen Regimes einerseits, andererseits und trotzdem auch das Zusammenwirken vorkapitalistischer und voll kapitalistischer Schichten (letztere als überwiegender Faktor) in der Staatsspitze mit der Bestrebung, den Kampf von Arbeitern und armen Bauern durch die politische Methode zu unterdrücken, die der internationalen Entwicklung des Kapitalismus in seiner höchsten, imperialistischen Phase am besten entspricht: die Methode, die man üblicherweise mit dem Ausdruck "Totalitarismus" in seiner offenen Form von organisierter Gewalt bezeichnet. Im internationalen und an erster Stelle kontinentalen Kontext, in dem der spanische Industriekapitalismus entstand, ist es verständlich, daß die totalitären oder pluralistisch-demokratischen politischen Lösungen, die nach und nach gegeben werden, dem Stil der hochentwickelten kapitalistischen Länder entsprechen.
- (5) Peirats, "Los anarquistas en la crisis politica espanola", Buenos Aires, 1964, S. 90
- (6) Del Governo, in "Il Comunista", 2.12.1921, wiederveröffentlicht in "Il Programme Comunista, Nr. 3, 19.-29.2.1967.
- (7) "Rede an die Arbeiter", zitiert von P. Broué in "La revolution espagnole" S. 112
- (8) "La funzione della socialdemocrazia in Italien", in "Il Comunista", Organ der KP Italiens, 6.2.1921.
- (9) "Rede an die Arbeiter", op. cit. Seite 112/113
- (10) Fersen, "La derrota del octubre espanol", in "New international", Dezember 1934, zit. von Trotzki in "La revolution espagnole", Seite 267
Manuel Grossi schreibt seinerseits in seinem Tagebuch: "Zu unserem großen Erstaunen blieben die Arbeiter der Hauptstadt Asturiens absolut passiv. Wir führen im Zechengebiet seit 30 Stunden einen siegreichen Kampf, und

die Arbeiter von Oviedo scheinen darüber überhaupt nicht informiert zu sein. (...) Wer ist dafür verantwortlich? Wir wissen, daß die Arbeiter von Oviedo am 5. in Aktion treten wollten, und stellen ganz einfach fest, daß die Führer dies verhindert haben." (*L'insurrection des Asturies*, Paris, Seite 68).

In Madrid hat die PSOE (auch dort führende Partei) nicht nur die Arbeiter nicht vorbereitet, sondern es sogar unterlassen, die ausbrechenden Streiks zu potenzieren, so daß die Repression sich über die immer mehr desorientierten Arbeiter stürzt. Der Massennord an den Arbeitern Asturiens ist erschreckend: 3.000 Tote, 7.000 Verwundete und 40.000 Gefangene. Mit aller Kohärenz wird Largo Caballero später verneinen, den Aufstand inspiriert zu haben. Zusammen mit anderen sozialistischen Führern wurde er von den bürgerlichen Gerichten freigesprochen.

- (11) "El Fascismo", in: "El Comunista", 17.11.1921, französisch in unserer Broschüre "Communisme et fascisme".
- (12) "Im April 1936 hat Mangada, (ein Oberst) eine gut dokumentierte Broschüre veröffentlicht, die nicht nur die faschistische Verschwörung anzeigte, sondern auch ausführlich bewies, daß der Präsident Azana zu dem Zeitpunkt genau über die Verschwörung bescheid wußte, als seine Regierung am 18. März 1936 auf Bitte des Generalstabs der Armee ein Zeugnis der guten Haltung ausgestellt hatte. Unter Bezugnahme auf "Gerüchte, die wiederholt herumliefen und sich auf den Geisteszustand der Offiziere und der unteren Armeechargen beziehen, erfuhr die Regierung mit Schmerz und Empörung über den ungerechten Angriff, von dem die Armeeoffiziere Opfer sind." Die Regierung Azana weigerte sich nicht nur, diesen Gerüchten Gehör zu schenken, und beschrieb die militärischen Verschwörer als "weit entfernt von jeder Politik, treue Diener der bestehenden Macht und Garantie für die Beachtung des Volkswillens." Sie erklärte auch, daß "lediglich die niederträchtige und kriminelle Absicht, die Armee zu untergraben, solche Beschimpfungen und die schriftlichen und mündlichen Angriffe erklären kann, die gegen sie gerichtet wurden. (...) Die Regierung der Republik wird das Gesetz wie bisher gegen all diejenigen anwenden, die solche antipatriotischen Haltungen weiterhin annehmen". (F. Morrow, "L'opposizione di sinistra nella guerra civile spagnola", Roma, Samona e Savelli, 1970, Seite 13/19).
- (13) Hugh Thomas, op. cit. S. 105. Für nähere Einzelheiten siehe die Memoiren von Gil Robles: "No fue posible la paz".
- (14) P. Broué, op cit. Seite 61 und F. Morrow, op cit. S. 46.
- (15) H. Thomas, op cit. S. 139
- (16) "Die Regierung (...) erklärt, daß die beste Hilfe, die man ihr leisten kann, darin besteht, die Normalität sicherzustellen, um ein neues Beispiel von Ruhe und von Glauben an die militärischen Mittel des Staates zu geben (!)...Zusammen mit den Befehlen, die an die Truppen in Marokko gegangen waren, wo aktiv an der Unterdrückung des Aufstands gearbeitet wird ((für die Regierung gab es nur in Marokko einen Putschversuch, IKP)), erlauben die (sonst getroffenen) Maßnahmen, zu behaupten, daß die Regierungsaktion ausreichen wird, um die Ordnung wiederherzustellen". (F. Morrow, op cit., S. 22). Und Azana selbst wird später gestehen, daß die proletarische Antwort "unter einer Regierung anfang, die diese Antwort weder bejahen konnte noch wollte" (S. P. Broué, op cit. S. 135)

- (17) Peirats "La CNT en la revolucion espanola", Bd. I. S. 139 ff. und Gil Robles, op cit. Hervorhebung im Zitat: IKP.
- (18) Nach dem mißlungenen Versuch, eine Regierung unter Beteiligung von Mola zu bilden, unterbreitete Sanchez Roman in Anwesenheit von Prieto und Largo Caballero einen Plan, der folgendes vorsah: allgemeiner Rückzug auf die Positionen vom 19. Juli, Amnestie für die Putschisten, Entwaffnung der Arbeiter, Streikverbot, Bildung einer nationalen Regierung aus allen Parteien, Auflösung der Cortes usw. Die Initiative hatte aus dem einzigen Grund keinen Erfolg, daß es nunmehr unmöglich war, sie zu verwirklichen.
- (19) "Come matura il noskismo" (Wie Noskismus heranreift), in: "il Comunista", 14. Juli 1921.
- (20) Siehe Morrow, op cit. S. 40/41.
- (21) H. Thomas, op cit., S. 388.
- (22) Nation, 4. September 1937, in: F. Morrow, op cit. S. 219. Der Vertreter der spanischen Regierung war der sozialistische Führer Basteiro.
- (23) Die Putschisten hatten die Marine nicht erobern können, weil die Matrosen gemeutert, verschiedene Offiziere hingerichtet und das Kommando übernommen hatten.
- (24) Die Note wurde am 9. Februar 1937 von Alvarez Vayo redigiert.
- (25) F. Morrow, op cit., S. 80
- (26) Die FOUM wurde anschließend völlig vernichtet, nicht nur von der schrecklichen Repression, die sich über sie entfesselte, sondern vor allem durch ihren eigenen politischen Bankrott. Die anarchistische CNT, deren Organisation fester war, überlebte als Leiche ohne Prinzipien und ohne Ehre: die Zeit selbst übernahm ihre Liquidierung.
- (27) In seinem Brief an Stalin vom 12.2.1937 schrieb Largo Caballero: "Leider konnte man vor allem am Anfang nicht vermeiden, daß einige Ausschreitungen stattfanden" (für diese Herrschaften ist der Klassenkampf grundsätzlich eine "Ausschreitung der Massen", die die Schergen der Bourgeoisie nicht immer vermeiden können); "wir haben aber Grund zu hoffen, daß sie sich nicht wiederholen werden". Uribe, stalinistischer Landwirtschaftsminister, wurde vom Bauernverband UGT zum "öffentlichen Feind Nr. 1" erklärt: er kämpfte gegen die gewerkschaftlichen und ökonomischen Organisationen der armen Bauern und half den reichen Bauern und alten Lokal-despoten, ihr Land wieder in Besitz zu nehmen. Nach den Maitagen wurden die Dörfer nacheinander von den Angriffsgarden der Regierung überfallen, die die Bauernorganisationen vernichteten und die früheren Ausbeuter in ihre alten Privilegien zurückführte." (Morrow, op cit. S. 142 und 160). Demgegenüber hätte die Agrarrevolution die Bauernmassen (damals 45% der spanischen Bevölkerung) in einen unwiderstehlichen Aufruhr in Unterstützung des Proletariats mitgerißen.
- (28) "Azana und Giral glaubten, daß die Annahme (dieser Vereinbarung) den Waffenstillstand bedeutet hätte und daß die Kriegsauseinandersetzungen nachher nicht mehr wiederaufgenommen würden". (Thomas, op cit. S. 527). Vor der Kabinettsitzung vom 16. März 1938 "rief Negrin Prieto und Zu-

gazagoitia (...) und bat sie, ihn zu unterstützen, falls jemand die Frage der Verhandlungen aufwerfen sollte. Beide sagten zu (...) Prieto riet dazu, die republikanischen Gelder im Ausland zu blockieren, um denjenigen zu helfen, die nach Friedensvereinbarung gezwungen würden, ins Exil zu gehen. Negrin antwortet: man hat bereits an alles gedacht". (Thomas, op cit. S. 551/552):

- (29) H. Thomas, op cit., S. 562 und S. 563. Auf internationaler Ebene kristallisierte sich der "gigantische Kampf zwischen Demokratie und Faschismus" in ein...Nichteinmischungskomitee, das nicht weniger heuchlerisch war als die eben erwähnte Parole: hinter ihm verbarg sich nur imperialistische Raubgier und soziale Reaktion. Während Deutschland und Italien in den Krieg eingriffen, um die Arbeiterrebellion ersticken zu helfen, ihre Kriegsrüstung und -vorbereitung zu testen und an die Erzvorkommen der iberischen Halbinsel heranzukommen, lieferten die Amerikaner den frankistischen Streitkräften den ganzen benötigten Treibstoff. Frankreich ihrerseits benutzte den Bürgerkrieg als "Test für das französische Luftwaffenmaterial" (Worte von Leon Blum selbst auf dem Prozeß von Riom, 1942). England erwartete aus der ökonomischen Verwüstung des Landes die Möglichkeit von massiven Kreditgeschäften, wie es auch geschah. Für Rußland wurde schließlich die geschickt dosierte Kriegsbeteiligung zu einem Rauchvorhang, hinter dem sich eine kriminelle In- und Auslandspolitik verbarg. Nicht nur wurde die russische "Militärhilfe" mit Gold bezahlt: sie fing erst nach der Unterordnung der Milizen unter den Staat an und erlosch allmählich ab 1937 - Beweis genug dafür, daß sie als irreführender "Ausgleich" zu den infamen Moskauer Prozessen gedacht wurde. Die russische "Militärhilfe" diente lediglich der Bewaffnung der Regimenter, die die Speerspitze der neugebildeten bürgerlichen Armee darstellten und die Wechselfälle dieser "Hilfe" müssen auch mit der Entwicklung der russischen Militärbindnisse in einen Zusammenhang gebracht werden. Last but not least hat Rußland, ebenso wie die westlichen Demokratien, den spanischen Krieg als Hebel für die ideologische Vorbereitung des internationalen Proletariats für den imperialistischen Krieg benutzt.
- (30) Thomas, op cit., S. 582.
- (31) "Die funzione della socialdemocrazia in Italia", in: "Il Comunista", 6.2. 1921, französisch in "Communisme et Fascisme". Die Aussagen gelten, versteht sich, für alle bürgerlichen "Arbeiterparteien".
- (32) Siehe auch: "Spanien: die antiproletarische Strategie der demokratischen Erneuerung" in: Bulletin der IKP, Nr. 9, Januar 1976.

ZUR AUSWIRKUNG DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE AUF DIE BRD

Seit der industrielle Kapitalismus nach der Erreichung eines qualitativen Niveaus 1825 in England die erste dieser eigentümlichen, nur dieser besonderen Produktionsweise eigenen Form der Krise auslöste, hat sie immer wieder - trotz aller gegenteiliger Behauptungen der Kapitalisten und ihrer Ideologen - gleichsam wie eine Urgewalt dieser Produktionsweise ihren charakteristischen Stempel aufgeprägt. Trotz aller Beschwörungen und scheinbar so wissenschaftlicher Methoden ist der Bourgeoisie nach den Jahren der längsten Aufschwungsperiode - die allerdings dialektisch zusammen mit der Periode der unbändigsten Kapitalvernichtung durch Krise und Krieg in den Jahren 1929 bis 1945 zu sehen ist - wieder der Beweis für die gesetzmäßige Entwicklung ihrer Produktionsweise schlagend geliefert worden. Der alte, fast erreicht geglaubte Traum vom ewigen Gleichschritt der Entwicklung ist unwiderruflich durchbrochen. Was sich seit der Mitte der 60er Jahre schon in unterschiedlichen nationalen Konjunkturen und vor allem in dem wachsenden Währungsdesaster angekündigt hatte, hat nun durch die weltweite Wirtschaftskrise der Jahre 1974/75 seinen endgültigen Durchbruch erlebt: Mit dieser Weltwirtschaftskrise hat die wirtschaftliche, politische wie militärische Entwicklung der Nachkriegszeit ihre entscheidende Wende erricht. Mit dem Ausbruch der ersten schweren Wirtschaftskrise auf Weltebene nach dem II. Weltkrieg ist der Bourgeoisie nicht nur ihre eigene Ohnmacht über ihre ökonomisch-materiellen Bedingungen wieder einmal sinnfällig präsentiert worden, sondern wichtiger ist folgendes: Nachdem man sich von dem Schock, den der Abbruch des Siegestaumeln über den vermeintlich unaufhaltenden 'Wohlstandsrausch' bewirkte, erholt hat, wird sich mit großer Nüchternheit der Kapitalismus wieder deutlicher als das präsentieren, was er ist: eine auf Ausbeutung, Profitwirtschaft abgestellte Produktionsweise, wo die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung nur höchst mittelbares Resultat einer den Mehrwert enthaltenden Warenproduktion ist. Für die Lohnabhängigen werden die Zeiten rd. 10jähriger Vollbeschäftigung und Lohnzuwachsrate schon bald als das erscheinen, was sie eigentlich waren: anormale Bedingungen im Kapitalismus. Mit atemberaubender Schnelligkeit hat sich ja in der Krise schon wieder die Normalität des Kapitalismus mit seiner Arbeitslosigkeit, seiner Verelendung, seiner generellen Unsicherheit, seiner Arbeitshetze usw. durchgesetzt.

Die Bourgeoisie schnallt sich die Sturmriemen wieder enger und bereitet sich national, wie international schon längst auf die sich abzeichnenden Stürme vor: Gegen die Arbeiterklasse mit der altbewährten Kombination von Lohnraub und vorbeugender Gewalt, denn selbst für die leeren Hülsen vermeintlicher Reformen ist kein Platz mehr; international kündigen sich auch schon seit einigen Jahren die nun auch voll sich entfaltenden Entwicklungen schärfster internationaler kapitalistischer Konkurrenzkämpfe an, wovon Stichworte wie Ost-West-, Nord-Süd-, EG-Japan-USA-Konflikt nur eine schwache Ahnung der sich abzeichnenden universalen Kämpfe abgeben. Dabei steht der nationale wie internationale Rahmen in unlösbarem Zusammenhang: Um international die stärkeren Stürme durchstehen zu können, müssen die verschiedenen Bourgeoisien die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse verstärken, bzw. können wegen des Prozesses der Verallgemeinerung des Kapitalismus auf Weltebene (Nord-Süd-Konflikt) langfristig kaum mehr mit den gewohnten Extraprofiten aus der sog. primitiven Akkumulation rechnen, die bislang zumindest teilweise auch an die eigenen Lohnabhängigen weitergegeben wurden. In dieser sich abzeichnenden Zuspitzung aller Widersprüche des Kapitalismus auf Weltebene wird diese Produktionsweise wieder den Boden für das Wiederaufsteigen einer internationalen revolutionären Arbeiterbewegung legen und unter Führung der Klassenpartei in der Revolution die Voraussetzung für die sozialistische Produktionsweise legen, um somit der historischen Mission des Kapitalismus zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Immer mehr wird der Widerspruch des Kapitalismus national wie international offensichtlich, vor allem in Krisenzeiten zeigt sich auch für ein vom alltäglichen

gesättigtes Gehirn der offene Widersinn dieser Produktionsweise, die aus Überfluß an Fabriken, Maschinen, Lebensmitteln und anderen Waren die Ausgebeuteten in vermehrtes Elend stößt. Nicht Naturkatastrophen, Unwetter, Erdbeben usw., die früher durch ihre Verwüstungen aus Mangel die Menschen in Not und Elend stießen, sind heute am Werk, sondern ureigene Mechanismen, die diesen Widersinn des "Mangels im Überfluß", der Produktion um der Produktion willen den Lohnabhängigen aufzwingen und die Onnmacht der Bourgeoisie als "Herrscherin" ihrer Produktionsweise bloßlegt.

Um diese, hier nur grob skizzierten Entwicklungslinien genauer ausleuchten zu können und um ihre sozial-politische Dynamik im revolutionären Sinne überhaupt erst ausnutzen zu können, ist eine genauere Untersuchung nötig, auf deren Basis eine revolutionäre Partei erst die Perspektive für ihre Tagesarbeit gewinnen kann. Denn eines muß bei allem Jubel über die kapitalistische Krise festgehalten werden: es gibt - wie Lenin immer mit recht hervorhob - keine absolut ausweglose Situation für die Bourgeoisie. Ob der Kapitalismus revolutionär überwunden werden kann und im Sozialismus die eigentlich bewußte Geschichte der Menschheit beginnt, hängt in entscheidender Weise von dem Verhalten des Proletariats und seiner Klassenpartei ab. Nur bei nüchterner Analyse der materiellen Entwicklungen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und den Erfahrungen vergangener Klassenkämpfe kann die Partei mit der aus vergangenen Kämpfen bestätigten revolutionären Strategie und Taktik die aus der offenen Anarchie des Kapitalismus sich ergebenden positiven Ansätze ausnutzen, das proletarische Klassenbewußtsein stärken und den daraus entstehenden proletarischen Kampfwillen zusammenfassen.

DIE DEUTSCHE INDUSTRIE IM LETZTEN KRISENJAHR

Wirkte sich die Krise im Jahre 1974 und im 1. Halbjahr 1975 mit zunehmender Schärfe aus, so registrierten die Wirtschaftsastrologen zuerst mehr ungläubig und zögernd, dann immer sicherer die hoffnungsvoll erwarteten Silberstreifen am Horizont. Die Wirtschaftsdaten stabilisierten sich und versprachen die entscheidende Wende. Diese Zuversicht gewann im Laufe des 4. Vierteljahrs 1975 immer mehr an Konturen und hält bis heute an. Zur Illustrierung dieser Entwicklung siehe Tabelle: Die Konjunktur in Zahlen. Studiert man die Zahlenreihen, so wird der scharfe Wirtschaftseinschnitt besonders des Krisenjahres 1975 deutlich. Das Bruttosozialprodukt unter Ausschaltung der Inflation - also die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen - erlebte mit -3,4% 1975 den ersten entscheidenden Sturz in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung, nachdem es 1974 mit +0,4% praktisch stagnierte und in der Krise 1966/67 sich nur um 0,2% verringerte. Diese Zahl widerspiegelt allerdings noch nicht die eigentliche Schwere dieser Wirtschaftskrise, da sie global die gesamte Wirtschaft darstellt. Zwar drückte der Wirtschaftseinbruch allen Bereichen seinen Stempel auf, aber er tat dies mit unterschiedlichem Gewicht: Während die Land- und Forstwirtschaft wie Fischerei zusammen um -1,7% schrumpfte, die Leistungen von Handel und Verkehr immerhin um 3,2% zurückgingen, war der Konjunktüreinbruch in der Industrie, dem entscheidenden Bereich der materiellen Warenproduktion, der etwa die Hälfte des Sozialprodukts hervorbringt, um 7% am deutlichsten und erlebte somit nach der Schrumpfung von 2,4% im Jahre 1974 seine verstärkte Talfahrt. Dabei erlebten die vier wichtigsten Branchen Maschiennbau (-7,7%), eisenschaffende Industrie (-23,1%), Chemie (-13,3%) und Elektrotechnische Industrie (-8,2%) jeweils überproportionale Produktionseinbrüche. Hier zeigt sich ganz deutlich der kapitalistische Charakter dieser Art Krisen, denn die stärksten Produktionsverluste traten eben in jenen Bereichen und Zweigen der Industrie auf, die überwiegend oder zu einem großen Teil die Elemente des konstanten Kapitals, also Produktionsmittel erzeugen, während neben der weitgehend zyklusunabhängigen "Nahrungs- und Genußmittelindustrie" die Lage der sog. Verbrauchsgüterindustrie auf's Ganze gesehen weniger stark betroffen wurde. Aber die Zahlen der gesellschaftlichen "Konsumgüter", also Verbrauchsgüter-

Textil-, Bauindustrie wie Fahrzeugbau - wobei der Anteil an individueller Konsumtion aus anderen Branchen als etwa so groß wie die produktive Konsumtion aus diesen Branchen angenommen werden soll - lassen klar die vorgezogene Produktionsschrumpfung erkennen, und machen so deutlich, wie das Gesetz der wachsenden Disparität zwischen Konsum und Produktionsmöglichkeiten im Verlauf eines Zyklus zur die Widersprüche lösenden Krise drängt. Wir sehen aus den Daten, daß ein besonders tiefer Rückgang schon 1974 in der Automobilindustrie eingetreten ist, also in jenem Industriezweig, in dem sich diese Disproportion am leichtesten geltend macht: Automobile sind heute ein Massenverbrauchsartikel, das jedoch leichter entbehrt werden kann als Lebensmittel oder Kleidung; daher setzte der Rückschlag am schärfsten hier ein. International lag damit die BRD nach Angaben der OECD bei den Volkswirtschaften mit den größten Produktionseinbußen, wenn sie auch bei der Industrieproduktion mit ihren Verlusten unter dem Durchschnitt der OECD-Länder lag.

War 1975 zwar das Jahr mit den entscheidenden Krisenauswirkungen auf die westdeutsche Wirtschaft, so zeigt aber andererseits der Tabellenteil der vierteljährlichen Angaben deutlich, daß die Tiefe der Krise im 3. bzw. 4. Vierteljahr überwunden wurde, und sich das Sinken der Zahlen verlangsamt, um - außer bei Maschinenbau, Schwerindustrie und Bauwirtschaft - spätestens seit Anfang 1976 wieder positive Zahlen zu liefern. Deutlich fällt - wie schon zu Beginn der Krise - die Pkw-Industrie mit ihrem schon seit Frühjahr 1975 beginnenden Aufwärtstrend aus diesem Rahmen. Dieser Aufschwung setzte sich insgesamt während des ganzen 1. Halbjahrs 1976 fort, wobei der "gegenwärtige Konjunkturaufschwung ebenso kräftig (ist) wie jener von 1967/68" wodurch insgesamt 1976 "die Industrieproduktion wieder jenes Niveau erreichen (wird), das vor der Rezession (Jahreswende 1973/74) verzeichnet wurde." (Handelsblatt (HB) v. 22.6.1976). Dabei schwanken die Schätzungen des Wachstums des Sozialprodukts z. Zt. zwischen 5% und 6%.

Die Industrieproduktion ist im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1% gestiegen. Sie lag damit um 12% über dem im Juli 1975 verzeichneten tiefsten Niveau und nur noch um 1,5% unter dem im Frühjahr 1974 erreichten bisherigen Höchststand. Für das gesamte erste Halbjahr beläuft sich der Produktionsanstieg gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit auf 6,5%, (nach Neue Zürcher Zeitung (NZZ) v. 4.8.76). Allerdings: "Gemessen an der Entwicklung im Herbst vergangenen Jahres hat sich die konjunkturelle Erholung der Industrieproduktion mittlerweile erheblich verlangsamt." (HB v. 22.7.). Konnte so - zur wachsenden Erleichterung der Kapitalisten - dieser schwerste Produktionseinbruch in der Geschichte der westdeutschen Wirtschaft "mithin innerhalb von zehn Monaten fast wieder aufgeholt" werden (HB v. 22.7.), so ist den Vertretern der Kapitalinteressen doch durchaus bewußt, daß mit dieser Krise ein deutlicher Bruch in der bisherigen Nachkriegsentwicklung eingetreten ist. Nach dem Motto "So schön wie früher wird's nie mehr", versucht man - nachdem man jetzt einen besseren Überblick hat - Lehren zu ziehen. Insgesamt fühlt man sich dem Schlamassel noch einigermaßen glücklich entronnen: "Läßt man die Entwicklung der letzten 24 Monate Revue passieren, so darf man feststellen, daß wir mit dem berühmten blauen Auge davon gekommen sind". (so Franz K. Ulrich von der Deutschen Bank auf einer Tagung des "Conference Board" am 28.10.1975, nach Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 47 vom 25.11.1975). Aber andererseits ist auch diesen Herren die weit wichtigere Konsequenz aus dieser Wende hin zur Normalität einer krisenhafteren Kapitalentwicklung geläufig: "Der Abschied vom lebhaften Wachstum verheißt nicht zugleich eine ruhigere Wirtschaftsentwicklung. Im Gegenteil: weniger Wachstum bringt hektischere Konjunkturausschläge mit sich, die die Unternehmen vor zusätzliche Kostenprobleme stellen" (IWD-Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 17 c. 22.4.76, S. 6). Und: "Die heutige Rezession ist nicht nur ein 'ökonomischer Abschwung' im Sinne der herkömmlichen

Die Konjunktur in Zahlen

Gegenstand	Veränderungen gegen jeweiligen Vorjahreszeitraum in %												
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	Jan.-Juli 1976	3. Vj. 1975	4. Vj. 1975	1. Vj. 1976	2. Vj. 1976	Juli 1976	
Auftragszugang													
Gesamte Industrie ¹⁾ (nom.)	+ 4,8	+ 2,5	+ 7,9	+ 16,0	+ 8,3	- 2,1	+ 12,0	- 4,8	+ 4,9	+ 14,6	+ 5,9	+ 24,4	
davon Inland	+ 5,8	+ 2,1	+ 6,9	+ 10,4	+ 3,6	+ 2,6	+ 5,8	+ 0,2	+ 7,9	+ 13,6	- 0,1	+ 1,0	
„ Ausland	+ 1,1	+ 3,4	+ 11,3	+ 33,4	+ 20,1	- 12,2	+ 29,9	- 14,8	- 1,3	+ 16,5	+ 23,3	+ 91,6	
Gesamte Industrie ¹⁾ (real)	- 1,2	- 1,7	+ 5,2	+ 11,2	- 5,1	- 5,1	+ 8,8	- 5,3	+ 5,0	+ 12,6	+ 2,2	+ 19,0	
davon Inland	- 0,8	- 2,3	+ 4,0	+ 6,2	- 9,0	- 0,5	+ 2,8	- 0,8	+ 8,0	+ 12,0	- 3,5	- 3,3	
„ Ausland	- 3,2	- 0,1	+ 9,5	+ 26,2	+ 4,0	- 14,9	+ 25,2	- 15,2	- 2,0	+ 13,3	+ 18,1	+ 84,1	
Grundstoff-Industrie ²⁾	+ 0,4	- 0,5	+ 7,8	+ 12,1	- 3,8	- 9,9	+ 14,6	- 11,2	+ 8,8	+ 18,3	+ 14,5	+ 4,4	
Investitionsgüter-Ind. ³⁾	- 2,8	- 6,1	+ 4,0	+ 16,2	- 4,8	- 2,6	+ 2,7	- 2,5	+ 0,1	+ 5,6	- 8,8	+ 31,0	
Verbrauchsgüter-Ind. ⁴⁾	+ 0,1	+ 6,6	+ 3,9	- 0,9	- 8,9	- 2,3	+ 15,3	+ 0,0	+ 10,3	+ 21,1	+ 11,3	+ 10,3	
Industrieproduktion²⁾													
Gesamte Industrie	+ 6,1	+ 1,5	+ 4,3	+ 6,8	- 1,4	- 7,0	+ 7,0	- 8,3	- 1,4	+ 3,7	+ 9,3	+ 10,8	
Investitionsgüter ⁴⁾	+ 9,4	+ 0,9	+ 3,2	+ 4,1	+ 0,4	- 4,9	+ 1,3	- 4,9	- 4,0	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,2	
Verbrauchsgüter ⁴⁾	+ 4,4	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,1	- 3,6	- 4,7	+ 6,3	- 4,8	- 0,3	+ 3,3	+ 10,0	+ 7,4	
Maschinenbau	+ 7,0	- 2,1	- 0,4	+ 3,4	+ 0,7	- 7,7	+ 0,5	- 7,9	- 8,1	- 0,6	+ 1,6	+ 1,8	
Elektrotechnische Ind.	+ 13,2	- 0,3	+ 8,4	+ 12,8	+ 0,8	- 8,2	+ 7,2	- 10,7	- 1,1	+ 3,7	+ 11,7	+ 8,2	
Fahrzeugbau	+ 10,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 8,4	- 13,4	+ 3,8	+ 15,0	+ 11,6	+ 15,5	+ 23,3	+ 10,4	+ 4,8	
Eisenschaffende Industrie	- 0,3	- 9,9	+ 7,2	+ 15,7	+ 8,2	- 23,1	- 0,6	- 29,4	- 25,1	- 10,4	+ 6,2	+ 13,6	
Chemische Industrie	+ 5,9	+ 5,3	+ 6,8	+ 12,8	+ 2,8	- 13,3	+ 17,7	- 18,9	+ 2,9	+ 13,5	+ 20,8	+ 24,1	
Textilindustrie	+ 0,4	+ 5,0	+ 3,0	+ 0,1	- 5,4	- 3,4	+ 10,6	- 2,0	+ 2,3	+ 6,7	+ 13,4	+ 13,5	
Bauindustrie	+ 8,7	+ 2,7	+ 6,1	+ 1,2	- 5,0	- 11,3	+ 0,1	- 9,9	- 6,2	- 8,4	+ 5,4	+ 5,1	
Umsätze / Außenhandel													
Industrieumsätze	+ 12,4	+ 6,5	+ 5,9	+ 11,9	+ 12,5	- 2,2	+ 11,1 ²⁰⁾	- 4,3	+ 1,6	+ 10,1	+ 12,1	.	
Einzelhandelsumsätze	+ 11,4	+ 10,6	+ 9,6	+ 7,4	+ 6,0	+ 8,8	+ 7,8	+ 8,3	+ 9,5	+ 9,6	+ 6,8	+ 6,0	
Einfuhren ⁷⁾	+ 11,9	+ 9,6	+ 7,2	+ 13,0	+ 23,8	+ 2,6	+ 20,9	- 2,1	+ 7,5	+ 23,1	+ 18,6	+ 22,2	
Ausfuhren ⁸⁾	+ 10,3	+ 8,6	+ 9,6	+ 19,7	+ 28,3	- 3,9	+ 13,4	- 7,7	- 1,8	+ 14,6	+ 12,8	+ 11,9	
Arbeitsmarkt / Löhne													
Arbeitslose ⁹⁾	- 16,6	+ 24,3	+ 33,2	+ 11,0	+ 120,0	+ 80,5	+ 2,7	+ 95,0	+ 40,6	+ 12,6	- 4,5	- 8,8	
Kurzarbeiter ¹⁰⁾	+ 627,3	+ 796,0	- 11,4	- 42,7	+ 569,0	+ 164,5	- 55,5	+ 257,5	+ 40,4	- 35,0	- 88,6	- 87,3	
Offene Stellen ¹¹⁾	+ 6,4	- 18,5	- 15,8	+ 4,8	- 45,8	- 24,5	- 2,8	- 25,0	- 14,3	- 12,2	+ 2,3	+ 8,1	
Löhne und Gehälter ¹²⁾	+ 16,3	+ 13,4	+ 10,4	+ 13,0	+ 15,6	+ 10,8	+ 6,1 ²¹⁾	+ 9,8	+ 7,5	+ 5,8	+ 7,2 ²¹⁾	.	
Produktivität ¹³⁾	+ 2,8	+ 4,8	+ 7,0	+ 6,8	+ 3,8	+ 3,0	+ 9,4 ²¹⁾	+ 1,5	+ 8,0	+ 8,9	+ 10,0 ²¹⁾	.	
Löhne je Produktseinheit	+ 12,8	+ 8,2	+ 3,3	+ 5,9	+ 11,8	+ 8,5	- 2,9 ²¹⁾	+ 8,0	+ 0,5	- 5,8	- 2,8 ²¹⁾	.	
Löhne je Umsatzeinheit	+ 6,6	+ 3,2	+ 0,8	+ 0,7	- 2,7	+ 3,0	- 4,7 ²¹⁾	+ 3,5	- 1,7	- 7,2	- 4,2 ²¹⁾	.	
Preise													
Industrie-Erzeugerpreise	+ 4,9	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,8	+ 13,4	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,8	+ 4,6	
dar. Investitionsgüter	+ 9,1	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,6	+ 9,1	+ 8,6	+ 4,2	+ 7,7	+ 6,4	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,4	
„ Verbrauchsgüter	+ 3,3	+ 4,7	+ 3,5	+ 7,7	+ 11,7	+ 5,5	+ 4,3	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2	
„ Grundstoffe ¹⁴⁾	+ 4,4	+ 2,5	+ 0,0	+ 8,8	+ 23,5	- 0,9	+ 2,8	- 3,0	- 3,3	+ 0,2	+ 4,4	+ 6,1	
Exportpreise (Enderz.) ¹⁵⁾	+ 3,8	+ 5,4	+ 3,0	+ 4,1	+ 10,2	+ 8,3	+ 4,4	+ 7,3	+ 6,3	+ 4,9	+ 4,1	+ 4,1	
Importpreise (Enderz.) ¹⁵⁾	- 1,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 7,7	+ 6,9	+ 4,5	+ 6,5	+ 6,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 3,9	
Importpreise (Rohstoffe) ¹⁶⁾	- 2,7	+ 9,5	- 2,8	+ 17,5	+ 87,5	- 3,1	+ 13,6	- 4,2	+ 4,5	+ 11,9	+ 14,5	+ 15,7	
Baupreise (Wohngeb.)	+ 14,9	+ 10,4	+ 7,1	+ 7,4	+ 7,3	+ 2,7	+ 2,6 ²⁰⁾	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 3,2	.	
Lebenshaltungskosten	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 5,9	+ 5,0	+ 6,1	+ 5,5	+ 5,4	+ 4,9	+ 4,1	
Bruttonationalprodukt													
zu jeweiligen Preisen ¹⁷⁾	+ 13,3	+ 11,1	+ 9,5	+ 11,2	+ 7,5	+ 4,7	+ 10,5 ²⁰⁾	+ 3,9	+ 6,5	+ 10,2	+ 10,8	.	
zu konstanten Preisen	+ 5,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 5,1	+ 0,5	- 3,2	+ 6,3 ²⁰⁾	- 4,1	+ 1,2	+ 5,8	+ 6,7	.	
davon Verwendung für:													
privater Verbrauch	+ 7,0	+ 5,6	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,2	+ 2,6	+ 2,6 ²⁰⁾	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,1	+ 2,5	.	
Öffentlicher Verbrauch	+ 4,9	+ 7,3	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,9 ²⁰⁾	+ 4,1	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,5	.	
Ausrüstungs-Investit.	+ 10,7	+ 4,8	- 0,1	+ 2,0	- 7,9	+ 0,4	+ 9,4 ²⁰⁾	+ 1,1	+ 5,9	+ 12,1	+ 7,1	.	
Bau-Investitionen	+ 6,7	+ 4,3	+ 5,5	- 0,7	- 8,3	- 8,6	+ 3,4 ²⁰⁾	- 7,8	- 2,2	- 0,8	+ 6,5	.	
Industrieprod. Internat.¹⁸⁾													
Bundesrepublik (ohne Bau)	+ 6,3	+ 1,8	+ 4,1	+ 6,6	- 0,9	- 6,2	+ 7,6	- 7,2	- 0,0	+ 4,7	+ 9,0	+ 11,2	
Frankreich	+ 5,6	+ 4,0	+ 7,7	+ 7,1	+ 2,5	- 8,9	+ 7,7 ²¹⁾	- 11,9	- 3,4	+ 6,1	+ 10,0 ²¹⁾	.	
Großbritannien	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,0	+ 8,8	- 2,7	- 4,6	- 0,9 ²¹⁾	- 8,2	- 5,8	- 3,7	+ 2,0 ²¹⁾	.	
Italien	+ 6,4	- 0,1	+ 4,4	+ 9,6	+ 4,4	- 8,4	+ 8,8 ²¹⁾	- 10,9	+ 0,0	+ 4,5	+ 15,3 ²¹⁾	.	
Niederlande	+ 9,9	+ 6,0	+ 4,7	+ 6,3	+ 2,5	- 5,0	+ 3,7 ²¹⁾	- 9,8	- 0,8	+ 2,6	+ 5,3 ²¹⁾	.	
Belgien	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,8	+ 6,4	+ 3,4	- 10,0	+ 6,5 ²¹⁾	- 14,2	- 6,0	+ 2,7	+ 12,1 ²¹⁾	.	
USA	- 3,8	+ 0,0	+ 7,9	+ 9,3	- 0,8	- 8,5	+ 13,1	- 9,3	- 3,5	+ 7,6	+ 13,3	+ 15,0	
Japan	+ 13,6	+ 2,8	+ 7,3	+ 15,5	- 2,4	- 11,3	+ 12,8 ²¹⁾	- 8,2	- 1,7	+ 11,2	+ 15,1 ²¹⁾	.	
Industrieländer gesamt ¹⁹⁾	+ 2,0	+ 1,0	+ 6,9	+ 9,3	+ 0,0	- 7,6	+ 8,8 ²¹⁾	- 9,2	- 2,6	+ 5,6	+ 13,6 ²¹⁾	.	

¹⁾ Verarbeitende Industrie. - ²⁾ U. a. Stahl, NE-Metalle, Chemie, Baustoffe, Papiererzeugung. - ³⁾ U. a. Maschinenbau, Elektrotechnik, Kfz, Schiffbau, EBM. - ⁴⁾ U. a. Textil, Bekleidung, Glas, Möbel, Kunststoff- und Papierverarbeitung. - ⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - ⁶⁾ Bruttonationalprodukt ohne PKW. - ⁷⁾ 1975: 184,4 Mrd. DM. - ⁸⁾ 1975: 221,6 Mrd. DM. - ⁹⁾ Ende August 1976: 939 528. - ¹⁰⁾ August 1976: 65 557. - ¹¹⁾ Ende August 1976: 263 822. - ¹²⁾ Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde in der Industrie. - ¹³⁾ Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie. - ¹⁴⁾ Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. - ¹⁵⁾ Gewerbliche Fertigwaren (Enderzeugnisse). - ¹⁶⁾ Industrie-Rohstoffe. - ¹⁷⁾ 1975: 1040,4 Mrd. DM. - ¹⁸⁾ Nach Berechnungen der OECD, ohne Bauindustrie. - ¹⁹⁾ OECD-Länder. - ²⁰⁾ Januar/Juni. - ²¹⁾ April/Mai bzw. Januar/Mai. - Quotient: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, OECD und DIW.

Konjunkturtheorie, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden Struktur- und Machtwandels. Deshalb werden wir nach der Wiederbelebung der konjunkturellen Auftriebskräfte nicht mehr zur Situation der sechziger Jahre zurückkehren." (NZZ v. 4./5.1.1976).

ZUR LAGE IN DEN WICHTIGSTEN BRANCHEN

Um diesen entscheidenden Einschnitt in der Lage des Weltkapitals mit seiner Wirkung auf die westdeutsche Industrie schärfer beurteilen zu können, sollen noch einige detailliertere Angaben zur Entwicklung der einzelnen Branchen gemacht werden.

Im *Maschinenbau*, dem entscheidenden Sektor jeder kapitalistischen Wirtschaft, ging die Produktion - anders als in den meisten anderen Branchen - bis zum Ende 1975 kontinuierlich in die Minuszahlen. Auch 1976 setzte sich diese Talfahrt, wenn auch mit deutlich verminderten Verlusten fort. In der Investitionsgüter-Industrie wirkte sich die Krise also schwer und besonders langwierig aus. "Tatsächlich ist der größte zugleich der letzte Industriebereich, der endgültig vergift, was Flaute ist." (Wirtschaftswoche (Wiwo) Nr. 29, v. 16.7.76). Die Aufträge sanken auch in den ersten Monaten dieses Jahres weiter. Die Produktion liegt noch immer unter dem Niveau von 1970 und rund 65.000 Maschinenbauer müssen immer noch kurzarbeiten, so viele wie in keiner anderen Branche. Dies gibt noch einmal ein bezeichnendes Bild von der kapitalistischen Produktionsweise als Produktion um der Produktion willen, wobei wachsende Ausbeutung und dadurch sich verringernde Konsumtionskraft - dies nicht absolut, sondern im Verhältnis zur Entwicklung des Produktionspotentials - die überbordenden Produktivkräfte nutzlos werden läßt. Erst mit der charakteristischen Verzögerung gewinnt auch der Maschinenbau im Schleppe der allgemeinen wirtschaftlichen Besserung an Auftrieb. Und hier ist besonders der weltwirtschaftliche Aspekt von Bedeutung, denn von den steigenden Exporten der deutschen Industrie profitiert er besonders, da er mit rd. 10% Ausfuhr-Anteil die größte BRD-Exportbranche und mit einem Produktionsanteil von 56% direkt und indirekt vom Ausland abhängig ist. 65.000 Arbeiter in dieser Branche, fast zwei Drittel der Gesamtzahl, arbeiten nur für den Export. In keiner anderen Branche sind es mehr. (Wiwo Nr. 29)

Die *Stahlindustrie*, dieser andere traditionelle Zweig jeder kapitalistischen Produktion, hielt mit einem Minus von 23% 1975 den Schrumpfsrekord in der Produktion. In dieser Branche wirkte sich die Anarchie des Marktes mit seinen wechselhaften Produktionsbedingungen besonders kraß aus. Wie zuvor in der Nachkriegszeit war eine Stahlkrise steiler und tiefer als 1975. Auf das bisher beste Geschäftsjahr sank die Rostahlproduktion um 13 Mio. to auf rd. 40 Mio to., was bei einer derzeitigen Produktionskapazität von 60 Mio. to lediglich einer Auslastung von durchschnittlich 50-70% entspricht. Mit genau 40,42 Mio. to produziertem Rohstahl im Jahre 1975 war man wieder auf dem Niveau von 1971 angelangt. Dieser Produktionsausfall hatte natürlich vor allem für die in diesem Bereich beschäftigten Lohnabhängigen verheerende Auswirkungen: Bis Anfang 1976 leisteten rd. 93.000 oder 44% "Kurzarbeit" (Hv. v. 5.1.75), was angesichts der Knochenmalochie gerade in dieser Branche an sich kein Unglück wäre - im Gegenteil -, wäre damit nicht die Lohnsenkung verbunden. Dabei ist das Riesenheer der Arbeitslosen natürlich nicht berücksichtigt.

War diese Krise für die Kapitalisten sicher nicht ohne Profiteinbuße, so ist aber das Beispiel des bisher "größten kontinentalen-europäischen Stahlherstellers" (HB.v. 12./13.3.76), der August Thyssen-Hütte AG bezeichnend: Trotz dieser starken Flaute im Eisen- und Stahlgeschäft sah sich der Konzern durchaus in der Lage die erst 1975 von 10% auf 14% erhöhte Dividende auf das Grundkapital von 1,073 Mrd. DM auch dieses Mal auszuschütten.

Aber auch in dieser Industriesparte geht es seit einigen Monaten wieder bergauf.

Sank die Rohstahlerzeugung noch in den ersten Monaten 1976, so war im März mit knapp 3,0 Mio. to um 6,5% höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im ganzen ersten Quartal 1976 blieb der Ausstoß jedoch mit 10,5 Mio. to um gut 8% unter dem von 1975. Die Stahlwerke erzeugten im Juli 3,98 Mio. to Rohstahl oder 9,9% mehr als im Juni. Von Januar bis Juli wurden mit 25,36 Mio. to Rohstahl 1,3% mehr hergestellt als in der entsprechenden Vorjahreszeit. (NZZv.10.8.).

Zusammenfassend beurteilt der Thyssen-Chef Spethmann die Lage in seiner Branche folgendermaßen: "Seit Herbst des vergangenen Jahres geht es für den deutschen Stahl wieder bergauf. Ein paar Wegmarken: Monatsdurchschnitt der Auftragseingänge im dritten Kalendervierteljahr 1975: 1,6 Mio to, viertes Quartal 1,9 und jetzt 2 Mio to für das erste Halbjahr 1976. Das sind 20% mehr als im vergangenen Jahr, aber ein Viertel weniger als vor zwei Jahren". Aber: "Heute können wir allenfalls eine Jahresproduktion für 1976 von rund 45 Mio. to erwarten - und das nach den 53 Mio. to, die wir 1974 schon einmal hatten!" (D. Spethmann auf der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie am 25.6.76, nach Vortragsreihe Nr. 30, v. 27.7.76). Wegen dieser insgesamt doch recht unbefriedigenden Lage beim zukünftigen Geschäft der Mehrwertproduktion auf stahlharter Basis, bleibt der Optimismus der "Experten" doch gedämpft. "Erst 1977 Frühling für den Stahllexport" überschreibt das Handelsblatt einen entsprechenden Artikel (v. 16.7.76).

Es lohnt sich außerhalb dieser trockenen Wirtschaftszahlen noch allgemeiner mit diesem entscheidenden Industriesektor zu beschäftigen. Gerade nämlich auch in dieser scheinbar so monopolisierten Branche wirkt wie eh und je das kapitalistische Wolfsgesetz der Konkurrenz - zwar kaum auf nationaler, dafür aber umso heftiger auf internationaler Ebene. Nachdem sich auf den Rausch des Stahlbooms von 1975 der Katzenjammer des Produktionsstuzros eingestellt, und der Kapitalismus seinen Agenten wieder einmal seine Gesetze in Erinnerung brachte, versuchten diese Handlanger des Kapitals in der veränderten internationalen Stahl-Szene jeweils ihre Angriffspositionen im Kampf um den Weltmarkt zu festigen. Die Weltstahlproduktion fiel 1975 nach den Statistiken des International Iron and Steel Institute (IISI) um über 8% von 710 Mio to 1974 auf 651 Mio to zurück; dies bei einer sonst üblichen Wachstumsrate von 4% jährlich. (Diese und die weiteren Angaben nach NZZ v. 13.6.76).

Ein besonderes Merkmal der internationalen Stahlerzeugung ist deren Konzentration auf wenige Länder. Gegenwärtig beherrschen vier Länder - die Sowjetunion, die USA, Japan und die BRD - die internationale Stahlszene. Ihr Anteil an der Weltproduktion beträgt rd. 60%, und unter Einschluß des gesamten EG-Raumes beläuft sich diese Quote bereits auf nahezu 75%.

Rohstahlproduktion (in Mio Tonnen)

	1972	1973	1974	1975
Welt insgesamt	631	694	710	651
davon:				
Sowjetunion	125	131	136	141
U S A	120	136	132	106
Japan	97	119	117	102
B R D	43	49	53	40
Frankreich	24	25	27	22
China	23	25	27	30 ⁺
Italien	20	21	24	22
Großbritannien	25	26	22	20
Belgien	14	15	16	12
Polen	13	14	15	15
Tschechoslowakei	12	13	13	14
Kanada	12	13	13	13

+ geschätzt Quelle IISI - World Steel in Figures (1976 (zit. nach NZZ v. 10.6.76)-

Nach den Statistiken des IISI hat Rußland mit einem Produktionsvolumen von 141 Mio to die USA deutlich überflügelt, die mit 105,9 Mio to nur noch geringfügig über dem Ausstoß Japans von 102,3 Mio to liegen. Bei der geographischen Aufschlüsselung der Stahlproduktion zeigt sich eine auffallende Veränderung, die die weltweite Rezession deutlich markiert. Der Anteil der SU und anderer osteuropäischer Staaten an der Weltstahlerzeugung beläuft sich nunmehr auf 29,6%, womit diese Ländergruppe auf dem ersten Platz liegt; ihr folgt Westeuropa mit 23,8%, das 1974 noch an erster Stelle gelegen hatte. Auf den asiatischen Raum entfielen 22,8% und auf Nordamerika 18,3%.

Als größter einzelner Stahlerzeuger figurierte die NIPPON STEEL mit 32,5 (38,5) Mi. to unverändert auf dem ersten Platz. An zweiter Stelle konnte sich die US Steel mit 24 (30,8) Mio. to behaupten, während die British Steel Corp. - trotz "englischer Krankheit" - mit 17,2 (19,3) Mio. to die im Jahre 1974 auf Platz drei vorgestossene Bethlehem Steel auf den vierten Rang verweisen konnte. Unter den zehn größten Stahlproduzenten des "westlichen" Kapitalismus finden sich nur zwei Kontinental-Konzerne, Finsider und August-Thyssen-Hütte, die mit einem Aufkommen von 12,9 (13,6) bzw. 12,2 (16,3) Mio. to die Plätze acht und neun einnehmen.

Der internationale Stahlmarkt wird dabei von zwei längerfristigen Entwicklungslinien charakterisiert: Verlangsamtes Wachstum des Stahlverbrauchs in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und beschleunigter Ausbau der Stahlindustrie in einer Reihe von "Entwicklungsländern". Vor allem die zweite Perspektive raubt den traditionellen Stahlexportländern zunehmend ihre Absatzgebiete, was nur das Gerangel um den verbliebenen Rest verschärft. Zur Illustrierung: "Anbieter bleiben fürs erste erbitterte Rivalen. Informelle Mindestpreis-Absprachen im EG-Verbund stehen seit langem nur noch auf dem Papier. Jeder ist sich wieder selbst der Nächste. Wie die Franzosen und Italiener aggressiv daran gegangen sind, die Belgier aus dem US-Markt zu verdrängen und wie dieser amerikanische Importmarkt um ein Fünftel schrumpfen würde, falls es der United States Steel Corp. tatsächlich gelingen sollte, sich in Washington mit ihrem Dumping-Anwürfen durchzusetzen, so halten osteuropäische Massenstahl-Lieferanten unverdrossen an der Übung fest, westliche Konkurrenten um 10 % je Tonne zu unterbieten. Als extrem rege bestätigt sich immer wieder auch der Wettbewerb aus Japan, Australien und Südafrika." (HB v. 2.10.75). Und speziell zum deutschen Markt: "Der Anteil der Walzstahlimporte an der innerdeutschen Marktversorgung liegt zur Zeit bei etwa 30%, nachdem er in einigen Monaten des verflossenen Jahres vorübergehend auf 35% gestiegen war. Um verstärkten Absatz am deutschen Markt haben sich besonders japanische Stahlwerke bemüht, die sich jedoch inzwischen bereit erklärt haben, ihre Stahllieferungen in den Gemeinsamen Markt im Jahre 1976 auf 1,22 Mio to zu beschränken. Ihre Lieferungen in diesem Markt waren in den Monaten Januar bis Oktober 1975 auf rund 1,5 Mio to gestiegen." (HB v. 5.1.76).

Von diesen strukturellen und konjunkturellen Momenten wie Produktions- und auch Preisfall ("Seit Mitte 1974 sind in Westeuropa die Stahlexportpreise im Durchschnitt um spektakuläre 40% gefallen, schneller noch als die Binnenpreise". (HB v. 2.10.75)) in die Zange genommen, versucht die westdeutsche Stahlindustrie als Kleiner unter den Großen ihre allgemeine Position zu verbessern. Um allerdings besonders gegen Japan und die USA bestehen zu können, ist eine Vergrößerung des eigenen beherrschten Marktanteils nötig. Aus dieser Sachlage versteht man dann erst die sich in letzter Zeit auf dem westeuropäischen Stahlmarkt abspielenden Ereignisse, besonders zwischen der deutschen und der französischen Industrie. Nur falls es nämlich der BRD gelingen sollte, den EG-Raum zumindest weitgehend unter seiner Kontrolle zu bekommen, kann sie hoffen, im internationalen Feld einigermaßen zu bestehen. Nur so kann sie sich gegenüber den Großen als ebenbürtig betrachten.

Mit einem 34,2%-Anteil an der Stahlerzeugung 1974 ist die BRD eindeutig der dominierende Part in der EG, vor Frankreich (14,4%), Italien (15,3%), England (14,4%), Belgien (10,4%), Luxemburg (4,1%) und Holland (3,3%) (nach FAZ v. 21.11.75). Allerdings ist ihr Gewicht nicht so eindeutig, daß sie damit die drei nächsten - Frankreich, Italien und England - völlig domestizieren könnte. Vor allem Frankreich leistet erbitterten Widerstand.

Der kleine eigene Binnenmarkt zwingt andererseits die BRD zu einer Vergrößerung dieser Basis: einmal um überhaupt gegenüber den Großen - vor allem den USA, Japan und längerfristig sicher auch der SU - im sich verschärfenden Kampf um die Absatzgebiete mithalten zu können, denn je größer der jeweilige Binnenmarkt einer Nationalwirtschaft, umso größer ihrerseits die Konkurrenzskraft auf den Weltmarkt, andererseits aber, um durch einen größeren, evtl. protektionistisch abgeschirmten Markt durch eigenen Binnenabsatz erst in die Lage versetzt zu werden, die nötige Schlagkraft auf dem Weltmarkt zu erlangen. So gelangt man dann in die Lage, auf dem so beherrschten Binnenmarkt die Preise relativ über Weltmarktniveau anzusetzen, damit man durch erhöhte Dinnenerträge für die meist niedrigeren Kampfpreise im Export entschädigt, wie auch erst zur Anwendung dieser Preispolitik in die Lage versetzt wird. Diese Praxis gab schon manchen Zunder im kapitalistischen Pulverfaß. Hinter mehr oder weniger hohen Zollschranken können die Konzerne dann die Preise erhöhen, soweit es die Aufnahmebereitschaft des Marktes zuläßt, was wiederum vor allem von der Massenkauftkraft abhängig ist. Daraus folgt immanent eine relative Tendenz zur Ausdehnung nationaler Wirtschaftsräume, da der Steigerung der individuellen Kaufkraft - also des Lohnes - aus Kostengründen enge Schranken gesetzt sind, je umfangreicher sich bei den Konzernen die Produktion ergibt, und das muß sie schon um die Vorteile der sog. Massenproduktion bei allgemeiner Steigerung von Arbeitsintensität - wie -produktivität ausnutzen zu können, umso mehr suchen sie den eigenen Binnenmarkt für sich zu reservieren, um so erst die nötige Schlagkraft für das internationale Gefecht zu erlangen. Diese kurzen allgemeineren Ausführungen gelten natürlich nicht nur für die Stahlindustrie und nicht nur für die BRD. Im Gegenteil: In dieser Gesetzmäßigkeit liegt der eigentlich tiefere Grund für das labile Gleichgewicht in der Konstruktion der EG. Die BRD ist zwar der absolut stärkste Teil, aber ihr relatives Gewicht ist keineswegs stark genug, um sich gegen die drei im "Mittelfeld" Frankreich, England und Italien auch nur irgendwie durchsetzen zu können. - das gelänge höchstens nach einer "Wiedervereinigung der deutschen Nation", die ja auch entsprechend unterschiedlich von den verschiedenen Bourgeoisien angestrebt wird, wobei die Franzosen die Deutschen so lieben, daß sie sie nur doppelt erleben möchten und vorsichtshalber gegen alle Fälle ihre Plutonraketen auf den "Freund" richten.

Die westdeutsche Stahlindustrie kämpft also um die westeuropäische Dominanz, und da sie vor allem Frankreich und England nicht frontal angehen kann, versuchte sie erst jüngst in einem geschickten Zug der Sache indirekt näher zu kommen. Die Rechnung ist ziemlich einfach: Da sie mit ihrem Anteil von rd. einem Drittel an der EG-Stahlproduktion zwar eindeutig die Spitzenposition einnimmt, ihr Abstand bzw. Vorsprung gegenüber England und Frankreich aber nicht ausreicht, versucht sie die kleineren Stahlproduzenten um sich zu gruppieren, um so die nötige Potenz zu erlangen.

Ende Januar trafen in Luxemburg die Vorsitzenden der deutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, der deutschen Walzstahlvereinigung, der niederländischen Eisen- und Stahlindustrie sowie der Präsident des luxemburgisch-belgischen Arbed-Sidmar-Konzerns zusammen, um die Lage ihrer Industrie nach "dem schlechtesten Stahljahr seit der Weltwirtschaftskrise" zu besprechen. Sie beschlossen, eine "Internationale Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie" mit Sitz in Luxemburg zu gründen. Dieser Stahlverband

vereinigte jetzt rd. 45% der gesamten EG-Stahlproduktion auf sich, und die BRD ist natürlich hier in einer eindeutigen Dominanz. (Angaben nach NZZ v. 12.6.76).

Diese Luxemburger Vereinigung umfaßt alle westdeutschen Stahlhersteller, die beinahe ausschließlich durch Hoogovens repräsentierte holländische Stahlindustrie mit 4,8 Mio to sowie den Arbed-Konzern, der mit 4,2 Mio to 90% der luxemburgischen Stahlproduktion und mit seiner belgischen Tochter Sidmar (2,1 Mio to) 16% der belgischen Produktion bestreitet. Ohne auf den Mechanismus der Montanunion und sein diffiziles Interessengeflecht hier eingehen zu können, ist bei Kenntnis der grundsätzlicheren Zusammenhänge der scharfe Protest Frankreichs nur zu einsichtig. Natürlich sind auch die Franzosen nicht gegen Produktionsbeschränkungen und Protektionismus, aber sie wollen sich eben nicht von den "Boches" schlucken lassen, dafür sind sie auch zu gewichtig - zumal die beiden großen Gruppen Usinor und Sacilor im Rahmen der "Planification" immer wieder mit fetten staatlichen Hilfen rechnen können.

Diese von der BRD-Stahlindustrie geführte Luxemburger Gruppierung ist nicht zufällig in erster Linie ein Zusammenschluß derjenigen Konzerne, die in besonderem Maße auf den Export angewiesen sind. Die BRD exportiert etwa zwei Fünftel ihrer Produktion, die Benelux-Staaten weit über zwei Drittel. Zu fast 100% vom Export abhängig ist die Arbed, die zwei Fünftel der Arbeiter des Großherzogtums beschäftigt. Auf den Exportmärkten haben sie heute zusammen nur einen sehr starken Rivalen: Japan. Die Japaner haben ihre Stahlproduktion in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. 1974 exportierten sie einen Produktionsüberschuß von 32 Mio to. Da die USA schon seit Jahren Nettoimporteur von Stahl sind, der "Ostblock" froh ist, wenn er seinen eigenen Bedarf decken kann und auch die übrigen europäischen Länder kaum nennenswerte Exportüberschüsse aufweisen, "spielt sich der Kampf um den Weltmarkt praktisch allein ab." (NZZ v. 12.6.). Daß die Europäer - also hier vor allem auch die BRD - dabei einen schweren Stand gegen die stark konzentrierten japanischen Konkurrenten haben, beweisen z.B. die neuesten Zahlen des IISI. In der Weltrangliste rangieren unter den sieben größten Konzernen vier japanische. Während die Produktion der EG-Exporteure um über 25% sank, schrumpfte die japanische Produktion 1975 nur halb so stark, um 12,7% auf 102 Mio t. In der Krise des letzten Jahres wurde die August-Thyssen-Hütte, bisher an 5. Stelle der Weltrangliste, nicht nur von der italienischen Finsider, sondern auch von gleich drei Japanern überrundet und auf Platz neun verwiesen.

Dieses hier nur in Grundzügen dargestellte Konkurrenzgeflecht hat darüberhinaus die für den Kapitalismus so typischen Konsequenzen: Obwohl große Teile des Produktionsapparats nicht für die Mehrwertauspressung eingesetzt werden können, und nur durch mühsam erzielte Absprachen zur Produktionsbegrenzung der Preisfall gestoppt werden konnte, werden alle Konkurrenten zu weiteren Kapazitätsausweitungen gezwungen. Der berühmte Wettlauf um die besten Plätze hat begonnen. Nur derjenige wird eine Siegestrophäe - sprich Profit - mit nach Hause nehmen können, der bessere Wettbewerbsbedingungen aufweist, der also durch allgemeine Erhöhung der Produktivität und Intensität die Ausbeutung seiner Arbeiter zu steigern versteht und so die Mehrwertrate erhöht, d.h. das Verhältnis von bezahlter (Lohn) und unbezahlter Arbeit zu Gunsten des letzteren ständig vergrößert. Dies übrigens der berühmte Springpunkt für den tendenziellen Fall der Profitrate: Die Bemühungen um Erhöhung der Mehrwertrate erzwingen steigende Ausgaben für Maschinen, Gebäude usw. im Verhältnis zur Lohn- und Gehaltssumme (konstantes Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital), was im bürgerlichen Jargon "zunehmende Kapitalintensität" heißt. Dies verschlechtert die allgemeine Profitsituation, zwingt zu weiterer Erhöhung der Mehrwertrate - sprich relativer Lohnsenkung -, also Verringerung der Konsumtionskraft im Verhältnis zur Produktionskraft, womit der Teufelskreis wieder von vorn beginnen kann.

International wie europäisch sitzen also die Konkurrenten in ihren Kampfstellungen und schießen aus vollen Rohren aufeinander los. Diejenigen mit "zu kleinem Kaliber" versuchen schnell aufzurüsten, um in den entscheidenden Schlachten genug Kampfkraft und Durchhaltevermögen zu haben. Auf Europa bezogen hat diese "Logik" die Konsequenz, daß praktisch alle EG-Partner gewaltige Anstrengungen machen, um ihr Produktionspotential auszuweiten: die BRD, um möglichst den EG-Raum zu dominieren, die drei "Mittelgroßen" Frankreich, England und Italien, um nicht dominiert zu werden. 1975 wandte die westdeutsche Stahlbranche mit rd. 2,2 Mrd. DM rd. 10% mehr Mittel für Investitionen auf als 1974 - wobei allerdings die Preissteigerungen für Investitionsgüter berücksichtigt werden müssen. (HB v. 5.1.). Allerdings werden diese Ausgaben für 1976 wesentlich niedriger liegen. Nach einer EG-Schätzung würde die Produktionskapazität der "Gemeinschaft" von 179 Mio to Rohstahl (1974) auf 213 Mio to (1978) mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 4,4% steigen. Unter der Voraussetzung, daß alle in der EG-Erhebung angekündigten Investitionsprojekte durchgeführt werden, zeigt sich aus dieser Entwicklung, daß das Machtproblem auf diesem Teilmarkt ein chronisches bleibt. Dank allseitiger Anstrengungen verschieben sich sogar die Relationen leicht zuungunsten der BRD, so daß wohl langfristig nur eine gewaltsame Lösung dieser zunehmenden Verkrampfung Luft schaffen kann. Nimmt man noch die Entwicklung auf internationaler Ebene hinzu, so kann man sich das immense Wachstum des Produktionspotentials bei stetig steigender nationaler Autarkie und die daraus sich ergebenden Kämpfe um die knapper werdenden Marktanteile gut vorstellen. In der EG bleibt jedenfalls das Patt erhalten: Repräsentierte die BRD 1974 rd. 33% der EG-Produktionskapazität und lag damit klar vor Frankreich (16,2%), Italien (16,1%) und England (15,5%), so sollen sich die Relationen bis 1978 folgendermaßen verändern: BRD 32,5%, Frankreich 17,7%, Italien 17,4% und England 15,9 - Frankreich und auch Italien machen also recht gewaltige Anstrengungen, um trotz allgemeiner Überkapazitäten die eigenen Anteile zu verbessern.

Erwartete Rohstahl-Produktionskapazitäten

	Effektiv 1974 (in Mio to)	erwartet 1978 (in Mio to)	Durchschnittlicher Wachstum in % jährl. 1974 - 1978
B R D	60,4	67,1	2,7
Belgien	17,3	21,1	4,3
Frankreich	30,4	37,3	5,5
Italien	28,9	37,0	6,4
Luxemburg	6,7	7,1	1,5
Niederlande	6,1	7,7	6,0
Großbritannien	27,3	33,3	5,0
Dänemark	0,6	1,1	15,4
Irland	0,1	0,1	---
EG	173,9	212,8	4,4

(Daten nach NZZ v. 4.11.75)

Der besondere Charakter dieser letzten Weltwirtschaftskrise kommt auch darin zum Ausdruck, daß mit der *Chemieindustrie* erstmals ein Zweig voll in ihren Sog geriet, der seit 1945 niemals ernsthaft von Krisen betroffen war. Im Gegenteil: Die westdeutsche Chemie - der absolute Weltmeister dieser Branche - war gerade immer das Paradepony für den vermeintlich unaufhaltsamen Aufschwung, sie war die Wachstumsindustrie par excellence. Ihr jährlicher Produktionszuwachs lag von 1950 bis 1974 mit durchschnittlich rd. 10% erheblich über dem Durchschnitt der gesamten Industrie von 6,7%. Von den anderen großen Industriezweigen konnte in dieser Zeit nur die Elektroindustrie mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 9,7% mit dem Entwicklungstempo der Chemie Schritt halten. Andere Zweige, wie die Eisen- und Stahl-

Industrie oder der Maschinenbau, bleiben mit 6,2% bzw. 4,7% erheblich dahinter zurück.

Aufgrund ihres Anteils am gesamten Produktionsvolumen und der erzielten Umsätze ist die chemische Industrie einer der wichtigsten Zweige der BRD-Industrie. Außerordentliche Profite ermöglichten auch hinsichtlich der technischen Entwicklung und der Investitionstätigkeit einen ständigen Ausbau, der ihr den ersten Platz in der Weltchemie sichern half. Von 1953 bis 1974 stiegen die Brutto-Anlageinvestitionen der chemischen Industrie von 656 auf 5.542 Mio DM. Auch bezogen auf BRD-Verhältnisse lag sie ständig über dem Durchschnitt: Von den Investitionen entfielen 1973 auf die Chemie 13,12%, auf die Elektroindustrie dagegen nur 9,74, den Maschinenbau 8,48, die Eisen- und Stahlindustrie 8,55 und den Fahrzeugbau 8,27%. (Produktionsfaktoren und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 15. Folge (Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin 1974).

Die Bedeutung der Chemie für die BRD-Wirtschaft wird auch in ihrem Anteil am Netto-Produktionsvolumen der westdeutschen Industrie von 15,2% deutlich. Die Anteile anderer wichtiger Zweige liegen erheblich darunter. 1974 stand die Chemieindustrie mit einem Umsatz von 76,4 ebenfalls an der Spitze aller Branchen.

Der dynamische Charakter gerade dieser Branche kommt deutlich durch die permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Ausdruck: Die Arbeitsproduktivität lag 1973 mit einer Nettoproduktion von 41,71 DM (1962er Preise) je geleistete Arbeitsstunde mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der gesamten Industrie mit 19,24 DM. Von 1950 bis 1973 erhöhte sich der Anteil der Chemie am Netto-Produktionsvolumen der Industrie von 8,35 auf 15,18%. Der Anteil an der Zahl der Ausgebeuteten wuchs dagegen in derselben Zeit nur von 5,97 auf 7,06%. (Angaben nach BRD 1974: Chemie am stärksten von der Krise betroffen, in: IPW Berichte 6/76, S. 60). Die Anwendung modernster Technik und Produktionsverfahren führte andererseits auch zu einer starken Senkung des je Erzeugungseinheit notwendigen konstanten Kapitals, insbesondere des in den Produktionsanlagen investierten fixen Kapitalteils.

Das ermöglichte in dieser Branche eine ökonomische Entwicklung, die sowohl auf einer ständig steigenden Fondseffektivität beruht. Dadurch konnte die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals verlangsamt und dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegengewirkt werden. Diese günstigen Bedingungen der Kapitalverwertung sind eine Folge des hohen Konzentrations- und Zentralisationsgrades gerade in der Chemie.

Das Bild dieser scheinbar grenzenlos expandierenden Paradeindustrie soll noch durch zwei Tabellen verdeutlicht werden, von denen die erste die Entwicklung der Nettoproduktion in der Chemie im Vergleich zur Gesamtindustrie angibt, während die zweite Umsatz und Beschäftigte der Chemie darstellt.

Entwicklung der industriellen Nettoproduktion in der BRD (Index 1970=100)

	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Gesamte Industrie	66	73	100	102	106	113	111	103
Chemie	48	63	100	106	113	127	130	113

(Nach Berechnungen aus Statistisches Jahrbuch 1975, S. 239 f.; Wirtschaft und Statistik, 2/76, S. 36)

Umsatz und Beschäftigte der BRD-Chemieindustrie 1)

	Umsatz Mio DM	davon Mrd DM	Export v.H.	Umsatz- anteil a.d.Ge- samtind. d.BRD v.H.	Beschäf- tigte in 1.000, durchschn. v.H.	Beschäftig- tenanteil d.Gesamtind. d.BRD v.H.	Umsatz je Beschäftigten 1000 DM
1950	6.880	0,8	12,2	3,6	237,1	6,0	23.964
1955	13.241	2,7	20,5	8,0	353,7	5,5	36.914
1960 2)	22.360	5,2	23,3	8,8	453,3	6,0	49.327
1965	33.735	8,4	24,9	9,0	539,5	6,3	63.591
1970 3)	50.527	15,7	31,1	9,6	595,7	6,9	84.320
1971	53.576	16,5	30,3	9,5	589,0	6,9	90.961
1972	56.738	18,2	32,1	9,5	560,3	7,0	97.774
1973	65.173	22,1	33,9	9,3	537,3	7,0	119.971
1974	86.929	31,3	36,0	11,6	600,5	7,4	144.761
1975	77.039	25,1	32,6	10,6	583,3	7,7	132.160

1) Ohne Kohlenwertstoffindustrie. - Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten -

2) Ab 1960 einschließlich Saarland

3) Ab 1970 ohne Mehrwertsteuer

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden), Stuttgart und Mainz, lfd.: Wirtschaft und Statistik (Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden), Stuttgart und Mainz, 2/1976, S. 81-83 - (Aus IPW Nr. 7/76, S. 70)

Die Expansion der Chemieindustrie war stets ein ausgleichendes Moment der bisherigen Wirtschaftsschwankungen. Selbst im Krisenzyklus 1962 bis 1966/67 hielt das Produktionswachstum der chemischen Industrie während des gesamten Zeitraums fast unverändert an, während die Produktion der gesamten BRD-Industrie von einer Zuwachsrate von 8,6% im Höhepunkt der Konjunktur 1964 auf eine Schrumpfrate von 2,4% im Tiefpunkt des Zyklus 1967 absank. Selbst im Krisenjahr 1967 wurde in der Chemie noch eine Produktionssteigerung um 8,7% erzielt. Lediglich ihr Wachstumstempo hatte sich also vom Höhepunkt (12,3% 1964) etwas verringert. (Daten aus Statistisches Jahrbuch).

Nicht nur nach den allgemeinen Produktionszahlen stellt die westdeutsche Chemie etwas Außerordentliches dar. Sie ist vielmehr die einzige Branche in der modernen Industrie, in der nicht die USA die eindeutige Spitzenstellung einnehmen. Es war der Geburtsfehler des deutschen Kapitalismus, der diese Besonderheit hervorbrachte. Seine relativ späte Industrialisierung ließ ihn bei der Verteilung der Kolonien leer ausgehen. Für die entgangenen Rohstoffbezugsquellen suchte man Ersatz in der organischen Chemie. In einem beispiellosen Konzentrationsprozeß erlangte man bald eine absolut einmalige Weltstellung, die man in der Folgezeit auch stets durch Wissenschaftlichkeit und Preiswürdigkeit zu verteidigen verstand. Sie war die entscheidende Industrie, die die deutsche Bourgeoisie zu ihrem Kampf um den "Platz an der Sonne" erst gegen das englische Kapital mit seiner Rohstoffüberfülle in die Lage versetzte. Synthese ist in diesem Industriebereich Trumpf - aus Kohle, Luft und Wasser stellte man eine reichhaltige Palette von Grundstoffen her, die trotz ungünstigster Ausgangslage im Rohstoffbereich in wichtigen Sektoren (Stickstoff, Benzin, Gummi u.a.) eine relative Selbstversorgung ermöglichte. Und diese Sonderstellung hat die deutsche Bourgeoisie trotz zweimaliger verheerender Verluste für die Chemie - Patentbeschlagnahme, Konfiszierung des Auslandsbesitzes usw. - nach den Kriegen stets halten können. Diese einmalige Weltstellung wird vor allem durch das "Dreigestirn" BASF, Höchst, Bayer an der Spitze der deutschen Chemieindustrie besonders augenfällig.

Aus dem Bemühen der Alliierten nach dem Kriege entstanden, der übermächtigen Chemie das Rückgrat zu brechen, gelang in einem jahrelangen Entflechtungsprozeß des vorherigen Superkonzerns IG-Farbenindustrie AG - der im übrigen 1925 eben aus der Fusion dieser drei Großen mit einigen Kleineren entstanden war - kaum mehr als ein "Sturm im Wasserglas": Schon sehr bald waren die "Drei" so mächtig wie eh und je und betreiben Konkurrenz auch weniger untereinander, als vielmehr gegenüber den alten angelsächsischen Konkurrenten und der schweizerischen Chemie. Unter ihnen hat es "nie wütende Konkurrenzkämpfe gegeben. Im Gegenteil, BASF, Bayer und Hoechst sind durch zahlreiche Tochter- und Enkeltochtergesellschaften miteinander versippt: Nur wenig geschieht in Ludwigshafen, Leverkusen oder Frankfurt-Höchst ohne Kenntnis der anderen und selten etwas gegen ihren Willen. Die Beziehungen innerhalb des Konzern-Trios sind gutnachbarlich." (Die Zeit vom 23.4.76).

So ist die deutsche Chemie mit ihrem "Dreigestirn" die mit Abstand größte Gruppierung in der chemischen Industrie des "westlichen" Kapitals. 1973 standen in der Rangfolge der umsatzstärksten Chemiekonzerne des "Westens" erstmalig die drei BRD-Konzerne vor ihren Hauptkonkurrenten ICI und Du Pont geschlossen an der Spitze, wie folgende Aufstellung verdeutlichen soll:

Die umsatzstärksten Chemiekonzerne kapitalistischer Ländern
- Umsatz in Mio. Dollar, Rangfolge nach Umsatz jeweils in Klammern

Konzern	1976	1973	1972	1970	1960
BASF/BRD ¹⁾	8 497 (1)	5 334 (3)	3 720 (5)	2 874 (7)	616 (9)
Höchst/BRD ¹⁾	7 821 (2)	5 531 (1)	4 076 (3)	3 027 (3)	644 (8)
Bayer ²⁾ /BRD	7 425 (3)	5 435 (2)	4 027 (4)	3 021 (5)	786 (6)
ICI/Großbritan.	6 912 (4)	5 309 (4)	4 236 (2)	3 510 (2)	1 564 (2)
Du Pont/USA	6 910 (5)	5 276 (5)	4 366 (1)	3 613 (1)	2 143 (1)
Monte Edison/Ital.	6 190 (6)	4 452 (6)	3 533 (6)	2 342 (3)	523 (10)
Union Carbide/USA	5 320 (7)	3 939 (7)	3 261 (8)	3 026 (4)	1 548 (3)
Dow Chemical/USA	4 938 (8)	3 068 (11)	2 404 (11)	1 911 (12)	731 (7)
Procter & Gamble/USA	4 912 (9)	3 907 (8)	3 514 (7)	2 979 (6)	1 442 (4)
Rhône-Poulenc/Fr.	4 234 (10)	3 303 (10)	2 479 (10)	1 985 (10)	334 (12)
AKZO/Niederlande	4 010 (11)	3 335 (9)	2 565 (9)	2 002 (9)	447 (11)
Monsanto/USA	3 493 (13) ³⁾	2 649 (12)	2 225 (12)	1 972 (11)	390 (5)

1) Konzerngruppe IG Farben-Nachfolger 2) Ab 1970 einschli. Agfa-Gevaert-Gruppe
3) 1974 erreichte erstmals der japanische Konzern Mitsubishi Chemical Industries mit einem Umsatz von 3 563 Mio. Dollar den 12. Platz.

Quelle: Fortune, Chicago, lfd. (aus IPW Nr. 7/76, S. 63)

Einschließlich ihrer wichtigsten inländischen Tochtergesellschaften verfügen BASF, Höchst und Bayer über mehr als drei Viertel des gesamten Aktienkapitals der Chemieindustrie, fast 75% des deutschen Chemieumsatzes und beschäftigen mehr als ein Viertel der 630.000 inländischen Chemiebelegschaft.

Besonders die stürmische Entwicklung in der Petrochemie mit ihren so wichtigen Produkten wie Kunstfaser und -stoffe, brachte seit Ende der 50er Jahre der Weltchemie einen beispiellosen Aufstieg. So ist z.B. die Herstellung von Synthefasern von 1960 bis 1974 um durchschnittlich 22,5% jährlich gewachsen.

Aber so beispiellos die Entwicklung der deutschen Chemie nach dem Kriege auch war, so zeigt sich hier doch auch überdeutlich die Anarchie des Kapitalismus, die die Manager zu immer neuen Investitionen trieb, wobei sich dann doch der Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Konsummöglichkeit deutlich zeigen sollte.

Das starke Wachstum der deutschen Chemie auch gegenüber ausländischen Konkurrenten beruhte im wesentlichen auf einer raschen Ausdehnung der Außenmärkte, auf der sie ihre stets vorhandenen Wettbewerbsvorteile ausspielen konnte. Kontinuierlich stieg die Exportquote in der Chemie von 12,2% im Jahre 1950 auf 44,1% im Jahr 1974.

Dieser Konkurrenzvorsprung der BRD-Chemie sollte sich allerdings im Laufe der Jahre relativieren. Besonders deutlich wurde dieser Prozeß disproportionaler Entwicklung und Relativierung eines gewissen Konkurrenzvorsprungs in jenen Produktionsbereichen, wo infolge höherer Rohstoffkosten erhebliche Preissteigerungen eingetreten sind. Dies trifft vor allem für die auf Erdölbasis beruhenden Kunststoff- und Synthefaserprodukte zu. So zeichnet sich z.B. beim Siegeszug der Kunstfaser schon wieder ein "come back" der Naturfaser ab, da der Preisunterschied sich erheblich verringert hat.

Die Umstellung von der Kohle- auf die Petrochemie brachte der deutschen Chemie gegenüber den angelsächsischen Hauptkonkurrenten sicher einen erheblichen Strukturnachteil: Versorgte sie sich vorher aus eigenen Kohlefeldern mit ihrem Basisrohstoff, so wurde sie jetzt vom Import abhängig. Das blieb solange relativ unbedeutend, als der auswärtige Bezug gesichert und vor allem kostengünstig war. Hier hat sich in der Tat durch die "Erdölkrise" Entscheidendes geändert. Diese Veränderungen schränken seit Ende 1973 den bisherigen Konkurrenzvorteil der BRD-Chemie stark ein, da ihre angelsächsischen Konkurrenten von dieser Entwicklung weit weniger betroffen sind, weil dort im Inland preisgünstigeres eigenes Erdöl gefördert wird, bzw. die Erdölkonzerne dieser Länder, teilweise in enger Kooperation mit der jeweiligen Chemie, über Verarbeitung und Vertrieb der Erdölderivate über erhebliche Kontroll- und Gewinnvorteile verfügen. Für die westdeutschen "Drei" verschärfte sich hingegen der seit langem bestehende Widerspruch zwischen ihrem wachsenden internationalen Gewicht und der trotz vieler Anstrengungen noch immer recht schmalen eigenen Petro-Basis. Mit der Übernahme von Wintershall 1968/69, die ihre Explorationsaktivitäten in den letzten Jahren erheblich verstärkte, versucht man allerdings inzwischen das Rohstoff- und Energiedefizit zumindestens teilweise wettzumachen. In diese Richtung zielt im übrigen auch die maßgebliche Förderung verstärkter Atomenergie in der BRD seitens der Chemie.

In diese Jahrzehntelange Erfolgsbilanz kam also mit dieser Krise wie aus heiterem Himmel die entscheidende Wende. Hier zeigte sich deutlich die eigentliche Hilflosigkeit dieser vermeintlich alles in Gang setzenden "dynamischen Macher" und ihre Handlangerfunktion wurde nur zu offensichtlich: "Im Grunde leiden die Manager noch heute darunter, daß sie im Herbst 1974 von der blitzartigen Trendwende vom Boom zur Baisse überrascht worden sind." (National-Zeitung, Basel, vom 16.9.1975)

Zwar traten schon 1974 einige Schwierigkeiten auf, aber alles lief doch sonst wie gewohnt erfolgreich: "Für die gesamte chemische Industrie belief sich die Umsatzzunahme mit 29,3% auf fast das Doppelte des Vorjahres (15,3%). Das Chemiewachstum lag damit weit über dem der Gesamtindustrie mit 12,5%", so faßt das Fachblatt "Chemische Industrie" (1/75) in einer Bilanzanalyse die Lage für 1974 zusammen. Allerdings: "Im letzten Quartal 1974 kehrte sich diese Entwicklung jedoch bereits um." Von nunan ging es nur noch bergab, und zwar in einer so rasanten Talfahrt, daß den Gewaltigen bald die gewohnte Euphorie verloren ging. Bereits von September bis Dezember 1974 ergab sich gegenüber der vorjährigen Entwicklung eine durchschnittliche Abnahmerate von 3,4%. Die Chemieproduktion ging 1974 um durchschnittlich 13,3% zurück, was einem doppelt so starken Rückgang als im Durchschnitt der gesamten Industrie entsprach. Der Umsatz sackte von 83,5 Mrd. DM (1974) auf 74,5 Mrd. DM. Am schlimmsten traf es den Export: Ins Ausland verkauften die Chemie-Produzenten 22% weniger. Die Branche, klagte Rolf Sammet, Hoechst-Chef und Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, "wurde im vergangenen Jahr von der schwersten Krise der vergangenen 25 Jahre getroffen." (Wiwo v.4.6.76). "Wir bewegen uns unter dem Umsatz-Niveau des Jahres 1973", klagt der BASF-Finanzchef. (Wiwo v.5.12.75)

Besonders gravierend waren die Produktionsrückgänge natürlich in jenen Sparten, die man vorher im Rausch scheinbar grenzenloser Entwicklungen ständig ausgebaut hatte. Hier mußten die Diskrepanzen zwischen Produktionsmöglichkeit und Konsumwirklichkeit bei ständig zunehmender Ausbeutung am offensichtlichsten werden. Jetzt geht es dann auch nicht mehr darum, neue Kapazitäten zu schaffen, sondern Überkapazitäten stillzulegen. Dies betrifft vor allem die Zuliefersparten der Textil-, Bau- und Automobilindustrie. Zu den betroffenen Produktionsbereichen gehören u.a. die Lack- und Kunststoffherstellung, die Produktion von synthetischen Kautschuk- und Chemiefasern. Die in der Chemiefaserherstellung vorhandenen Überkapazitäten sollen selbst bei einem "normalen" Konjunkturverlauf bis 1980 keine rentable Auslastung des Produktionsapparates mehr erlauben. (HB v. 24./26.10.75).

In einer Einschätzung der "WZ" v. 2.7.75 heißt es zu den längerfristigen Perspektiven der Chemie: "1974 bedeutet für die chemische Industrie eine Zäsur, die das vorläufige Ende der Mengenkonjunktur markiert, welche die Chemieentwicklung in den vergangenen 25 Jahren mehr oder weniger stark begleitet hatte." Und die UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) stellte fest, daß für die Chemie in der BRD die Phase der stürmischen Entwicklung beendet sei. Eine Verlangsamung des Wachstums wäre selbst ohne die Erhöhung der Rohstoffpreise eingetreten. Das bisherige hohe Wachstumstempo der westdeutschen Chemie von durchschnittlich 10% jährlich wird sich danach in den kommenden Jahren erheblich verlangsamen. Das ECE-Sekretariat prognostiziert bis 1977 nur noch eine jährliche Zuwachsrate von 7% und bis 1982 von 6%. (WZ v. 29.3.74)

Wie in anderen Branchen ist es offensichtlich auch in diesem Paradezweig moderner kapitalistischer Industrie mit den "unbegrenzten Möglichkeiten" vorbei. Vor ihr liegt eine Phase verstärkter Akkumulationsschwierigkeiten, in der die Mehrwertproduktion wie -realisation nicht mehr in der gewohnten flotten Größenordnung abläuft. Entsprechend verschärfen sich auch hier die internationalen Konkurrenzkämpfe. Allerdings braucht die BRD-Chemie nicht mit Taktik und Feinheiten versuchen, fehlende Größe gegen die Übersee-Konkurrenz zu erlangen, sondern sie ist auf diesem Gebiet absolute Nummer 1. Und schließlich haben ja auch die anderen Federn verloren. Das ist ja an dieser Krise 74/75 das Besondere gegenüber früheren durchaus vorhandenen nationalen Schwankungen: Zum ersten Mal in der Nachkriegsentwicklung stellt sich eine absolute Synchronisation des Krisenzyklus ein, wobei aus dem Krisenzentrum der entwickelten Länder des Weltkapitals im "Westen" entscheidende Ausstrahlungen in die mehr oder weniger entwickelten kapitalistischen Zonen des "Ostens" wie der "Dritten Welt" einwirken.

Zyklische Entwicklung der chemischen Industrie 1974/75 in wichtigen Ländern (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	1 9 7 4				1 9 7 5			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
U S A	3	4	2	-2	-12	-13	-7	2
Japan	6	-2	-6	-14	-18	-13	-5	
Frankreich	6	5	3	-9	-15	-18	-20	-5 ⁺
B R D	5	6	2	-11	-16	-20	-14	4
Italien	7	7	3	-8	-8	-14	-13	++
GB	5	7	7	-2	-4	-12	-13	-3

+) Errechnet aus Okt., Nov. - ++) Angaben fehlen
(Quellen: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris lfd.; Wirtschaft und Statistik (Hrsg. Statistisches Bundesamt), Stuttgart/Mainz lfd.)

Entsprechend den veränderten Bedingungen stellte sich aber auch in dieser von der Krise neben der Stahlindustrie am schwersten betroffenen Branche seit Ende 1975 wieder eine positivere Entwicklung ein. Im ersten Quartal ist der

Umsatz der Chemie um rd. 18% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wobei jetzt die Sparten, die am meisten Talfrucht gemacht hatten, nämlich besonders Chemiefaser und Kunststoffe, den größten Schwung mitmachten. Der Export stieg im ersten Quartal um rd. 23%, wobei sich besonders der Absatz im EG-Raum belebte, wohin rd. 60% des Chemieexportes geht. (HB v. 6.5.76). Nebenbei hat man hier auch die materielle Basis für die angebliche Begeisterung (nicht nur) der Chemie für ein "vereintes Europa". Erst in diesem vergrößerten nationalen Rahmen kann das mit Produktivkräften so knackig vollgestopfte Westdeutschland die Bewegungsfreiheit finden, die nötig ist, um unter den Bedingungen zunehmender Verallgemeinerung der realen Kapitalverhältnisse auf Weltenebene, auf dem Weltmarkt als sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung die seiner so disziplinierten Arbeiterschaft abgepreßte Mehrwertmasse gegen die härter werdende Konkurrenz zu versilbern. Die Menge der produzierten Waren, Träger dieses Mehrwerts, wird es schwerer haben, diese ihre Funktion im internationalen Austausch durchzusetzen.

Diese Verschärfung der internationalen Konkurrenzkämpfe wird natürlich ihre Spuren vor allem auch im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital hinterlassen. Gerade die chemische Industrie war auf dem Gebiet des "modernen Sozialstaats" mit seinen aus der reformistischen Tradition übernommenen Versuch, den Arbeitern ihre Ausbeutung als Wohlstandsidylle erscheinen zu lassen ein traditioneller Vorreiter, wobei verschiedene Strukturvorteile diese Position besonders untermauerten. Zum ersten ermöglichte natürlich die permanente gute Geschäftslage im weitestgehenden Maße, als das bei anderen Branchen der Fall war, die materiellen Forderungen zu befriedigen, wodurch ein relativ hohes Durchschnittslohniveau gesichert wurde. Zum zweiten gehört die chemische Industrie zu den besonders kapitalintensiven Branchen, wodurch die Gesamtlohnsumme, also die vorgeschossenen Ausgaben für variables Kapital, im Verhältnis zur Gesamtkostenstruktur relativ gering ist. Aus diesem Grund war die eigentliche Lohnhöhe bislang mehr sekundär, weswegen ein größerer Spielraum für Lohnzugeständnisse vorhanden war. Drittens kommt noch die spezifische Beschäftigtenstruktur in der chemischen Industrie dieser "sozialen" Zielrichtung entgegen. Als Teil des modernen anonymen Kapital hat sich hier wohl mit am deutlichsten das Kapitalverhältnis durchgesetzt. Ohne eigentliche Eigentümer, repräsentiert durch eine strenge Hierarchie von Managern, die man besser als industrielle Bürokratie bezeichnen sollte, zerfällt die gesamte Betriebschaft in eine extreme Teilung von Hand- und Kopfarbeitern. Auf der einen Seite die überdurchschnittliche Schicht von "Akademikern", Technikern usw., die die komplizierten Prozeßabläufe auf ihrem Teilgebiet durchschauen und vorwärtstreiben, auf der anderen Seite die Masse der bloßen Ware Arbeitskraft als quasi reines - abstraktes - Arbeitsvermögen ohne nähere konkrete Arbeitsfertigkeiten. Hier herrscht die Welt der angelernten, beliebig einsetzbaren Arbeitskraft. Der eigentliche Arbeiter in der Produktionsicht keinerlei Zusammenhänge zwischen seiner Tätigkeit und dem möglichen Endprodukt. Die für die Chemie besonders charakteristischen Fließprozesse lassen keine unmittelbare Beeinflussung oder gar Kontrolle zu. Zum überwiegenden Teil mit Kontrollaufgaben beschäftigt, steht der Arbeiter für mögliche Korrekturen in dem sonst unverstandenen Produktionsablauf bereit. Der Arbeiter in der Chemie steht quasi einem stillen Prozeß gegenüber, der sich unter bestimmten Bedingungen selbst entwickelt. Dafür braucht er zwar auch eine gewisse Qualifikation und Berufserfahrung, aber nicht im eigentlichen Sinne eine langjährige Facharbeiterausbildung. In dieser Branche hat sich in gewisser Weise das kapitalistische Prinzip der extremen Scheidungen der Arbeitsqualifikation schon früh und umso konsequenter herausgebildet: der zunehmenden Zahl von Wissenschaftlern auf der einen Seite, die allerdings auf Grund der Spezialisierung immer mehr von immer eingeschränkteren Fachgebiets verstehen, stehen auf der anderen Seite, die Schar der angelernten Produktionsarbeiter gegenüber. Wegen der hervorragenden Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung bedarf es aber neben den eigentlichen Chemikern und Ingenieuren einer besonderen

Gruppe von qualifizierten Arbeitskräften, die gleichsam die Verbindung von Wissenschaft und Praxis herstellen. Diese qualifizierteren Arbeitskräfte werden gewöhnlich zur Kategorie der Angestellten, den "geduldfähigen Arbeitern" gerechnet. Diese spezielle Arbeitskräftestruktur mit ihrem relativ geringen Anteil an Facharbeitern bei höherem Angestelltenstand erleichtert zusätzlich eine betriebsfreundliche, wirtschaftsfriedliche Einstellung der gesamten Lohnarbeiter.

Die zukünftige Verschlechterung der Wirtschaftslage bei allgemein schärferen Konkurrenzbedingungen wird dieser "Sozialpolitik" zumindest teilweise die materielle Grundlage nehmen, obwohl andererseits Momente der Kapitalintensität und Personalstruktur in gewisser Weise Wirkungen des anstehenden Angriffs auch des Chemiekapitals auf die Lohnabhängigen dämpfen können. Vor allem die stärkere Betriebsverbundenheit der "Angestellten" wird diese anstehenden Lohnsenkungen in ihrer Wirkung auf die Bewußtseinsbildung abschwächen.

Die bisherigen Aktionen des Kapitals gegenüber den Arbeitern haben aber schon gezeigt, daß auch in der bislang durch intensive "Sozialpartnerschaft" gekennzeichneten Branche mit extremer Streikfeindlichkeit eine wachsende Verschlechterung der Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital festzustellen ist. Entlassungen und massive Kurzarbeit sind nur die Kehrseite der sich immer verstärkt abzeichnenden Tendenz gerade der Chemie, in der BRD Ersatz- und besonders Rationalisierungsinvestitionen, und Produktionserweiterungen vor allem im Ausland vorzunehmen.

Insgesamt wird die veränderte Lage gerade dieses bisherigen Paradezweiges wegen seines Anteils an der gesamten BRD-Industrie den zukünftigen Rahmen der "Sozialpolitik" für das Kapital bedeutend einengen und der BRD-Wirtschaft einen bisherigen "Konjunkturstabilisator" nehmen. Glättete also der günstige Geschäftsverlauf der Chemie bislang die Auswirkungen der Wirtschaftsschwankungen, so wird er in Zukunft dagegen zur Vertiefung der zyklischen Schwankungen der Gesamtindustrie beitragen. Ein ähnliches Schicksal wie die Chemie erlebte auch der Wachstumsfavorit Nr. 2 - die *Elektroindustrie*. Auch sie wurde 1975 voll von der Krise getroffen; die Produktion ging um reichlich 3% zurück und lag damit nur wenig über dem Niveau von 1972. Das führte zu einer Kapazitätsauslastung von nur 75%, einer beträchtlichen Entlassung der Ware Arbeitskraft (Dez. 1975: -8,6% gegenüber Vorjahr) und verbreiteter Kurzarbeit - im Jahresdurchschnitt 1975 fast 15% aller Ausgebeuteten dieser Branche. Im ganzen Jahr 1975 wurden 16% weniger Arbeitsstunden geleistet als 1974. (Angaben nach: Börsenbild und Wirtschaftsspiegel (Berliner Disconto Bank), Juni 1976, S. 8; (Commerzbank) Branchen Notiz, Zur Lage der Elektrotechnischen Industrie vom 26.4.76; HZZ vom 21./22.3.1976). Die Unsicherheit der Lohnabhängigen über die "Gnade" der Kapitalisten, sich von ihnen ausbeuten zu lassen, scheint chronisch zu werden: "Bei einem durchschnittlichen Auslastungsgrad von zur Zeit 75% ist es schwer vorstellbar, daß die Elektroindustrie in den nächsten Jahren neue Arbeitsplätze schaffen könnte," versicherte der Siemens-Chef. (HB v. 15.4.76). Wie die Kollegen von der Chemie verstärken auch diese Herren vorrangig ihr Auslandsgeschäft, um für die sich schon deutlich abzeichnenden Schlachten auf dem Weltmarkt möglichst gut gerüstet zu sein. Anders als bei der Chemie hat die BRD-Elektroindustrie - hier vor allem Siemens und AEG - es mit weit stärkeren Konkurrenten zu tun. Der Export stagnierte 1975 bei 21,5 Mrd. DM. Diese Krise wirkte sich vor allem im Investitionsgüterbereich und bei den Verbrauchsgütern aus und erst mit einer gewissen Verzögerung deutete sich auch in dieser Branche seit Jahresanfang eine Belebung an. In den ersten vier Monaten 1976 lagen die Ordereingänge aus dem Inland im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit insgesamt nominal um 10% und real um rd. 8% höher, wobei die Auslandsnachfrage sich deutlich stärker ausweitete als die Dinnennachfrage. (HZZ v. 19.6.). Aber auch hier gilt, was schon für die Chemie festgestellt wurde: Auch bei diesem "kleineren" Bruder der Chemie ist

der alte Schwung dahin: Nach den Daten der ersten Monate des Jahres 1976 erwartet die Elektroindustrie für das ganze Jahr 1976 ein Mengenwachstum von 7-8%. "Selbst bei Erfüllung dieser Erwartungen würde jedoch der Produktionsrückgang des Jahres 1975 allenfalls ausgeglichen werden. Von einem neuen Boom kann somit keine Rede sein." (Hö v. 15.6.)

Als letzte der großen Branchen, die allerdings im Gegensatz zu den bisherigen abgesehen von Nutzfahrzeugen zur Verbrauchsgüterindustrie zu rechnen ist, soll noch kurz auf die *Kraftfahrzeugindustrie* eingegangen werden. Ihre gegenüber den anderen großen Branchen aus der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie deutlich verschobene Krisenentwicklung wurde schon festgestellt: Die Automobilindustrie befindet sich seit Ende 1973 in einer tiefen Krise. 1974 wurden insgesamt 3,1 Mio Kraftfahrzeuge hergestellt, das waren rd. 350.000 (21,5%) weniger als 1973. Auch die Auto-Industrie zählte einst zu den entscheidenden Träger des "Wirtschaftswachstums", oder besser der erweiterten Akkumulation. Ihr Entwicklungstempo war in den 50er Jahren nahezu doppelt so hoch wie das der gesamten Industrie und übertraf auch noch bis Mitte der 60er Jahre ganz erheblich das durchschnittliche Akkumulationstempo. Dennoch läßt sich bereits in diesen Jahren eine von Periode zu Periode fallende durchschnittliche jährliche Zuwachsrate feststellen, bis schließlich in den Jahren nach 1965 die Entwicklung der Automobilindustrie erst allmählich, dann aber erheblich hinter dem durchschnittlichen Wachstum der gesamten BRD-Industrie zurückblieb. In dieser Branche sank im Krisenjahr 1967 mit 18,6% die Produktion weit stärker als im Durchschnitt mit 2,4%.

Die Herstellung von Kraftfahrzeugen sank 1974 insgesamt um 21,5% darunter die von Pkws (Personenkraftwagen) um 23,5, die von Kombiwagen um 7,7 und die von Lkw (Lastkraftwagen) um 17,4%. Dagegen erhöhte sich die Produktion von Straßenzugmaschinen um 37,4% und die von Omnibussen um 15,3%. Die folgende Tabelle soll diese Tendenz noch verdeutlichen.

Produktion und Export von Kraftwagen und Straßenzugmaschinen¹⁾ - in 1000 Stück

	1973	1974	Veränderung 1973/74	1976 Januar bis Mai	1975 Januar bis Mai	Veränderung
Personenkraftwagen	3 358	2 571	- 23,5	1 437,3	1 050,4	+37
davon: bis 1,0 l	35	43	+22,1	87,7	24,1	+264
über 1,0 bis 1,5 l	1 157	1 108	- 4,3	427,2	543,8	-21
über 1,5 bis 2,0 l	1 573	997	- 40,6	737,9	318,2	+132
über 2,0 l bis 3,0 l	432	387	- 10,4	170,3	153,0	+11
über 3,0 l Hubraum	56	36	- 36,0	14,3	11,4	+26
Kombinationskraftwagen	291	269	- 7,7	115,2	93,9	+23
Lastkraftwagen	269	222	- 17,4	120,8	95,8	+26
Straßenzugmaschinen	14	20	+ 37,4	8,8	7,1	+13
Omnibusse	16	18	+ 15,0	7,8	7,9	1

1) Produktionszahlen einschl. Lieferungen von fertigen zerlegten Fahrzeugen, aber ohne im Ausland unter Mitverwendung deutscher Teillieferungen hergestellte Fahrzeuge mit deutschem Firmenzeichen.

Quelle: Ifo-schnelldienst, München, 9/75; VDA (nach IPW Nr. 7/75, S. 51 und Börsenbild und Wirtschaftsspiegel, Berliner Disconto Bank, Juli 1976, S. 6)

Eins geht aus diesen Zahlen deutlich hervor: Die Struktur der Produktionsentwicklung innerhalb dieser Branche zeigt also, daß die Krise der Automobilindustrie primär eine Krise der Herstellung von Pkws ist, also von Verbrauchsgütern für den individuellen Konsum, weswegen die Zugehörigkeit dieses Zweiges zur Verbrauchsgüterindustrie i.G. zur herrschenden Einteilung voll berechtigt ist. Aber selbst innerhalb der Pkw-Produktion gibt es eine auffallende

Entwicklung: Am stärksten war der Rückgang mit 40,6% in der Größenklasse von 1,5 bis 2,0 Liter Hubraum - also bei der gehobenen Mittelklasse. Von den 1974 insgesamt 737 000 weniger hergestellten Pkws entfielen 631 000 oder 86,5% allein auf diese Klasse. Dagegen war der Rückgang bei der Mittelklasse (1 - 1,5 Liter) mit 4,3% erheblich geringer, ging also - wenn man überhaupt ein Auto kaufte - eindeutig zum billigeren, kleineren Pkw. Deutlicher kann die Diskrepanz zwischen Produktionspotential und Konsumfähigkeit als gesetzmäßiger Ausdruck der Bemühungen um Senkung der Lohnkosten auszudehnen nicht sein: Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen aller Art verringerte sich 1974 auf dem BRD-Markt um 16,5% auf 1,89 Mio Stück. +)während bei Kleinwagen (bis 1 Liter) sogar 22% mehr hergestellt wurden. Der Trend... War die Kraftfahrzeugindustrie Vorreiter der gesamten Krisenentwicklung, so erlebte sie schon 1975 als erste eine deutliche Produktionsbelebung. Insgesamt wurden in der BRD 1975 3,19 Mio. Autos oder 2,3% mehr als im Vorjahr hergestellt. Die Produktion von Pkws stieg um 4,5%, diejenige von Lkw um 3,3%. Die Herstellung von Kombiwagen sank allerdings um 17,3%. Die Gesamtproduktion blieb aber noch immer um ein Fünftel hinter dem Ergebnis von 73 zurück. Im Januar 1976 erreichte man trotz Rekordzuwachs (47% über Vorjahr) gerade erst das 74er Niveau. (Wiwo v. 27.2.). Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie waren die Kapazitäten der Hersteller Anfang 1976 nur zu etwa 80% ausgelastet. Der Umsatz der Autoindustrie, die ihre Arbeitskräfte in einem Jahr um 3% auf 563 000 abbaute - schon 74 sank die "Belegschaft" um 48 000 auf 584 000 -, stieg 1975 nominal auf 59 Mio. DM real um rd. 5%. (NZZ v. 4.2.).

Im Laufe des ersten Halbjahres 1976 erlebte die Autoindustrie einen hektischen Aufschwung, so daß für 1976 mit einer Produktionssteigerung von 11%-12% gerechnet wird - jedenfalls scheint sicher, "daß das laufende Jahr wohl mit zu den besten der Automobilbranche gezählt werden kann." (HB v. 21.7.76). In den ersten sechs Monaten 1976 betrug die Autoproduktion rd. 2 Mio. Einheiten, darunter 1,9 Mio. Personen- und Kombiwagen. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Steigerung von 30%. Dabei nahm die Herstellung von Pkws mit 32% erheblich mehr als die von Nutzfahrzeugen (+22%) zu. Seit April schwächen sich allerdings die Geschäfte wieder ab. Und insgesamt gilt: "Mehr und mehr scheint sich die Überzeugung durchzusetzen, daß die Automobilindustrie in der Bundesrepublik und in Westeuropa - ähnlich wie bereits seit längerem in den USA zu beobachten - künftig stärkeren konjunkturellen Schwankungen unterliegen wird." (Börsenbild und Wirtschaftsspiegel (Berl. Disconto Bank), Juli 1976, S. 6).

Im Export verschlechterte sich die Position der BRD auch in dieser Branche. Der Anteil der BRD am Pkw-Handel der Welt verringerte sich von 1973 auf 1974 von 31,8% auf 27,2%. Dagegen konnte Japan seine Verkäufe in Drittländern von 20,9% auf 24,9% erhöhen. Als einziges europäisches Land konnte im übrigen Italien seinen Export ausdehnen, wogegen sich die Quote Frankreichs leicht von 19,3% auf 13,7% abschwächte. Die deutsche Autoindustrie erlitt ihre größten Exportverluste im restlichen Europa und in den USA. Japan vermehrte die Ausfuhr nach den USA, Ozeanien, Afrika und Asien. Frankreich und Italien verloren ebenfalls Absatz in Europa, dafür gewannen sie zusätzliche Abnehmer in den anderen Kontinenten. (NZZ v. 20.11.1975)

In Zukunft wird die BRD-Autoindustrie vor allem gegen Japan, aber sicher teilweise auch gegen Frankreich um seinen Platz kämpfen müssen. Einen Ausweg aus den Schwierigkeiten sucht auch diese Branche durch Produktionsverlagerung. "Die deutsche Auslandsproduktion stieg von 1970 bis 1975 um 51% auf 322 000 Pkw. Und dieser Trend wird weitergehen, wie die geplante VW-Montage in den USA zeigt." (HB v. 1.6.76)

Nachdem nun die größeren Branchen abgehakt sind, soll noch auf zwei Bereiche der Industrie eingegangen werden. Schon bei der Pkw-Produktion wurde festgehalten, daß der Bereich der Konsum- und Verbrauchsgüterindustrie bereits 1974 eine erhebliche Produktionsschrumpfung erlebte. In der neben der Auto-

industrie größten Branche dieses Bereichs, der *Textilindustrie*, ist auch diese charakteristische Phasenverschiebung festzustellen: Auch hier begann der krisenbedingte Einbruch bereits in der 2. Jahreshälfte 1973, erreichte seinen Tiefpunkt 1974 und in der 2. Jahreshälfte 1975 stabilisierte sich die Produktion auf niedrigem Niveau. Gegen Jahresende zeigte sich dann in wichtigen Sparten eine Tendenz zur Erholung, allerdings wie bekannt kein steiler Anstieg, sondern auch hier eine "Aufwärtsentwicklung mit gebremster Schubkraft". Nach einer praktischen Stagnation der Produktion 1973 fiel sie 1974 um 5,4 und 1975 um 3,4% wobei die Umsätze von 1974 auf 1975 mit 7,1% weit deutlicher zurückgingen, woraus man auf eine nicht unerhebliche Lagerproduktion schließen kann, weswegen die Geschäftsbelegung der letzten Monate in der Produktion noch keine klaren Niederschlag gefunden hat. "Das Herstellungsniveau in der gesamten Textilindustrie bewegt sich nach dem kräftigen Rückgang erst etwa auf dem Ende 1970 erreichten Stand." (Branchen-Information (Commerzbank), Textilindustrie, vom 17.3.76). In dieser mittelständischen, mehr personalintensiven Branche bewirkten die in der Krise klar zu Tage tretenden Überkapazitäten einen entscheidenden Aderlaß: Mehr als 500 Betriebe mußten in den letzten drei Jahren ihre Produktion einstellen; die Zahl der Lohnabhängigen schrumpfte im gleichen Zeitraum um über 100.000 auf 346.000.

Eine ähnliche Entwicklung wie in der Verbrauchs- und Konsumgüterindustrie war auch im *Baugewerbe* festzustellen, und zwar vor allem hervorgerufen durch die katastrophale Lage im privaten Wohnungsbau, wo besonders im Bereich der Eigentumswohnungen eine "Wohnungshalde" von 200.000 bis 300.000 Einheiten nicht abzusetzen war. Auch hier also wieder der für die kapitalistische Anarchie bekannte Widersinn des Mangels im Überfluß: Die Leute kauften oder mieteten keine Wohnungen nicht etwa, weil sie keine mehr brauchten, sondern weil sie einfach die Unsummen für Kauf oder Miete nicht aufbringen konnten. Über die Schwierigkeiten, eine "normale", also im Rahmen des Lohns tragbare Wohnung zu bekommen, braucht man ja nicht viel zu reden.

Nachdem die Krise sich im Laufe des Jahres 1975 verallgemeinerte, trat vor allem wegen der öffentlichen Sparmaßnahmen in anderen Bereichen eine Schrumpfung ein. Und allgemein setzt sich dieser Prozeß auch für 1976 fort. (HB v. 19./20.3.76): Gegenwärtig wird vom Bruttosozialprodukt weniger für Bauten verwendet als zuvor über viele Jahre hinweg. Lag der Anteil der Bauinvestitionen in den Jahren 1960 bis 1964 ohne größere Schwankungen bei gut 14% und 1970 bis 1973 bei 14% bis 15%, so sank er 1974 auf 13% ab. 1975 verringerte sich der Bauanteil auf 11,5% und soll sich laut Prognosen 1976 auf 11% verringern. Damit würde sich der Bauanteil dem Niveau der Aufbauperiode vor 1960 nähern, als nur rd. 10% des jeweiligen Bruttosozialprodukts für Bauinvestitionen verwendet werden. (HB v. 19.5.76). Der Produktionsrückgang der Bauindustrie seit 1973 um etwa 16% war erheblich stärker als während der Krise 1967 mit "nur" 6%. (HB v. 24.12.75) Auch das Baugewerbe wurde seit der Krise von einer wahren Pleitewelle überrollt: Insgesamt meldeten 1974 1141 Betriebe Konkurse und Vergleiche, diese Zahl stieg 1975 sogar auf 1226. (HB v. 12.4.76). "Damit sei ^{en} in den letzten zwei Jahren mehr als doppelt so viele Unternehmen in der Baubranche aus dem Markt ausgeschlossen als in der Rezession 1966/67. Betroffen waren in erster Linie Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten." (HB v. 23./24.7.76). Auch die Arbeiterreihen wurden rigoros gelichtet: Etwa 300.000 wurden aus dem Baugewerbe aussortiert, Ende März 1976 gab es rd. 130.000 Arbeitslose. (HB v. 19.5.76).

Dabei hat die Baubranche für die gesamte Wirtschaft durchaus ein enormes Gewicht und ist für andere Industrien der entscheidende Absatzmarkt: Fast ein Zehntel des gesamten Produktionswertes der BRD sind Bauleistungen und jeder 9. Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt von der Bauwirtschaft abhängig. Für viele Branchen ist sie ein bedeutender Kunde - so liefern Hersteller von Zement, Kalk und Gips; der Stahl- und Leichtmetallbau sowie der Industrie Stei-

ne und Erden mehr als die Hälfte ihrer gesamten Produktion in das Baugewerbe. (Hö v. 24.9.76)

Das bisher grob skizzierte Bild der Branchenlage wäre unvollständig, würde man nicht auch auf die Lage der Banken eingehen. Hier ergab sich nämlich die auf den ersten Blick frappante Tatsache, daß anders als die Industrie, die Großbanken in der letzten Krise dick und fett wurden und mächtige Zinsgewinne einfahren konnten: 1975 war das "beste Bankenjahr der Nachkriegszeit" und brachte die "größten Gewinne aller Zeiten." (Wiwo v. 14.5.76). Und das wirkte sich so auf die drei Großbanken aus: Die Deutsche Bank steigerte ihren Profit gegenüber dem Vorjahr um 25% auf 576 Mio. DM, die Dresdner Bank um 22,2% auf 492 Mio. DM und die Commerzbank um 37,8% auf 285 Mio. DM. 1975 war also ein "absolutes Spitzenjahr" mit einem "Jahrhundert-Ergebnis" und brachte "Gewinne wie noch nie". (Blick durch die Wirtschaft, hrsg. von FAZ, v. 3.7.76). Und auch die Aktionäre machten davon ihren Reibach: Bei der Deutschen und Dresdner gab es 20%, bei der Commerzbank 18% Dividende, insgesamt schütteten die großen "Drei" mit nahezu 410 Mio. DM rd. 83 Mio. DM mehr als im Vorjahr aus. (Hö v. 24.12.75). Im Durchschnitt der 16 wichtigsten westdeutschen Bankinstitute wurden fast 15% mehr ausgeschüttet als vor einem Jahr, rd. 600 nach etwa 525 Mio. DM. Aber natürlich dachten die Banken nicht nur an ihre Aktionäre. Vielmehr setzte man auch selbst kräftig Speck an und erhöhte kräftig das jeweilige Eigenkapital. Insgesamt sind den offenen Reserven um 38% mehr zugeflossen als vor einem Jahr 298 (nach 216) Mio. DM. Wohlgerne sind nur die offen ausgewiesenen Früchte dieses größten Fischzugs aller Zeiten, was als "stille" Reserven in den anderen Bilanzposten noch verborgen ist, kommt ja kaum ans Licht. Dabei gab es natürlich durch die Wirtschaftskrise bedingte Rückschläge bei den Schuldnern, manchen Kredit mußte man als geplatzte Debitoren abschreiben. Der Zusammenbruch des Stummkonzerns, die Schwierigkeiten des griechischen Reeders Colocostronis mit seinen vor allem von deutschen Banken bevorschussten Schiffen, aber auch einige Fälle, bei denen nur durch Stillhalten der Banken - praktisch also durch einen außergerichtlichen Vergleich - ein schlimmeres Ende verhütet werden konnte - Neckermann ist das jüngste Beispiel dieser Art - waren gewiß nicht für das Geschäft förderlich. -

Der 75er Profitsprung resultierte einmal aus den Erträgen im Wertpapierhandel, die die Banken für eigene Rechnung und aus den Provisionseinnahmen erzielten. Die enorme staatliche Verschuldung wurde natürlich auch fast ausschließlich über den Bankenapparat abgewickelt, womit er im Grunde eine riesige staatliche Wirtschaftshilfe erhielt. Diese Zinseinnahmen durch Vermittlung, Verwaltung und Ausführung von Bankoperationen brachten auch erträgliche Rendite bei Großanleihen wie der EG im März 1976, durch die Italien ein Beistandskredit von 500 Mio. DM erhielt, die letztendlich von den italienischen Steuerzahlern, also den Lohnabhängigen, - zusätzlich zu den Zinsen - aufgebracht werden müssen. (FAZ v. 20.3.76). Das große Geld brachte allerdings das "normale" Kreditgeschäft, wo eine günstige Differenz zwischen den Soll- und Habenzinsen den Banken den nötigen Auftritt verlieh, wobei die teilweise hohen Nebenkosten und Kontoführungsgebühren noch zu berücksichtigen wären. Die folgende Tabelle soll das illustrieren:

Ausgewählte Zinssätze in Prozent

	S o l l z i n s e n				H a b e n z i n s e n		
	Diskontsatz 1)	Kontokorrentkredit 2)	Wochsäl-diskont	Kapothekarkredit	3) Festgeld	4) Spareinlagen mit gesetzl. jähriger Kündigungsfrist	5) 6) 7)
Mai 1972	3	8,39	5,28	9,13	4,55	4,02	6,39
Mai 1973	6	11,32	10,46	9,36	8,34	4,52	7,01
Nov. 1973	7	14,02	13,21	10,39	11,05	5,51	8,10
Mai 1974	7	13,77	11,86	10,55	8,03	5,51	8,09
Mai 1975	4,5	10,87	6,97	8,94	4,40	4,53	6,84
März 1976	3,5	8,68	4,93	8,02	3,43	4,00	6,12

noch zu Tabelle "Ausgewählte Zinssätze"

1) der Bundesbank - 2) unter 1 Mio. - 3) unter 1 Mio. mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten - (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/76, S. 48). - (nach Information v. IMSF Nr. 2/76, S. 7)

Am deutlichsten wird dieser Effekt der Zinsentwicklung bei den Spareinlagen des berühmten "kleinen Mannes". Sie machen bei den Großbanken 1975 rd. 30% der Bilanzsumme aus - weit mehr noch sind es bei den Sparkassen. Die Sparzinsen lagen aber im November 1973, dem Höhepunkt der Zinsentwicklung, nur zwischen 1,5% und 1,7% höher als im Mai 1972, dem Zinstiefpunkt vor der Krise. Die Sollzinsen dagegen, d.h. die Zinsen, die die Banken einnahmen, stiegen im gleichen Zeitraum bei Kontokorrentkrediten teilweise um mehr als 5,6 Prozentpunkte an. Selbst Hypothekarkredite wurden um mehr als 2,4 Zinsprozentpunkte teurer.

Im März 1976 war das Sollzinsniveau im Schnitt eher noch etwas höher als im Mai 1972, das Habenzinsniveau dagegen lag durchweg niedriger - teilweise, je nach Einlageart, beträgt die Differenz mehr als 1 Zinsprozent. Die Banken zahlen heute also deutlich weniger für die Einlagen und erhalten mehr für ihre Kredite.

Während also der sparwütige "kleine Mann" durch den Inflationsverlust gebeutelt wird - in den letzten 5 Jahren verlor der Sparer durch die Inflation rd. 136 Mrd. DM, allein 1975 rd. 40 Mrd. DM (HB v. 20.10.75) - machen die Banken mit seinem Geld den großen Schnitt - auch eine Form des allseits beschworenen Opfermuts der Lohnabhängigen, um dem erschlaffenden Kapital mit dem nötigen Profit wieder zur gewohnten Beweglichkeit zu verhelfen. Es verwundert somit nicht, daß die Zinsmarge, die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen, sprunghaft anstieg: Bei der Deutschen Bank von 2,23 auf 3,24%, bei der Dresdner von 1,83% auf 2,56% und bei der Commerzbank von 1,79% auf 2,66% (1973 auf 1974). Den richtigen Respekt vor dieser Leistung bekommt man aber erst, wenn man weiß, daß eine Variation der Zinsspanne um nur 0,1% zu Einnahmen von 50 Mio. DM führt - bezogen auf das Kreditvolumen der Deutschen Bank 1975. Auch 1975 ist die Spanne kaum zurückgegangen: sie beträgt bei der Deutschen Bank 2,13%, bei einer kräftigen Ausweitung des Geschäftsumfangs um 13%. Die Dresdner Bank teilte sogar eine weitere Steigerung der Spanne auf "den Bereich über 3 Prozent" mit. (Wiwo v. 25.4.75, S. 28).

International steigen die deutschen Großbanken dank ihrer Expansion - die sich natürlich, wie sich bei der Untersuchung des Exports noch zeigen wird, parallel zum allgemeinen Industrieexport abspielt - in immer respektablere Zonen auf. Im exklusiven Club der "Top Ten", dieser größten Rechte im internationalen Kreditgewerbe, nimmt die Deutsche Bank jetzt den 5. Platz ein. Die westdeutsche Präsenz unter den 300 Größten stellt sich auf insgesamt 29 Institute, unter denen die Dresdner auf dem 14., die Westdeutsche Landesbank auf dem 21. und die Commerzbank auf dem 26. Platz liegt. (H.E.v. 16.6.76).

Auf der Fortune-Liste der 50 größten außeramerikanischen Banken halten allerdings die französischen und japanischen Institute die Spitzenplätze. Lediglich die Deutsche Bank ist in diesem Kreis der "Top Ten" wieder auf Platz drei vertreten - ein Jahr zuvor lag sie noch auf Platz 4. Drei der zehn größten Banken außerhalb der USA stellt Frankreich, fünf Japan, England ist mit der Barclays Bank vertreten.

Das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut nach der Fortune-Aufstellung, die Dresdner Bank, ging vom 13. auf den 14. Platz, gefolgt von der Westdeutschen Landesbank, die ebenfalls eine Stelle, auf Platz 15 zurückfiel. Demgegenüber rückte die Commerzbank vom 27. auf den 23. Platz auf. Auch international war die Krise für die Banken eigentlich das größte Geschäft, hier sind die BRD-Banken keineswegs eine Ausnahme: Die 50 größten Kreditinstitute verdienten immer noch 23% mehr als im Jahr davor. Vergleicht man aber in der Fortune-Liste die

jeweiligen Bilanzsummen mit den Reingewinnen, dann schneiden die deutschen Banken besonders gut ab. So bleiben z.B. die Reingewinne der beiden größten außeramerikanischen Banken - es handelt sich um die Banque National de Paris und die Dai-ichi Kangyo Bank - um mehr als die Hälfte hinter der Deutschen Bank zurück, die - abgesehen vom Sonderfall der Banco do Brasil - die Profitliste mit deutlichem Abstand anführt. Auch die anderen deutschen Banken unter diesen 50 größten liegen mit den Profiten gut im Rennen. Bescheidene Verdienere im internationalen Vergleich waren 1975 die Japaner, Franzosen und vor allem Italiener (HB v. 6./7.8.76).

BEMERKUNGEN ZUM CHARAKTER DER KRISE

Nachdem versucht wurde, die wichtigsten Daten der Krise nachzuzeichnen, sollen noch einige Bemerkungen zum Charakter dieser Krise das gewonnene Bild verdeutlichen. Hierbei sollte klar sein, daß im Rahmen dieser Untersuchung kaum mehr als einige Grundzüge der marxistischen Krisentheorie aufgegriffen werden können. Nicht zufällig findet man nämlich in dem umfangreichen Marx'schen Werk kaum ein zusammenhängendes Kapitel über die Krise. Sie ist vielmehr als Resultat der komplexen gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus zu begreifen. Krisentheorie ist keine besondere Sparte der marxistischen Ökonomie, sondern die theoretische und empirische Nachzeichnung der verschiedenen Widerspruchsebenen des Kapitalverhältnisses bis zu dem Punkt, wo die Widersprüche nur noch in Krisen (oder Kriegen) ihre Lösung finden können. Anders als in der bürgerlichen Vulgärökonomie mit ihrer analytischen Spaltung der Oberfläche in kleinste Einheiten, die dann dem "Wissenschaftler" zur Untersuchung freigegeben werden, betont die marxistische Wissenschaft gerade die Synthese, das dialektische Verhältnis der gegenseitig sich beeinflussenden Elemente der kapitalistischen Entwicklung.

Eine Krisenbetrachtung, die sich auf Marx beruft, kann also nicht einfach an der Krise als separatem Gegenstand ansetzen, sondern muß die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktion sowie untersuchen und aus der darin implizierten Möglichkeit der Verschärfung die Möglichkeit der Krise herleiten. Daß dies hier nicht geleistet werden kann, ist klar, was aber andererseits nicht daran hindert, in knapper Form eine Einschätzung zu geben.

Wenn zwar einerseits das Kapital als soziales Verhältnis wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit ist und die Tendenz zur Aneignung von unbezahlter Arbeit im höchsten Maß einschließt, so stellt sich doch andererseits dieser Inhalt auf der zutage liegenden Oberfläche der kapitalistischen Produktion und daher in der Vorstellung der in ihr befangenen Agenten verkehrt dar. Auf der Oberfläche der kapitalistischen Produktion, in der wirklichen Bewegung der Einzelkapitale - der Konkurrenz - sind die verselbständigten Formen der gesellschaftlichen Arbeit - Arbeitslohn = notwendige Arbeit und Profit, Zins, Rente = Mehrarbeit - dem Einzelkapital äußerlich gegeben und erscheinen nicht als Verteilungsformen der vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit, sondern sie erscheinen vielmehr umgekehrt selbst Wert und Preis setzend. Diese Umkehrung des Inhalts in den bestimmten verselbständigten Formen macht sich fest an der täglichen Erscheinung des einfachen Arbeitsprozesses: Die Arbeit erscheint als Grund des Arbeitslohns, die Produktionsmittel als Quelle des industriellen Profits, die Erde als Quelle der Grundrente und im zinstragenden Kapital Geld als Quelle von mehr Geld. Dieser Schein der Konkurrenz, der die Verteilungsformen der gesellschaftlichen Arbeit umkehrt und als Wert und Preis bestimmende Formen erscheinen läßt, wird zum Problem auch bei der Untersuchung des industriellen Zyklus, und zwar insbesondere bei der Frage

1. ob die Arbeitslöhne Ursache von Preissteigerungen in bestimmten Phasen des Zyklus sind und

2. ob die gestiegenen Arbeitslöhne in der Spätphase des Booms über die Verringerung der Erlös - Kostendifferenz, d.h. der Profite, die Krise verursachen.

Beide Behauptungen bleiben auf der Oberfläche und entsprechen dem Standpunkt des praktisch fungierenden Kapitalisten. Auch der bürgerlichen "Wissenschaft" wird durch diese Tatsache völlig der Blick vernebelt. Da sie den Kapitalismus nicht als eine historisch vergängliche Gesellschaftsform, sondern als eine ewige Kategorie betrachtet, die das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen außerstande ist, kann sie vor dem immer wieder mit naturgesetzlicher Urgevalt hervorbrechenden Mahnsinn der Krise nur in allgemeiner Schwaferei kapitulieren, um sich umso eifriger der empirischen "Konjunkturforschung" zu widmen - diesem modernen Orakel, das mit höchster wissenschaftlicher Akrilie die Zukunft und das Schicksal dieser "ewigen" Produktionsweise auszuleuchten sucht. Verständnislos steht heute, gerade wie vor hundert Jahren, die bürgerliche Wissenschaft den Erscheinungen des Kapitalismus gegenüber: Die alten Fragen, warum im Kapitalismus weiter Elend trotz der gewaltig gestiegenen Produktionsmittel herrscht; warum die Konsumtionsmittel unverkäuflich sind, obwohl offenkundig ein dringender Bedarf nach ihnen besteht, bleiben für diese Ideologen des Kapitals wie immer unbeantwortet. Unfähig die "Verdinglichung" zu durchschauen, oder besser voll Ekel beim Blick auf die Untiefen ihres Wirtschaftssystems, sehen sie alles vor allem durch den Geldschleier. Dem Geld, in dem der Fetisch-Charakter der Ware am stärksten ist, wird daher die Schuld an der Krise zugeschrieben. Es sei zuviel Geld im Umlauf, natürlich vor allem, weil die Lohnabhängigen wieder einmal zu habgierig waren und die Politiker angesichts bevorstehender Wahlen zu großzügig mit ihren Geschenken. Und mit diesem kaum verbrämten Blödsinn macht die Bourgeoisie dann Jagd auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse und dies in altbekannter Manier mit schon erprobten Rezepten: "Massenarbeitslosigkeit von Millionen, Brechen der Marktmacht der Gewerkschaften auf dem Gesetzesweg - wie es Hitler praktizierte - könnte Erfolg versprechen. Aber kann sich irgendeine demokratische Regierung eine solche Politik leisten?", so Lord Thomas Balogh, seines Zeichens Ökonomie-Professor in Oxford. (Wiwo Nr. 50 v. 15.12.72). Die Regierung seiner Lordschaft beweist ja z.Zt., daß man gerade in offener Kumpanei von "Arbeiterpartei und "Arbeiter"gewerkschaft bei Massenarbeitslosigkeit am wirksamsten gegen die Arbeiter vorgehen kann.

Nach diesem kurzen Exkurs in den bürgerlichen Sumpf wieder zurück zur marxistischen Analyse der Krise im Kapitalismus. Die folgenden Bemerkungen sind insofern allgemeiner Natur, weil sie nicht auf den konkreten Fall, sondern auf das abstrakte Modell eines voll entwickelten Kapitalismus bezogen sind. Hieraus ergibt sich folgende - verkürzte - Argumentationslinie: Die Ware stellt sich dar als Einheit von Gebrauchswert und Wert. Diese Qualität erhält sie allerdings aufgrund der Tatsache, daß die zu ihrer Produktion verrichtete Arbeit selbst von doppeltem Charakter als konkret nützliche und abstrakt allgemeine ist. Da die Ware für den Austausch produziert wird - und diese Zwecksetzung als Warenproduktion macht sie bereits in der Produktion zur Ware und nicht erst im Austausch - stellt sich die Arbeit zugleich als private (Produktion der einen Ware) und gesellschaftliche (Produktion für den Austausch gegen Waren, die von anderen Produzenten hergestellt werden) dar. Die Gesellschaftlichkeit der Arbeit wiederum ist doppelt bestimmt: einmal durch zur Produktion aufzuwendende gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, zum anderen durch das gesellschaftliche Bedürfnis nach der produzierten Ware. Hierin ist im Kern bereits der Widerspruch zwischen Produktion und Realisierung eingeschlossen. Die Produktion für den Austausch ergibt die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld. Sobald der in der Ware eingeschlossene Widerspruch von Gebrauchswert und Wert als äußerer Gegensatz von Ware und Geld erscheint und sich der gesellschaftliche Charakter der warenproduzierenden Arbeit sich darin äußert, daß die Ware real gegen Geld getauscht werden muß, ihr Wert

also die Geldform annehmen muß, ist auch die Möglichkeit des *Nichtgelingens* dieses Austauschaktes da. "Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat. Die Zirkulation sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktaustausches eben dadurch, daß sie die hier vorhandene unmittelbare Identität zwischen dem Austausch des eigenen und dem Eintausch des fremden Arbeitsprodukts in den Gegensatz von Verkauf und Kauf spaltet. Daß die selbständig einander gegenüber tretenden Prozesse eine innere Einheit bilden, heißt ebensosehr, daß ihre innere Einheit sich in äußeren Gegensätzen bewegt. Geht die äußerliche Verselbständigung der innerlich Unselbständigen, weil einander ergänzenden, bis zu einem gewissen Punkt fort, so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine - Krise." (Kapital I, S. 127 f.). Man kann also sagen: "Die Krise in ihrer ersten Form ist die Metamorphose der Ware selbst, das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf." (MEW, Bd. 26, II, S. 511). Nur nebenbei sei angemerkt, daß hier Marx schon in den ersten Bestimmungen der Krise konträr zu den Auffassungen der Bourgeoisie steht, die in ihrem unsinnigen Say'schen Gesetz genau das Gegenteil behauptete. Von den beiden heutigen Hauptrichtungen der bürgerlichen Vulgarökonomie behaupten die sog. Monetaristen, die als letzte Ursache allen Übels eine Diskrepanz zwischen Geldmenge und Realgüter entdeckt zu haben glauben, genau diesen Unsinn wieder in alter Frische, während die Keynes'sche Richtung, die allerdings wegen ihrer offensichtlichen Niederlagen in der aktuellen Konjunkturpolitik in letzter Zeit an Glanz verloren hat, dagegen eine Tendenz zur Unstabilität der kapitalistischen Ökonomie annimmt.

Ohne die Möglichkeit der Krise, aus der der Ware immanenten widersprüchlichen Einheit von Gebrauchswert und Wert, der Verdoppelung in Ware und Geld, der Trennung von Kauf und Verkauf, und der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel weiter zu entwickeln, soll hier nur die Krise als letzte Phase des Zyklus als Lösungsform des "Widerspruchs zwischen Produktion und Verwertung - deren Einheit das Kapital seinem Begriff nach ist..." (Grundrisse, S. 318), skizziert werden. In der zyklischen Verlaufsform der kapitalistischen Produktion, "eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation" (Kapital, Bd. I, S. 476) sind es zwei gegensätzliche innere Tendenzen des Kapitals, die sich als bestimmend durchhalten: "Einerseits ist es die Tendenz des Kapitals, die zur Produktion der Ware nötige Arbeitszeit auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, also auch die Anzahl der produktiven Bevölkerung im Verhältnis zur Masse des Produkts, Andererseits aber ist ihre Tendenz umgekehrt, zu akkumulieren, Profit in Kapital zu verwandeln, möglichstes Quantum fremder Arbeit anzuzuziehen, aber zu der gegebenen Rate ein möglichst großes Quantum produktiver Arbeit anzuwenden." (MEW, Bd. 26, I, S. 199). "Es sind zwei Tendenzen, die sich beständig durchkreuzen; möglichst wenig Arbeit anzuwenden, um dieselbe oder größere Quantität Waren, um dasselbe oder größere net produce, surplus value, net revenue zu produzieren; zweitens möglichst große Anzahl Arbeiter (obgleich möglichst wenig im Verhältnis zum Quantum der von ihnen produzierten Waren) anzuwenden, weil mit der Masse der angewandten Arbeit - auf einer gegebenen Stufe der Produktivkraft - die Masse der surplus value und des surplus produce wächst. Die eine Tendenz schmeißt die Arbeiter aufs Pflaster und macht Bevölkerung überzählig, die andere absorbiert sie wieder und erweitert die Lohnsklaverei absolut, so daß der Arbeiter stets schwankt in seinem Los und doch nie davon loskommt." (MEW, Bd. 26, 2, S. 575/76). +) Sie sucht die Rate der notwendigen Arbeit herabzusetzen, ... Die allgemeine Tendenz des Kapitals eine möglichst große Masse von Mehrwert zu produzieren, führt, wenn die Produktion des absoluten Mehrwerts an Grenzen der ausgebeuteten Arbeitskräfte stößt, sei es an eine begrenzte Arbeitszeit, sei es an eine begrenzte Anzahl von Arbeitskräften, zur Senkung des Werts der Waren und damit des Werts der Ware Arbeitskraft, indem das Kapital die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses revolutioniert, die Anwendung von Wissenschaft und Technik auf den Produktionsprozeß betreibt, um auf diese Weise die notwendige Arbeitszeit und die Mehrarbeitszeit

zu erhöhen. Diese beiden Tendenzen - Erhöhung der Masse des Mehrwerts bei Senkung der notwendigen Arbeitszeit und Reduktion der Anzahl der Arbeiter - stellen sich auf Grundlage der Maschinerie als adäquater Ausdruck der kapitalistischen Produktion als offener Widerspruch dar. Die Mehrwertmasse pro Arbeiter kann nur gesteigert werden durch die Reduktion der Quelle des Mehrwerts selbst, der Arbeiteranzahl. Im kapitalistischen Akkumulationsprozeß der Rückverwandlung vorgegenständlicher Mehrarbeit in Kapital, löst sich dieser Widerspruch in einer Abnahme des variablen Kapitalteils gegenüber dem konstanten ein und stellt sich für das Gesamtkapital in der Abfolge der Zyklen in einem tendenziellen Fall der Profitrate dar.

Macht sich diese Methode der Steigerung der Mehrarbeitszeit durch Senkung der notwendigen Arbeitszeit und damit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in der Aufeinanderfolge der Zyklen an sich als tendenzieller Fall der Profitrate bemerkbar, so ist es auch wesentlich Methode relativer Mehrwertproduktion - neben der Ausdehnung der Arbeitszeit gesteigerte Intensität der Arbeit - die einen wachsenden Gebrauchswertumfang hervorbringt und einen wachsenden Markt bedingt. Mit der Expansion der Produktionspotenzen entwickelt sich auch zugleich der Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung in bezug auf die Realisierung: "Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden, so daß seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden. Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußern Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktion entwickelt, umso mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Es ist auf dieser widerspruchsvollen Basis durchaus kein Widerspruch, daß Übermaß von Kapital verbunden ist mit wachsendem Übermaß von Bevölkerung, denn obgleich beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich eben damit der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird." (Kapital, Bd. III, S. 254/55).

Aus diesem längeren Zitat geht auch klar hervor, daß Marx unter "Konsumtionskraft der Gesellschaft" etwas anderes versteht als die "Kaufkraft" der kapitalistischen Gesellschaft, zwei Begriffe, die oft durcheinandergebracht werden. Die Kaufkraft der Gesellschaft ist gleich der Gesamtsumme der Warenpreise, dem jährlichen Produktenwert, also $v + c + m$ (konstantes Kapital + variables Kapital + Mehrwert, wobei unter c nur der in der Periode verbrauchte Teil des konstanten Kapitals zu verstehen ist), da im Kapitalismus der ganze Produktenwert realisiert, d.h. verkauft wird, falls man von der Vorratsbildung und den in der Krise sich als unverkäuflich erweisenden Waren absieht.

Unter Konsumtionskraft der Gesellschaft versteht Marx die Nachfrage nach Waren der Abteilung II, die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln, also $v + (m-a)$, d.h. Summe des variablen Kapitals plus jenem Teil des Mehrwerts, der nach Abzug der zur Akkumulation verwendeten Summen zur Befriedigung des individuellen Bedürfnisses der Bourgeoisie verwendet wird.

Das Kapital begrenzt durch seine zwei gegenläufigen Tendenzen mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit also die Verwertung doppelt:

1. durch die sinkende Profitrate in der Abfolge der Zyklen, indem das Fallen dieses Ausbeutungsgrades unter einem gegebenen Punkt Störungen und Stockungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervorruft;
2. durch die Disproportionalität der Produktionszweige und die antagonistischen Distributionsverhältnisse.

Im Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsweise steht eben nicht die ewig von ihren Agenten so betonte Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft im Vordergrund, sondern allein die Profitmacherei. Auch hier steht die Wirklichkeit wieder Kopf. Auch wenn primär die Produktion von Mehrwert erstes Sinnen und Trachten der Kapitalisten ist, so müssen die Waren als Träger dieses Mehrwerts natürlich an den Mann gebracht werden, um so erst an das einzige Rankommen, was das Kapital belebt - eben den Profit." Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann." (Kapital III, S. 269). Es sind eben diese Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion, die unter den Bedingungen wachsender Ausbeutung die Differenz zwischen Produktions- und Konsumtionskraft ständig auseinanderklaffen lassen. "Die ungeheure Produktivkraft, im Verhältnis der Bevölkerung, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sich entwickelt und, wenn auch nicht im selben Verhältnis, das Wachsen der Kapitalwerte (nicht nur ihres materiellen Substrats), die viel rascher wachsen als die Bevölkerung, widerspricht der, relativ zum wachsenden Reichtum, immer schmaler werdenden Basis, für die diese ungeheure Produktivkraft wirkt und den Verwertungsverhältnissen dieses schwellenden Kapitals. Daher die Krisen." (Kapital III, S. 277).

"Kurz, alle die Einwände gegen die handgreiflichen Erscheinungen der Überproduktion (Erscheinungen, die sich nicht um diese Einwände kümmern) laufen darauf hinaus, daß die Schranken der kapitalistischen Produktion keine Schranken der Produktion überhaupt sind, und daher auch keine Schranken dieser spezifischen, der kapitalistischen Produktionsweise. Der Widerspruch dieser kapitalistischen Produktionsweise besteht aber gerade in ihrer Tendenz zur absoluten Entwicklung der Produktivkräfte, die beständig in Konflikt gerät mit den spezifischen Produktionsbedingungen, worin sich das Kapital bewegt und allein bewegen kann.

Es werden nicht zuviel Lebensmittel produziert, um den arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung zu beschäftigen. Umgekehrt. Es wird erstens ein zu großer Teil der Bevölkerung produziert, der tatsächlich nicht arbeitsfähig, der durch seine Umstände auf Ausbeutung der Arbeit anderer angewiesen ist, oder auf Arbeiten, die nur innerhalb einer miserablen Produktionsweise als solche gelten können. Es werden zweitens nicht genug Produktionsmittel produziert, damit die ganze arbeitsfähige Bevölkerung unter den produktivsten Umständen arbeite, also ihre absolute Arbeitszeit verkürzt würde durch die Masse und Effektivität des während der Arbeitszeit angewandten konstanten Kapitals.

Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitali-

listische Produktion, gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und ⁱⁿ neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen.

Es wird ^{nicht} zuviel Reichtum produziert. Aber es wird periodisch zuviel Reichtum in seinen kapitalistischen, gegensätzlichen Formen produziert." (Kapital III, S. 268).

Erst in der allgemeinen Krise als letzte Phase des Zyklus stellt sich die widersprüchliche Einheit von Produktion und Verwertung wieder her: "Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen." (Kapital III, S. 259).

Die Überspannung der Produktionspotenzen vergleichsweise zur Verwertung wird gewöhnlich im Reproduktionsprozeß zuerst sichtbar "nicht in der unmittelbaren Abnahme der konsumtiven Nachfrage, der Nachfrage für individuelle Konsumtion, sondern in der Abnahme des Austausches von Kapital gegen Kapital, des Reproduktionsprozesses des Kapitals." (Kapital II, S. 31). Der weitere Kontraktionsprozeß stellt sich dann dar als Überproduktion von Kapital in seinen drei Kreislaufformen - produktives Kapital, Warenkapital und Geldkapital - einerseits und dem Brachliegen eines Teils der Arbeiterklasse andererseits. Die Aufhebung der Störung des Kapitalverhältnisses wird wieder möglich durch die Krise selbst, indem sie die widersprüchliche Einheit von Produktion und Verwertung momentan wiederherstellt und damit die Grenzen der Verwertung hinauschiebt durch:

1. gewaltsame Beseitigung der Disproportionalitäten,
2. Vernichtung, Brachlegen und Entwertung von Kapital, womit die Produktivkraft der beschränkten Konsumtionskraft der Gesellschaft und den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals wieder angeglichene wird und
3. die Verwertung überhaupt wieder günstiger gestellt wird.

An die Krise folgt unmittelbar die Phase der Depression, die von Marx so charakterisiert wird: "Nicht jede Vermehrung des leihbaren Geldkapitals zeigt wirkliche Kapitalakkumulation oder Erweiterung des Reproduktionsprozesses an. Dies tritt am klarsten hervor in der Phase des industriellen Zyklus unmittelbar nach überstandener Krisis, wo Leihkapital massenhaft brachliegt. In solchen Momenten, wo der Produktionsprozeß eingeschränkt ist (die Produktion in den englischen Industriebezirken war nach der Krise von 1847 um ein Drittel verringert), wo die Preise der Waren auf ihrem niedrigsten Stand stehen, wo der Unternehmungsgeist gelähmt ist, herrscht niedriger Stand des Zinsfußes, der hier nichts anzeigt, als Vermehrung des leihbaren Kapitals gerade durch Kontraktion und Lähmung des industriellen Kapitals." (Kapital III, S. 502) - Und genau diese Momente charakterisieren den jetzigen Wirtschaftszustand 1976.

DIE KRISE 1974/1975

Nach diesem Exkurs in die Theorie kommen wir wieder zurück auf die Lage der BRD-Wirtschaft im internationalen Zusammenhang. Hier vollzog sich bekanntlich in der Nachkriegszeit ein immer als "Wirtschaftswunder" apostrophierter wirtschaftlicher Aufschwung, der allerdings wenig mit Wunder, viel aber mit gelungener Ausbeutung des durch den Faschismus und den verschiedenen Spielarten des Opportunismus - Sozis, Stalinisten - völlig disziplinierten deutschen Proletariats zu tun hat. Die Lohnabhängigen waren Wachs in den Händen der Bourgeoisie - dies wahrlich ein "Wunder" jahrzehntelanger konterrevolutionärer Siege. Seit Mitte der 60er Jahre ging's aber nicht mehr so recht voran und 1966/67 kam sogar die große Ernüchterung: Zwar hatte es bis dahin auch zyklische Bewegungen gegeben, aber nie gab es eine echte Produktionsschrumpfung unter das bislang erreichte Niveau. Das brachte erst diese Krise, die allerdings, da sie vor allem auf Deutschland beschränkt blieb, durch gegenläufige Exportanstrengungen noch einigermaßen milde verlief. Aber seitdem verläuft die Wirtschafts-

entwicklung spürbar verhaltener als vorher: International kündigt sich vor allem durch die permanenten Weltwährungskrisen - also von der Geldseite - die veränderten Zeiten des schärfer geführten Konkurrenzkampfes um die knapper gewordenen Märkte an.

Mit Schrecken registriert die deutsche Bourgeoisie heute die Tatsache, daß seit den 70er Jahren ihre "Investitionslust" rapide nachließ, wodurch eine "Investitionslücke" entstanden sei, die es möglichst zu schließen gelte, was natürlich wieder nicht ohne einschneidende Verbesserung der Profite auf Kosten der Löhne möglich sei. Man sieht, der Teufelskreis, vor 100 Jahren untersucht, funktioniert wie eh und je: Der Wirtschaftsaufschwung, d.h. die stetige und in großem Maßstab vorgenommene Erweiterung der Produktionskapazitäten zur Rückeroberung der durch den Krieg wieder einmal verlorenen Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt, war nur unter der Bedingung günstiger Ausbeutungsbedingungen dank Fehlen schärferer Lohnkämpfe möglich gewesen. Dadurch klappten Produktionskapazität und Konsumtionskraft je länger, desto mehr auseinander, bis der erste größere Eklat, die Krise von 66/67 eine vorübergehende Bereinigung brachte, die aber in anderer Hinsicht das BRD-Kapital Ersatz für die mangelnde einheimische Konsumkraft noch im Export suchen ließ. Erst die letzte Weltwirtschaftskrise verstopfte auch dieses Loch zu sehen, und die Deutsche Industrie saß wie ihre Kollegen in aller Welt auf ihren unverkäuflichen Waren bei schwacher Auslastung der Kapazitäten. Diese Tatsache löste bei unseren allseits "dynamischen Machern" nur einen Reflex aus: Löhne senken und mehr Export, womit der Wahnsinn seine logische Fortsetzung findet.

Die oft beschworene "Investitionslücke" muß man sich noch genauer ansehen. Die Entwicklung der Industrie und ihre Investitionstätigkeit seit 1965 waren durch zwei Zyklen bestimmt, die sich in ihrem Verlauf erheblich voneinander unterscheiden. Nach einem kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit in der ersten Hälfte der 60er Jahre brachte die seit Kriegsende erste umfassende Krise von 1966/67 einen spürbaren Rückgang der Akkumulation von fixem Kapital in der Industrie mit sich; 1963 ging das reale Volumen der industriellen Investitionen unter das Niveau von 1960 zurück.

Dieser Entwicklung wurde zeitlich durch vermehrte staatliche Konjunkturprogramme entgegengewirkt, dies allerdings mit dem einzigen Effekt, daß nun die Diskrepanz zwischen Produktions- und Konsumfähigkeit immer offensichtlicher wurde. In den Verbrauchsgüterindustrien, die ihre Erzeugnisse vorwiegend auf dem Binnenmarkt realisieren, ging die Auslastung der Kapazitäten bereits 1970 zurück, während die Investitionsgüterindustrie die Produktion noch eine Zeitlang vergrößerte. Entsprechend der Veränderung der Wirtschaftslage gegenüber den Jahren eines quasi "rückstoßfreien" Akkumulationsprozesses - in denen der Kriegsschutt weggeräumt wurde und die Produktionskapazität einen wahren "Jungbrunnen" erlebte - stieg das Produktionsvolumen in stetig fallenden Raten:

Potenielles Nettoproduktionsvolumen der Industrie in der BRD

Industriezweig	60-65	65-70	71	72	73	74	75 ^{+))}
Bergbau	-0,6	-3,6	-2,2	-2,3	-3,9	-4,1	-1,9
Verarbeitende Industrie	6,6	4,3	5,1	4,1	3,3	2,6	2,0
Grundstoff- u. Produktionsgüter	7,2	5,4	6,2	5,5	4,5	3,7	3,3
Investitionsgüterindustrie	7,0	4,0	5,2	3,8	2,9	2,4	1,9
Verbrauchsgüterindustrie	5,6	3,5	3,7	2,3	2,3	1,4	0,2
Nahrungs- u. Genussmittelind.	5,4	3,8	3,6	3,4	2,3	1,9	1,3
Industrie insgesamt	6,1	3,9	4,8	3,9	3,0	2,4	1,8

+) vorläufig nach: DIW, Wochenbericht 18/76 v. 6.5.76, S. 171)

Dazu gibt das berechnende Institut folgenden Kommentar: "1975 lag das potentielle Nettoproduktionsvolumen der gesamten Industrie (zu Preisen von 1970) bei

bei 583 Mrd. DM. Seit 1960 hat es sich bei einer gleichzeitigen Vergrößerung des realen Anlagevermögens auf reichlich das Zweieinviertelfache im Industriedurchschnitt nur knapp verdoppelt, wobei der Potentialaufbau in den meisten Zweigen der Investitionsgüterindustrien sowie im Grundstoffbereich bei der chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung und der Erdöl- und Erdgasgewinnung stärker war als im Industriedurchschnitt. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrien und die größte Zahl der Verbrauchsgüterzweige haben ihr Produktionspotential dagegen unterdurchschnittlich ausgeweitet: Im Kohlen- wie im Erzbergbau ist das Produktionsvolumen infolge der notwendig gewordenen Zechenstilllegungen heute kaum noch halb so groß wie 1960.

Das Charakteristische an dieser Entwicklung ist die ständige Verlangsamung des Potentialausbaus, die mehr oder weniger in allen Industriezweigen zu beobachten ist und besonders seit 1970 immer stärker in den Vordergrund tritt." (ebd., S. 170). Dieser Rückgang der Investitionstätigkeit setzt sich auch noch 1976 fort.

Dieses Investitionsverhalten bewirkte zudem eine starke Veränderung in der Struktur dieser Produktivkräfte: Von 1960 bis 1975 ist der Anteil des "Anlagevermögens", also im wesentlichen des fixen Kapitals, der älter als 10 Jahre ist, ständig gestiegen. Er liegt heute bei fast 50%. Besonders drastisch war die Zunahme 1975, wo 10% der Bauten und Maschinen in die Kategorie, "11 Jahre und älter" fielen.

Nicht einmal jede 3. in einem Betrieb stehende Maschine ist vor weniger als 6 Jahren gebaut worden. Vor 15 Jahren waren es über 40%.

Gemessen am Durchschnitt der gesamten Industrie verfügt der Bereich, der das fixe Kapital produziert, noch über die günstigste Altersstruktur. In der Investitionsgüterindustrie ist noch fast ein Drittel des fixen Kapitals nur 5 Jahre alt oder sogar jünger. (Iwoc, Nr. 43/75).

Noch ein weiterer Gesichtspunkt beeinträchtigt die Schlagkraft der BRD-Industrie in der gegenwärtigen Überakkumulationskrise: ihre Kapitaldecke wird immer dünner. Die "Goldene Bilanzregel", nach der möglichst das "Anlagevermögen" durch das Eigenkapital abgedeckt sein sollte, gilt schon lange nicht mehr (horizontale Eigenkapitalquote). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme der Aktiengesellschaften (vertikale Eigenkapitalquote) schrumpfte von 48% 1951 auf 29% 1975. (HB v. 3.6.76), allein von 1969 bis 1974 schrumpfte er um 16,4%. (Iwd, 24/76). International sieht die Lage nur noch bei Japan - dem Partner der Niederlage des II. Weltkrieges - ähnlich aus, während gerade die US-Industrie als einer der wichtigsten Konkurrenten mit einer Eigenkapitalquote von rd. 50% weitaus günstiger dasteht. Für die deutsche Industrie bedeutet dies vor allem, daß eine immer knapper werdende Selbstfinanzierung sie verstärkt zwingt, ihre Investitionen mit Krediten zu finanzieren, was dann natürlich die Bankiers mit ihren begehrlichen Auren nach steigenden Zinserträgen als "Mitverzehrter" des erpreßten Mehrwerts auf den Plan ruft. Immer häufiger sitzen also die Bankiers in den Kontrollorganen der Konzerne und üben mit ihrem Kreditlimit oft den entscheidenden Einfluß auf die Geschäftspolitik aus. Bis Ende 1974 stieg das Gesamtvolumen der von den Banken bewilligten Kredite auf 800 Mrd. DM. (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 10/75), S. 20). Dabei zeigte sich ein wachsendes "ausserlöses" Investitionsgebahren, denn vor allem die kurzfristigen Kredite stiegen steil an - war das Verhältnis zwischen langfristigen und kurzfristigen Krediten 1965 63% zu 37%, so war es 1974 53,6% zu 41,4% - und wurden zumindest teilweise für längerfristige Investitionen verwendet.

KAPITALMANGEL - KAPITALÜBERFLUSS

Aus all diesen oben beschriebenen Gründen stimmen die Kapitalisten immer stärker ihr altes Lied an und wiederholen es monoton "Dies alles bedeutet

den Zwang, das Funktionieren der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft stärker bewußt zu machen. Dazu gehört vor allem der Grundgedanke, daß das Gewinnprinzip deckungsgleich mit den Wünschen aller arbeitenden Menschen ist." (HB v. 30. 6.75). So lautet also wieder die alte Leier: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und bringen Beschäftigung für übermorgen. Wohin diese Weisheit führt, hat der Kapitalismus ja schon in seiner recht kurzen Geschichte zur Genüge bewiesen, und dem diesen Sprüchen seiner Obrigkeit noch mit offenen Müulern lauschenden Publikum dämmert es doch langsam bei diesem offensichtlichen Betrug.

Gibt es also in der BRD einen Kapitalmangel? Im Gegenteil, es gibt einen chronischen Kapitalüberfluß. Schließlich stehen ja ständig riesige Produktionskapazitäten brach und die Arbeiter liegen auf der Straße. Zwar ist eine Schätzung der Kapitalbildung eine schwierige Sache, aber es gibt doch Elemente, die statistisch ziemlich einwandfrei die Tendenz aufzeigen; das sind z.B. die Spareinlagen, die in den letzten Jahren einen ununterbrochenen Aufstieg erlebt haben:

Jährliches Wachstum der Spareinlagen - in Mrd. DM

1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
20,6	19,4	27,0	31,5	14,3	34,6	65,4

(HB v. 3.3.1976)

Dies soll auch folgende Tabelle des gesamten Geldvermögens verdeutlichen:

Geldvermögen der privaten Haushalte - Bestand jeweils am Jahresende in Mrd. DM

1950	1955	1960	1965	1970	1975
22,8	63,7	152,9	270,6	487,3	836,9

(IWI, 32/76)

"Viel Geld - wenig Kapital" betitelt das Kapitalistenblatt dann auch diese Entwicklung. Aber für die Kapitalisten handelt es sich in erster Linie nicht um die Kapitalbildung im allgemeinen, sondern das Schlagwort der ungenügenden Kapitalbildung verdeckt bloß demagogisch die Forderung des westdeutschen Kapitals nach einer höheren Verwertung. Wir sind bei diesem Punkt wieder an dem Grundwiderspruch des Kapitalismus angelangt. Die Kapitalisten können sich zwar des Vorhandenseins von stillgelegten Produktionsanlagen nicht entziehen. Aber befangen in den Erscheinungen der Zirkulationssphäre meinen sie, daß dieses Stillliegen eines Teils des Produktionsapparates infolge Absatzmangels den zu hohen Selbstkosten zuzuschreiben sei. Jeder einzelne denkt: Könnte ich meine Ware billiger auf den Markt werfen, so wäre die volle Auslastung der Kapazitäten und dadurch höhere Profite gesichert. Daher das Bestreben der Kapitalisten, durch Erneuerung des Produktionsapparats, durch Verminderung der Lohnkosten, durch Intensivierung der Arbeit, kurz durch alle jene Maßnahmen, die zusammenfassend Rationalisierung genannt werden, die Produktionskosten herabzusetzen.

Obwohl das vorhandene gesamte fixe Kapital gegenüber der Konsumtionskraft des Landes viel zu groß ist, wird es immer weiter vergrößert, weil jeder einzelne Kapitalist hierdurch für sich selbst eine Rettung aus der verfahrenen Lage erhofft. Dieser Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Überfluß an produktivem Kapital und dem Mangel an neuem Investitionskapital ist die Folge des Gegensatzes zwischen den Interessen des Einzelkapitals und des Gesamtkapitals.

ZUR PROFITENTWICKLUNG

Es gibt keine Zeit, wo sich so klar wie in der Krise durch die ständigen Erklärungen der Handlanger des Kapitals verdeutlichen läßt, daß es im Kapitalismus nie primär um Bedürfnisbefriedigung geht, sondern in erster Linie um Profitbefriedigung, die, wenn sie in den Augen ihrer Agenten nicht mehr gegeben ist, mit allen Mitteln gegen die Bedürfnisse der Lohnabhängigen hergestellt werden muß.

Wie sah nun die Profitsituation in den letzten Jahren im einzelnen aus?

Produktion - Produktionskosten und aus dem Erlös der Produktion erzielter Profit der 100 größten AG's der Industrie der BRD

Position	1 9 7 3		1 9 7 4		Veränderung gegenüber 1973 v.H.
	Mio. DM	Anteil v.H.	Mio. DM	Anteil v.H.	
Produktion (+)	200.798	100,0	246.292	100,0	+ 22,7
Produktionskosten d. Unternehmen insgesamt	164.145	81,7	206.381	83,8	+ 25,7
darunter:					
Kosten für Rohstoffe, Brennstoffe, Hilfsstoffe us.	(105.955)	(53,0)	(144.227)	(57,7)	+ 31,1
Bruttolöhne- u. Gehälter	(44.017)	(22,0)	(48.474)	19,6	+ 10,1
Profit aus dem Erlös der Produktion	36.653	28,3	39.911	16,2	+ 8,9

(+) Umsatz plus Produktion für den Eigenbedarf der Unternehmen sowie plus (bzw. (minus) Bestandsveränderungen; IPW-Forschungshefte, Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 1974/76, 2/76, S. 68)

Die scheinbar hohe Zuwachsrate der Produktion war allerdings in erster Linie durch die Preispolitik der Konzerne verursacht. Rascher als der Produktionserlös wuchsen die Produktionskosten, nämlich um 25,7%. Dadurch verringerte sich der Profitanteil am Produktionserlös von 18,3% 1973 auf 16,2% 1974. Obwohl also die nominelle Profitmasse 1974 noch stieg, da die Verkaufspreise der Industrieunternehmen (industrielle Erzeugerpreise) 1974 mit 13,4% bedeutend rascher als in den vorangehenden Jahren erhöht wurden (1972 um 2,6% und 1973 um 6,6%), ging die Profit-Umsatz-Rate bereits deutlich zurück. Schuld daran war allerdings nicht die Erhöhung der Lohnkosten, wie von der Bourgeoisie mit nimmermüdem Eifer behauptet wird, denn gerade der Lohnkostenanteil wurde 1974 durch massiven Druck der Konzerne auf die Löhne bedeutend gesenkt. Der Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am Produktionserlös verminderte sich von 22% 1973 auf 19,6% im Jahre 1974. Bezogen auf die Nettolöhne war der Rückgang sogar noch größer. Hier sieht man also das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate bei der Arbeit, das dem Kapital seine Lebendigkeit raubt. Neues Leben erhält es nur durch weitere Profite, also durch neuerliche Erhöhung der Ausbeutung. Wie weit der rasante Ausbau der Produktionskapazität im Laufe der Jahre die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis von Kapitalausgaben für Maschinerie, Gebäude, Rohstoffe, usw. (konstantes Kapital) und den Löhnen (variables Kapital) steigert, zeigt folgende bürgerliche Einschätzung: "Während das Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen (Kapitalintensität) 1965 z.B. noch rd. 55.300 DM betrug, hat es sich 1975 in konstanten Preisen gerechnet, auf 96.700 DM., d.h. um 75% erhöht. Unter Einrechnung der Preissteigerungen ist die Kapitalintensität aber um rund 130% auf 167.900 DM gestiegen." (HB v. 10./11.10.75). Oder nach einer anderen Berechnungsart: "In der Industrie der Bundesrepublik ist der Kapitalkoeffizient während der letzten 15 Jahre ständig gewachsen. Waren 1960 (in realer Rechnung zu Preisen von 1970) noch 1.200 DM Kapitaleinsatz notwendig, um

im Industriedurchschnitt DM 1.000 Nettoproduktionsvolumen zu erzeugen, so lag der Betrag 1970 bei DM 1.360 und ist bis 1975 auf DM 1430 gestiegen." (DIW, Wochenbericht, 10/76, S. 170). Auch wenn diese bürgerlichen Berechnungen von anderen Voraussetzungen ausgehen, so geben sie in der Tendenz doch das Richtige wieder: Vom gesamten vorgeschossenen Kapital muß der Kapitalist einen immer größeren Teil für das konstante Kapital aufwenden, wodurch die Profitrate oder bürgerlich Kapitalrendite, d.h. das Verhältnis vom Profit zum gesamten vorgeschossenen Kapital, sinkt.

Auch eine Untersuchung der FAZ bestätigt die Profitentwicklung der letzten Jahre. In ihrer regelmäßigen "FAZ-Gewinnstatistik" analysiert sie "die große Talfahrt der Gewinne" - so die Überschrift. (Blick durch die Wirtschaft, v. 19.2.1976). Grundlage ist hier die Entwicklung bei den wichtigsten 942 AG's in den Jahren 1973 und 1974. Gleich einleitend kommt der große Stoßseufzer: "Die Gewinne sind auf breiter Front zurückgegangen. Man weiß es - und ist doch betroffen, wenn man das Bild nunmehr in allen Einzelheiten vor sich sieht. Die Statistik der Unternehmensgewinne präsentiert sich diesmal als ein Stelldichein der Minuszeichen. Nie zuvor haben dermaßen viele Firmen einen so drastischen Rückgang ihrer Erträge hinnehmen müssen. Nie war ein derart breiter Bereich betroffen. Nur sieben Industriezweige schlossen 1974 besser ab, in zwanzig Branchen verschlechterte sich die Umsatzrentabilität, und fast in allen Fällen war der Schwund so stark, daß er sich lediglich in zweistelligen Prozentzahlen ausdrücken läßt... Die Wirkungen sind aus den Bilanzen deutlich abzulesen. Bei den 745 in dieser Statistik erfaßten Industriefirmen war der als Jahresüberschuß ausgewiesene Gewinn im Berichtsjahr durchschnittlich um 23 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Der Gewinn ist also fast um ein Viertel geschrumpft. Einen solchen Einbruch hat es in der ganzen Zeit, da diese Gewinn-Statistik veröffentlicht wird - seit 1969 -, noch nicht gegeben. Die um 23 Prozent niedrigeren Gewinn stammten zudem aus einem um 19 Prozent höheren Umsatz. Von jeweils DM 100, die von den Industriefirmen als Umsatzerlös vereinnahmt wurden, blieben ihnen vor einem Jahr im Durchschnitt 2,81 DM, jetzt 1,81 DM, genau eine Mark weniger. Die Umsatzrentabilität (das Verhältnis von Profit zu Umsatz - IKP) ist nach diesen Zahlen binnen eines Jahres um nicht weniger als 35 Prozent zurückgegangen, d.h. um mehr als ein Drittel." Bezogen auf die wichtigsten Branchen entwickelte sich dabei diese letzte Relation folgendermaßen:

Nettogewinn - nach Steuern - (in % v. Umsatz)

	Auto	Chemie	Elektro	Maschinen	Stahl
Normaljahr ^{+))}	4,74	5,93	3,46	2,39 ^{bau}	3,06
1972	3,23	4,48	2,87	1,72	0,58
1973	3,33	4,93	3,28	1,53	1,70
1974	0,03	5,44	2,96	1,16	3,27
1975	1,74	2,80	2,38	1,82	2,34
1976	4,20	3,80	3,00	2,20	1,30

^{+))} Als Normaljahr wird von der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (Degab), die die Daten errechnete, der Mittelwert aus den beiden letzten Konjunkturzyklen definiert. - Die Angaben für 1976 sind geschätzt. (Die Zeit vom 22.10.1976).

Diesem Vehgeschrei muß man noch ein bißchen auf den Grund gehen. Ausgegangen wird hier von den Geschäftsberichten der Konzerne, die sicher nicht alles offenlegen. Gleich zu Anfang stellt man fest, daß der Bruttoertrag (Gewinn vor Abzug der Steuern) im Krisenjahr 1974 fast so hoch war wie im Jahr der guten Konjunktur 1973: 1973 betrug er für die erfaßten industriellen AG's 17.934 Mio. DM und für alle erfaßten AG's 20.754 Mio DM; 1974 waren es 16.092 bzw. 19.542 Mio DM. Der Rückgang betrug also nur rd. 7,5%, was sich noch

unbedeutender ausmacht, wenn man die enormen Profitsteigerungen der vorangegangenen Jahre berücksichtigt: 1969 +11,3%; 1970 -7,3%; 1971 -12,7%; 1972 +23,5%; 1973 +21,5%. Die Summe beträgt dabei +36% Anstieg seit 1969. Wenn nun der 7,5%-Rückgang in Rechnung gestellt wird, dann bleiben immer noch rd. 30% Anstieg seit 1969. Richtig ist allerdings, daß der "Bruttogewinnanteil am Umsatz" und an der "Bilanzsumme" 1974 zurückgegangen ist - um 24,6% bzw. 17,3%, wobei allerdings auch hier das Bild bei einzelnen Firmen recht unterschiedlich aussieht.

Erstaunlich ist aber dann die Tatsache, daß trotz fallender Profitrate die Gewinnausschüttung stieg: So wurden 1973 7.292 Mio. DM Profite ausgeschüttet, 1974 waren es aber 7.375 Mio. DM, d.h. in Prozenten des Jahresüberschusses - dem Gewinn nach Abzug der Steuern - ein Anstieg von 72,7% auf 73,3% (Nachblick durch die Wirtschaft, v. 15.4.76).

Also kann man zusammenfassen: Nicht nur stieg die Profitmasse und fiel nur die Profitrate, sondern die Herren, die sonst immer so eifrig jammern, haben sich auch im Krisenjahr 1974 kräftig bedient.

Und dann noch die Einkommen der direkten Handlanger des Kapitals, den Vorständen und den Aufsichtsräten: Das durchschnittliche Gehalt eines Vorstandes lag im Krisenjahr 1974 bei 221.680 DM jährlich oder 18.473,30 DM monatlich (ohne Pension). Die Aufsichtsratsbezüge lagen bei durchschnittlich 15.220 DM jährlich bzw. 1.268 DM monatlich. Bei diesen Summen muß man natürlich berücksichtigen, daß sie Durchschnittszahlen sind und in den meisten Großbetrieben z.T. beträchtlich nach oben abweichen können und zudem zu diesen Grundgehältern noch einiges an Tantiemen etc. hinzuaddiert werden müßte. Und die Untersuchung faßt auch ganz richtig zusammen, daß trotz der Krise die Vorstandsbezüge insgesamt um 5,7% gestiegen sind.

Insgesamt zählt diese Schicht direkter Kapitalagenten in der westdeutschen Wirtschaft 8.353 Personen (nur AG's und KG a.A.). Sie erhielten 1974 (AR-Gehälter, VS-Bezüge und Pensionen) zusammen 814,1 Mio. DM. In der Industrie machen diese Bezüge der "Industriebürokratie" allein 0,18% des Umsatzes oder 0,19% der Bilanzsumme aus. Zum Vergleich: Der Lohnanteil der Millionen Industriearbeiter liegt bei 15,48%, der Lohn- und Gehaltsanteil bei 24,23% des Umsatzes.

DAS MÄRCHEN VON DER LOHN-PREIS-SPIRALE

Treiben also die Löhne die Preise und verschlechtern insgesamt die Profite? Zuerst muß man sich das Durchschnittseinkommen des "kleinen" Mannes mal bewußt machen - was "die da oben" so kassieren, hat man ja eben gesehen. Aus Platzgründen kann hier nicht eine Untersuchung der Einkommensstruktur nach sozialen "Gruppen" aufgeführt werden, wie sie das DIW im Juli vorlegte. (vgl. DIW, Wochenbericht 30/31/76). Hier soll nur folgende globale Aufstellung angeführt werden:

Monatliche Verdienste je Arbeitnehmer in DM

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976 ⁺
Brutto	1143	1283	1393	1565	1744	1866	1995
Netto	888	975	1063	1150	1263	1355	1403
Real-Kaufkraft i. Preisen v. 1970	888	928	960	973	1000	1011	1000
Veränderung d. Kaufkraft in %		+4,5	+3,5	+1,3	+2,0	+1,1	- 1

(+geschäftzt; Die Zeit vom 19.3.1976)

Eine wahrlich fürstliche Honorierung also, verglichen mit den Einkommen der Apostel der Einschränkung eher ein Witz. Und da so oft von der sog. Lohnquote geredet wird, die immer stürmischer sich entwickelt haben sollte, soll noch

folgende Tabelle aufgeführt werden:

Lohnquoten

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolöhne u. -gehälter		Abhängig Beschäftigte in % d. Er- werbstätigen
	Tatsächliche Quote	Korrigierte Quote	Tatsächliche Quote	Korrigierte Quote	
1950	58,4	58,4	46,3	46,3	63,5
1955	59,4	54,1	45,2	41,9	73,9
1960	60,6	53,6	44,5	39,2	77,5
1965	64,7	54,3	47,4	40,1	80,9
1970	66,7	54,8	45,1	37,0	83,4
1971	68,3	55,8	44,7	36,5	83,9
1972	68,6	55,8	44,7	36,4	84,2
1973	69,5	56,3	43,4	35,2	84,5
1974	71,5	58,0	43,0	35,1	84,4

(aus: Informationen, hrsg. IMSF, Nr. 2/1975)

Die erste Lohnquote, in der Debatte natürlich von den "Experten" immer fröhlich verwendet, ist blanke Demagogie, da sie in keiner Weise die Tatsache berücksichtigt, daß im Zuge des Akkumulationsprozesses der Nachkriegszeit die "unselbständig" Beschäftigten stark gestiegen sind und sich also immer mehr Leute den scheinbar so gewachsenen Kuchen teilen müssen. Von "klugen" Kapitalvertretern wird dann auch teilweise die korrigierte Bruttolohnquote präsentiert, die zwar die steigende Zahl der Lohnabhängigen berücksichtigt, aber eben von der Basis der Bruttoeinkommen ausgeht. Daß Bruttolöhne immer weniger mit der realen Kaufkraft zu tun haben, ging nur zu deutlich aus der vorigen Tabelle hervor. Aber trotzdem ist diese Lohnquote doch interessant: Selbst bei dieser Art der falschen Berechnung zeigt sich, daß die Lohnquote nicht etwa in den Jahren des "Wirtschaftswunders" gestiegen ist, und selbst der leichte Anstieg in den 70er Jahren erreichte nie mehr die Ausgangsbasis von 1950.

Aber erst bei der Nettolohnquote wird die Lohnsenkungstendenz richtig klar. Jetzt liegt der Stand von 1974 bei der korrigierten Quote - um rd. 30% unter dem Nachkriegsniveau von 1950, um erst in den letzten beiden Jahren seine - allerdings hier nicht aufgezeigte - Talfahrt erst richtig beschleunigt fortzusetzen.

Von wachsendem Wohlstand und Löhnen, die wegen der Raffgier der Arbeiter und vermeintlichen Allmacht der Gewerkschaften ins Unermeßliche gestiegen seien, kann also keine Rede sein. Dies alles ist blanke Demagogie, die die Kapitalvertreter trotz völlig entgegengesetzter Entwicklung immer wieder in die Welt setzen und dank ihres Informationsmonopols auch als einigermaßen glaubhaft durchsetzen können. Und schaut man sich die lächerlichen Reallohne an, so ist die immer wieder in die Welt gesetzte Behauptung, man lebe wieder einmal über seine Verhältnisse nur blanker Hohn. An alle geht ja seit einiger Zeit wieder die wohlgemeinte Aufforderung, sich den "Riemen enger zu schnallen", wobei allerdings klar sein müßte, daß diese Ratschläge gerade von denjenigen kommen, die - um bei diesem Bild zu bleiben - Rosenträger zu tragen pflegen. Kapitalisten und ihre "Wasserträger", die bei diesen lächerlichen Löhnen sich niemals vorstellen könnten, wie man damit auch nur einige Tage über die Runden kommen sollte, gehen wieder verstärkt zu Angriffen auf die Löhne der Arbeiterklasse über. Und diese, durch jahrzehntelange Sozialpartnerschaft eingetullt und von einer eifrigen Staatsgewerkschaft für die Mehrwertproduktion im Kapitalinteresse gemanagt, stehen zunächst diesem mehr als ratios gegenüber. Das Portemonnaie wird zwar immer dünner, aber da mit allen Mitteln allein

die Kapitalinteressen nach besserer Verwertung, also höherer Ausbeutung in ihren Kopf gehauen wird, sind sie in ihrem scheinbar so grenzenlosen "Nasozismus" zu allen Opfern bereit - oder die Bourgeoisie braucht Gewalt.

Hier zeigt sich wieder einmal die eigentliche Natur des Kapitalismus: Ein wohlmeinender Bourgeois könnte selbst zugeben, daß Löhne und Gehälter keineswegs das Lebensnotwendige übersteigen würden, er müßte in seiner Klassenlogik als Agent seiner Produktionsweise doch immer wieder betonen, daß durch eben diese Lohnhöhe seine nationalen, aber vor allem internationalen Geschäfte nicht mehr die früher so erfreuliche Profitträchtigkeit haben. Nur durch eine dauernde Senkung der relativen Lohnhöhe, kann der Kapitalist also seine Verwertung garantiert sehen und untergräbt sich eben dadurch gerade die eigentlichen Realisierungschancen. Hier haben wir also wieder den Widerspruch von Produktion und Konsumtion.

Scheinbar einleuchtend sind auch die Appelle, einfach die Massenkaufkraft zu erhöhen, um so elegant das Problem der "Unterkonsumtion" zu lösen. Vor allem von Gewerkschaften und anderen opportunistischen "Arbeitervertretern" werden diese Naivitäten vorgebracht, natürlich nur, um die Klassenkollaboration auch noch unter der Wucht wachsender Schläge des Kapitals den Leuten verkaufen zu können, denn glaubt man erst an diese "Weisheit", so ist man natürlich der Auffassung, daß nicht Kampf, sondern nur gütige Verhandlungen und vor allem Appelle an die Kapitalisten und ihren Staat in trauter Gemeinsamkeit die Sache bessern könnten. Nicht Kampf, sondern Verteidigung und Verewigung der "Sozialpartnerschaft" sind Kern dieser "Kaufkrafttheorie".

Aber das Kapital sieht klar nur die eine Seite der Lohnfunktion, nämlich nur die Kosten und niemals die "Nachfrage". Das unmögliche Kunststück, wie in einer Verwertungskrise durch Stimulierung der "Kaufkraft" quasi gleichzeitig Löhne und Profite steigen sollen, ist nicht zufällig noch nie gelungen.

Unsere Ideologen der vermeintlichen Ideologiefreiheit werden vielmehr gezwungen, den aus der inneren Logik ihres Systems erzwungenen Lohndruck "rational" zu begründen, und dafür tischen sie einem immer wieder das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale auf. Nach ihr soll folgender Zusammenhang bestehen: Lohnerhöhungen führen unvermeidlich zu Preissteigerungen, die ihrerseits wieder Lohnforderungen nach sich ziehen, deren Erfüllung die Preise weiter in die Höhe treiben muß usw. Ursprung dieses Märchens ist die "Theorie", daß der Arbeitslohn die Preise bestimme, Marx hat es bekanntlich völlig als aus dem Interesse des Kapitals geborene platte Widerspiegelung der Erscheinungsebene entlarvt.

Bei der Widerlegung dieser "Schutzbehauptungen" geht Marx vom Warenwert und seiner kapitalistischen Struktur - $c + v + m$ - aus. Die beiden Kostenelemente, konstantes und variables Kapital, verhalten sich in der Wertbildung bekanntlich grundverschieden. Während das zum Ankauf der Produktionsmittel verausgabte c im Warenwert wieder auftaucht, weil die konkrete Arbeit den Wert der Produktionsmittel auf die neuen Waren überträgt, fungieren die Arbeitskräfte innerhalb des Produktionsprozesses nicht als Wert, der übertragen wird, sondern erzeugen durch ihre abstrakte Arbeit einen Neuwert, dessen einer Teil der Ersatzwert für v und dessen anderer Teil den Mehrwert bildet. Während eine Erhöhung des c -Anteils den Warenwert vergrößert, ändert eine Erhöhung des v -Anteils an seiner Größe nichts. Bei sonst gleichen Bedingungen - Arbeitszeit, -intensität, -produktivität, Kompliziertheit der Arbeit - verringert die Erhöhung des v -Anteils den Mehrwert. Lohnerhöhungen steigern mit ihrem Kostendruck also nicht die Preise, sondern senken die Profite, verändern die Preisstruktur. Das ist das Wesen der Beziehungen zwischen Lohnkosten und Preisen. "Eine allgemeine Lohnsteigerung würde daher auf eine Senkung der allgemeinen Profitrate hinauslaufen, ohne jedoch die Werte zu beeinflussen." (MEW, Bd. 16, S. 137)

Arbeitslohn und Mehrwert stehen also in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis. Aber: Da das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wirkt, kann sich die Profitrate verringern, obwohl der Arbeitslohn nicht steigt und folglich auch die Mehrwertrate nicht kleiner wird. Vielmehr hat die Mehrwertrate, also das Verhältnis zwischen dem Profit und den vorgeschossenen Lohnkosten, umgekehrt die Tendenz, mit der Entwicklung des Kapitalismus durch Steigerung der allgemeinen Arbeitsproduktivität und -intensität sich zu erhöhen. ("Seit der Jahrhundertwende stieg die Produktivität in der Fertigung um weit über 1000%.." (HB v. IS./19.6.76))

Die Profitrate fällt, nicht weil der Arbeiter weniger, sondern mehr ausgebeutet wird. Verteuern sich die Lebensmittel oder vermindert sich der Wert des Geldes, so steigt der Wert der Arbeitskraft, und der Arbeiter muß um die Steigerung seines Arbeitslohnes kämpfen. Sinkt der Wert der Arbeitskraft, so muß er der Herabsetzung des Arbeitslohnes widerstreben; denn das wäre "bloß ein Versuch, sich einen gewissen Anteil an der Vermehrung der Produktivkraft seiner eigenen Arbeit zu sichern und seine frühere relative Stellung auf der gesellschaftlichen Stufenleiter zu behaupten." (ebda S. 142)

Dem alten Zweckmörchen von einer Lohn-Preis-Spirale entgegnete schon Marx: "Infolge steigenden Arbeitslohns wird namentlich die Nachfrage der Arbeiter nach notwendigen Lebensmitteln wachsen. In einem geringeren Grad wird ihre Nachfrage nach Luxusartikeln zunehmen oder sich Nachfrage einstellen für Artikel, die früher nicht in den Bereich ihrer Konsumtion fielen. Die plötzliche und auf größerer Stufenleiter gesteigerte Nachfrage nach notwendigen Lebensmitteln wird unbedingt momentan ihren Preis steigern. Folge davon: Ein größerer Teil des gesellschaftlichen Kapitals wird in Produktion von notwendigen Lebensmitteln, ein geringerer in Produktion von Luxusmitteln verwandt, da letztere im Preis fallen wegen des verminderten Mehrwerts und daher der verminderten Nachfrage der Kapitalisten für dieselben. Soweit die Arbeiter dagegen selbst Luxusmittel kaufen, wirkt die Erhöhung ihres Lohns - innerhalb dieses Umfangs - nicht auf Steigerung des Preises von notwendigen Lebensmitteln, sondern deplaciert nur die Käufer von Luxuswaren. Mehr Luxuswaren als bisher gehen ein in den Konsum der Arbeiter und verhältnismäßig weniger in den Konsum der Kapitalisten. Voilà tout. Nach einigen Oszillationen zirkuliert eine Warenmasse vom selben Wert wie vorher." (Kapital B. II, S. 340/41)

Klar ist jetzt, daß eine "allgemeine Lohnsteigerung...auf eine Senkung der allgemeinen Profitrate hinauslaufen" würde, "ohne jedoch die Werte" und ohne, "allgemein gesprochen, die Warenpreise zu beeinflussen." (MEW 16, S. 140, 152). "Der Arbeitslohn steigt (wenn auch selten und nur ausnahmsweise verhältnismäßig) mit dem steigenden Preis der notwendigen Lebensmittel. Sein Steigen ist Folge, nicht Ursache des Steigens der Warenpreise." (Kapital, II, S. 342). Wie gesagt, wenn überhaupt die Löhne relativ steigen, was in der vorliegenden Periode jedenfalls nicht der Fall war. Hier verursacht vielmehr der Sprengsatz folgender Ursachenkette den Fall der Profitrate: Steigende Ausbeutung, dafür notwendig proportional wachsende Ausgaben für Maschinen, Gebäude usw., d.h. wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals, was wieder den tendenziellen Fall der Profitrate bedeutet, dem wieder nur mit erhöhter Ausbeutung begegnet werden kann, wofür vermehrte Ausgaben für Maschinen usw. nötig sind usw. usf. Dieser unaufhaltsam wirkende Teufelskreis zeigt klar den grundlegenden Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital, denn nur der Profit steht im Vordergrund und ist eigentlicher Sauerstoff für die Existenz des Kapitals. Ganz offensichtlich stößt er aber laufend und im verstärkten Maße mit den Lohninteressen des Proletariats zusammen, denn Lohn- und Profitanteil stehen im umgekehrten Verhältnis zueinander. Nicht Bedürfnisbefriedigung, sondern Profitmaximierung sind das alleinige Triebziel des Kapitals und das ist nur durch stetige Beschränkung der Bedürfnisse zu erreichen.

Das ist der tiefere Grund für die permanenten Appelle an das Proletariat zur Konsumbeschränkung: Gemeinnutz geht vor Eigennutz - so in der faschistischen Version; Allgemeininteresse geht vor Sonderinteresse - so die "demokratische" Fassung, und jedesmal ist dasgleiche gemeint: Gebt dem Kapital, was dem Kapital gebührt - oder ihr kriegt eine auf die Schnauze. Und die Lektion sitzt. Die Lohnabhängigen beißen in den sauren Apfel. Was soll man auch machen, wenn man keine Klassenpartei und keine proletarischen Kampforganisationen mehr kennt, sondern die "Arbeiter"organisationen als Sachwalter des variablen Kapitals mit der wichtigste Teil des Akkumulationsprozesses sind. Und die deutsche Bourgeoisie versteht es, diese Kausalität in Wettbewerbsvorteile umzusetzen: ein völlig paralysiertes Proletariat garantiert "disziplinierte" Lohnabschlüsse, die garantieren eine niedrige Inflationsrate, denn schließlich braucht man den Arbeitern nicht mehr so viel nachträglich aus der Tasche zu stehlen, wodurch man wieder einen Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt erzielt. Im Rahmen der EG, so stellt man stolz fest, stiegen die Lohnstückkosten 1975 nur um 6,5% - dagegen in Italien 34%, in England 33% und in Frankreich 21,5%, um nur die wichtigsten Länder zu nennen. (HD v. 25.3.76). So behält man natürlich seinen Vorsprung gegenüber den Welschen, die auch halb neidisch und halb ängstlich auf dieses "Modell Deutschland" herüberstieren und den "Boches" gerne ein bißchen mehr Unruhe unter dem eigenen Proletariat wünschen.

PAROLE EINS: PROFITE ERHÖHEN!

Hier braucht das Einzelkapital natürlich die aktive Unterstützung seines Staates, an den auch eifrige Appelle zur völligen Änderung seiner Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ergehen. Im Vordergrund steht wieder der Profit, Schluß mit dem sozialen Klimbim, jeder ist sich wieder selbst der nächste. Und die Regierung spielt natürlich mit: Steuererhöhung für die Arbeiter, Steuersenkung für die Kapitalisten. Doch streitet sich die Bourgeoisie, ob ein Frontalangriff - so die Fraktion Strauß, Dregger, Fließinger, Spaltenberg -, oder besser die Taktik der abgestuften Einschränkungen - so SPD, CDU-Mehrheit - die geschicktere Lösung ist. Einmal wird der "Patient" mit einer solchen Schocktherapie, kombiniert mit einer stark aufgebauten Pose staatlichen Imporniergehetes - aber die gehört natürlich auch zur 2. Taktik - , so in Spannung versetzt, daß er - so glauben seine Erfinder wegen kleinbürgerlicher Masochismus der Unterordnung unter die Appelle des "Führers" und eingeschüchterter Stimmung dank der Aussicht auf blutige Köpfe, kaum kapiert, was ihm geschieht. Die zweite Variante ist scheinbar eleganter, aber weitaus scheinheiliger: Und hier übertrumpfen die Sozis noch ihre "Konkurrenz": Ein scheinbarer Egalismus - etwa à la Jusos - will dem Proletariat diese Zeit der Entsagung als allgemeinen notwendigen Opfergang schmackhaft machen. Alle schränken sich ein, keiner verdient mehr über DM 5.000,-; dies in langsamer Therapie unter gutem Zureden bei reichlicher Verwendung nationaler Stimulation soll ihm diese bittere Kur möglichst wenig spürbar werden lassen. Nicht plötzlich soll der scheinbar angedickte Patient abgespeckt werden, sondern immer schön langsam. Aber natürlich gilt auch hier: und ist er nicht willig, so brauch ich Gewalt!

Der Reallohnabbau ist für die kapitalistische Profitmaximierung eine objektive Notwendigkeit und für die Arbeiter bleibt nach Rechnung der Bourgeoisie nur die Alternative, entweder freiwillig - durch Sozial- oder Stabilitätspakte - durch Lohnsenkung sich an einer so notwendigen Sanierung der Profite zu beteiligen, oder aber über Arbeitslosigkeit und Inflation dazu gezwungen zu werden, das ganze natürlich bei möglichst sorgfältiger Vermeidung von politischen und sozialen Unruhen - aber für alle Fälle gibt's dafür die berechtigende Polizei und andere Schlügertruppen der Bourgeoisie im Hintergrund. Und während die Lohnabhängigen den plötzlichen Umschwung aus den prächtigen Zeiten des aufsteigenden Akkumulationsprozesses noch gar nicht ganz begriffen haben, rüsten sich die Vertreter der Kapitalinteressen schon seit langem für alle Eventualitäten: Notstandsgesetze, Polizeiausbau, Bundesgrenzschutz usw. sind nur ein kleiner

Ausschnitt aus der eifrigen Aufrüstung der Bourgeoisie, um im Rahmen der vielbeschworenen "inneren Sicherheit" zukünftige Klassenkämpfe möglichst schon im Keime ersticken zu können. Jüngst bei der Diskussion um die "Polizeireform", auch so eine Errungenschaft der reformfreundigen "sozial-liberalen" Koalition, sagte der CDU-Innenminister von Rheinland-Pfalz auf die Frage, warum nach den neuen Bestimmungen die Polizei Handgranaten und Maschinengewehre brauche: "Außerdem soll der Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren nur in einer bestimmten Situation und nach Androhung möglich sein - also erst, wenn jeder Unbeteiligte sich entfernen konnte. Aber es gibt Fälle, in denen sie angewandt werden dürfen und müssen, zum Beispiel in einer vorrevolutionären Situation. Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen." (Der Spiegel, v. 2.6.76, S. 31).

Es gibt für die Bourgeoisie in der Tat keine Wahl. Bei allem Gerede von souveräner Konjunkturpolitik, bei aller sooft herausgeputzten Sorge um die Belange und Höflichkeit der "Volksgenossen", kann auch ein so energisch dreinblickender und mit seiner Rührigkeit die Unsicherheit des "kleinen" Mannes nach Möglichkeit kompensierender Bundeskanzler nicht umhin, den unvermeidlichen Austerität-Kurs durchzudrücken. Die Bourgeoisie muß ihr Proletariat mal wieder kräftig beurteilen und droht so den durch jahrzehntelange reformistische Politik - allerdings stets mit der nötigen Portion Gewalt garniert - erworbenen "Vertrauenkredit" wieder zu verlieren. Zwar kann die deutsche Bourgeoisie, im Vertrauen auf den durch Sozis, Faschisten und Stalinisten besonders zusammengestauchten Arbeiter, diesem noch allerhand zumuten, bis er merkt, wo's lang geht, aber wenn's einmal bei ihm aufleuchten sollte, dann wird sich ein wahrer Sturm entfachen, der wie aus heiterem Himmel gerade weil er vorher so stramm stehen mußte, umso gewaltsamer losgehen wird. Das wissen auch die wackeren Bourgeois, daß sich wie lange vor einem Ungewitter allmählich ein leichtes Knistern in der Luft breit macht, und bei all der scheinbar heute noch vorhandenen Ruhe und Ordnung im Lande und der Disziplin, mit der der Arbeiter sein Schicksal als Naturgewalt zu tragen scheint, brodelt doch schon in der Tiefe eine kaum merkliche Energie, die das "Modell Deutschland" vielleicht nicht so bald, aber sicher mit besonderer Gewalt zu einem Hexenkessel des zukünftigen Klassenkampfes zwingen wird, und falls es dem Proletariat nicht gelingt, sich in nächster Zeit in einer Klassenpartei ein neues proletarisches Bewußtsein und einen entschlossenen revolutionären Kampfwillen zu geben, dann wird die mit Niederlagen und furchtbaren Blutopfern begleitete Wegstrecke des bisherigen Klassenkampfes sein nächstes Blutbad erleben, auf das sich die zukünftigen Schlichter der Bourgeoisie heute in ihren Planspielen schon im Detail vorbereiten.

Der "Wohlfahrtsstaat" - dieses demagogische Ungetüm bourgeoiser Bestehungsversuche gegenüber dem Proletariat hat eine empfindliche Schlappe erlitten. Selbst diese dürftige Sicherheit in Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter muß heute beschnitten werden. Arbeitslosigkeit und miese Bezahlung, vermehrte Arbeitslosigkeit, Ohnmacht, ständige Unsicherheit werden wieder allgemein normal. Der Kapitalismus verliert seine zeitweise anomalen Züge, die er auch nur - und daran muß immer wieder erinnert werden - nach einem noch nie dagewesenen Blutbad und einer wahnsinnigen Selbstzerstörung im Krieg erst erreicht hatte.

Dem früher vielleicht mal verhätschelten Arbeiter wird immer mehr die Luft abgedrückt: fallende Löhne, steigende Preise, Verschlechterung von Krankenkasse, Arbeitslosengeld und Rente, stetig angespannte Steuerschraube, um nur die wichtigsten Äußerlichkeiten aufzulisten.

Dagegen riesige Subventionen - allein von 1969-1975 verdoppelten sich diese "Geschenke" des Staates, wobei nur die Quellen des Bundes berücksichtigt wurden (DIW, Wochenbericht, 11/76) -, Steuererleichterungen - jüngst erst die sog. Körperschaftssteuerreform - und andere Zuwendungen fließen in die Tasche der Kapitalisten. Besonders bei den Steuern kann man deutlich die

scheinbar dem "Allgemeinwohl" und besonders allen Schwachen zugunsten Funktion der "Umverteilung" gut studieren:

Anteil der Lohn- und wichtigsten Profitsteuern am Gesamtsteueraufkommen
- in Mrd. DM

	Gesamtsteuer- aufkommen	darunter: Lohnsteuer	Umsatzsteuer- (Mehrwertst.)	veranlagte Einkommen- steuer	Körper- steuer
1960	68,5	8,1	14,3	9,9	6,5
1970	154,1	35,1	33,1	16,0	8,7
1971	172,3	43,4	42,9	13,3	7,2
1972	196,3	49,8	47,0	23,1	8,5
1973	223,8	61,3	49,9	26,5	10,3
1974	205,5	71,9	51,9	26,2	10,4

Anteil am Gesamtaufkommen v.H.

1960	100	11,8	21,3	13,1	9,5
1970	100	22,8	24,7	10,4	5,6
1971	100	24,3	24,9	10,6	4,2
1972	100	25,3	23,9	11,7	4,3
1973	100	27,4	22,3	11,8	4,9
1974	100	35,0	25,3	13,1	5,1

(DIW, 5/76, S. 70)

Deutlich steigen also die Belastungen der Lohnabhängigen an, besonders durch die Lohnsteuer, während die Abgaben der Kapitalisten stagnieren oder wie bei der Körperschaftssteuer stark sinken. Nach der "Reform" wird sie ja kaum noch relevant sein. Die Lohnsteuer dagegen ist "die tragende Säule des Steuersystem" und Fiskus, Kirche und Sozialversicherung kassieren von jeder zusätzlichen Mark schon rd. 60 Pfennig. (HB v. 2. 76). Selbst die Hauspostille der Großbourgeoisie muß - allerdings nicht aus Sorge um die Arbeiter, sondern um den in der Krise stark gefledderten Mittelstand - feststellen: "Die Großunternehmen sind fast ausschließlich in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften organisiert. Sie haben aber im Jahre 1975 insgesamt nur rd. 19 Mrd. DM Körperschaftssteuer gezahlt, einschl. der vielen tausend mittelständischen Gmbks. An veranlagter Einkommensteuer, im wesentlichen also der direkten Steuer der Selbständigen, wurden 23 Mrd. DM aufgebracht. Diese Relation ist nicht in Ordnung." (HB v. 2.6.76). Vielleicht tut sich die DKP demnächst beim Kampf gegen das "Monopolkapital" mit dem HB zusammen!

Immer mehr erfaßt diese Welle der Entwertung der Ware Arbeitskraft alle Bereiche des Lohnabhängigendaseins. Es sind nicht mehr vor allem die Produktionsarbeiter davon betroffen, sondern immer mehr kommerzielle Arbeiter - sog. Angestellte werden Opfer dieser Sucht des Kapitals nach Profit. Und da in den Büroetagen besonders viel an Arbeitsproduktivität und -intensität noch zu machen ist, wird hier in Zukunft besonders aufgeräumt. Selbst die Creme dieser obersten Etage des Lohnabhängigendaseins, die beschäftigten Akademiker spüren allmählich den rauhen Wind des Daseinskampfs im Kapitalismus. Seit nicht nur mehr die etablierte Oberschicht studiert eingeschlossen einiger Aufsteiger zwecks Blutzufuhr, sondern sich in Massen das "gemeine Volk" an den Universitäten glaubt, durch Qualifizierung der eigenen Arbeitskraft das große Los der oberen Lebenskategorie erworben zu haben, zeigen wieder die berühmten Marktgesetze von Angebot und Nachfrage was eine Hacke ist. Soviel Bedarf an frischem Führungspersonal hat die Bourgeoisie eben doch nicht, nicht alle ihre Sprößlinge sind Kretins. Selbst eine gepflegte "Unteroffizierslaufbahn" im Staatsdienst klappt kaum noch, was die hoffnungsfrohen Pädagogen zeitweise auf die Straße treibt und manchmal sogar veranlaßt, mit wilden Parolen das Proletariat dazu zu bringen, der Bourgeoisie eine Stelle abzuwingen.

Insgesamt erweist sich bei allem die zukünftige Grenze jeglicher Wirtschaftspolitik unter verschärften Krisenbedingungen. Notwendig müssen in solchen Zeiten alle Maßnahmen darauf gerichtet sein, durch Senkung des wesentlichsten Kostenträgers - des Lohns - der normalisierten Profitlage entgegenzuwirken, um das zentrale Moment allen Wirtschaftens unter kapitalistischen Bedingungen, nämlich den Profit wieder in ausreichendem Maße zu garantieren, um der Investitionstätigkeit als dem alleinigen Impuls für den Akkumulationsprozeß wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Die ökonomische Notwendigkeit diktiert also in letzter Konsequenz eine mehr oder weniger rigorose Überwälzung der krisenbedingten Verluste auf die Mehrzahl der Lohnabhängigen in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und im günstigsten Fall Lohnsenkung und allein hier finden diese Maßnahmen letztlich ihre Grenzen. Das scheinbare Gleichgewicht entpuppt sich an dieser eigentlichen "Grenzstelle" zwischen Ökonomie und Politik insoweit als bedrohlich, als die von der ökonomischen Gesetzmäßigkeit erzwungenen Maßnahmen ins Politische umschlagend, die von dieser Politik ausschließlich Betroffenen - eben die Lohnabhängigen - radikaler werden lassen. Hier entsteht wieder jene besondere Situation, in der sich durch Reibung an der Wirklichkeit Kampf und Klassenbewußtsein bildet, das in wachsendem Maße den jahrzehntelangen Verblödungsprozeß des Proletariats durch die Bourgeoisie, diese Gehirnwäsche mit ihrer Mischung von Reformismus und einem teilweise starken Schuß Gewalt, allerdings unterstützt durch die dem Kapitalismus eigene verkehrte Widerspiegelung der Wirklichkeit in den Köpfen der meisten Akteure, überwinden hilft, um in der revolutionären Klassenpartei seinen höchsten Ausdruck von Bewußtsein und Kampfeswille zu erlangen. Der Kern besteht darin, daß sich der durchschnittliche Arbeiter - auch wenn er meistens kleinbürgerlich-egoistisch bleibt und in seinem "menschlichen" Wert die durchschnittlichen Vertreter der bürgerlichen Klasse nicht übertrifft - durch diese Erfahrung mit der kapitalistischen Wirklichkeit davon überzeugt wird, daß seine einfachsten Wünsche und natürlichsten Bedürfnisse nur auf den Trümmern des kapitalistischen Systems, jedenfalls nicht im Kapitalismus befriedigt werden können.

KAMPF UM DIE ERHÖHUNG DES EINZELPROFITS

Natürlich kann nur über eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft die Profitrate allgemein wieder steigen, aber wie der aus den Arbeitern herausgepreßte Profit sich auf die einzelnen Kapitale verteilt, ist durchaus von der realen Schlagkraft der Einzelkapitale abhängig. Hier verschärft sich der Kampf um die Mehrwertmasse in zwei Richtungen: 1. Verminderung der Summe des Gesamtkapitals, auf die sich die gegebene Mehrwertmasse verteilt; 2. Verminderung des Anteils der Grundrente am Mehrwert, sowie Senkung des Anteils des Leihkapitals am Profit.

Daher Widerstand gegen die sich als immer kostspieliger und widersinniger erweisende EG-Agrarpolitik durch die BRD und wachsende Opposition gegen die Forderungen der westdeutschen Bauern. Indessen läßt sich diese Politik aus Klassengründen nicht konsequent durchführen, denn politisch ist die Industriebourgeoisie an einer Verstärkung der eigenen Front durch die Unterstützung der Agrarkapitalisten interessiert, und um nicht auch noch durch die Notwendigkeit des Ausverkaufs der Bauern, dieses moderne "Bauernlegen" als Fortsetzung der ursprünglichen Akkumulation mit seiner Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, Unruhe auf dem Lande zu erzeugen, ist man bereit, diesen kleinen und mittleren Bauern durch reichliche Entschädigung den Abgang zu vergolden. Aus innen - wie auch aus außenwirtschaftspolitischen Gründen - schließlich ist der EG-Agrarmarkt die Basis des Kompensationsgeschäfts zwischen der BRD und Frankreich als Austausch von BRD-Industrieprodukten gegen südliche Agrarprodukte -, sind den Bemühungen des Industriekapitals, über optimale Lebensmittelpreise die Ausgabe für die Ware Arbeits-

kraft möglichst gering zu halten deutliche Grenzen gesetzt. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß der Agrarsektor eine der wichtigsten Säulen des Binnenabsatzes für die Industrie ist. Besonders der Maschinenbau und die Chemie können auf diesen Kunden kaum verzichten.

Durch die Tatsache der relativ geringen Versorgung mit Eigenkapital war schon festgehalten worden, daß dadurch das Industriekapital - nach konkreter Situation natürlich in unterschiedlicher Weise - vom Bankkapital und seinen Krediten abhängig ist. Und das "Jahrhundertgeschäft" war zum wesentlichen Ausdruck der für die Banken günstigen Zinsdifferenz. Aber nicht nur der Sparer wurde mit niedrigen Habenzinsen beschissen, sondern sicher auch nicht unerheblich die Kreditnehmer durch relativ erhöhte Sollzinsen. Großbetriebe können sich durch eine geschickte Finanzpolitik und dem Jonglieren zwischen verschiedenen Hausbanken dem noch am ersten entziehen, bitter wird's in den unteren Etagen, wo die kleineren Betriebe sowieso teilweise stärker durch die Krise angegangen, meistens für die in ihrem Geld schwimmenden Banken nicht kreditwürdig sind, oder erhöhte Zinsen zahlen müssen. Dabei ist groß und klein natürlich relativ, in der Kaufhausbranche war Backermann z.B. klein. Wegen der besonderen Deutschen Konstruktion der Universalbanken, sind diese Institute auch in der Lage neben dem Kreditbuch ein umfangreiches Anlagengeschäft zu tätigen. Nach Untersuchungen einer Kommission im Finanzministerium stellte sich heraus, daß die Banken Beteiligungsbesitz im Buchwert von 10,3 und im Nominalwert von 5,3 Mrd. DM halten, wovon rd. die Hälfte auf die 5 größten Institute fallen. Und durch das sog. Depotstimmrecht halten sie in 136 Fällen mehr als 50%, d.h., daß das Bankkapital "bei annähernd einem Drittel aller börsennotierten Aktiengesellschaften die Hauptversammlungen beherrschen." (Wiwo, Nr. 30/76).

Daß sich überhaupt plötzlich zwei Kommissionen gleichzeitig mit der Macht der Banken beschäftigen, ist sicher auch nicht reiner Zufall und erstaunlich ist auch nicht, daß sie - zwar unterschiedlich je nach Mitarbeit der Bankiers - eine Entschärfung dieser gewaltigen Schlagkraft des Bankkapitals anvisieren.

Aber nicht nur gegen die Parasiten des Mehrwerts, mit denen das Industriekapital seine den Arbeitern ganz legal geraubte Beute teilen muß, verschärft sich der Konkurrenzkampf. Vielmehr versucht man durch Konzentration und Zentralisation eine immer größere Profitmasse auf sich zu vereinigen. Man schlägt wieder härter zu und allgemein ist eine "Sittenverwilderung im Wettbewerbsverhalten" festzustellen. (HB v. 6.11.75). Man schrumpft sich gesund, die Überkapazitäten werden auf Kosten der Schwächeren abgebaut und es herrscht eine nervöse Stimmung bei den mit Tranquillizern aufgeputzten Managern.

Die Krise brachte ungeahnte Insolvenzrekorde. Konkurse und Vergleiche hatten schon 1974 mit 7722 eine Steigerung von 40% gegenüber dem Vorjahr erfahren, 1975 lag die Zahl mit 9195 noch um 19,1% darüber (HB v. 12./13.3.76). Im ersten Halbjahr 1976 verlangsamten sich die Insolvenzen deutlich: Es wurden mit insgesamt 4.431 Konkurse und Vergleiche 2,9% mehr als im 1. Halbjahr 1975 (4.431) registriert. Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen und freien Berufen verringerte sich sogar um 5,3% auf 3.303 Verfahren. (HB v. 16.8.). Global galten dabei folgende Regeln: "Junge Firmen stellen Hauptanteil der Pleiten" (HB v. 9./10.4.76) und "Großbetriebe wachsen zu Lasten des Mittelstandes". (HB v. 1.10.75).

Die Insolvenzen sind aber nur die eine Seite des krisenbedingten Zentralisationsprozesses des Kapitals. Die andere ist die wachsende Zahl von Fusionen. Nicht nur kauften die Großen sich die Kleinen, sondern es gab auch zahlreiche sog. Elefantenhochzeiten. Als Beispiel einige der spektakulärsten Fälle: Thyssen übernimmt Rheinstahl, Veba erwirbt Geisberg, Mannesmann schluckt Demag. Insgesamt nimmt die "Konzentration bei sehr großen Unternehmen überproportional zu... Nach der Untersuchung der Unternehmenskonzentration in 36

Industriezweigen erzielten 1973 in Durchschnitt die jeweils drei größten Unternehmen mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes in den einzelnen Branchen. Die Konzentrationskoeffizienten für die drei größten Unternehmen schwanken allerdings zwischen 3,3% und 82,9%. Mit zunehmender Verbrauchsnähe der Industriezweige sinkt der Konzentrationsgrad. Der Anteil der umsatzstärksten Unternehmen am Umsatz ist größer als der Anteil an der Beschäftigung, was auf höhere Arbeitsproduktivität oder bessere Preise zurückgeführt werden kann." (NZZ v. 24.7.76).

Aber mag auch die nationale Konkurrenz an Härte gewinnen, der eigentliche Kampf um die Absatzmärkte spielt sich im internationalen Rahmen des Weltmarktes ab, und um hier konkurrenzfähig zu bleiben, müssen im Inland die Produktionskapazitäten konzentriert werden.

Das ist das eigentliche Problem des modernen Kapitalismus, das sich erst im Laufe der kapitalistischen Entwicklung im Zusammenhang mit seinem Wachstum als historische Tendenz des Kapitals entwickelte, nämlich den Weltmarkt hervorzubringen, der dann die Ebene ist, auf der sich das Wertgesetz - in der Selbstverwertung des Kapitals - gegenüber allen historisch entstandenen Besonderheiten durchsetzt. Das heißt aber nicht, daß das Kapital als Monopolkapital im Imperialismus eine neue Qualität annimmt, wie zur Widerlegung von Marx oft behauptet wird. Vielmehr wird das Kapital seinem Begriff, nämlich alle historischen Besonderheiten progressiv zu zerstören erst als reales Gesamtkapital auf dem Weltmarkt adäquat. Indem das Kapital historisch den Weltmarkt, welcher in seinem Begriff enthalten ist, wirklich hervorbringt und dadurch die Kapitalkonkurrenz sich von der bornierten nationalen auf die Ebene des Weltmarktes verlagert, wird eigentlich erst das Kapital diesem Begriff, Kapital auf dem Weltmarkt zu sein, tendenziell gerecht. Und nur in dieser Universalisierung des Kapitalverhältnisses sind die ständigen Industrialisierungsbemühungen der "Dritten Welt" und auch der national-"kommunistischen" Staaten zu verstehen, denn wo könnte für Marxisten je diese absurde Kombination von "national" und "kommunistisch" oder "sozialistisch" einen Sinn haben, wenn nicht zur Bezeichnung bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung mit dem gerade gängigen modischen Etikettenschwindel.

Schon vor dem 1. Weltkrieg zeigten sich Tendenzen, durch fortschreitende Kartellierung ganze Wirtschaftszweige zusammenzufassen, um im Hinblick auf die nationale Konkurrenz die Wettbewerbslage auf dem Binnenmarkt möglichst einzuschränken, wobei die so gewonnenen Energien den jeweiligen Industriezweigen zu umso größeren Potenzen beim Kampf um die Weltmärkte verhalfen.

Im und nach diesem Krieg hatte sich in dieser Entwicklung im Sinne der Integration ein weiterer Schritt von grundsätzlicher Bedeutung vollzogen. Für die Konkurrenzlage eines nationalen Wirtschaftszweiges auf dem Außenmarkt war über die Lage dieses Wirtschaftszweiges selbst hinaus sein wirtschaftliches Verhältnis zu mehr oder weniger sämtlichen anderen Wirtschaftszweigen des eigenen Landes von unmittelbarer Wichtigkeit geworden. Im internationalen Konkurrenzkampf war nicht mehr so sehr wie im Zeitalter der individuellen Konkurrenz die Wirtschaftskraft des einzelnen Konzerns, auch nicht wie im Zeitalter des "Kartellkapitalismus" die Kampfkraft des gesamten betreffenden Produktionszweiges von entscheidender Bedeutung, sondern seit damals entscheidet die Schlagkraft der verschiedenen Nationalwirtschaften als Gesamtorganisation über die Rangordnung des internationalen Konkurrenzkampfes. Oder anders ausgedrückt, der internationale Konkurrenzkampf ist zum Konkurrenzkampf der ganzen Nationalwirtschaft geworden. Von diesen Strukturwandlungen muß man stets ausgehen, wenn man die in der ganzen Welt sich vollziehende Entwicklung zum wirtschaftlichen Nationalismus, besonders bei den später hinzugekommenen, als auch den scheinbaren Supranationalismus der stärksten Staaten, die damit entweder nur - wie früher England und jetzt vor allem die USA,

aber auch schon Rußland - ihre Eroberungen als Voraussetzung ihrer Stärke begreifen, oder als Vorbedingung ihres Überlebens im immer brutaleren Ringen wie z.B. die BRD mit ihrer Europabegeisterung, analysieren will.

Binnen- und Außenmarkt stehen in einer komplexen Beziehung: je größer der Binnenmarkt einer Nationalwirtschaft, umso größer umgekehrt ihre Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt, natürlich unter Berücksichtigung des Ausbeutungsgrades, also der Mehrwerttrate des betreffenden Landes. Neben dem Kampf um den Binnenmarkt als bloßes Absatzproblem aber spielt eine noch größere Rolle die Notwendigkeit, die einzelnen Wirtschaftszweige wie Industrie und Landwirtschaft, Grundindustrie, Verarbeitung, Binnen- und Exportproduktion mitsamt den daran hängenden Zweigen des Handels, der Banken, der staatlichen Verwaltung und der öffentlichen Finanzwirtschaft in ein solches Verhältnis zu einander zu bringen, daß erstens die verschiedenen Sonderinteressen sich in möglichster Harmonie dem Außenkampf der Volkswirtschaft ein- und unterordnen, und daß sie zweitens auch ökonomisch, d.h. hinsichtlich der Kostenstruktur und des Profits, insgesamt sich in der optimalen Weise gruppieren. Praktisch bedeutet diese Notwendigkeit den Zwang zur organisatorischen Zusammenfassung aller Wirtschaftszweige in sich und zum tendenziellen Interessenausgleich untereinander, weiter zur Herstellung eines ganz bestimmten Niveauverhältnisses von Löhnen, Preisen, Zinsen, Profiten, unter einer früher nicht üblichen, weil nicht erforderlichen Differenzierung der verschiedenen inneren Märkte. So greift die veränderte Struktur des Kampfes auf dem Weltmarkt im voll entwickelten Kapitalismus tief in die Binnenstruktur der Nationalwirtschaft hinein. Wenn hier vor allem der ökonomische Aspekt betrachtet wurde, so darf man sich allerdings keine Illusionen darüber machen, die aber bei unseren heutigen anachronistischen Superdemokraten gerade der "Linke" immer wieder gepflegt werden, daß dieser Konzentrationsprozeß an der Basis den Überbau so ganz unberührt ließen. Da diese Tendenzen der inneren Organisation einer Nationalwirtschaft in Richtung ihrer optimalen Gesamtordnung nicht ohne eine zentrale und mehr oder weniger omnipotente Verfügungsgewalt über ihre verschiedenen Einzelglieder und deren widerstrebenden Sonderinteressen möglich ist, übt eben die angedeutete Strukturwandlung der internationalen Konkurrenz als Ausdruck des voll entfalteten Kapitalverhältnisses einen höchst nachhaltigen Druck in Richtung einer zunehmenden Ausbreitung diktatorischer Staats- und Regierungsformen aus - wobei sie sicher nicht ihre demokratischen Etikette verlieren müssen, sondern eher unter immer stärkerer Beschwörung dieser Leerformeln und Worthülsen diesen Zug zur absoluten ökonomischen wie politischen Kontrolle zu kaschieren versuchen werden bzw. besser: versuchen.

BEGINN EINER NEUEN "WELTPOLITIK" DER BRD

Mit ungewohntem Gepolter hat sich der bisherige politische "Zwerg" BRD ins internationale Gedränge gebracht und zeigt - vor allem seinen europäischen "Partnern" - was eine Marke ist. Seine in den letzten Jahren verstärkt betriebene wirtschaftliche Expansion zwingt die deutsche Bourgeoisie immer dringlicher auch auf die politische Bühne, und es sind gerade die Sozialdemokraten, die in Ost und West der Industrie die Absatzgebiete planieren.

Bevor man sich mit der Stellung der BRD auf dem Weltmarkt vertraut machen kann, muß man erst einmal die Größe dieses ominösen Marktes vorstellen:

Entwicklung des Welthandels - Weltexport in Mrd. US-\$, Anteile in v.H.

	"Ostblock"	"Dritte Welt"	"Freie Welt"	absolute Summe
1970	10,8	18,2	71,0	312,0
1972	10,4	17,9	71,7	415,7
1974	3,4	27,4	64,2	347,6

(HB v. 10.11.1975)

Während die "Dritte Welt" 1974 als wichtiger Rohstofflieferant des "Westens" zu 75,8% seiner Lieferungen mit diesem Teil des Weltkapitals verbunden war, wickelte sich der Handel der beiden anderen "Blöcke" vor allem in ihren Sphären ab - 1974 blieben 73,3% seines Handels im Westen und nur 5,2% gingen in den Osten, während dieser 51,1% unter sich tätigte, aber immerhin bereits 33,1% mit dem Westen.

Auf dem westlichen Terrain errang die BRD schon bald nach dem Krieg wieder nach den USA ihre Spitzenstellung:

Anteile der westlichen Länder am westlichen Außenhandel
Warenexport in v.H.

	1937	1948	1958	1968	1970	1972	1973	1974
U S A	12,0	23,3	18,4	16,1	15,2	13,1	13,6	12,5
Japan	-	6,5	3,0	6,1	6,9	7,6	7,2	7,2
BRD	6 (9)	1,4	9,8	11,9	12,4	12,6	13,3	11,7
England	14,0	12,3	9,9	7,2	6,9	5,9	5,0	
Frankreich	5,0	3,9	5,6	5,0	5,3	6,9	6,9	5,9
Italien		2,8	2,7	4,8	4,7	5,0	4,3	3,9

(1937: gesamtdeutscher Export auf BRD-Gebiet und gerechnet = 6%; insgesamt = 9%; - Zahl lag nicht vor. Quellen: Statistical Yearbook (Hg. United Nations), New York 1974).

Aus der Tabelle wird deutlich, daß es der BRD trotz aller Kriegszerstörungen und Nachwirkungen der Niederlage recht schnell wieder gelang, eine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt zu erobern.

Dabei ^{ent}wickelte sich der Außenhandel der BRD wie folgt:

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Import	70,4	72,7	70,2	81,2	98	109,6	120,1	123,7	145,4	179,7	184,4
Export	71,7	80,6	37	99,6	113,6	125,3	136	149	178,4	230,6	221,6
Überschuß in Mrd.											
DM nominal	1,2	8	16,9	18,4	15,6	15,7	15,9	20,3	33	50,8	37,2
real 1965/70 = 16,3							17,3	10,9	25,3	48,3	24,9

(HB v. 9.3.76; Blick durch die Wirtschaft vom 2.7.76. Nominal-Warenausfuhr minus Wareneinfuhr; real = in Preisen von 1970)

Deutlich wird hier die Pause im Export nach der Krise 1966/67, um erst nach 1972 wieder richtig in Schwung zu kommen, wobei man im absoluten Spitzenjahr einen bombastischen Überschuß einführt. Daß das nicht so weiter gehen konnte, war klar. Und in der Weltwirtschaftskrise erwies sich diese frühere Stärke auch recht bald als entscheidende Schwäche. Gerade hier nämlich kam der große Einbruch, der - im Gegensatz zur Krise von 66/67 - durch die Exportverluste die binnenwirtschaftliche Lücke zwischen Produktions- und Konsumtionsfähigkeit zum Ausbruch brachte und entscheidend verstärkte. Im Jahre 1975 verminderten sich die Warenexporte um 4% auf 221,6 Mrd. DM, während die Importe um fast 3% auf 184,4 Mrd. DM stiegen. Der Überschuß betrug "nur" noch nominal 37,2 Mrd. DM nach 50,8 Mrd. DM 1974. Er hatte sich also zwar verringert, lag aber immer noch mit 4 Mrd. DM gut über dem Ergebnis von 1973. Aber insgesamt ist doch nicht zu bestreiten, daß die BRD gerade auf traditionell wichtigen Märkten stark einbüßte: "Die bundesdeutschen Exporteure haben letztes Jahr Anteile auf dem Weltmarkt verloren. Wie sie diese zurückgewinnen können, ist vorerst noch nicht zu sehen." (HZ v. 27.1.1976).

Auch wenn das Gekammere durchaus reale Gründe hat, darf doch nicht die wei-

Die geographische Struktur des westdeutschen Außenhandels

Land	Einfuhr der Bundesrepublik				Ausfuhr der Bundesrepublik				Saldo		
	In Mio DM 1. Halbjahr 1975	1976	Anteil 1. HJ. 1976	in % Veränderung 1. HJ. 1975/76	In Mio DM 1. Halbjahr 1975	1976	Anteil 1. HJ. 1976	in % Veränderung 1. HJ. 1975/76	1. Halbjahr 1975	1976	Veränderung 1. HJ. 1975/76
Industrieländer	63 853	76 644	71,6	+ 20,0	74 790	80 120	71,5	+ 17,8	+ 10 937	+ 11 476	+ 539
EG-Länder insgesamt	44 192	52 977	49,5	+ 19,9	47 258	57 849	46,9	+ 22,4	+ 3 066	+ 4 872	+ 1 806
Belgien-Luxemburg ¹⁾	7 837	9 558	8,9	+ 22,0	8 434	10 104	8,2	+ 19,8	+ 597	+ 546	+ 51
Dänemark ¹⁾	1 374	1 520	1,4	+ 10,6	2 187	3 253	2,6	+ 48,7	+ 813	+ 1 733	+ 920
Frankreich	10 927	12 930	12,1	+ 18,4	12 744	16 798	13,6	+ 31,8	+ 1 817	+ 3 860	+ 2 043
Großbritannien	3 261	4 060	3,8	+ 24,5	5 040	5 879	4,8	+ 16,6	+ 1 779	+ 1 819	+ 40
Republik Irland	269	408	0,4	+ 51,7	290	340	0,3	+ 17,4	+ 21	+ 68	+ 89
Italien	8 144	9 085	8,5	+ 11,6	7 682	9 553	7,8	+ 24,4	+ 462	+ 468	+ 930
Niederlande ¹⁾	12 380	15 408	14,4	+ 24,5	10 881	11 922	9,7	+ 9,6	+ 1 499	+ 3 486	+ 1 987
EFTA-Länder insgesamt	8 302	10 045	9,4	+ 21,0	17 453	19 080	15,5	+ 9,3	+ 9 151	+ 9 035	+ 116
darunter:											
Norwegen ¹⁾	915	1 172	1,1	+ 28,0	1 804	1 822	1,5	+ 4,3	+ 989	+ 650	+ 339
Österreich	1 773	2 310	2,2	+ 30,4	4 719	5 690	4,6	+ 20,6	+ 2 946	+ 3 380	+ 434
Schweden ¹⁾	2 136	2 241	2,1	+ 4,9	4 168	4 262	3,5	+ 2,3	+ 2 032	+ 2 021	+ 11
Schweiz	2 548	3 293	3,1	+ 29,2	4 779	5 423	4,4	+ 13,5	+ 2 231	+ 2 130	+ 101
Floatingblock¹⁾ insgesamt	24 642	29 899	27,9	+ 21,3	27 574	31 363	25,5	+ 13,7	+ 2 932	+ 1 464	+ 1 468
USA	7 011	8 620	8,1	+ 22,9	6 128	6 967	5,7	+ 13,7	+ 883	+ 1 653	+ 770
Japan	2 013	2 375	2,2	+ 18,1	1 134	1 193	1,0	+ 5,2	+ 879	+ 1 162	+ 303
Republik Südafrika	1 014	1 145	1,1	+ 12,9	1 697	1 727	1,4	+ 1,8	+ 683	+ 582	+ 101
Übrige Industrieländer ²⁾	1 321	1 492	1,4	+ 12,2	1 120	1 304	1,1	+ 16,4	+ 201	+ 178	+ 23
Entwicklungsländer²⁾	20 809	25 084	23,4	+ 20,5	24 893	26 134	21,2	+ 5,0	+ 4 084	+ 1 050	+ 3 034
OPEC-Länder ¹⁾	9 326	11 319	10,6	+ 21,4	7 488	9 105	7,4	+ 21,6	+ 1 838	+ 2 214	+ 376
darunter:											
Iran	1 477	2 145	2,0	+ 45,2	2 201	2 627	2,1	+ 19,4	+ 724	+ 482	+ 242
Saudi-Arabien	2 068	1 940	1,8	+ 6,2	568	1 244	1,0	+ 119,0	+ 1 500	+ 696	+ 804
Sonstige Entwicklungsländer	11 483	13 765	12,9	+ 19,9	17 405	17 029	13,8	+ 2,2	+ 5 922	+ 3 264	+ 2 658
darunter:											
Brasilien	1 057	952	0,9	+ 9,9	1 589	1 298	1,1	+ 18,3	+ 532	+ 346	+ 186
Jugoslawien	785	945	0,9	+ 20,4	2 285	1 750	1,4	+ 23,4	+ 1 500	+ 805	+ 695
Spanien	1 064	1 239	1,2	+ 16,4	1 934	2 158	1,8	+ 11,6	+ 870	+ 919	+ 49
Staatshandelsländer²⁾	3 326	5 171	4,9	+ 33,1	8 392	8 635	7,0	+ 2,8	+ 4 512	+ 3 464	+ 1 048
darunter: Sowjetunion	1 444	2 163	2,0	+ 49,8	3 195	3 381	2,7	+ 5,9	+ 1 751	+ 1 218	+ 533
Insgesamt	88 652	107 010	100,0	+ 20,7	108 415	123 222	100,0	+ 13,7	+ 19 763	+ 16 212	+ 3 551

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen; in Gesamtsumme Schiffsbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder enthalten. ¹⁾ Mitglieder des Floatingblocks sind: Belgien, Bundesrepublik, Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden. ²⁾ Zu den übrigen Industrieländern zählen: Andorra, Australien, Kanada, Neuseeland. ³⁾ Alle nicht unter „Industrieländer“ oder „Staatshandelsländer“ genannten Staaten und Gebiete; Zuordnung der Entwicklungsländer nach dem Länderverzeichnis des Development Assistance Committee (DAC) bei der OECD, nach dem abweichend von der Länderklassifizierung des Statistischen Bundesamtes auch folgende Länder zu den

Entwicklungsländern zählen: Spanien, Gibraltar, Malta, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei. ⁴⁾ Mitglieder der OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) sind: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. ⁵⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Volksrepublik China, Mongolei, Nordvietnam, Nordkorea. — Gütern: Statistisches Bundesamt, Außenhandelsberichte der Bundesrepublik Deutschland (nach Herstellungs- und Verbrauchsländern); Deutsche Bundesbank, Monats-(Außenhandelsblätter der KOMMENZBANK 9/76)

terhin starke Stellung der BRD im Verhältnis zu ihren westlichen Konkurrenten übersehen werden:

Export - Import 1975 (in Mio US-\$)

	B R D	Frankreich	England	Italien	Japan	U S A
Export	92.850	52.650	41.450	33.700	55.200	108.100
Import	74.850	50.500	48.500	34.600	49.700	97.900
Währungsreserven Ende '75	31.010	12.593	5.459	4.774	12.015	15.883

(HB v. 18.3.76)

Dabei entwickelte sich der Außenhandel mit den wichtigsten Handelspartnern recht unterschiedlich. Besonders tiefe Einbrüche erlebte die BRD vor allem auf den westlichen Märkten, während Steigerungen in den "Östen" und bei den "Reureichen" Erdölländern z.T. die Ergebnisse verbessern halfen, was allerdings wegen ihres letztlich doch geringeren Anteils am BRD-Außenhandel nicht sehr zu Buche schlagen konnte, beträgt doch der Anteil des Ostblocks einschl. China nur 7,9%, der der OPEC-Länder 7,5% und alle übrigen "Entwicklungsländer" zusammen nur 3,9%.

Außenhandel der BRD 1975 in Mrd. DM

	Einfuhr	Veränderungen v.H.	Ausfuhr	Veränderungen v.H.	Saldo in MioDM	Veränderung 1975/74
Frankreich	22,1	+ 6	26	- 5	+ 3.820	- 2.627
Holland	25,7	- 2	22,2	- 5,4	- 3.541	- 1.792
Belgien/Luxemburg	15,8	- 0,5	16,9	- 4,1	+ 1.037	- 630
Italien	17,2	+ 15	16,2	- 13,6	- 1.037	- 4.792
USA	14,2	+ 1,8	13,1	- 24,2	- 1.081	- 4.452
England	6,9	+ 10,8	10,1	- 8,3	+ 3.156	- 1.588
Schweiz	5,5	+ 12,2	9,6	- 17,1	+ 4.097	- 2.560
UdSSR	3,2	- 0,9	6,9	+ 45,5	+ 3.706	+ 2.201
Iran	3,6	+ 13,7	5,2	+ 77,1	+ 1.561	+ 1.826
Saudi-Arabien	3,9	- 24,4	1,4	+ 89,9	- 2.579	+ 1.942

(Commerzbank, Außenhandelsblätter, 4/76)

Im ersten Halbjahr 1976 erreichten die deutschen Einfuhren 107 Mrd. DM und die Ausfuhren 123,2 Mrd. DM, wobei die Importwerte um 21% und die Exportwerte um 14% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren. Volumemäßig stiegen die Einfuhren auf Basis 1970 um 17%, die Ausfuhren um 13%. (NZZ v. 27.7.76). Jetzt zog besonders der Export in die westlichen "Partnerländer" wieder an. Nur die BRD weist von allen EG-Ländern einen Aktivsaldo auf, der allerdings in diesem Jahr deutlich unter dem des Vorjahres bleibt. Alle anderen Länder mußten ein z.T. kräftiges Ansteigen ihrer Passivsalden hinnehmen, mit Ausnahme von Großbritannien, das ihn etwas verringern konnte. (NZZ v. 18.8.76).

Obwohl die Exporte in die Länder der "Dritten Welt" stiegen - und hier nehmen solche Perlen der "freien" Welt wie Persien und Brasilien die ersten Plätze ein -, ist doch der Handel mit den hochentwickelten kapitalistischen Ländern der eigentliche Schwerpunkt, aber auch in einem Land wie Südafrika ist "seit einigen Monaten die Bundesrepublik Südafrikas Handelspartner Nummer eins." (HB v. 1.10.75)

Da hier nicht alle Länder detailliert behandelt werden können, sollen nur die wichtigsten Konkurrenten der BRD betrachtet werden.

In die USA stiegen die Exporte im 1. Halbjahr 1976 auf 6,99 Mrd. DM (im Vergleich: 1. Halbjahr 1975 6,1 Mrd. DM), wobei sich allerdings wegen der weiter gestiegenen Importe (auf 8,6 (7) Mrd. DM) ein Negativ-Saldo ergab. Hier deuten sich allerdings stärkere Konkurrenzkämpfe zwischen diesen atlantischen "Freunden" erst an, denn so lange die USA auf dem europäischen Markt ihre relativ geringe Bedeutung hat, wäre offene Konfrontation sicher die falsche Taktik und der "Mann des Jahres" H. Schmidt kann weiterhin der Amerikaner liebstes Kind sein und - teilweise sicher zu recht - behaupten: "Wir sind alle Amerikaner geworden." (Zeit vom 23.7.76). Aber andererseits kündigen diese immer öfter hinausposaunten Freundesschwüre gerade das an, was sie am liebsten nicht wahrhaben wollen, denn der wirtschaftliche Kampf ist unzertrennlich mit dem politischen verbunden.

Der akutere Gegner in Übersee ist allerdings z.Zt. Japan, das mit einer wahren Exportoffensive die Welt überrollt. Wie die gesamte EG hat auch die BRD mit den Japanern eine stark passive Handelsbilanz:

Außenhandel der BRD mit Japan - in Mio DM

I m p o r t e				E x p o r t			
1974	1975	Anteil 1975	Veränderung 1975/1974	1974	1975	Anteil 1975	Veränderung 1975/1974
3.478	4.292	2,3	23,4	3.243	2.351	1,1	- 27,5

In den ersten sechs Monaten 1976 erreichte die Einfuhr aus Japan 2375,552 Mio. DM, während der Export nach Japan 1192,29 Mio DM ausmachte. Das Passivsaldo der BRD im Warenverkehr mit Japan beträgt also schon im 1. Halbjahr 1976 1182,323 Mio DM. (Japanhandel 9/76). Auch wenn hier der prozentuale Anteil am Handel jeweils noch recht bescheiden erscheint, haben die Westeuropäer einen Heidenrespekt vor den Japanern: "Die 'gelbe Gefahr' wird noch gefährlicher. Dieser Schreckensruf zur Konkurrenz aus Japan ist in der Bundesrepublik und in den Nachbarländern wieder häufiger zu hören." (Blick durch die Wirtschaft, vom 23.7.76). In Europa ist es besonders Frankreich, mit dem die BRD in einem Kampf um die Positionen in der EG ringt, wobei - wie bei der Stahlbranche schon exemplarisch behandelt - der Stärkere den Rest der EG möglichst unter sein Kommando bekommen muß, um international überhaupt mitmachen zu können, während der kleinere in immer neuen Kraftakten den Abstand zu verringern sucht, um eben dieses zu verhindern, wobei sich natürlich beide ständig gegenseitig paralisieren, bis einem eines Tages der Kragen platzt. Erst im Frühjahr gab Giscard d'Estaing wieder als Tagesparole aus: "Wir müssen unser Wirtschaftspotential entwickeln, um das Niveau unserer größten Partner vor allem der Bundesrepublik, zu erreichen." (Die Zeit vom 16.4.76).

VERSTÄRKTER KAPITALEXPORT

Die BRD erlebte zwar in den 70er Jahren stolze Exporterfolge, aber diese Abhängigkeit erwies sich in der Krise als einer der Hauptschwächen. Die Exportabhängigkeit war teilweise so hoch, daß notwendig Auswirkungen von außen als Verstärkung innerer Krisenursachen wirken mußten. Global betrug die Exportquote der BRD-Wirtschaft 1975 24,1, aber diese Zahl sagt kaum etwas über die eigentliche Abhängigkeit der einzelnen Branchen aus.

Direkte, indirekte und gesamte Abhängigkeit der Wirtschaftszweige von der Waren- und Dienstleistungsausfuhr in den Jahren 1972 und 1975 in v.H. des Umsatzes

Wirtschaftszweig	d i r e k t				i n d i r e k t				g e s a m t			
	1972	1973	1974	1975	1972	1973	1974	1975	1972	1973	1974	1975
Bergbau	18,9	19,4	21,5	22,7	18,9	21,4	22,3	21,6	37,8	40,8	43,9	44,3
Grundstoff- u. Produktionsg.-	17,9	19,1	23,7	22,1	18,8	19,2	20,3	21,6	36,7	38,3	44	43,7
Investitions- u. Ind.	29,3	30,2	33,7	34,5	10,9	11,3	13	12,9	40,2	41,4	46,7	47,4
Verbrauchsgüter-Industrie	11,7	13,4	15,4	14,6	9,1	10,2	12	12	20,8	23,6	27,4	26,6
Nahrungs- u. Genussmittelind.	5,8	6,7	8,4	8,3	6,1	6,5	7,8	7,3	11,9	13,2	16,2	15,6
Industrie gesamt	19,8	20,9	24,2	24	12,5	13,2	15	15	32,3	34,1	39,2	39
Alle Wirtschaftszweige	11	11,7	13,7	13,1	9,2	9,8	11,5	11	20,2	21,5	25,2	24,1

(DIW, Wochenbericht, Nr. 22/76, S. 221)

Durchschnittlich 40% und mehr gingen aus der Industrieproduktion 1975 ins Ausland. Dabei arbeiteten insgesamt 5,1 Mio. Lohnabhängige für die Ausfuhr, davon allein 3,1 Mio. in der Industrie (ebd., S. 223).

Die in diesem Exportgeschäft verdienten Millionen legte die deutsche Industrie in den letzten Jahren in immer stärkerem Umfang in Auslandsinvestitionen an, dies vor allem um die hohe Exportabhängigkeit abzubauen, denn "die Neigung, Beschäftigungsprobleme über Handelsrestriktionen zu lösen, wird eher wachsen." (HD v. 30.3.76). Und diese Gefahr des herannahenden Protektionismus steckt der deutschen Bourgeoisie sicher echt in den Knochen, und BRD-Wirtschaftsminister Friderichs übertreibt nicht, wenn er sagt: "Wir würden davon härter betroffen, als jede andere Nation, Protektionismus würde das Ende des Fortschritts der Wohlstandsmehrung in unserem Lande bedeuten". (HD v. 17./18.10.76) - wobei Wohlstand schon ein recht sinnentstellender Euphemismus ist. Es geht um's Geschäft, um die Realisierung des ausgeprägten Mehrwerts. Allerdings liefe der Akkumulationsprozeß der BRD-Industrie mit wachsenden Handelshemmnissen in der Tat mit der Zeit recht bald auf, womit dann natürlich die Bourgeoisie ihrem Proletariat die Dornenschrauben noch enger anziehen müßte.

Im Kampf um neue Absatzmärkte und der Absicherung alter waren die Direktinvestitionen immer schon ein probates Mittel, Abwehrmaßnahmen der Konkurrenz zu unterlaufen. Und die deutsche Industrie hat auf Grund der totalen Beschlagnahme allen Auslandsbesitzes hier wahrlich einiges nachzuholen. Nachdem man in der ersten Periode des "Wirtschaftswunders" erst einmal den Akkumulationsprozeß durch gesteigerte Ausbeutung wieder richtig in Gang brachte und im Laufe der Zeit recht beachtliche Summen durch verschiedene Wettbewerbsvorteile nach Hause bringen konnte, geht man jetzt seit den 70er Jahren in verstärktem Ausmaß zum Auslandsengagement über.

Die Direktinvestitionen - weitgehend mit Auslandsfertigung identisch - bezifferten sich Ende 1975 auf 42 Mrd. DM. Da mit dem letzten Krieg die deutschen Kapitalanlagen im Ausland weitgehend verloren gingen, entspricht die Zunahme seit dieser Zeit praktisch dem Bestand. Dabei entwickelten sich die Direktinvestitionen mit steigender Geschwindigkeit vor allem seit Anfang der 70er Jahre:

Auslandsdirektinvestitionen - Bestand am Jahresende

Jahr	1961	1966	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Mrd. DM	3,8	10,10	10,0	23,8	26,6	32,2	36,3	42,0

(FAZ v. 11.11.75)

in regionaler Aufgliederung entfällt der Hauptteil der BRD-Direktinvestitionen mit 59% auf Europa, allein 35% auf die EG-Länder und 16% auf die EFTA-Staaten. Amerika folgt mit 30%, davon die USA mit 10%, Latein- und Mittelamerika mit 13%. Auf Afrika (6%), Asien (4%) und Australien (1%) entfallen nur geringe Anteile. Summiert man die Quote der "Entwicklungsländer" so ergibt sich aber immerhin 30%.

Die Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums nennt fast 130 Länder. Knapp vier Fünftel des Bestandes - mehr als 33 Mrd. DM - deutscher Kapitalanlagen mit Beteiligungs-Charakter konzentrieren sich allerdings auf einen kleinen Kreis von elf Ländern:

Wichtige Zielländer deutscher Investitionen

Land	Stand 31.12.1975 Mio DM	Anteil	davon Neuengagements 1975 in Mio DM
Frankreich	4.303	10,3	432
Schweiz	4.264	10,1%	410
U S A	4.228	10,0%	743
Belgien/Luxemburg	4.189	10,0%	527
Kanada	2.394	6,9%	255
Brasilien	2.375	6,8%	450
Spanien	2.358	6,6%	221
Holland	2.754	6,6%	143
England	1.710	4,1%	616
Italien	1.564	3,7%	88
Österreich	1.504	3,6%	116

(Commerzbank, Außenhandelsblätter, 6/76)

Die Aufteilung des BRD-Engagements nach Wirtschaftszweigen ergibt fast ein Spiegelbild der Exportorientierung: Auf den ersten Plätzen liegen Branchen mit hohen Exportquoten. Ganz klar zeigt sich hier, daß mit der Direktfertigung oder Kapitalbeteiligung im Ausland vor allem günstigere Produktionskosten genutzt werden und Auslandsmärkte gesichert werden sollen. Mehr als drei-viertel der Anlagen entfielen auf die Industrie, allein fast 20% auf die Chemie und mehr als 10% auf die Elektro-Industrie. Andere wichtige Bereiche sind Eisen und Stahl (8%), Maschinenbau (7%) sowie Automobilindustrie (7%). In die Dienstleistungsbereiche fließen etwas mehr als 10%, fast die Hälfte davon in Banken und Versicherungen. (Bank für Handel und Industrie, Wirtschaftsberichte, 2/76).

Von den Gesamtinvestitionen in Höhe von 42 Mrd. DM stammen rd. 67% aus zehn Branchen:

Deutsche Direktinvestitionen nach Branchen

Branche	Investierende Firmen	Stand Ende 1975 in Mio DM
Chemie	506	8 015
Elektro	514	4 413
Maschinenbau	1.263	3 112
Eisen und Stahl	268	3 310
Autoindustrie	194	2 311
Kreditinstitute	136	2 733
Erdöl und Erdgas	23	1 827
Grundstücks- u. Wohnungsw.	155	1 370
Nahrungs- und Genußmittel	373	1 136
Gaststätten und Beherberg.	76	1 103

(Commerzbank)

Bei aller Beschleunigung der Auslandsinvestitionen der BRD, darf aber doch nicht übersehen werden, daß sie gegenüber den wichtigsten Konkurrenten - mit Ausnahme Japan - noch verhältnismäßig ungünstig dasteht. So ergibt das Verhältnis der Auslandsproduktion zum Exportumsatz für die BRD erst 40%, während er z.B. für die Beneluxländer 50%, für Kanada 70%, Frankreich 90%, England 210% und den USA 400% beträgt. (HB v. 4./5.6.76).

Auch wiesen die Auslandsinvestitionen in die BRD Ende 1975 mit 43,2 Mrd. DM fast die gleiche Höhe aus wie der deutsche Bestand umgekehrt im Ausland. (HB v. 24.5.76). Bedeutendster Investor war dabei mit 17,1 Mrd. DM eindeutig die USA. Auch war im Laufe der Jahre der ausländische Zustrom an Kapital stets höher als die BRD-Auslandsbeteiligungen. Ein besonders starker Kapitalzufluß ergab sich per Saldo in den 60er Jahren. Dieser Trend hat sich erst neuerdings umgekehrt. So beliefen sich die privaten deutschen Investitionen im Ausland 1975 auf 5,2 Mrd. DM, während Ausländer in der BRD nur noch 2,5 Mrd. DM investierten. Dabei hält der Rückgang der Auslandsgründungen in der BRD auch 1976 weiter an. Im 1. Halbjahr 1976 gab es mit rd. 160 neuen ausländischen Gründungen 20% weniger als im Vorjahr, wobei bereits ein Rückgang von 1974 auf 1975 vorlag. (Blick durch die Wirtschaft vom 20.7.76). Allerdings ergab sich bei den gesamten Direktinvestitionen im 1. Halbjahr 1976 mit fast 1,9 Mrd. DM eine praktische Verdoppelung gegenüber nur 932,4 Mrd. DM 1975. Dennoch liegt der Zuwachs noch immer um 1 Mrd. DM unter dem Zuwachs im 1. Halbjahr 1974 von über 2,8 Mrd. DM. (HB v. 20.10.1976).

Die Verhältnisse in den einzelnen Jahren gibt folgende Tabelle wieder:

Direktinvestitionen in der Zahlungsbilanz in Mio. DM

Jahr	Deutsche Anlagen im Ausland	Ausländische Anlagen in der BRD
1952-59	2.422,2	
1960-64	4.732,9	5.195,2
1965	1.112,0	2.548,5
1966	1.672,2	2.384,7
1967	2.061,5	3.689,5
1968	2.292,2	2.240,7
1969	3.269,3	2.103,9
1970	3.494,9	2.729,4
1971	2.667,5	3.986,0
1972	2.816,2	3.728,5
1973	5.633,1	6.901,4
1974	4.529,9	4.433,9
1975	5.227,0	2.528,0
1. Hj. 1976	2.750,0	1.900,0
	<u>44.741,9</u>	<u>45.127,7</u> +)

+) Die Zahlen variieren je nach Statistik allerdings leicht. So betragen die ausländischen Investitionen in der BRD nach neuesten Angaben des Wirtschaftsministeriums und der Bundesbank nur 44,3 Mrd. DM (HB v. 20.10.1976).

Wichtig ist die Tendenz, die diese Tabelle aufweist: Vieles spricht dafür, daß die deutschen langfristigen Kapitalexporte weiterhin ein hohes Niveau aufweisen werden. Ein wesentlicher Antrieb ergibt sich aus der Errichtung von Produktionsstätten in den Verbraucherländern. Die Steigerung der direkten Exporte stößt an Grenzen, nachdem die deutschen Löhne inzwischen zu den höchsten der Welt zählen und der Außenwert der D-Mark allein seit Ende 1972 um durchschnittlich 22% angestiegen ist. Die Befürchtung, daß der Welthandel künftig gewissen protektionistischen Einflüssen ausgesetzt sein könnte, sowie

der Versuch, sich Rohstoffquellen zu sichern, führen ebenfalls zu erhöhten Direktinvestitionen im Ausland." (Bank für Handel und Industrie, Wirtschaftsberichte, 2/76).

Die "Höchsten Löhne" sind natürlich ein Witz, aber dies zeigt noch mal deutlich, was der Kapitalismus für die Lohnabhängigen bedeutet: Nämlich, "daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß." (Kapital I, S. 675).

Wie sich diese verstärkte Auslandstätigkeit z.B. kurzfristig auf die Lohnabhängigen auswirkt, zeigt folgende Tabelle, die deutlich den Belegschaftsabbau in der BRD darstellt, während dagegen Neueinstellungen im Ausland erlebt werden.

Belegschaftsentwicklung wichtiger Firmen

Firma	Beschäftigte			
	A u s l a n d		I n l a n d	
	1975	1974	1975	1975
Siemens	89.000	38.000	207.000	221.000
Bayer	82.500	70.000	88.000	90.200
Bochum	76.500	71.900	105.000	106.700
VW	59.157	56.500	117.000	107.200
AEG	29.300	29.700	120.700	129.700
Daimler-Benz	26.705	26.100	120.700	129.700
Kombihaus	23.355	21.000	86.200	89.200
BASF	22.613	22.500	80.800	88.800
Henkel	12.512	12.400	20.500	21.600

(Kapital Nr. 6/76), S. 82)

Welche zusätzliche Verschärfung der Ausbeutung auf das deutsche Proletariat zukommt, kann man auch aus folgenden ersehen: "Die Rückkehr zum Produktionsniveau des Frühjahrs 1976 habe sich allerdings bei einem 5% niedrigeren Personalbestand vollzogen." (NB v. 19./19.6.76)

Dagegen wird diese Offensive wachsender Auslandsanlagen, getrieben von den deutschen Banken, die nach den Worten des Chefs der drittgrößten Bank, Commerzbank, erst jetzt international wurden: "Die größten deutschen Banken sind in den letzten Jahren von Instituten, die das Auslandsgeschäft pflegen, zu international engagierten und weltweit tätigen Banken herangewachsen." Von der "Präsenz im Ausland" ging man zur "Aktivität im Ausland" über, alles um die "deutsche Industrie ins Ausland zu begleiten, den Pionieren der Großindustrie folgend, der mittelständischen Wirtschaft vorausgehend... Dabei mußte es den deutschen Großbanken vor allem darauf ankommen, sich in den USA, als dem Zentrum des Dollarraumes zu etablieren." (Bericht der Abt. Volkswirtschaft (Commerzbank), Die Auslandsstrategien der deutschen Banken, v. 6.11.75).

Und gerade zwischen den neuen Auslandsgründungen - allerdings nicht nur der BRD - und den USA tobt z.Zt. ein heftiger Kampf. Der sonst immer so innig angesprochene "Freund" will die Auslandsbanken in seinem Lande an die Kasse drücken. Nach Vorstellungen des Republikanischen Senats soll diesen Banken ab 1985 das Effekten- und Emissionsgeschäft mit der US-Kassa verboten werden. Ein entsprechendes Gesetz - der International Banking Act of 1976 - ist hier schon verabschiedet worden und liegt jetzt beim Senat. Für die Deutschen ist dieses Gesetz "willkürlich, unklar und völlig unnötig." (NB v. 24.5.1976).

Klar ist, daß die Aktivitäten aller Auslandsbanken in den USA - käme das Gesetz durch - empfindlich beschnitten würden, einige müßten sich sogar ganz

aus den USA zurückziehen. Das kann natürlich den deutschen Banken nicht egal sein, die nach einer ausgedehnten Nachkriegsperiode des Zögerns erst in den letzten vier bis fünf Jahren mit eigenen Filialen oder Tochterinstituten in die USA kamen, um im Eiltempo das Versäumte nachzuholen. US-Banken waren natürlich im Zusammenhang mit den kräftigen US-Investitionen bereits in den 60er Jahren nach Europa gekommen.

Wie die Sache ^{auch} ausgehen mag, eins ist jedenfalls sicher: "Der Wind des internationalen Bankenwettbewerbs weht aus allen Ecken heftiger." (Die Zeit vom 4.6.76).

EL PROGRAMA COMUNISTA

- Organ der I K P in spanischer Sprache -

Nr. 21

September 1976

enthält:

- Espana, Italia, Portugal:
el poststalinismo latino,
honra del stalinismo mundial
- Las Tesis de la izquierda:
 - Introduction
 - El asalto del la duda revisionista
a los fundamentos de la teoria
revolucionaria marxista
 - El ciclo historico de la economia capitalista
 - El ciclo historico de la dominacion
politica de la burquesia
- Al margen del X. plan quinquenal:
El mito de la "planificacion socialista"
en Rusia
- Acerca de la conferencia de los Partidos Comunistas
de America Latina y del Caribe: las vias que llevan
a las cloacas de la historia
- Lo que distingue a nuestro partidoo

WAHLEN ODER KLASSENKAMPF:

DER AKTIVE WAHLBOYKOTTISMUS ALS REVOLUTIONÄRER PARLAMENTARISMUS IM IMPERIALISTISCH-FASCHISTISCHEN ZEITALTER

I. Einleitung

Das weltweite Wahljahr 1976 ist fast abgeschlossen. Dieser Artikel wird kurz vor den Wahlen in den USA geschrieben, und vorher dürften Mexikaner, Schweden, Italiener, Bundesdeutsche und DDR-Deutsche usw. ihre Stimmzettel abgeben. Alle Parteien - einschließlich der sog. linken Gruppen - sind sich darüber einig (und waren es vor den Wahlen aus offensichtlichen Gründen noch vielmehr), daß mit den Wahlen zum jeweiligen Parlament ein Ereignis von großer Bedeutung stattfand. Bei dem Parlament der anderen erlaubt man sich eher kritische Skopsis. So dürfen deutsche Publizisten darauf hinweisen, daß die schwedischen Wahlen im Endeffekt nichts an den Bestimmungen und Richtlinien schwedischer Staatspolitik ändern, gescheite Schweizer stellen die amerikanischen Wahlen als Kampf zwischen Micky Maus und Donald Duck dar. Wohl alle Ausländer erlauben sich ein ironisches Lächeln im Hinblick auf die bundesdeutschen Wahlen und ebenso wohl alle Westler erheben voll Abscheu den Zeigefinger gegenüber einem ungeschminkten Ausdruck des Wahlkampfes im imperialistischen und totalitären Zeitalter - den DDR-Wahlen, die den Charakter aller anderen mit offenbaren:

Mit oder ohne offene Flügelkämpfe, in verschiedenen Parteien geteilt oder nicht, gibt sich die Bourgeoisie große Mühe, durch einen immensen propagandistischen Aufwand der Bevölkerung die Wichtigkeit ihres jeweiligen Wahlkampfes ins Bewußtsein zu rufen. Die Auswahlmechanismen des politischen Personals der Bourgeoisie sollen partout durch die Wahlen legitimiert werden. Das Theater mit den mehr oder weniger aufwendigen Dekorationen und den mit weitspreizender Wichtigtuerei auftretenden Komödianten soll aber vor allem der Arbeiterklasse, die sowieso schon vollgepumpt ist mit dem demokratischen Gift, einmal mehr zeigen, daß nicht der *Klassenkampf* sondern das aktive Mitpolieren der Stoßdämpfer des Klassenkampfes ihre Zukunft sicherstellt, daß nur durch Klassenkollaboration die Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Produktionsweise zu überwinden oder mindestens glimpflich zu ertragen sei. Hinter diesen Stoßdämpfern steht aber auf bürgerlicher Seite (im Einklang mit der imperialistischen und faschistischen Entwicklung des Kapitalismus) ein ausgebauter, terroristischer Machtapparat, die totalitäre Einheit der Bourgeoisie, die sich umso krasser zeigt, je mehr Wahlkampf und Wahlergebnisse "polarisierend" wirken sollten: das Fehlen einer überwältigenden Mehrheit für die eine oder andere Partei, für den einen oder anderen Block äußert sich in einer Integration der Opposition in die Regierungssphäre, "linke" Regierungen machen die Politik der Rechten, und die Versuche, mit den Problemen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik sowie mit der sich abzeichnenden Zuspitzung der sozialen Gegensätze fertig zu werden, entpuppen die Einheitsfront und Klassendisziplinierung der Bourgeoisie, ob sich diese nun ein Mäntelchen der "Arbeiterfreundlichkeit" umhängt oder diese Funktion den ebenso fest zur bürgerlichen Front gehörenden ehemals opportunistischen "Arbeiterparteien" überläßt.

Um diese Entwicklung zu ergründen, werden wir im folgenden auf die Entwicklung der bürgerlichen Herrschaft, des Parlamentarismus und der Position der Kommunisten dazu eingehen. Die Frage der Wahlen ist für die Kommunisten eingebettet in die große Frage: Wie muß sich das Proletariat zur Demokratie verhalten? Und dies setzt eine genaue Einschätzung des politischen Zyklus der Bourgeoisie voraus, lassen sich die taktischen Fragen ja nur auf der Grundlage der Prinzipien und der allgemeinen theoretischen Anschauung klären. Dem schicken wir als Motto - das übrigens gleichzeitig a' - Motto für die sich dann

anschließende, kurze Kritik der Positionen unserer Mächtigen-Linke, die die Wahlen erneut als Gelegenheit wahrnahm, die eigene Prinzipienlosigkeit und Verwirrung unter Beweis zu stellen - eine Stelle aus unseren "Grundthesen der Partei" voraus (veröffentlicht in "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?"):

"Eine Position der Unnachgiebigkeit, d.h. von PRINZIPIELLER Ablehnung aller Bündnisse, Einheitsfronten oder Kompromisse kann nicht als allgemein tauglich für den ganzen historischen Zyklus des Proletariats vertreten werden, ohne daß man in den Idealismus zurückfällt, der mit mystischen, ethischen und ästhetischen Überlegungen, die alle der marxistischen Auffassung fremd sind, seine Rechtfertigung sucht. Die Fragen der Strategie, des Manövers, der Taktik und der Praxis von Klasse und Partei stellen und lösen sich also nur auf historischer Ebene. Das bedeutet, daß es hier um die ganze weltweite Bewegung des proletarischen Vorrückens zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution geht, und nicht um die kleinkarierte Kasuistik für jede Ortschaft und Sekunde, die der Willkür von Führungsgremien und-komitees überlassen wird."

II. ZURÜCK ZU DEN PRINZIPIEN

Für Marx und Engels war die parlamentarische Republik, die sich im 18. und 19. Jahrhundert in vielen Ländern etabliert und entfaltet hatte, die "politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft" (13. Brumaire, MEW, Bd. 3, S. 122), d.h. das adäquate politische Produkt der modernen historischen Entwicklung, in dem sich der letzte große Kampf der Klassen entwickeln mußte. Jedoch ist diese Aussage nicht dahin gehend mißzuverstehen, daß das Parlament der Kampfplatz der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft sei. Im Gegenteil! Marx/Engels zeigen (mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit u.a. im 13. Brumaire), daß das Parlament untrennbarer Bestandteil der bürgerlichen Republik ist und daß in ihm die Interessen der herrschenden Klasse ihren allgemeinen Ausdruck finden. Sie zeigen, daß die parlamentarische Republik nichts anderes ist als die parlamentarische Form der bürgerlichen Klassendiktatur.

"Hier in der bürgerlichen Republik, die weder den Namen BOURBON noch den Namen ORLEANS trug, sondern den Namen KAPITAL, hatten sie (die Bourgeoisfraktionen, IKP) die Staatsform gefunden, worunter sie GEMEINSAM herrschen konnten!" (13. Brumaire, Bd. 3, S. 131)

Aber sie legten auch größten Wert auf die Feststellung, daß die Legislative (Parlament und Verfassung) nur eine Funktion der kapitalistischen Klassendiktatur mittels der zentralisierten bürgerlichen Staatsmaschine ist. Die andere Funktion, die durch die Exekutive (Armee, Polizei etc.) ausgeführt wird, ist von daher nicht dem Parlament gegenüberzustellen, sondern sie ist eben nur ein anderer Ausdruck, ein unverhüllter, offener Ausdruck der Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie.

Jede bürgerliche Verfassung beinhaltet diese Doppelfunktion und es gibt nichts Unsinnigeres, als eine dieser beiden Seiten, die "gute Seite", die demokratische der anderen gegenüberzustellen.

"Der unvermeidliche Generalstab der Freiheiten von 1848, persönliche Freiheit, Preß-, Rede-, Assoziations-, Versammlungs-, Lehr- und Religionsfreiheit usw., erhielt eine konstitutionelle Uniform, die sie unverwundbar machte. Jede dieser Freiheiten wird nämlich als das UNBEDINGTE Recht des französischen Citoyen proklamiert, aber mit der beständigen Randglosse, daß sie schrankenlos sei, soweit sie nicht durch die 'GLEICHEN RECHTE ANDERER und die ÖFFENTLICHE SICHERHEIT' beschränkt werde, oder durch 'Gesetze', die eben diese Har-

monie der individuellen Freiheiten untereinander und mit der öffentlichen Sicherheit vermitteln sollen. Z.B.: 'Die Bürger haben das Recht, sich zu assoziieren, sich friedlich und unbewaffnet zu versammeln, zu petitionieren und ihre Meinungen durch die Presse oder wie sonst immer auszudrücken. DER GENUSS DIESER RECHTE HAT KEINE ANDERE SCHRANKE ALS DIE GLEICHEN RECHTE ANDERER UND DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT.' (Kap. II der französischen Konstitution, § 3): 'Der Unterricht ist frei. Die Freiheit des Unterrichts soll genossen werden unter den vom Gesetze fixierten Bedingungen und unter der Oberaufsicht des Staats'. (aaO, §9) - 'Die Wohnung jedes Bürgers ist unverletzlich AUSSER in den vom Gesetz vorgeschriebenen Formen'. (Kap. II, § 3) usw. usw. -

Die Konstitution weist daher beständig auf zukünftige ORGANISCHE Gesetze hin, die jene Randglossen ausführen und den Genuß dieser unbeschränkten Freiheiten so regulieren sollen, daß sie weder untereinander noch mit der öffentlichen Sicherheit anstoßen. Und später sind diese organischen Gesetze von den Ordnungsfreunden ins Leben gerufen und alle jene Freiheiten so reguliert worden, daß die Bourgeoisie in deren Genuß an den gleichen Rechten der anderen Klassen keinen Anstoß findet. Wo sie 'den andere-' diese Freiheiten ganz untersagt oder ihren Genuß unter Bedingungen erlaubt, die ebensoviele Polizeistricke sind, geschah dies immer nur im Interesse der 'öffentlichen Sicherheit', D.H. DER SICHERHEIT DER BOURGEOISIE, wie die Konstitution vorschreibt. Beide Seiten berufen sich daher mit vollem Recht auf die Konstitution, sowohl die Ordnungsfreunde, die alle jene Freiheiten aufhoben, wie die Demokraten, die sie alle herausverlangten. Jeder Paragraph der Konstitution enthält nämlich seine eigene Antithese, sein eigenes Ober- und Unterhaus in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit. Solange also der Name der Freiheit respektiert und nur die wirkliche Ausführung derselben verhindert wurde, auf gesetzlichem Wege, versteht sich, blieb das konstitutionelle Dasein der Freiheit unversehrt, unangetastet, mochte ihr GEMEINES Dasein noch so sehr totgeschlagen sein." (NEW Bd. 8, S. 126/127).

Genial ist hier der heuchlerische Charakter der Demokratie als politische Form der Bourgeoisieherrschaft zusammengefaßt. Genial auch die dialektische Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Abbau der Freiheit (Freiheit im politischen, bürgerlichen Sinn), von der Phrase von den verfassungsmäßigen Rechten und der Unwirklichkeit dieser Rechte für die produzierende Klasse, von der Partei die den bloßen Namen der Freiheit voluntaristisch auf ihre Fahnen schreibt und der Partei, die nur in scheinbarem Gegensatz dazu diese Freiheit durchsetzt als Freiheit allein der herrschenden Klasse, von kleinbürgerlicher Vorstellung über Demokratie und kapitalistischer Wirklichkeit, von Partei der Freiheit und Partei der Ordnung, von Demokratie und dem, was später auf der Grundlage des voll entwickelten und zentralisierten Kapitalismus unter der Bezeichnung Faschismus auftreten sollte. Es ist hier klar ausgesprochen, daß die Demokratie dialektisch den Faschismus erhält und daß jede Partei, die die Demokratie "verteidigen" will (und welche manichäische Kleinbürger will es nicht?), bewußt oder unbewußt den Boden für den Faschismus mit vorbereitet, um sich bei Ausbruch des Klassenkampfes in seiner höchsten, zugespitzten Form voll dafür einzusetzen, daß die alten, idyllischen Zustände demokratischen Klassenzusammenlebens wiederhergestellt werden.

Im übrigen wird im zitierten Text das Parlament als das Instrument des Hinwegtäuschens über die raue Wirklichkeit, des Betrugs und der Phrasendrescherei erkannt.

Es war damit ein für allemal klar ausgesprochen, daß die bürgerliche Republik und ihr Instrument, die Staatsmaschine von der proletarischen Klasse zerschlagen werden mußte und zwar sowohl das Parlament als auch und vor allem Polizei und Armee. Es war damit klargelegt, daß der Weg, den damals schon die

französischen Kleinbürger beschränkt, und den heute die demokratischen, stalinistischen und ultrademokratischen (Maoisten) Parteien beschreiten, - der Weg der Verteidigung der Verfassung gegen die "Einschränkung" der Verfassungsrechte (DKP) oder der Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus und die "Reaktion" usw., ein grandioser (kleinbürgerlicher) Irrtum ist.

Schon damals machten sich die Kommunisten lustig über die typisch kleinbürgerliche Denkweise in den Kategorien "Gut und Böse", "gerecht und ungerecht", "Fortschritt und Reaktion", eine Denkweise die übrigens heute sozusagen öffentliche "linke" Meinung ist.

"Die Bewegung (des Klassenkampfes, IKP) selbst aber fassen sie in EIN Stichwort zusammen: 'REAKTION', Nacht, worin alle Katzen grau sind und die ihnen erlaubt, ihre nachtwächterlichen Gemeinplätze abzuleiern." (MEW Bd. 8, S. 138).

Keine Möglichkeit, den bürgerlichen Staat einschließlich des Parlaments zu "übernehmen", sondern Zerstörung des bürgerlichen Staats inklusive des Parlaments durch die proletarische Klassenbewegung und Ersetzung des bürgerlichen Staats durch eine proletarische Diktatur (auch ein Staat), dahingehend lassen sich die grundsätzlichen Positionen von Marx und Engels, die sich durch das historisch erste Beispiel der Proletarischen Diktatur im Paris von 1871 nur bestätigten, zusammenfassen.

III. DIE POSITION ZUR PARLAMENTARISCHEN REPUBLIK IN DER PHASE DER BÜRGERLICHEN REVOLUTIONEN

a). Marx und Engels zur deutschen Revolution von 1848

Bevor wir dazu kommen zu zeigen, wie sich die deutschen Kommunisten während und vor der Revolution 1848 in Deutschland verhalten mußten, ist es unabhängig die allgemeine Strategie zu erläutern, in deren Rahmen die Parlamentstaktik nur eine Rolle spielt.

Deutschland befand sich im Jahre 1847 am Vorabend einer Umwälzung, die ihrem ökonomischen Charakter nach als bürgerlich bezeichnet werden muß, da a) erst die Bedingung für die vollständige "freie" Entwicklung des Kapitalismus geschaffen werden mußte durch die Zerschlagung der feudalen Ketten, d.h. vor allem, es mußte der Staat als Instrument der bürgerlichen Klasse erobert werden, und b) hatte sich die Proletarische Klasse aufgrund der mangelnden bürgerlichen Entwicklung, noch nicht vollständig von den anderen Klassen als eigenständige Macht geschieden: sie agierte oft als Anhängsel der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen, vor allem des Kleinbürgertums. Soweit die damalige kommunistische Minderheit in der Arbeiterklasse wirkte, kämpfte sie entschieden für die radikale Durchsetzung der bürgerlichen und demokratischen Aufgaben: ökonomisch - Abschaffung des feudalen Grundbesitzes, Zentralisation der Industrie in den Händen des Staats, usw.; politisch - Beseitigung der Zunftgesetze, der Kleinstaaterei, Schaffung des bürgerlichen Rechts (allgemeine demokratische Freiheiten) usw. Diese kommunistische Minderheit war sich klar darüber, daß der proletarische Klassenkampf erst dann seine volle Entfaltung erfahren würde, wenn die Revolution den damaligen Hauptantagonismus zwischen den mittelalterlichen Klassen und dem "dritten Stand" durch den Antagonismus von Kapital und Arbeit ersetzen würde. Um daher die günstigsten Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse zu erreichen, mußte man die demokratischen Klassen in ihren bürgerlichen Absichten unterstützen, jedoch wohl wissend und daher sich unabhängig von diesen Klassen organisierend, daß diese Klassen einmal der eigentliche Feind sein werden.

"Die Kommunisten, weit entfernt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den Demokraten nutzlose Streitigkeiten anzufangen, treten vielmehr für den

Augenblick in allen praktischen Parteifragen selbst als Demokraten auf. Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln. Solange die Demokratie noch nicht erkämpft ist, solange kämpfen Kommunisten und Demokraten also zusammen, solange sind die Interessen der Demokraten zugleich die der Kommunisten. Bis dahin sind die Differenzen zwischen beiden Parteien rein theoretischer Natur und können theoretisch ganz gut diskutiert werden, ohne daß dadurch die gemeinschaftliche Aktion irgendwie gestört würde. Man wird sich sogar über manche Maßregeln verständigen können, welche sofort nach Erringung der Demokratie im Interesse der bisher unterdrückten Klassen vorzunehmen sind, z.B. Betrieb der großen Industrie, der Eisenbahnen durch den Staat, Erziehung aller Kinder auf Staatskosten usw." (MEW Bd. 4, S. 317)

Als im Jahre 1847 der Vereinigte Landtag einberufen wird, um der absolutistischen Regierung Geld zu bewilligen, und als gleichzeitig die ersten revolutionären Erhebungen beginnen, geißeln Marx und Engels die Entschlußlosigkeit dieses Landtags, der zwar das Geld verweigert (weil es um die unmittelbarsten Interessen der Bourgeoisie ging), aber ansonsten passiv abwartend sich verhielt.

"Das Proletariat wirft dem Landtage vor, daß er sich defensiv gehalten, daß er nicht angegriffen hat, daß er nicht zehnmal weiter gegangen ist. Er wirft ihm vor, daß er nicht entschieden genug auftrat, um dem Proletariat die Beteiligung an der Bewegung möglich zu machen. Das Proletariat konnte sich freiwillig nicht für die ständischen Rechte interessieren. Aber ein Landtag, der Geschworenengerichte, Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung der Frontdienste, Preßfreiheit, Assoziationsfreiheit und eine wirkliche Repräsentation verlangt, ein Landtag, der ein für allemal mit der Vergangenheit gebrochen und seine Forderungen nach den Bedürfnissen der Zeit eingrichtet hätte statt nach den alten Gesetzen, solch ein Landtag konnte auf die kräftigste Unterstützung des Proletariats rechnen." (Bd. 4, S. 197)

Mit anderen Worten, demokratische Republik und Parlament standen als Ergebnis eines revolutionären Bruchs in der Geschichte auf der Tagesordnung und im Sinne dieser revolutionären Entwicklung boykottieren Marx und Engels ein Pseudoparlament, das nicht die Kraft hat, als Instrument der bürgerlichen Umwälzung aufzutreten: die beginnende Revolution darf nicht an die Zaghaftheit der konstitutionellen Demokraten gebunden werden.

Aus der revolutionären Bewegung heraus entsteht, als Zugeständnis des Absolutismus, die Frankfurter Versammlung, die jedoch ebenso halbherzig und zaghaft und phrasendreschend ist, wie der Vereinigte Landtag. Die Taktik der Entlarvung der konstitutionellen Illusionen bleibt wie gehabt. Ja, Marx und Engels polemisieren scharf gegen die parlamentarische Krankheit, die nun um sich greift:

"Seit Beginn ihrer (der Linken im Parlament, den demokratischen Kleinbürgern; IKP) parlamentarischen Laufbahn waren sie mehr als jede andere Fraktion der Versammlung von jener unheilbaren Krankheit, dem PARLAMENTARISCHEN KRETINISMUS, verseucht, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Überzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, deren Vergangenheit und deren Zukunft, durch die Stimmenmehrheit gerade jener Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was es außerhalb der Mauern ihres Hauses gibt - Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer neuer Kontinente, kalifornische Goldfunde, zentralamerikanische Kanäle, russische Armeen und was sonst vielleicht noch Anspruch erheben kann, die Geschicke der Menschheit zu beeinflussen -, daß all das nichts ist im Vergleich mit

jenen unermesslich wichtigen Ereignissen, die mit der ausnahmslos bedeutungsvollen Frage zusammenhängen, der das hohe Haus gerade seine Aufmerksamkeit widmet." (MEW Bd. 8, S.88)

Jedoch ändert sich die Haltung von Marx/Engels gegenüber dem, allerdings noch immer relativ unbedeutenden Frankfurter Parlament. Die Versammlung blieb absolut das, was sie war: ein zusammengewürfelter Haufen parlamentarischer Kretins, aber gemessen an den Kräfteverhältnissen nach der Niederlage der Revolution, gemessen am Maßstab des "Erreichten" und nicht am "Erreichbaren", gemessen daran, war diese Parodie auf ein Parlament immerhin die liberalste und demokratischste Errungenschaft der 48er Revolution.

"Die ersten grundlegenden Prinzipien der künftigen deutschen Verfassung waren in den ersten Monaten des Frühjahrs und des Sommers 1848 beschlossen worden, zu einer Zeit, als die Volksbewegung noch in vollem Gange war. Die zu jener Zeit gefaßten Beschlüsse, die DAMALS freilich ganz reaktionär waren, erschienen jetzt, nach den Willkürakten der österreichischen und preussischen Regierung, außerordentlich liberal, ja demokratisch. DER VERGLEICHSMASSTAB WAR EIN ANDERER GEWORDEN." (MEW Bd. 8, S. 90).

Als bald darauf eine neue internationale Welle der Revolution sich ankündigte, systematisierten Marx und Engels diese Strategie der Erkämpfung der bürgerlichen und demokratisch-kleinbürgerlichen Republik als Grundlage für einen ununterbrochenen bis zur Diktatur des Proletariats fortschreitenden Kampf in der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850. Diesen Text, der die Strategie der "Revolution in Permanenz", des Ineinandergreifens von bürgerlicher und proletarischer Revolution (doppelte Revolution) schildert, sollte man völlig widergeben. Wir müssen uns aber auf einige Zitate, die die Taktik gegenüber dem Parlament und die Rolle des Parlaments überhaupt erläutern, beschränken. Marx und Engels gehen - und das ist, selbst in einer Phase, wo die bürgerliche Demokratie fortschrittlich und sogar revolutionär ist, von ausschlaggebender Bedeutung - davon aus, daß die neuen Regierungen, sobald sie sich einigermaßen befestigt haben, ihren Kampf gegen die Arbeiter sofort beginnen werden, und daß das Proletariat dem nicht nur entgegentreten muß (was selbständiges Auftreten, Bewaffnung und Organisation voraussetzt), sondern auch die revolutionäre Krise für die Schaffung der Bedingungen einer proletarischen Revolution, deren Organ nicht mehr das Parlament, die Nationalversammlung ist, ausnutzen muß.

"...die nächste Folge des Sturzes der bestehenden Regierung wird die Wahl einer Nationalvertretung sein. Das Proletariat muß hier dafür sorgen:

1. daß durch keinerlei Schikanen von Lokalbehörden und Regierungskommissionen eine Anzahl Arbeiter unter irgendeinem Vorwand ausgeschlossen wird;
2. daß überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, die möglichst aus Bundesmitgliedern bestehen müssen und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z.B. dadurch spalte man die demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen solchen Phrasen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll. Die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein solches unabhängiges Auftreten machen muß, sind unendlich wichtiger als der Nachteil, den die Gegenwart einiger Reaktionäre in der Vertretung erzeugen könnte."

Diese Taktik des revolutionären Parlamentarismus steht aber nicht als Weg der proletarischen Befreiung da, sondern, wie gesagt, als Bestandteil einer Strategie, die die Arbeiterklasse zur Machteroberung und zur Abschaffung der bürgerlichen Demokratie führen muß:

"Sie (die Arbeiter) müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht."

b. Die Bolschewiki

Wir schließen hier die Erfahrung der russischen Kommunisten an, da diese im Rahmen der von Marx und Engels entworfenen Taktik der doppelten Revolution zu behandeln ist und sich also fast lückenlos - mit einem frappierenden Beweis für die Invarianz der marxistischen Auffassung - an den obigen Teil anfügt: Wir werden dann auf die Entwicklung in Westeuropa in der Zeit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zurückkommen.

Die Stellung der Bolschewiki zur Duma

Die ganze Taktik des bolschewistischen Flügels der russischen Sozialdemokratie orientierte sich am doppelten oder permanenten Charakter der sozialen Bewegungen, die in der russischen Revolution sich entwickeln würden. Sie stellte zugleich den strikt bürgerlichen Charakter der Umwälzung, die auf der Tagesordnung steht (Sturz des Zarismus, politische Demokratie, Konfiskation des gutsherrlichen Bodens...), als auch den ständigen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der sich nach dem Sturz des Zarismus erst vollständig entfalten wird, klar.

"Die demokratische Umwälzung ist bürgerlich. (...) Wir Marxisten aber müssen wissen, daß es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit des Proletariats und der Bauernschaft gibt noch geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die politische Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (Lenin-Werke, Bd. IX., S. 1+2).

Weil die Bauernschaft in Rußland innerhalb der Klasse der bürgerlichen Demokratie, die am weitesten links stehende, revolutionärste Schicht war, weil die objektiven Aufgaben, die eine bürgerliche Revolution in Rußland lösen mußte, vor allem im Agrarbereich lagen, deswegen unterstützen die Bolschewiki nicht die liberale Bourgeoisie, sondern die Bauernschaft und dies auch nur soweit diese tatsächlich revolutionär-demokratisch auftrat.

Den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie unterstützen, soweit dieser revolutionär auftrat, den konsequenten Kampf für die bürgerliche Umwälzung aufnehmen bei gleichzeitiger Orientierung des Proletariats auf seine sozialistischen Ziele und daher auch selbständiger Organisation derselben, ... das ist der allgemeine Rahmen der bolschewistischen Taktik.

Es gab zur Zeit der Duma (1905) eine sich entwickelnde proletarische Massenbewegung, vereinzelte Bauernaufstände, die Heranbildung eines linken Flügels der bürgerlichen Demokratie ("Verband der Verbände"), also eine revolutionäre Gärung, die den Beginn der bürgerlichen Revolution ankündigte. Der linke Flügel der bürgerlichen Demokratie boykottierte jenes "Parlament" und warf die Frage des offenen Kampfes für ein wirkliches Parlament (konstituierende Versammlung) auf. Es war klar, daß die Konkretisierung der allgemeinen

taktischen Prinzipien des Bolschewismus in dieser Lage und insbesondere in Bezug auf die Duma folgendermaßen aussehen mußte:

"Überall im Westen war die Bourgeoisie durch den Kampf gegen den Absolutismus gezwungen, das politische Bewußtsein des Volkes zu wecken, wobei sie zugleich trachtete, den Samen der bürgerlichen Theorien in der Arbeiterklasse auszustreuen. Unsere Sache ist es, die Zerstörungsarbeit der Bourgeoisie gegenüber der Selbstherrschaft auszunutzen und die Arbeiterklasse unentwegt über ihre sozialistischen Aufgaben, über die unversöhnliche Feindschaft zwischen ihren Interessen und den Interessen der Bourgeoisie aufzuklären.

Daraus geht klar hervor, daß unsere Taktik im gegenwärtigen Augenblick erstens darin bestehen muß, die Idee des Boykotts zu unterstützen. An und für sich ist dieser Boykott eine innere Angelegenheit der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiterklasse ist darin nicht unmittelbar interessiert, aber sie ist unbedingt daran interessiert, jenen Teil der bürgerlichen Demokratie zu unterstützen, der revolutionär ist, sie ist daran interessiert, die politische Agitation zu erweitern und zu verschärfen." (Lenin-Werke, Bd. IX, S. 174).

Also der Sinn der Dumataktik ist es:

- a) die kleinbürgerliche Demokratie voranzutreiben und die Großbourgeoisie zu neutralisieren,
- b) den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, einen Aufstand, der ein wirkliches Parlament, eine wahre Volksvertretung konstituieren wird: die provisorische revolutionäre Regierung,
- c) das Proletariat über den bürgerlichen Charakter dieser Entwicklung aufzuklären und es im Sinne der sozialistischen Endziele zu erziehen und zu organisieren.

Die Beantwortung der Frage, wie diese Taktik am besten durchzuführen ist, entscheidet über die Stellung zum Parlament:

Boykott oder nicht. Boykott oder parlamentarische Arbeit sind also auch in der bürgerlichen Revolution zweitrangig, von der allgemeinen Taktik abgeleitete Fragen. Es ist von entscheidender Bedeutung hervorzuheben, daß alle in der Phase der bürgerlichen Revolution (bis Februar 1917) von Lenin verfaßten Stellungnahmen zu den russischen Parlamenten von der Taktik der bedingten "Unterstützung" der bürgerlichen Demokratie und dem Verfechten von ihrem Inhalt nach *bürgerliche Umwälzung einer parlamentarischen Demokratie* in Form einer provisorischen Übergangsregierung in der eine vorübergehende Koalition der einzigen wirklich revolutionären Klassen - Proletariat und Bauernschaft - die bürgerlichen Aufgaben bewältigen würden. Wonnleich dies unmittelbare Ziel nur ein *Mittel* war, um den proletarischen Klassenkampf zur vollen Entfaltung zu bringen, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß es in Rußland vorerst um die *Errichtung eines Parlaments* ging, eines, machtvollen bürgerlichen Instruments oder besser, eines Instruments, um die bürgerlichen Aufgaben zu lösen. Zur Erreichung dieses unmittelbaren Ziels (demokratisch-parlamentarische Republik) konnte man entweder die bestehenden Scheinparlamente boykottieren oder wenn es notwendig war in diesen arbeiten, aber es ging nicht um die Frage: wie verhalten sich die Kommunisten zu Parlamenten einer seit langem konsolidierten Republik? Diejenigen, die heute mittels unverdauter Leninzitate ihre Beteiligung an Parlamenten, die keine wesentlichen bürgerlichen Aufgaben mehr zu bewältigen haben und insofern zutiefs konservativ und reaktionär geworden sind, rechtfertigen wollen, haben absolut gar nichts von der bolschewistischen Taktik verstanden. +ausgingen

Es gab nun zwei Wege, zwei Methoden, dieses unmittelbare Ziel zu erreichen. Man konnte den opportunistischen Weg der Menschewiki einschlagen, die die Duma ausnutzen wollten, um von der progressiven bürgerlichen Demokratie

Verpflichtungen abzuverlangen, Oder man schlug den Weg des revolutionären und außerparlamentarischen Massenkampfs für die demokratische Republik ein, man bereitete den bewaffneten Aufstand unter der Führung des Proletariats vor, um für die spätere Regierung ein für die Arbeiterklasse günstiges Kräfteverhältnis zu schaffen.

"Diese verschiedenen Methoden widerspiegeln denn auch die 'zwei Taktiken' der Sozialdemokratie. Der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie ist stets geneigt, auf die bürgerliche Demokratie in der Weise einen 'Druck auszuüben', daß es ihr VERPFLICHTUNGEN ABVERLANGT, während der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie auf die bürgerliche Demokratie DADURCH einen 'Druck ausübt' und BRANDMARKT und daß er unter den Massen die Losungen der entschiedenen Revolution verbreitet. Die Theorie des 'Abverlangens von Verpflichtungen', diese berühmte Theorie des LACKMUSPAPIERS (...), ist im höchsten Grade naiv und nur geeignet, im Proletariat Verwirrung zu stiften und es zu demoralisieren. Wem will Genosse Tscherewanin die übernommene 'Verpflichtung' zur Einlösung präsentieren? Am Ende dem lieben Gott? Weiß denn Genosse Tscherewanin nicht, daß unter dem Druck der materiellen Klasseninteressen ALLE UND JEDE Verpflichtung zum Teufel geht? Ist denn der Einfall desselben Genossen Tscherewanin, die bürgerlichen Deputierten der Reichsduma dem revolutionären Proletariat durch 'gebundene Mandate' zu verpflichten, nicht eine Kinderei? Müßte doch Genosse Martow, wollte er seinen Plan IN DER TAT ausführen vor der Arbeiterklasse ERKLÄREN, daß die Herren X oder Y aus dem Gremium der Gutsbesitzer 'entschiedene Anhänger einer freien und demokratischen Vertretung' seien! Solche Erklärungen abzugeben, hieße größte Demoralisation zu säen!" (Lenin-Werke, Bd. IX, S. 213/212).

Die in der bürgerlichen Revolution opportunistische Taktik wird in der sozialistischen Revolution zu einer reaktionären. Die bürgerliche Demokratie, d.h. das nichtproletarische "Volk", hat keine geschichtlichen Funktionen mehr zu bewältigen und ist insofern als bürgerliche Demokratie zu progressiven Handlungen unfähig. Ein Teil des "Volkes", nämlich die kleinbürgerlichen Schichten, ist aufgrund seiner ökonomischen Lage politisch schwankend, aber diese Schwankungen können nur dann zum Proletariat hin tendieren, wenn dieses für seine eigenen Klassenforderungen auftritt, also sich um seine Partei schart und mit der Bourgeoisie um die Macht ringt. Solange dies nicht der Fall ist, wird das Volk vollständig bürgerlich, antiproletarisch und antikommunistisch sein. Vom kleinbürgerlichen Volk "Verpflichtungen abzuverlangen", die Einheit dieser Schichten mit der Arbeiterklasse zu propagieren (was das gleiche ist), ist gleichbedeutend mit der vollständigen Demoralisierung der Arbeiter und der Unterordnung dieser unter die bürgerlichen Interessen, ob diese Taktik nun direkt im Parlament (DKP, gewisse Trotzlisten) oder außerhalb des Parlaments betrieben wird (Maoisten).

Wie wichtig es war, die Duma zu boykottieren und auf die Entwicklung der Massenbewegung zu setzen, zeigte sich bald im Oktober des Jahres 1905. Streiks in ganz Rußland, vereinzelte Bauernaufstände, die Entstehung des Petrograder "Sovjet der Arbeiterdeputierten" usw. eine revolutionäre Massenbewegung, die im Dezember 1905 in Moskau in den bewaffneten Aufstand überging (der allerdings aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht beleuchten, niedergeschlagen wurde).

Die Taktik in den 4 Reichsdumas

Die Diskussion, die nach der Niederlage der Revolution in der russischen Sozialdemokratie einsetzte und von der Stellung zur Duma, die in eine "gesetzgebende" verwandelt wurde, abhing, drehte sich um die Frage, ob die Revolution für lange Zeit den Überlegenen Kräften der Reaktion erliegen sei, oder ob sie einen neuen Aufschwung nehmen würde, d.h. ob sich Rußland im Jahr 1847 oder 1849 der deutschen Revolution befinden würde. Während jedoch

die Beantwortung dieser Frage bei den Menschewiki zur Annäherung an und zur Unterordnung unter die liberale Bourgeoisie führte, war es für die Bolschewiki eine Frage, die nicht die taktischen Prinzipien veränderte (bewaffneter Aufstand, provisorische revolutionäre Regierung, bedingte Unterstützung der bürgerlichen Demokratie, selbständige Organisation des Proletariats, usw.), sondern allein das *Verhältnis von legaler und illegaler Arbeit* betraf. In Zeiten des revolutionären Aufschwungs stehen die illegalen, d.h. gegen die herrschenden Gesetze, gegen die Legalität der Herrschenden gerichteten Aktionen des Proletariats im Vordergrund der Parteiarbeit. In der Phase der Niederlage müssen, um die Defensive ohne große Verluste organisieren zu können, alle legalen Mittel, die dazu *zweckmäßig sind*, ausgenutzt werden... bei Fortführung - versteht sich - der illegalen Arbeit. Die Bolschewiki erklärten in Erwartung eines neuen revolutionären Aufschwungs den Boykott der ersten Duma, was sich jedoch als Fehler erwies angesichts der Tatsache, daß es zu diesem Aufschwung nicht mehr kam.

"Der Boykott der 'Duma' durch die Bolschewiki im Jahre 1906 war bereits ein Fehler, wenn auch ein kleiner, leicht korrigierbarer Fehler." (Lein, AN III, S. 407).

Wenn nun heute eine Reihe von "Leninisten" auf die grandiose Idee kommen, zu behaupten, die Bolschewiki hätten ihre Taktik gegenüber dem Parlament in der Hauptsache aus der Analyse der Situation abgeleitet, in einer revolutionären Situation boykottiert und in einer nichtrevolutionären sich beteiligt, dann unterliegen sie einem ebenso grandiosen Irrtum. Für die Bolschewiki stellte sich *nicht* die Frage der Ausnutzung oder des Boykotts der Institutionen einer bürgerlichen Republik, für sie ging es vorerst um die *Errichtung* einer ebensolchen Republik. Es gab für sie im Großen und Ganzen zwei taktische Möglichkeiten im Rahmen des Kampfes für das sozialdemokratische Minimalprogramm: entweder *ausschließlicher* außerparlamentarischer Kampf um den *Palamentarismus* oder eine Kombination von diesem Kampf mit einer propagandistischen Ausnutzung der bestehenden Scheinparlamente. Ohne diese grundsätzlichen Positionen zu verlassen, beteiligten sich die Bolschewiki an der II., III. und IV. Duma.

Allgemeine Grundlagen der bolschewistischen Taktik

Die bolschewistische Position zum Parlamentarismus, ihr Kampf für die *parlamentarische Republik*, hat also nichts zu tun mit der Leninmetaphysik (angeblich von Lenin entdeckte, absolute Wahrheiten) der heutigen Linken. Eben weil die von Lenin in absolutem Einklang mit Marx ausgearbeitete Taktik, die Taktik einer doppelten Revolution, des Kampfes für die bürgerliche Revolution bei Beibehaltung des *proletarischen* Klassenkampfes, des Kampfes für das demokratische Minimalprogramm bei Orientierung auf das sozialistische Maximalprogramm, war, läßt sie sich nicht ohne weiteres auf voll entwickelte bürgerliche Staaten übertragen. Das heißt nicht, daß von dieser Taktik nichts übernommen werden kann, es bedeutet nur, daß man die spezifisch bürgerlichen Aufgaben der russischen Revolution als Besonderheit der allgemeinen politischen Perspektive der Bolschewiki behandeln muß. Allgemein gesprochen faßt sich die Besonderheit der russischen Taktik in dem Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie (Die Demokratie ist immer bürgerlich), solange sie nicht als Synonym der politischen Alleinherrschaft des Proletariats verwendet wird) zusammen. Für alle Marxisten war die schon vor Marx ausgesprochene Notwendigkeit der Unterstützung von revolutionär-demokratischen Parteien in der bürgerlichen Revolution eine Selbstverständlichkeit. Die Bolschewiki stellten sich ausgehend von diesem Punkt die Frage: Wer ist denn in Rußland die revolutionäre Demokratie? Aus der Untersuchung der Klassenverhältnisse Rußlands ergab sich, daß sich die bürgerliche Demokratie in zwei Hauptfraktionen teilte, die Bauernschaft und die liberale Bourgeoisie.

Aufgrund der Existenz eines klassenbewußten Proletariats wurde die liberale Bourgeoisie immer mehr in die Arme der zum Bündnis mit der Selbstherrschaft neigenden monarchistischen Bourgeoisie gedrängt. Da die wesentliche Aufgabe der bürgerlichen Revolution in Rußland in der Lösung der Agrarfrage (Rußland war noch ein vorwiegend agrarisches Land mit einigen allerdings ökonomisch gewichtigen Industriezentren), in der Konfiskation der Gutsbesitzer-Ländereien bestand, war es so vor allem die Bauernschaft, die in revolutionäre Gärung geraten mußte. Folglich beinhaltete die bolschewistische Taktik eine gewisse Unterstützung der bäuerlichen Demokratie, was in der Losung "revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" zum Ausdruck gebracht wurde. Aber diese Unterstützung war deswegen auch nur eine bedingte und konnte auch nur eine bedingte sein, weil a) die Bauernschaft nur bis zum bürgerlichen Ziel der Nationalisierung des Grund und Bodens gehen konnte, da sich dann die Klassengegensätze innerhalb der Bauernschaft vollständig entfalten mußten, wenn es keine gemeinsame antifeudale Aufgabe für dieselbe mehr gab und b) weil die ökonomische Lage in ihr als Zwischenklasse ein unvermeidliches politisches Schwanken erzeugte. Selbst in der bürgerlichen Revolution, in der ein gemeinsames Interesse der verschiedenen Volksklassen gegen das Mittelalter vorhanden ist, gab es kein unbedingtes Bündnis des Proletariats mit dem "Volk".

Die Losung "demokratische Diktatur des Proletariats mit der Bauernschaft" sollte allein die wesentlichen demokratischen Klassenkräfte gruppieren, wobei die Grundbedingung für einen radikalen Verlauf der demokratischen Revolution die Selbständigkeit der Arbeiterpartei und ihre führende Rolle gegenüber der schwankenden Bauernschaft war.

Der Oktoberumsturz und die konstituierende Versammlung

Einen historischen Wendepunkt in der russischen Geschichte stellte die Februarrevolution dar, die die bürgerliche Republik Kerenskis aus der Taufe hob. Parallel zur bürgerlichen Regierung entstanden die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, die in gewisser Weise die demokratische Diktatur des Proletariats potentiell verkörperten und in denen sich im Verlaufe der folgenden Monate der Klassengegensatz zwischen den Demokraten und den proletarischen Revolutionären zusehends entwickelte. Die Bolschewiki waren bestrebt, aus den Sowjets Organe der proletarischen Diktatur zu machen. Die Demokraten (Menschewiki, Sozialrevolutionäre eingeschlossen) und eine Strömung innerhalb der bolschewistischen Partei versuchten, die Arbeiterklasse auf die konstituierende Versammlung zu orientieren, d.h. auf die bürgerlich-parlamentarische Legalität. Diese Strömung innerhalb der Bolschewiki verstand zunächst nicht, daß der imperialistische Weltkrieg und die in seinem Gefolge heranreifende internationale revolutionäre Krise den Ablauf der Revolution enorm verkürzte. Auf die wesentlichen politisch-sozialen Aufgaben demokratischer Natur (Enteignung des Grundbesitzes, vollständige Liquidierung der Klassenprivilegien, Vernichtung des bürokratischen und militärischen Apparates des Zarismus, Einführung der nationalen Gleichheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker des ehemaligen Zarenreiches), auf alle diese Aufgaben und deren politischen Knotenpunkt, den Kriegsdefätismus, konnten die Parteien der Demokratie nicht herangehen, waren sie ja alle (einschließlich der opportunistischen "Arbeiterparteien") mit der kriegführenden Bourgeoisie und dem Imperialismus verstrickt. Die Erledigung selbst der demokratischen Aufgaben stellte die Diktatur der Sowjets auf die Tagesordnung, diese wiederum die Entfernung aller anderen Parteien außer der Bolschewiki aus der politischen Szene. Selbst im rückständigen Rußland, wo man den anderen Parteien theoretisch eine historische Funktion einräumen könnte, war der Prozeß der proletarischen Machteroberung und der Festigung dieser Macht gleichzeitig der Prozeß der Liquidierung aller Parteien durch die kommunistische Partei:

"Man hat uns vielfach vorgeworfen, wir hätten die Diktatur der Sowjets nur vorgetäuscht, in Wirklichkeit aber eine Diktatur unserer Partei verwirklicht. Dabei kann aber mit vollem Recht gesagt werden, daß die Diktatur der Sowjets nur möglich geworden ist vermittels der Diktatur der Partei: dank der Klarheit ihrer theoretischen Erkenntnis und ihrer festen revolutionären Organisation sicherte die Partei den Sowjets die Möglichkeit, sich aus formlosen Parlamenten der Arbeit in einen Apparat der Herrschaft der Arbeit zu verwandeln." (Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus*).

An diesen Worten kann man die Prinzipiengrundlage heutiger "Trotzkisten" messen, die sich als eifrigste Anhänger mehrparteilicher Räterepubliken programmatisch ereifern: deren parlamentarischer Kretinismus ersetzt den Klassenkampf und dessen Instrumente durch Schaffung neuer, endlich mal demokratischer Parlamente, wo man sich endlich mal wieder am Froschmäusekrieg beteiligen darf.

Zurück aber zu Rußland. Man konnte 1917 nicht mehr im Rahmen des sozialdemokratischen Minimalprogramms bleiben. Die opportunistische Strömung innerhalb der russischen Arbeiterbewegung kam praktisch im Verhalten zur "demokratischen Beratung" (14.-22. Sept.) zum Ausdruck. Die Bolschewiki beteiligten sich an diesem Schein-Vorparlament, was Lenin entschieden als Fehler brandmarkte. Die richtige Taktik wäre der Boykott gewesen, denn nicht mehr der Aufstand für die Errichtung des demokratischen Parlaments, sondern für die Errichtung der Sowjetdiktatur stand auf der Tagesordnung. Lenin: "Zehn überzeugte Soldaten oder Arbeiter sind tausendmal mehr Wert als hundert von den Liberals zusammengeschobene Delegierte verschiedener Abordnungen. Die Ausnutzung des Parlamentarismus besteht besonders in revolutionären Zeiten ganz und gar nicht darin, daß man mit den Vertretern der Fäulnis kostbare Zeit verliert, sondern darin, die Massen am Beispiel dieser Fäulnis aufzuklären". (Lenin-Werke, Bd. 26, S. 33). Hier wird die grundlegende Frage formuliert: je weniger Bedeutung das Parlament hat, je mehr es seine Fäulnis offenbart, umso mehr liegt die Ausnutzung der Wahlen außerhalb des Parlaments, auf der Straße, in den Massenorganisationen des Proletariats, in den Betrieben. In dem Maße also, wie im Parlament ausschließlich Froschmäusekrieg unter Gleichgesinnten, machtlosen Lakaien des Kapitals gespielt wird (was heute in den entwickelten Ländern der Fall ist, wo es nicht einmal mehr um verschiedene Parteiprogramme geht, sondern entsprechend der wirklichen Bedeutung der heutigen Parlamente um Personenfetischismus), in dem Maße sollte man seine Perlen nicht vor die Frösche und Mäuse werfen, denn es wäre millionenmal nützlicher, dringlicher, ernsthafter und vernünftiger, seine Kräfte auf die wirkliche Bühne der revolutionären Vorbereitung zu konzentrieren. Das gleiche gilt auch für das Vorparlament, das am 7. Oktober aus der demokratischen Beratung hervorging. Die Position der "Rechten" in der Bolschewistischen Partei ähnelte sehr der Hilferdings in Deutschland. Sie wollten, wie Hilferding, aber allerdings unter dem mildern Umstand, daß in Rußland zwei Revolutionen ineinandergriffen, einen "kombinierten Staatstypus" aus Sowjets und Konstituierender Versammlung, wobei die Sowjets der Konstituierenden Versammlung untergeordnet werden sollten. Diese Konzeption, auf die übrigens letzten Endes alle Vorstellungen der Verbindung von Demokratie und Sozialismus in der proletarischen Revolution hinauslaufen müssen, war und ist eine Konzeption der Unterordnung des Sozialismus unter die bürgerliche Legalität, also dessen konterrevolutionäre Vernichtung.

Die Auffassung von der Ausnutzung der Demokratie, von der Schule des Parlamentarismus usw., die eine ganze Epoche der europäischen Sozialdemokratie geprägt hatte, zeigte sich - wie schon angedeutet - durch die revolutionären Ereignisse von 1905-1907 in ihrer ganzen historischen Unzulänglichkeit und "dieser Weg der Erziehung des Proletariats durch die Demokratie zum Sozialismus wurde (...) durch ein nicht unwichtiges Ereignis - dem imperialistischen Weltkrieg - unterbrochen". (Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus*, S. 17). Vor dem Proletariat stand nun (und selbst im Hinblick auf die

Vollendung der demokratischen Revolution) die Alternative: entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie. Das Proletariat kann in der Epoche der proletarischen Revolution keine anderen Parteien als gleichberechtigt neben sich dulden, es kann nicht auf die Prinzipien der formalen Demokratie schwören, es muß die Bedürfnisse des Klassenkampfes, die Notwendigkeiten, der revolutionären Diktatur als übergeordnetes Prinzip anerkennen, ... dann wird seine Emanzipation möglich werden.

Und dies ist auch die Position Lenins zur 1918 einberufenen Konstituierenden Versammlung wenn er sagt: "Dem ganzen Volke ist vollends klar geworden, daß die Konstituierende Versammlung, wenn sie in Gegensatz zur Sowjetmacht geriete, unweigerlich zum politischen Tod verurteilt wäre." (Lenin-Werke, Bd. 26, S. 380).

Das ZK der Sowjets legt der Konstituierenden Versammlung die "Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" (siehe Lenin-Werke Bd. 26, S. 422) vor, die die Grundprinzipien des Sowjetstaats verkündet und fordert ihre Annahme, fordert also die Unterordnung der Konstituierenden Versammlung unter den Sowjetstaat. Die Bolschewiki erklären, daß sie keine Teilung der Staatsmacht dulden werden, falls sich die Konstituierende Versammlung bemüßigt fühlen sollte, sich als Nebenmacht o.ä. zu konstituieren, was die Konstituierende Versammlung in der Tat versuchte. Folglich mußte dieses Relikt aus den Zeiten der bürgerlichen Republik auseinandergejagt werden.

In der ganzen Zeit, in der in Rußland die demokratische Republik existierte, boykottierten die Bolschewiki das Parlament, sie bekämpften eine parlamentarische Auffassung von der Entwicklung der Revolution, sie bereiteten die Revolution durch außerparlamentarische Massenarbeit vor und nachdem sie den parlamentarischen Staat auseinandergejagt hatten, ersetzten sie diesen durch einen proletarischen Arbeitsmechanismus: die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Dazu waren sie durch eine jahrzehntelange Parteierfahrung in der Lage - Erfahrung einer Partei, die sich auf einer festen programmatischen und prinzipiellen Grundlage bildete, auf der Grundlage einer selbständigen Politik und einer rigorosen Mitgliederselektion: genau das Gegenteil von den heutigen Gruppierungen, die ihre jeweilige Wahltaktik, prinzipienlose Bündnisse und prinzipienlose "Unterstützungen" als entscheidende Momente im Prozeß des Parteaufbaus erblicken.

IV. DIE PHASE DER "ENTFALTUNG DER DEMOKRATIE" UND DIE II. INTERNATIONALE

Der Prozeß, der in Rußland unter dem Druck des imperialistischen Weltkrieges in wenigen stürmischen Monaten ablief und glücklich mit dem Sieg des Proletariats im Oktober 1917 sich vollzog, entwickelte sich in Westeuropa in einer langen Periode. Die erste Phase des Kapitalismus vollzog sich hier nach den Niederlagen der Revolution von 1848 auf dem Wege eines Kompromisses der Bourgeoisien mit den alten herrschenden Klassen und durch eine Reihe von Kriegen zwischen den sich auf dieser Grundlage neu konstituierenden Nationen. Wir werden versuchen, die Entwicklung der proletarischen Parteien in der daraufhin eröffneten Phase des bürgerlichen "Fortschritts" und der "friedlichen Entwicklung" zu skizzieren.

Wir werden uns dabei nicht auf die Zeit der II. Internationale, der Sozialdemokratie, beschränken, d.h. 1888 bis 1914, weil die zweite Phase des Kapitalismus - die die Sozialdemokratische Internationale zum Produkt hatte - geschichtlich gesehen früher anfängt, nämlich 1870. Ihren Abschluß findet diese Phase mit dem Ausbruch des ersten imperialistischen Krieges und dem Zusammenbruch der II. Internationale als Arbeiterpartei 1914.

Es ist besonders wichtig hervorzuheben, daß die hier zu untersuchende Epoche eine *Übergangsepoche*, eine *Überleitungsepoche* darstellt: die Phase der *Herstellung des Weltmarkts*.

Mit dem Sieg Jes Nordens im amerikanischen Bürgerkrieg sowie mit der Konstituierung des deutschen Nationalstaates (1866-1870) war die Phase der Festigung nationalstaatlicher Akkumulationszentren des Kapitals in einem entscheidenden Gebiet der Erde vollendet, somit die Grundlage für die Schaffung des Weltmarktes als übergeordnete Kategorie der kapitalistischen Produktionsweise gegeben.

Stand die erste Phase des Kapitalismus unter dem Zeichen der nationalen Kriege für die Herstellung von Nationalstaaten, so leitet die zweite, verhältnismäßig "friedliche" Phase in die dritte und letzte, in die Phase des Imperialismus und der Weltkriege über. Waren die Kriege der ersten Phase *progressiv*, dienten sie der Etablierung des Kapitalismus überhaupt, so sind die Kriege der dritten Phase *reaktionär*, Ausdruck des Widerspruch zwischen erledigter Mission des Kapitalismus (Schaffung des Weltmarktes) und den kapitalistischen Grundlagen (nicht zuletzt Aufteilung in Staaten).

Waren die nationalen Staaten ein mächtiger Hebel für die Akkumulation und Konzentration des Kapitals, so ist die zweite Phase, die Übergangsphase der relativ friedlichen Entwicklung, gerade die Epoche, wo sich diese Akkumulation und Konzentration voll durchsetzen, wo Liberalismus und Demokratie auf wirtschaftlicher und politischer Ebene dialektisch zu Interventionismus und Totalitarismus führen, zum Monopol.

Waren die Verhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten in der ersten Phase des Kapitalismus durch die Unterbindung der Organisation der Arbeitskraft gekennzeichnet, so leitet die zweite Phase, die Phase der kapitalistischen Toleranz diese Organisationen in die dritte Phase über, in die Phase der Notwendigkeit für das monopolistische Kapital, diese Organisationen durch zunehmende Integrierung in den Staatsapparat zu kontrollieren.

Die zweite Phase trägt also dialektisch widersprüchliche Merkmale zur Schau: sie ist gleichzeitig Durchsetzung des Liberalismus und der Demokratie und als solche deren Aufhebung. Sie bestätigt somit die marxistische Prognose, daß die Demokratie eben die Entfaltung, den Durchbruch der Klassengegensätze ermöglicht, daß die volle bürgerliche Demokratie eine *fortschrittliche* Herrschaftsform der Bourgeoisie darstellt, fortschrittlich gerade in dem Sinne, in dem der Kapitalismus fortschrittlich ist: Vorbereitung der Klassenexplosion, des offenen politischen Totalitarismus der einen Klasse oder der anderen.

Wachsende Prosperität als Vorbereitung des Zusammenbruchs, wachsende Demokratie als Vorbereitung der Diktatur: woran soll man sich halten, wie das Gleichgewicht herstellen, die richtige Vermittlung schaffen zwischen heute und morgen, zwischen Bewegung und Endziel? Das Problem wird noch komplizierter, wenn man aufgrund der historischen Entwicklung, die zur Bildung des Nationalstaates führte, keine saubere Situation hat, wie im deutschen Reich. Einerseits ist der Staat mit vorkapitalistisch-agrarischen Hypotheken überladen, legt diese Überbleibsel nicht ab, entwickelt sich vielmehr so, daß alle Klassen sich hinter dem status quo verschanzen und die Arbeiterklasse bald als einzige für die volle Demokratisierung kämpft:

"Einerseits haben die demokratischen Einrichtungen für die bürgerliche Entwicklung in hohem Maße ihre Rolle ausgespielt...Die wirtschaftliche Entwicklung hat inzwischen eine innere und organische Verwachsung herbeigeführt, und der Verband der politischen Demokratie kann insofern ohne Gefahr für den Organismus der bürgerlichen Gesellschaft abgenommen werden. Dasselbe gilt in bezug auf die Umgestaltung der ganzen politisch-administrativen Staatsmaschine aus einem halb- oder ganzfeudalen in einen kapitalistischen Mechanismus. Diese Umgestaltung, die geschichtlich von der Demokratie unzertrennlich war, ist heute gleichfalls in so hohem Maße erreicht, daß die rein

demokratischen Ingredienzien des Staatswesens, das allgemeine Wahlrecht, die republikanische Staatsform, an sich ausscheiden können, ohne daß die Administration, das Finanzwesen, das Wehrwesen etc. in die vormärzlichen (vorbürgerlichen) Formen zurückzufallen brauchen.

Ist auf diese Weise der Liberalismus für die bürgerliche Gesellschaft wesentlich überflüssig, so andererseits in wichtigen Beziehungen direkt ein Hindernis geworden. Hier kommen zwei Faktoren in Betracht, die das gesamte politische Leben der heutigen Staaten geradezu beherrschen: die WELTPOLITIK und die ARBEITERBEWEGUNG; beides nur zwei verschiedene Seiten der gegenwärtigen Phase, so muß sich folgerichtig die bürgerliche Demokratie auf ABSTEIGENDER Linie bewegen...".

Da Kolonialismus und mit ihm Militarismus die einzige Aussicht der kapitalistischen Gesellschaft darstellen, mußten sich notgedrungen alle Parteien der bürgerlichen Demokratie und des Kleinbürgertums um sie scharen, oder zerfallen. Die Tendenz lief darauf hinaus, die Gesellschaft in zwei Lager zu spalten: hier Imperialismus, hier Sozialismus.

"Treibt somit die auswärtige Politik die Bourgeoisie in die Arme der Reaktion, so nicht minder die innere Politik - die aufstrebende Arbeiterklasse."

Soweit die Tendenz am Schnittpunkt 1899. Jawohl - und wenn man an unsere nachtrauernden Liberalen im Radikalenkostüm denkt! -, die Zitate stammen aus 1899: Rosa Luxemburg, "Reform oder Revolution". Und 1910 werden wir bereits soweit sein, daß die Sozialdemokratie in Deutschland die einzige Verteidigerin der Demokratie darstellt. Wie soll man diese Verteidigung mit dem Angriff gegen den Klassenstaat verbinden? Denn in bezug auf die revolutionäre Taktik wird klar, daß der Kampf um demokratische Einrichtungen dialektisch umschlagen muß in den Kampf gegen diese und den bürgerlichen Staat selbst.

Die schöne, friedliche Epoche, die wir hier behandeln, begann mit einem Krieg (1870/71: preussisch-französischer Krieg), mit einem Krieg, der eine proletarische Revolution (Pariser Kommune) entfesselte. Krieg und Revolution haben historisch und programmatisch einiges bestätigt und präzisiert. Der Krieg erwies sich insofern als letzter Nationalkrieg in Europa, weil er unmittelbar in ein Bündnis zwischen beider kriegsführenden Staaten gegen den Proletarischen Aufstand, die Kommune von Paris, umschlug. Ein Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Krieg wurde seitdem - von proletarischem Standpunkt aus, versteht sich - auf diesem Kontinent unmöglich.

Was die Revolution angeht, präzisierte sie das Prinzip der Diktatur des Proletariats in zweierlei Hinsicht: a) ihre Errichtung setzt die Vernichtung des bürgerlichen Staates voraus und b) sie hebt den bürgerlichen Parlamentarismus auf.

Also: wichtige strategische Lehren bzw. Bestätigungen wurden der deutschen Sozialdemokratie (denn sie sollte bald die Achse der internationalen Arbeiterbewegung werden) in die Wiege gelegt. Die Machteroberung bedeutet zugleich Vernichtung des bürgerlichen und Errichtung eines neuen Staates. Das Parlament ist weder Organ der Machteroberung noch der Klassendiktatur. Keine Unterstützung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Kriege mehr. Also Ziel klar, Strategie klar. Und die Taktik? Da wird die Sache schwieriger. Es war seit jeher die Grundfrage der sozialistischen Bewegung gewesen, wie die praktische unmittelbare Tätigkeit in Einklang mit den Endzielen zu bringen sei. Wie verbindet man Maximalprogramm und Minimalprogramm, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der damals geläufig wurde?

Das Problem war in der revolutionären Phase des Kapitalismus relativ "einfach". Die Bourgeoisie unterdrückte ohne für und wider die ökonomischen Kämpfe des Proletariats und seine Verteidigungsorganisationen. Diese eroberten sich Existenzrecht durch Politisierung ihrer Kämpfe, wobei Politik und Aufstand fast Synonyme waren. Die Verbindung zwischen ökonomischen Tageskämpfen, Durchsetzung von Koalitionsrechten und bewaffnetem Kampf war unmittelbar gegeben, sei es, wenn Arbeiter und Bourgeois zusammen gegen die alte Ordnung auf die Barrikaden gingen, sei es, wenn die Bourgeoisie ihre eigene Ordnung durchgesetzt hatte.

Die zweite Phase, mit der wir uns hier befassen, war aber, wie wir gesehen haben, eine Phase des stetigen aber relativ langsamen Heranwachsens zweier strikt zusammenhängender Faktoren: der Klassengegensätze und der bürgerlichen Klassenmacht. Auf der Grundlage der kapitalistischen Expansion während einer voraussichtlich langen Periode stellte sich eine Doppelfrage: wie die unmittelbaren Kämpfe, die jetzt zunehmend toleriert wurden, mit dem politischen Kampf verbinden, d.h. wie die Zersplitterung der Arbeiterklasse in verschiedene Kategorien überwinden, um - zumal in Deutschland wegen des agrarischen Ballastes - oft in Verbindung mit einem Teil der Bourgeoisie annehmbare Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft durchzusetzen, d.h. wieder die Arbeiterklasse und den Kapitalismus vor den Übergriffen der einzelnen Bourgeois, vor der Ausmergelung des Proletariats schützen? Und dann: wie die Arbeiterklasse ins politische Leben hineinziehen, um einen Druck auszuüben, um einen Widerstand gegen die wachsende Macht und Willkür der Bourgeoisie und des Staates entgegenzusetzen? Schließlich: die Arbeiterklasse, die immer mehr zur größten Klasse der Gesellschaft wurde, für den Kampf um ein effektiv liberales und bürgerliches Wahlrecht, für eine Demokratisierung des Staates erziehen und organisieren. Warum? Weil je demokratischer der Staat, d.h. je bürgerlicher, d.h. je mehr er in den einzelnen gleiche Bürger sieht und ihnen deshalb formal gleiche politische Rechte einräumt, desto mehr kommen die Klassengegensätze der modernen Gesellschaft zum Ausbruch, desto mehr wird das politische Leben zu einer Widerspiegelung der Industrieproduktion, desto klarer treten die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf, desto mehr gruppiert sich die ganze Reaktion um die Bourgeoisie, unter Führung der Bourgeoisie, anstelle einer Gruppierung der Bourgeoisie um vorkapitalistische oder agrarkapitalistische oder gar dynastische Interessen (ganz abgesehen vom Lokalismus), anstelle auch eines Hinundherschwankens der Bourgeoisie zwischen den alten Klassen und dem Proletariat.

Wir haben das Zitat von Rosa Luxemburg vorausgeschickt, obwohl es die ganze Tendenz beschreibt und somit vieles vorwegnimmt. Warum? Weil daraus klar wird, daß die bürgerliche Demokratie mit ihren Repräsentationsorganen, durch ihre Repräsentationsorgane, ein mächtiges Instrument war, alle Instanzen des bürgerlichen Staates mit der Bourgeoisie zu verwachsen, die Bourgeoisie als Klasse dem Proletariat gegenüberzustellen. Sie bedeutet somit aber auch den Versuch der Bourgeoisie, das Proletariat in ihr Fahrwasser zu ziehen, die Klassengegensätze, die sie selbst schafft, oder besser gesagt in reiner Form zum Ausdruck bringt, abzustumpfen. Der Weg ihrer Vervollendung, der Weg, der zu ihrer Aufhebung führt, beruht auf Kolonialismus und Imperialismus, auf einer unerhörten Zusammenballung der wirtschaftlichen und militärischen Macht der Bourgeoisie: er liefert also der Bourgeoisie alle Mittel zur Korruption und Einschüchterung des Proletariats. Gelingt es der Bourgeoisie, die proletarische Klassenbewegung dadurch zu untergraben, hat sie die besten Voraussetzungen sowohl dafür geschaffen, die Bewegung entsprechend der Konzentration des Kapitals totalitär zu kontrollieren, als auch dafür, das Proletariat im Hinblick auf die ^{zu}erwartenden Katastrophen zu entwaffnen.

Mit der Niederlage des französischen Proletariats 1871 und mit der stürmischen Entwicklung des deutschen Kapitals nach der Reichsgründung waren die Bedingungen gegeben für die Verlagerung des Schwerpunktes der Arbeiterbewegung nach Deutschland. War in der ersten Phase der bürgerlichen Herrschaft die proletarische Klassenbewegung zunächst in England und dann in Frankreich angesiedelt, so wird die deutsche Bewegung für die zweite Phase charakteristisch werden, während die dritte, die Phase des vollendeten Imperialismus und Totalitarismus nach der russischen Revolution, die ganze Welt revolutionär ergreifen wird.

Das Schicksal der englischen Bewegung liefert uns ein wichtiges Beispiel. In England bildete sich zum ersten Mal in der Geschichte ein Proletariat mit scharfen Klassenkonturen. Dieses Proletariat führt einen glänzenden Kampf gegen die Bourgeoisie bis zur Herstellung des englischen Kolonialreiches und Weltmonopols, wird dann systematisch korrumpiert und verbürgerlicht, seine Führer sind bereits in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts reine Bourgeois. Mit der Entfesselung des Konkurrenzkampfes um den Weltmarkt kehrte sich die Tendenz um: einerseits wurden die Quellen der Arbeiterkorrumpierung für die Engländer weniger üppig, andererseits bemühte sich die Bourgeoisie umso mehr, die Arbeiter für die Verteidigung des eigenen Imperialismus hinter sich zu halten. Ausgeprägter Arbeiterimperialismus in der Vorbereitung und während des 1. Weltkrieges. Danach große Krise, da die Ergebnisse des Krieges zwar den Prozeß verlangsamen, aber nicht umkehren können. Das Proletariat ist aber infolge seiner Abhängigkeit von der Bourgeoisie unfähig, eine eigene Klassenpolitik zu verfolgen und die Nachkriegskrise auszunutzen. Erst Mitte der 20er Jahre kann es eine großangelegte Bewegung artikulieren, die aber bereits mit der opportunistischen Korrumpierung der neuen Internationale zusammenfiel und kläglich verraten wurde. Das ist aber eine andere Geschichte.

Kommen wir zum Deutschland unserer "Zweiten Phase" zurück. Es ist nicht nur deshalb exemplarisch, weil sich die Achse der Arbeiterbewegung dahin verlagert hat, sondern weil man in Deutschland die Entwicklung auch am besten beobachten kann: sie setzt sich nicht wegen einer typischen Reinheit der kapitalistischen Gesellschaft voll und beispielhaft durch, sondern trotz einer fehlenden Reinheit. Sie liefert uns deshalb auch die breiteste Palette der taktischen Zwänge und der taktischen Möglichkeiten.

In Deutschland war nach der Reichsgründung - wenn auch in abnehmendem Maße infolge der industriellen Entwicklung - die Industriewelt mit der agrarischen verwachsen. Unternehmerwillkür herrschte in der Industrie und wurde von einem Staat sanktioniert, der agrarische und lokalistische Interessen in einem weiten Maße vertrat und demzufolge für die "Rettenungsmaßnahmen" des Kapitals (wie Marx einmal den Arbeitsschutz nannte) wenig Sinn hatte. Mit der Demokratie war es schlecht bestellt: das Gewicht der Kleinstaaterei war groß, die Landtage der verschiedenen Staaten wurden nach dem Klassenrecht und nicht nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt, der Reichstag war gegenüber der Monarchie ohnmächtig und selbst nach einer Kreiseinteilung gewählt, die die zunehmende Industrialisierung und Verstärkung außer acht ließ und auf eine totale Disproportion zwischen Stimmenanteil und Mandaten hinauslief. Wie wir bereits erwähnten, wurde mit der Weltpolitik die wichtige Frage aufgeworfen, wie man das Proletariat für den Widerstand gegen die Machtzusammenballung der Bourgeoisie und des Staates aufrütteln konnte, zumal diese Militarisierung auch unmittelbar das Leben des Proletariats betraf (Finanzierung der Militärausgaben). Hinzukam (und hier spielten Agrarinteressen und Industrieweltmarktinteressen wieder zusammen) die Zollfrage, die nicht mehr dem Schutz einer entstehenden Industrie entsprach, sondern dem Versuch einer zunehmenden Ausbeutung des Proletariats (hohe Inlandspreise, Schleuderpreise im Ausland) - wie man sieht, setzt sich die kapitalistische Tendenz immer widersprüchlich durch: Weltmarktherstellung und Protektionismus.

Die Verzahnung dieser verschiedenen Probleme, das Hineinziehen der Arbeiterklasse in den politischen Kampf, um auf diese Fragen in ihrem Sinne Stellung zu nehmen, ihre Hineinziehung auf der Grundlage dieser Probleme, bildete das Bindeglied zwischen unmittelbarer Aktion und revolutionärer Vorbereitung des Proletariats, oder sollte es bilden.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die "Weltpolitik", also das, was später Imperialismus genannt wurde, die einzige Alternative war, die der Kapitalismus historisch dem Sozialismus zu bieten hatte. Wir haben auch gesehen, daß diese Weltpolitik dem Proletariat langfristig nur wachsende Unterdrückung und verschlechterte Kampfbedingungen zu bieten hatte, Andererseits ist es verständlich, daß diese "Weltpolitik" eine enorme Anziehungskraft ausübte: sie bedeutete zunächst zwar eine Verschlechterung der proletarischen Lebenslage, denn sie mußte finanziert werden, andererseits versprach sie aber dem Proletariat sehr bald eine Beteiligung an den Kolonialprofiten und eine Sicherung der Arbeitsplätze, mindestens für eine Überschicht der Arbeiterklasse. Sie bedeutete zwar Vorbereitung des Weltkriegs, setzte aber zunächst durch als Verlagerung der Kriege auf die Peripherie der zivilisierten Welt. Sie bedeutete zwar zukünftig schreckliche Klassenkonflikte, verlagerte die Klassenkonflikte zunächst auf die Kolonien, entzündete den ant imperialistischen Kampf in diesen Kolonien. Durch Verwachsung der Bourgeoisie mit dem Kaiserreich und dem Junkertum verhinderte sie zwar die Demokratisierung, machte aber dadurch diese Demokratisierung entbehrlich für alle nichtproletarischen Schichten, d.h., daß diese Demokratisierung nur in einer Situation der sozialen Hochspannung als Vorbeugungsmaßnahme und Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution denkbar wäre. Sie stachelte die Arbeiterklasse auf, weckte aber gleichzeitig in der Bourgeoisie die Bereitschaft, den übergeordneten Weltmarktinteressen zuliebe Tageskonzessionen zu machen, um den inneren Frieden zu erhalten. Die Prosperität schafft außerdem eine günstige Marktlage für den Verkauf der Ware Arbeitskraft, und aus blühenden Profiten läßt sich leichter etwas für die Arbeiter abzweigen.

Dieses Allgemeinbild einmal gegeben, schauen wir uns mal das Selbstverständnis und die Entwicklung der Sozialdemokratie an, um vor diesem Hintergrund, in diesem Zusammenhang auf die Parlamentarität einzugehen.

Die Fragestellung Anfang der 90er Jahre: Der Marxismus prognostizierte Anfang bis Mitte der 90er Jahre (Artikel von Kautsky in der "Neuen Zeit", verschiedene Aufsätze von Engels) folgende Entwicklung: durch den Klassenkampf dazu gezwungen, der Entwicklung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung einen angemessenen formalrechtlichen Rahmen zu gewähren, hatte der bestehende Staat die Bedingungen für eine ständige Entwicklung des sozialistischen Einflusses freigegeben. Die Arbeiterpartei gewann zunehmenden Einfluß und konnte durch Ausschöpfung der legalen Möglichkeiten die Arbeitermassen in einer Phase der Milderung der Klassengegensätze sowohl für die Verteidigung ihrer unmittelbaren Klasseninteressen organisieren, als auch ins politische Leben als *unversöhnliche Opposition* zu allen anderen Parteien hineinziehen. Die dadurch erreichte politische Autorität der Arbeiterpartei, die dadurch zustandegekommene Organisation, veranlaßten die Bourgeoisie und ihren Staat immer wieder einen Angriff gegen die Sozialdemokratie zu erwägen. Dieser Eingriff konnte aber in Anbetracht der ruhig verlaufenden Situation nicht gestartet werden, würde er ja nur die Entwicklung überstützen. Andererseits würde diese ruhige Entwicklung selbst umschlagen, und der bürgerliche Angriff doch entfesselt: wenn die Arbeiterbewegung unmittelbar keine revolutionäre Taktik anwenden konnte, so mußte sie sich auf eine revolutionäre Situation vorbereiten. Diese Situation würde die ganze Reaktion um die bürgerliche Demokratie gegen die Arbeiterklasse organisieren. Der :

Kampf würde also zwischen der unter dem Deckmantel der Demokratie organisierten antiproletarischen Reaktion und dem sozialistischen Proletariat stattfinden. Die Position der prinzipiellen Unnachgiebigkeit gegenüber der Bourgeoisie war daher trotz zeitweiliger Wahl- und Parlamentsbündnisse gegen die Kräfte des agrarischen und monarchischen Vorkapitalismus unerlässlich, und auch bei den Fragen, wo der Staat die Interessen des Gesamtkapitals in einem auch für die Arbeiterklasse günstigen Sinne vertrat (z.B. verschiedene Arbeitsschutzgesetze) war die Opposition beizubehalten, denn vom sozialistischen Standpunkt waren diese Reformen nicht nach Maßgabe der jeweiligen Kapitalinteressen, sondern der Bedürfnisse des Proletariats zu verwirklichen. Noch 1891 war eine Politik der "Zweckmäßigkeit", der opportunistischen Anlehnung an die Bourgeoisie und an den Staat, also eine Politik der Preisgabe des proletarischen, revolutionären Ziels zugunsten einer reformistischen Politik des "Nationalsozialismus" undenkbar, waren ja die lasalleianischen Vorstellungen eines "Staatssozialismus" von der Wirklichkeit der bürgerlichen Reaktion während der Periode des Sozialistengesetzes eben untergraben worden. Als Vollmar 1891 revisionistische Auffassungen auf einem sozialdemokratischen Kongreß vertritt, bleibt er also völlig isoliert, Einzelerscheinung.

Anders sieht die Sache 1899 aus. Im Laufe der 90er Jahre breitete sich die sogenannte friedliche Entwicklung in sehr ausgedehnter Form aus. Die vollmarschen Auffassungen tauchten bereits in einem ganzen Flügel der Partei auf und artikulierten sich theoretisch vor allem bei Bernstein, der den ganzen Marxismus über Bord wirft und der Sozialdemokratie vor schlägt, ihre revolutionären Perspektiven abzulegen und sich voll und ganz als Partei der allmählichen Sozialreform zu entfalten.

Im Rahmen dieses summarischen Referates können wir nicht die ganze Auffassung des sozialdemokratischen Opportunismus ausbreiten. Die Uebel des Opportunismus hat Bernstein geschrieben. Die Positionen, die er in seinem Buch "Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" zusammengefaßt und zu "begründen" versucht hat, bilden seitdem die Grundlage jeder nichtmarxistischen Arbeiterpolitik, sie entsprechen dem berühmten trade-unionistischen Bewußtsein, mit dem Lenin sich in "Was tun?" auseinandergesetzt hat, und es ist deshalb kein Wunder, daß die Gewerkschaftler der Sozialdemokratie, d.h. die Leute, die Gewerkschaftsarbeit nicht in Unterordnung zur Partei, sondern als "lebensfürtigen" oder gar unabhängigen Kampf betrieben, sich mit Bernsteins Positionen identifiziert haben.

Die Position von Bernstein ist kristallklar und keineswegs borniert. Sie geht vielmehr von derselben materiellen Ebene aus, wie der Marxismus, wurde konsequent und invariant, ohne Rücksicht auf "Parteidemokratie" oder "Stimmengmehrheit" vertreten, ließ sich von keinem theoretischen oder materiellen Sieg der Gegenposition beirren, m.a.W., sie hatte die Kraft einer Klassenposition. Bernstein hat in seinem Buch klipp und klar gesagt: "Das Votum einer Versammlung, und steht sie noch so hoch, kann mich selbstverständlich in meinem aus Prüfung der sozialen Erscheinungen gewonnenen Anschauungen nicht irremachen." Dem tut kein Abbruch, daß seine Anschauungen aus der Tiefe der bürgerlichen Ideologie stammen. Ihre wissenschaftliche Vernichtung durch Rosa Luxemburg, die Bernstein wohl verstanden hat und sogar - als hochstehender Gegner, denn das war er - als vom Standpunkte des Marxismus und überhaupt der wissenschaftlichen Anschauung als richtig ansah, hat ihn ebensowenig erschüttert. Darauf antwortete er nur, Rosa Luxemburg hätte recht, er aber stünde eben auf der Position, die sie verwarf: Idealismus. Eine solche Konsequenz ist nur möglich, wenn man sich des Grundproblems bewußt ist, d.h., wenn man von Existenz des Klassenkampfes und trotz des ganzen Blablas der Milderung der Klassengegensätze doch von der Möglichkeit ihrer Zuspitzung ausgeht. Bernstein geht es wirklich nicht um die Theorie, sondern um das Programm, das Programm der Klassenkollaboration. Daß die theo-

retische (und in diesem Fall ideologische Begründung) dieses Programms, wie jedes Programms, erforderlich ist und geleistet wurde, ändert nichts an der Sache. Dieses erledigt sich nur auf der Ebene ihrer Durchsetzung. Daß dieser höchste ideologische Vertreter der Bourgeoisie nichts anderes tut, als ein bestimmtes, für die Bourgeoisie günstiges Moment theoretisch überhistorisch zu verallgemeinern, ist vom Klassenstandpunkt der Bourgeoisie aus durchaus legitim, ging es ja darum, auf der Grundlage der Klassenkollaboration das Proletariat in jeder Hinsicht zu entwaffnen.

"Und da ist der Schluß dieser Darlegungen der sehr banale Satz, daß die Er-
kämpfung der Demokratie die Ausbildung von politischen und wirtschaftlichen
Organen der Demokratie die unerläßliche Vorbedingung für die Verwirklichung
des Sozialismus ist. Wenn darauf erwidert wird, daß die Aussichten, dies ohne
politische Katastrophe zu erringen, in Deutschland äußerst gering, ja so
gut wie nicht vorhanden seien, daß das deutsche Bürgertum immerreaktionärer
werde, so mag das für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche
Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es kann ja nicht auf die Dauer so
sein. Das, was man Bürgertum nennt, ist eine sehr zusammengesetzte Klasse,
aus allerhand Schichten mit sehr verschiedenartigen, beziehungsweise unter-
schiedlichen Interessen bestehend. Diese Schichten halten auf die Dauer
zusammen, wenn sie sich entweder gleichmäßig bedrückt oder gleichmäßig be-
droht sehen. Im vorliegenden Falle kann es sich natürlich nur um das letztere
handeln, das heißt, daß das Bürgertum eine einheitliche reaktionäre Masse bil-
det, weil sich alle seine Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig
(sic!) bedroht fühlen, die einen ⁱⁿ ihren ideologischen Interessen: in ihrer
Religion, ihrem Patriotismus, in ihrem Wunsche, dem Lande die Schrecken einer
gewalttätigen Revolution zu ersparen (3x sic!).

Das ist nun nicht nötig. Denn die Sozialdemokratie bedroht sie nicht alle
gleichmäßig und niemand als Person, und sie selbst schwärmt in keiner Weise
für eine gewalttätige Revolution gegen die gesamte nichtproletarische Welt
(man bemerke die Feinheiten des Ausdruckes!!!). Je deutlicher dies gesagt
und begründet wird, um so eher wird jene einheitliche Furcht weichen, denn
viele Elemente des Bürgertums fühlen sich von anderer Seite her bedrückt (d.h.
von den vordemokratischen Überbleibseln, denn das Kapital bedroht nach
Bernstein nicht die Kleinbourgeoisie) und würden lieber gegen diese, deren
Druck auch auf der Arbeiterklasse lastet, als gegen die Arbeiter Front machen,
lieber der letzteren als der ersteren Bundesgenossen sein. Sie mögen ^{un}sichere
Kantonisten sein, aber man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen
erklärt, wir wollen euch helfen, den Feind zu fressen, aber gleich hinterher
fressen wir euch. Da es sich nun unter keinen Umständen um eine allgemeine,
gleichzeitige und gewalttätige Expropriation, sondern um die ALLMÄHLICHE AB-
LÖSUNG DURCH ORGANISATION UND GESETZ (im Original unterstrichen) handelt,
so würde es der demokratischen Entwicklung sicher keinen Abbruch tun, der
tatsächlich veralteten Freßlegende auch in der Phrase den Abschied zu geben!"

Die Position ist wie gesagt klar: ohne proletarischen Klassenkampf keine
Bedrohung seitens der Bourgeoisie. Die Möglichkeit der friedlichen Entwick-
lung setzt die allgemeine Entwaffnung des Proletariats, dessen Verzicht auf
Klassenkampf voraus. Bernstein formuliert also den klassischen bürgerlichen
Satz:

"Der Feudalismus mit seinen starren, ständischen Einrichtungen mußte fast
überall mit Gewalt gesprengt werden. Die liberalen Einrichtungen der moder-
nen Gesellschaft unterscheiden sich gerade darin von jenen, daß sie langsam,
wandlungs- und entwicklungsfähig sind. Sie brauchen nicht gesprengt, sie
brauchen nur FORTENTWICKELT zu werden." Und er zitiert Aussagen von sozial-
demokratischen Bundesgenossen aus der Schweiz und aus Spanien: "die demo-
kratische Entwicklung kommt uns zu Hilfe, um den Klassenkampf nach und
nach durch den Ausbau der sozialen Demokratie zu ersetzen, in sich zu ab-

sorbieren" und "Die Bourgeoisie, welcher Schattierung sie auch sei, muß sich davon überzeugen, daß wir uns nicht gewaltsam der Herrschaft bemächtigen wollen durch dieselben Mittel, die sie einst angewandt hat, durch Gewalttätigkeit und Blutvergiessen, sondern durch gesetzliche Mittel, wie sie der Zivilisation angemessen sind."

Was aber, wenn diese Entwicklung durch Provokationen, versteht sich, nicht der Bourgeoisie, sondern der "Reaktionären" und "Feudalen" gebremst oder gestört wird? Auch da hat Bernstein sein Rezept parat: "Wenn aber unter normalen Verhältnissen die Verkürzung des Wahlrechts (B. hatte eben gesagt, daß man selbst bei prinzipiellen Gegnern des allgemeinen Wahlrechts "eine gewisse moralische Scheu", dem Volk dieses Recht zu nehmen, voraussetzen dürfe) eine revolutionäre Spannung mit all ihren Gefahren für die Regierenden schaffen würde, so kann dagegen von ernsthaften technischen Schwierigkeiten einer solchen Änderung des Wahlrechts, die einen Erfolg unabhängiger sozialistischer Kandidaturen nur noch als Ausnahme zuliesse, nicht die Rede sein. Es sind lediglich die politischen Rücksichten, die hier den Ausschlag geben. Daß es aber Situationen gibt, wo die auf sie gestützten Bedenken, wie Spreu vor dem Winde, zerstreuen würden, braucht hier nicht des Ausführlichen dargelegt werden, noch daß es nicht innerhalb der Macht der Sozialdemokratie liegt, sie zu verhindern. Sie kann wohl ihrerseits den Entschluß, sich durch keine Provokationen zu gewalttätigen Zusammenstößen verleiten lassen, bis in seine äußersten Konsequenzen durchführen, aber sie hat nicht die Macht, die politisch unorganisierte Masse unter allen Umständen von solchen zurückzuhalten. Aus diesen und anderen Gründen erscheint es nicht wohlgetan, die Politik der Sozialdemokratie einseitig von den Bedingungen und Möglichkeiten des Reichtagwahlrechts abhängig zu machen."

Es gibt ja nicht nur Parlamente, sondern Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeindepolitik (Munizipalsozialismus). "Aber mit dem Ausschluß aus den Vertretungskörpern würde die deutsche Arbeiterbewegung in hohem Grade des inneren Zusammenhangs verlustig gehen, der heute ihre verschiedenen Glieder verbindet, sie würde einen chaotischen Charakter erhalten, und an die Stelle des ruhigen, unablässigen Vormarsches im festen Schritt würden sprunghafte Vorwärtsbewegungen treten mit den unausbleiblichen Rückschlägen und Ermattungen. Eine solche Entwicklung liegt weder im Interesse der Arbeiterklasse, noch kann sie jenen Gegnern der Sozialdemokratie als wünschenswert erscheinen, die zu der Erkenntnis gelangt sind, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung...dem Gesetz der Veränderung unterliegt, und daß eine katastrophenmäßige Entwicklung mit all ihren Schrecken und Verheerungen nur dadurch vermieden werden kann, daß den Veränderungen in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen und der Klassenentwicklung und im politischen Recht Rechnung getragen wird."

Und wie soll man den Einfluß dieser Leute und auch ihre lt. Bernstein "stets wachsende Zahl" vergrößern? Sehr einfach: dies alles würde immer weiter zum besten laufen, "wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraselogie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist und DAS SCHEINEN ZU WOLLEN, WAS SIE HEUTE IN WIRKLICHKEIT IST: EINE DEMOKRATISCH-SOZIALISTISCHE REFORMPARTEI".

Was aus allen diesen Zeilen spricht ist deutlich genug, bedarf keiner großen Deutungsanstrengung: die Arbeiterpartei und die Arbeiterklasse selbst sollen sich vom Klassenkampf lossagen und mit der Bourgeoisie in jeder Situation, trotz aller "Provokationen" eine tiefgehende Kollaboration eingehen. Daß hier kein "Flügel" des proletarischen Sozialismus zu Worte kommt, sondern die Bourgeoisie selbst, ist kristallklar. Die Sache wird bis zur äußersten Spitze getrieben:

"Im übrigen wiederhole ich, je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen, was sie ist, um so mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Frucht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten gebärdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum für die Er kämpfung von Reformen verbündeten."

Der Zusammenbruch, die revolutionäre Katastrophe liegt so sehr im Kern der Bernsteinischen Überlegungen wie der sozialistischen. Für Bernstein kann und muß man den Zusammenbruch aber vermeiden, dadurch, daß das Proletariat als Klasse (im politischen Sinne des Wortes) von der Szene verschwindet.

Zehn Jahre später wird Rosa Luxemburg konstatieren müssen, daß man seit dem Anfang auf der Defensive (im Kampf gegen den Reformismus) stand. Und Lenin wird anläßlich des Ausbruchs des Sozialchauvinismus im Krieg präzise klarstellen worum es geht: wenn ein Teil der Arbeiterpartei zur Bourgeoisie übergeht, als Agent der Bourgeoisie innerhalb der Partei und des Proletariats tätig ist, sind die Revolutionäre, solange sie mit diesen Leuten in einer Partei verbleiben, in einer Position der Schwäche, weil auf der Seite der anderen die ganze Macht der Bourgeoisie und des bestehenden Staates steht, weil jede, auch langfristige Vorbereitung der Revolution innerhalb des Organes dieser Vorbereitung selbst sabotiert wird (siehe den obigen Satz über die "Provokationen"), von der unmittelbaren Vorbereitung ganz zu schweigen, denn sie verlangt Verschwörung und man kann mit Agenten des Feindes keine Verschwörung gegen diesen Feind organisieren.

Und somit kommen wir auf den Parlamentarismus. Für die Sozialdemokratie in ihren Anfängen - und für die Linke bis zum Zusammenbruch - lag das Schwergewicht der parlamentarischen Tätigkeit auf der Straße. Die Möglichkeit der parlamentarischen Tätigkeit selbst war nur durch den Druck des Klassenkampfes gegeben. Tendenz: alle parlamentarischen Parteien stützten sich auf den Staat, die Sozialdemokratie verbleibt als einzige Oppositionspartei und stützt sich auf die Massen, auf den Klassenkampf. Ihre Agitation via Wahlkampf und via Parlamentstätigkeit rüttelte die Massen auf und lieferte dadurch die Basis, auch durch Parlamentstätigkeit der herrschenden Klasse Zugeständnisse abzutrotzen. Je mehr aber die anderen Parlamentsparteien sich zu einem reaktionären Block formieren, desto größer wird die Gefahr, daß die Staatsmacht auch aus Anlaß einer reformistischen Wahlrechtsagitation die Sozialdemokratie vogelfrei macht und mit entfesselter Gewalt bekämpft. Geschieht das unter den Bedingungen einer in einem bürgerlichen und einem proletarischen Flügel gespaltenen Partei, unter einem niedrigen Druck des Klassenkampfes, hat die Sozialdemokratie in ihrer Parlamentstätigkeit keinen anderen Ausweg, als die Hosen immer wieder runterzuziehen. Je imperialistischer die Bourgeoisie aber wird, d.h. je mehr sie bereit ist, durch Konzessionen + Gewaltandrohung die Kollaboration des Proletariats für ihre imperialistische Politik zu gewinnen, desto mehr ist der offizielle Vertreter dieses Proletariats (Gewerkschaften und parlamentarische Partei) als Klassenmacht verloren. Es ist die geschichtliche Entwicklung selbst, die auf eine Spaltung in zwei Parteien, eine parlamentarische Partei der Klassenkollaboration und eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes hinführt, während Opportunisten und Vorstand der Partei danach trachten, die absolute Parteeinheit zu wahren, denn nur so können sie den revolutionären Flügel kontrollieren und dem Klassenkampf,

von allen im umgekehrten Verhältnis zu dieser Kontrolle erwarteten Ausbruch der revolutionären Gegensätze vorbeugen. Die Siege der Linken werden zunehmend zu theoretischen Siegen, zu Konzessionen auf dem Papier, um die Einheit der Partei zu wahren, was Rosa Luxemburg sehr richtig erkannte

und woran sie, ohne weitere Konsequenzen zu ziehen, die große Tragik des Kampfes gegen den Opportunismus erblickte: den Opportunismus kann man nur mit der Aktion, mit dem Klassenkampf bekämpfen, aber all e ihre Vorschläge für die Vorbereitung der Klassenkampfaktionen wurden systematisch sabotiert, denn der Klassenkampf des Proletariats würde die Bourgeoisie provozieren, die Einheit der Partei sprengen. usw.

Je mehr man aber auf dieser Linie verblieb, desto ungehinderter konnte die Bourgeoisie die natürliche Tendenz zur Zusammenballung ihrer Macht durchsetzen.

Als Kautsky 1910 seinen letzten Versuch als Marxist unternahm und die sich anbahnende Zuspitzung der Klassengegensätze konstatierte, die Eröffnung eines neuen Zeitalters der Revolution voraussagte und nachwies, versuchte die Parteiführung die Veröffentlichung seines Buches zu unterbinden und erlaubte sie nur nach den notwendigen Konzessionen inhaltlicher und formeller Natur seitens des Verfassers. In diesem Buch (*Der Weg zur Macht*) zeigte Kautsky, daß der Imperialismus der Ansatzpunkt werden würde, von dem aus das herrschende System aus den Angeln gehoben werden sollte. Er zeigte, daß die "friedliche Epoche" nunmehr zu Ende war, und daß dies sogar auf der Ebene der unmittelbaren Lohnkämpfe offen zutage trat: die Gewerkschaften standen nicht mehr den einzelnen Unternehmern gegenüber, sondern mächtigen Unternehmerverbänden, die mit dem Staat zusammenarbeiteten und die Notwendigkeit der Verbindung von gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen auf die Tagesordnung setzte. *Was er aber nicht zeigte*, war, daß diese Notwendigkeit schon längst von der Partei und den Gewerkschaftsführungen erkannt worden war, die nunmehr ihrerseits versuchten, *auf der Grundlage des Imperialismus ihrerseits den Staat zu beeinflussen*, um Konzessionen für die Arbeiterklasse zu erlangen, was er nicht zeigte, war, daß eine lange Periode der Sabotage des Klassenkampfes, der objektiv bedingten Untergrabung der Klassengegensätze (aber Marxisten schwimmen dann *gegen den Strom*) die alte Partei "taub" gemacht hatten.

die SPD versucht

Jetzt gab es überall "bayerische Verhältnisse". Bereits 1899 hatte/ihre parlamentarische Schwäche in Bayern, die u.a. auf ein reaktionäres Wahlrecht zurückzuführen war, durch ein Wahlbündnis mit einer bürgerlichen Partei, die für dieses reaktionäre Wahlrecht mitverantwortlich war, auszugleichen. Auch bereits 1898 wurde die Kompensationspolitik von den Opportunisten auf die Tagesordnung gesetzt: Militärforderungen der Regierung im Tauschhandel gegen Volksfreiheiten unterstützt.

1910 wurde das alles nicht nur - wie 1899 - von der Partei angeblich prinzipiell "abgelehnt", es wurde auch, im Gegenteil zu 1899 immer mehr praktiziert bis zu den schamlosesten Konsequenzen der Partei in Baden-Württemberg, die vor dem König Diener machte, wo man nicht nur Bürgermeisterkandidaten zur Wahl stellte und Wahlkämpfe veranstaltete, die mehr an die amerikanischen Präsidentschaftswahlen erinnern (Rosa Luxemburg), wo man schließlich *dem Haushalt der Regierung zustimmte* und somit die oppositionelle Politik formell aufgab. Aber nicht darin liegt das große Zeichen des bereits durchgesetzten Opportunismus, sondern darin, daß man die *Straßenkämpfe, selbst für die Demokratisierung des Wahlrechts nurmehr nur noch halbherzig führte und nach den ersten Kundgebungen abbrach, daß man die Maifeier (und somit den Kampf um den Achtstundentag) zum alten Eisen geworfen hatte*, daß man schließlich aus der Klemme der widrigen Kräfteverhältnisse im Lohnkampf dadurch zu fliehen versuchte, daß man die völlige Durchsetzung der Schiedsgerichte befürwortete (nicht mehr in einer Phase, wo diese Gerichte aufgrund der Kräfteverhältnisse - historisch gesehen - "unparteilich" sein konnten, sondern in einer Phase, wo diese zu einer Gefängniszelle für die ökonomischen Aktionen wurden, ob man es wollte oder nicht.

Rückblickend kann man sagen, daß 1914 keine Überraschung war, sondern nur konsequente Vollendung. Bernstein selbst wohl hinterlistig hämisch lachend, verstand das Zeichen der Zeit, stimate aus wohlüberlegtem Patriotismus - wie er selbst zugibt - teilweise gegen die Kriegskredite; getreu seiner Politik, stand er unter den Gründern der USPD, als die Spaltung nicht mehr zu verhindern war: ihm galt es nur, die Radikalisierung der Massen aufzufangen, und das kann man nicht, wenn man von der geschichtlichen Entwicklung gezwungen wird, den Bluthund zu spielen.

Es war aber doch die Straße, und nicht der parlamentarische Kampf, die den Achtsturentag in dem Revolutionsjahr 1918 abretzte. Und es war auch der Druck der Straße, das Gaspeln an der Revolution, das die Bourgeoisie dazu veranlaßte, die demokratische Republik des Prinzen Max von Baden und der sozialdemokratischen Senzen zu errichten - letzterer, und wegen des Fehlens einer kommunistischen Partei leider gelungener Versuch, das revolutionäre Vorstürmen des Proletariats zu verhindern, um es vor dem Hintergrund der parlamentarisch-demokratischen Republik, den Rahmen dieser von Sozialdemokraten geführten Republik strikt einhaltend, im Blut zu erstickten. Und die Parlamentarier konnten sich dem jahrelang an den Errungenschaften dieser Republik und an dem allgemeinen Wohlstand, alles resp. die ebenso jahrelanger Unterdrückung des Proletariats, ergötzen, um gleichzeitig das Proletariat zu entwaffnen und die nationalsozialistische Lösung zu begünstigen, vor der sie dann abdankten. Vor den Nationalsozialisten galt nicht mehr, wie vor den rebellierenden Proletariern, die "Republik zu retten". Man nahm den Hut und rettete... die Ehre der Demokratie, mit einer schönen Rede, wie SPD-Oberideologe Carlo Schmid mit der Unverschämtheit des altgedienten Lakaien später schildern sollte.

Auf dem Parteitag von 1908 in Magdeburg war folgendes das Leitmotiv der Reden der Opportunisten: Entweder erkennen wir, daß wir auf dem Boden des heutigen Staates wichtige Errungenschaften positiver Natur erzielen können, und dann sei es notwendig, unsere uniduzierte grundsätzliche Feindschaft gegen den bestehenden Staat, deren unabwiesbare Konsequenz die Abtönnung des Budgets des Klassenstaates ist, aufzugeben, oder wir sollen offen erklären: auf dem Boden des bestehenden Staates ist keine namhafte Errungenschaft möglich. Dann aber sollen wir die Konsequenzen ziehen: Her aus den Parlamenten! Dann hätte unser Kampf um die Erringung der politischen Rechte gar keinen Sinn.

Darauf entgegnete Rosa Luxemburg, daß es eine Politik geben kann die ebenso weit entfernt ist von bürgerlicher Reformpolitik wie von anarchistischen Hirngespinnsten, die mit allem Nachdruck um positive Errungenschaften kämpft, zugleich aber mit ebenso kräftigem Nachdruck die prinzipielle Feindschaft gegen den bestehenden Staat auf Schritt und Tritt zum Ausdruck bringt.

Wir wissen auch aus allen ihren Ausführungen, daß für sie die Parlamentarität nur einen - wenn auch sehr wichtigen - agitatorischen Wert hatte.

Was sie aber, die immer so schön die Tendenz zur Aufhebung der Demokratie durch die imperialistische Entwicklung unterstrich, die die Korruption der Parlamentarier und die erdrückende Lähmung der Organisation durch die Ausrichtung auf die Wahlkämpfe anbrangerte - was sie aber vielleicht nicht bemerkte, war, daß nicht die korrupten Opportunisten und Gewerkschaftler die Möglichkeiten des revolutionären Parlamentarismus praktisch bis zum Verschwinden eingeengt hatten, sondern die geschichtliche Entwicklung - und mit ihr die tragische geschichtliche Erfahrung. In der Tat war der Opportunismus nennbar in der Praxis, durch die Vorbereitung der revolutionären Aktion zu besiegen. Hier liegt der Sinn unseres Wahlboykottismus.

Auf der Grundlage des Kampfes für die proletarische Revolution, gegen die vom demokratischen und parlamentarischen Gift durchsetzte sozialdemokratische Internationale entstand nach dem I. Weltkrieg und nach der russischen Revolution die kommunistische Internationale, die III. Internationale. Sie konnte sich nicht nur auf die Wiederherstellung der marxistischen Prinzipien und der marxistischen Theorie - Diktatur des Proletariats, die sich nur als Diktatur der kommunistischen Partei verwirklichen läßt, proletarischer Massenkampf gegen demokratische Verständigung, Organisation und Führung des Proletariats für den Aufstand, die Vernichtung des bürgerlichen Staates und die Ausübung der terroristischen Klassengewalt gegen die besiegten Klassen, für den Bürgerkrieg, rigorose Ablehnung der bürgerlichen "Arbeiterparteien", der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten - errichten, sondern auch auf die enorme Erfahrung der russischen Revolution, die diese Positionen direkt bestätigte. Auf dieser prinzipiellen Grundlage beruhten die Debatten über die Taktik der Internationale im Hinblick auf den Parlamentarismus und die diesbezüglich beschlossenen Thesen (II. Kongreß 1920). Wir haben in Bulletin Nr. 7/8, August 1975, alle marxistischen Redebeiträge von damals sowie die Thesen der Bolschewiki und der italienischen Linke mit einem langen einleitenden Kommentar wiedergegeben und werden uns hier deshalb auf die wesentlichen Punkte beschränken, um klarzumachen, warum die kommunistische Linke Italiens, die später gegenüber den Abweichungen der Internationale und der darauffolgenden stalinistischen Konterrevolution den revolutionären Marxismus verteidigte und als einzige in der Lage war, eine Bilanz der Taktik der Internationale und der Konterrevolution zu ziehen, nach der Erfahrung der Internationale jeden Grund hatte, den revolutionären Wahlboykottismus als Bestandteil der Taktik der kommunistischen Partei zu vertreten.

Die Debatte über die Parlamentsausnutzung auf dem II. Kongreß der Komintern setzte die Annahme der oben aufgestellten Prinzipien voraus, was wohl der Fall war bei der Auseinandersetzung zwischen den Bolschewiki und uns, jedoch nicht bei den sogenannten prinzipiellen Antiparlamentaristen. Die Antiparlamentarier aus Prinzip (Anarchisten, Syndikalisten, KAPDisten) waren zugleich auch Antimarxisten (Ablehnung der Partei, moralische Ablehnung der "Autorität", Zurückweisung des Zentralismus, schließlich sektiererische Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die darauf zurückzuführen war, daß sie in den ökonomischen Organisationen des Proletariats und nicht in der Partei den Vertreter und Führer des revolutionären Kampfes sahen usw.) und mit ihnen mußte man auch in der Nebenfrage (so wird sie in den Thesen der Internationale bezeichnet) "Parlamentarismus" einen rigorosen Bruch vollziehen. Wenn heutige Pseudomarxisten vom II. Kongreß der Komintern sprechen, erwecken sie den Eindruck (wenn sie es nicht offen aussprechen), im Mittelpunkt dieses Kongresses hätte die Frage des Parlamentarismus gestanden und die kommunistische Linke Italiens hätte auf der Seite der "Antileninisten" gestanden. Dies ist in jeder Hinsicht falsch. Unsere Position setzte die Annahme der Grundthesen Lenins voraus, während die, die formal scheinbar mit uns übereinstimmten, eben gerade ihre "boykottistische" Position an der Ablehnung dieser Thesen entwickelten. Dieser Punkt wurde auch - nebenbei gesagt - von Trotzki als Kommissionsreferent klar herausgestrichen. Vergleicht man die Thesen der Bolschewiki zum Parlamentarismus mit den unsrigen (siehe Bulletin Nr. 7/8 oder die Protokolle des II. Kongresses), so findet man absolute Übereinstimmung in folgenden entscheidenden Punkten:

- a) Die Diagnose der konterrevolutionären Funktion des Parlaments;
- b) die Negation des Parlamentarismus als Form der zukünftigen Gesellschaft wie auch der Proletarischen Diktatur;
- c) Die Negation der Möglichkeit, das Parlament für proletarische Zwecke zu erobern;

- d) die Erklärung, daß es notwendig ist, das Parlament und alle anderen demokratischen Institutionen zu zerstören;
- e) die Verurteilung des moralischen Antiparlamentarismus;
- f) die Ablehnung von Spaltungen in der Kommunistischen Bewegung in dieser Frage;
- g) die Verurteilung der anarchistischen "Gleichgültigkeit" gegenüber den Wahlen.

Die alleinige Differenz lag in unserer Forderung, auch auf dem Gebiet des Parlamentarismus so klar wie nur möglich mit den demokratischen Illusionen der parlamentarischen Sozialdemokratie zu brechen. Wir behaupteten damals - und die spätere Geschichte hat uns recht gegeben -, daß der Versuch des revolutionären Parlamentarismus in entwickelten demokratischen Staaten letzten Endes auf eine Stärkung der damals sowieso noch recht starken opportunistischen Fraktion in den jungen kommunistischen Parteien hinauslaufen würde. Wir propagierten die Alternative "Entweder Wahlvorbereitung oder revolutionäre Vorbereitung" für Länder des entwickelten Kapitalismus auf Grundlage der marxistischen Einschätzung, daß eine "Ausnutzung" der demokratischen Einrichtungen eher auf eine Stärkung der demokratischen Illusionen hinauslaufe als auf ihre Zerstörung. Zugleich mit dieser grundsätzlichen Erwägung erklärten wir die aktive boykottistische Haltung der Kommunisten als ein wichtiges Mittel um zur Entstehung von effektiven kommunistischen Parteien beizutragen. Gegen Bucharin, der argumentierte, daß eine wirkliche kommunistische Partei auch im Parlament revolutionär arbeiten könne, setzten wir, daß es darum ginge, eine solche Partei aufzubauen. Man konnte damals, vor allem nicht im opportunistisch verpesteten Westen, eine revolutionäre Partei voraussetzen, man mußte alles tun, um eine von Opportunismus freie Partei zu schaffen.

Die Geschichte hat die Bilanz gezogen. Die Parteien, die im Westen entstanden waren, waren unfähig, den Einfluß der Sozialdemokratie auf breite Teile der Arbeiterklasse zu brechen und das heißt auch, sie waren unfähig, der Welle der Konterrevolution zu widerstehen. Sie scheiterten Anfang der 20er Jahre an der mangelnden revolutionären Vorbereitung und Festigkeit. Sie waren nicht in der Lage, der russischen Partei die revolutionäre Unterstützung zu gewähren, die allein die Vernichtung der proletarischen Diktatur in Rußland verhindert hätte. Den revolutionären Parlamentarismus - oder besser gesagt dessen Möglichkeit, denn auf den verschiedenen Kongressen der Internationale mußte der Referent des Exekutivkomitees immer wieder darauf hinweisen, daß man auf diesem Gebiet die wenigsten positiven Ergebnisse melden konnte - vernichteten sie bereits seit dem IV. Kongreß (1922) auf der Grundlage von taktischen Thesen, die die Möglichkeit einer opportunistischen Auslegung der Parole der "Arbeiterregierung" als parlamentarische Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie offenliessen. In der Tat läßt sich ein parlamentarischer Block mit der Sozialdemokratie mit dem revolutionären Parlamentarismus nicht vereinbaren: die Bindung an die Sozialdemokratie - eine Partei, die aufgrund ihrer Zielsetzung und ihrer ganzen Entwicklung dazu gezwungen ist, eine konterrevolutionäre Rolle zu spielen - macht die revolutionäre Vorbereitung der Massenaktion und des Aufstands unmöglich und reduziert den revolutionären Parlamentarismus auf bloße Demagogie, war er ja konzipiert als zusätzliches Propaganda- und Agitationsmoment zur Aufrüttelung der Massen auf der Grundlage einer Eroberung und Organisation der Massen von unten an ihrer Basis, für die Revolution. Es handelt sich dabei keineswegs um "doktrinäre" Einwände, sondern um entscheidende praktische Punkte: die falsche Taktik der Einheitsfront "von oben" mit der Sozialdemokratie und der Regierungskoalition mit ihr führte in Deutschland

1923 (Regierungskoalition in Sachsen und Thüringen) zur Lähmung der kommunistischen Aktion und der Massen mit verheerenden Ergebnissen.

Geschwächt von verschiedenen Niederlagen, waren die Internationale und ihre Sektionen nicht in der Lage, der antiproletarischen Welle des Stalinismus zu widerstehen, verwandelten sich unter ihrem Druck in Instrumente des Opportunismus und des stalinistischen - sprich bürgerlichen - russischen Staates. Auf die Verdrängung und Entleerung der Parlamente durch den Faschismus und auf den faschistischen Totalitarismus überhaupt, - ein Phänomen, das mit der totalitär zentralisierenden Entwicklung des Kapitalismus und der Zuspitzung seiner sozialen und internationalen Widersprüche in vollem Einklang steht und dem nur durch den selbständigen, revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu entgegnen ist - antwortete die Internationale sodann mit der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie. Der Kreis war geschlossen: von der Ausnutzung des Parlaments für den proletarischen Klassenkampf zur Ausnutzung des Proletariats für die Verteidigung des Parlaments.

Die kommunistische Linke Italiens, die sowohl in der Führung der italienischen Partei als auch nach 1923 in der Opposition bis zur restlosen Vernichtung des revolutionären Charakters der Internationale als einzige Partei im Westen den revolutionären Parlamentarismus (selbst unter den Bedingungen der faschistischen Repression) loyal und diszipliniert anwandte, konnte daher im Zuge ihrer langen Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und der revolutionären Organisation 1951 schreiben:

"Die Partei (die IKP) stammt nicht von der wahlboykottistischen Fraktion ab, wenngleich diese eine große Bedeutung in der Bewegung gehabt hat bis zur endgültigen Bildung der Kommunistischen Partei Italiens 1921 in Livorno. Die Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei Italiens und der Kommunistischen Internationale beruhte nicht auf den Thesen des Abstentionismus, sondern auf anderen grundlegenden Fragen. Infolge der Entwicklung des kapitalistischen Staates zu einer offensichtlichen Form von Diktatur - Entwicklung, die der Marxismus von Anfang an klar erkannt hatte - verliert der Parlamentarismus mit der Zeit immer mehr an Bedeutung. Auch die noch formal überlebenden parlamentarischen Institutionen der traditionellen Bourgeoisie werden immer mehr zu leeren Hüllen; was bleibt, ist nur Phrasendrescherei, um in Momenten sozialer Krise die diktatorische Form des Staates, letzte Instanz des Kapitalismus, gegen ^{die} das Proletariat seine Gewalt entfesseln muß, klar hervortreten zu lassen." (deutsch in: "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?", S. 46).

In diesem allgemeinen Rahmen benutzt die Partei die ständige Entlarvung dieses Aspektes der bürgerlichen Klassenherrschaft, um - in der Perspektive, daraus einen mächtigen Agitationshebel zu machen - die grundsätzlichen Positionen des Marxismus zu klären. Es geht darum, eine klare Orientierung zu geben, die darauf abzielt, die wenigen Kräfte, die sich heute dem Joch der Klassenkollaboration entziehen, im Hinblick auf die Schaffung subjektiver Voraussetzungen für das Wiederaufflammen des Klassenkampfes um die marxistischen Positionen zu organisieren. In einer Lage wie der heutigen haben die Stellungnahmen der Kommunisten zu den verschiedenen Ereignissen - abgesehen vom ständigen Hinweis in Richtung auf die Arbeiterklasse, daß sie nur durch Wiederaufnahme des selbständigen Klassenkampfes ihre Interessen verteidigen kann und daß deshalb der reine Wahlboykott zu einem lächerlichen Protest wird, wenn er nicht mindestens von der Propaganda und Agitation für den direkten Tageskampf und vom Kampf gegen den Opportunismus begleitet wird -, also abgesehen davon haben die Stellungnahmen der Kommunisten heute vor allem die Rolle eines Faktors der Selektion der Militanten, des viel beschworenen Parteaufbaus. Und diese Selektion, wenn sie effektiv eine solche sein soll, verlangt klare, unzweideutige, in den Prinzipien (und somit auch *in der Zukunft*) der Bewegung fest verankerte Stellungnahmen, auch

wenn man sie lange und ausführlich erklären muß, denn es geht darum, den Leuten, die ihre Kräfte für den revolutionären Sturz dieser Gesellschaft einsetzen möchten, klar zu machen, daß dies einen Bruch mit den Organisationen voraussetzt, die aufgrund ihrer sozialpazifistischen (DKP), populistischen und sozialpatriotischen (Maoisten) Prinzipien oder aufgrund ihrer tiefen Prinzipienlosigkeit (KB, verschiedene "dogmatische Linke", und auch Trotzlisten) nicht bloß dazu gezwungen sind, schon aus Anlaß von Bundestagswahlen das schaurige Spektakel dieser letzten Monate zu liefern (1), sondern auch im imperialistischen Kräftespiel zwangsläufig von einem der imperialistischen Lager aufgesogen werden, zwangsläufig das Schicksal des Opportunismus erleiden, voll und ganz und sogar unerbeten die Dynamik der imperialistischen Entwicklung mitmachen, oder mitmachen werden, d.h. die eigene Politik von den Interessen eines bürgerlichen Lagers, eines imperialistischen Lagers - und im Endeffekt des Kapitals schlechthin - diktieren lassen. Und der Versuch dieser Organisation (objektiv oder nur in der Perspektive ihrer Arbeit vorhanden) ihre politische Linie mit der Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, liefe bei Erfolg zwangsläufig auf die Fesselung der Arbeiterbewegung an die Karre des Imperialismus hinaus, sei es direkt, sei es durch die Unterstützung einer bürgerlichen "Arbeiterpartei", liefe also auf die Perpetuierung der politischen und organisatorischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, auf ihre Kapitulation oder Wiedermetzlung bei der nächsten revolutionären Krise hinaus.

Was uns von den sogenannten "linken" Organisationen trennt, ist nicht die Frage des "Wahlboykottismus", sondern die Frage der Prinzipien, des Programms, der Theorie und der allgemeinen Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung, die Frage ihrer geschichtlichen Erfahrung. Eine Partei organisiert sich nicht auf der Grundlage einer einzelnen Taktik, und noch weniger läßt sich der Parteaufbau durch "geschickte" Wahlmanöver gegenüber anderen Gruppen beschleunigen oder gar betreiben. Im Gegenteil: die einzelne Taktik, und der "Parteaufbau" setzen das prinzipielle, programmatische, strategische und organisatorische Gerüst der Partei voraus. Erst auf dieser Grundlage gewinnt die taktische Stellungnahme ihre positive Bedeutung in der Perspektive der Wiederherstellung der kommunistischen Weltbewegung. Alles andere ist Tinnel mit Lakritze.

++ ++
++

- (1) Ein kurzer Hinweis auf das "linke Spektrum" kann nicht schaden. Die maoistischen Gruppen des Kleinbürgertums und der Intelligenzia haben sich die "Erfahrung der Arbeiterbewegung" durch den stalinistischen Filter (also die politische Perspektive der konterrevolutionären Vernichtung der kommunistischen Arbeiterbewegung) angeeignet. Es ist deshalb kein Wunder, daß sie via Anlehnung an die Interessen eines kapitalistischen Staates (nämlich China, deren nationalpolitische Interessen mit denen des westlichen und vor allen westeuropäischen Imperialismus zusammenlaufen) in einem äußerst beschleunigten Prozeß auf den Boden des Sozialpatriotismus gelangten. Ob sie den revolutionären Parlamentarismus durch demagogische Phrasendrescherei parodieren oder Wahlboykott betreiben, spielt für die Kritik nur eine unbedeutende Rolle, stehen ja beide taktischen Lösungen im Zeichen der (kriminellen) Verbindung der sozialen Emanzipation des deutschen (!) Proletariats mit der nationalen Emanzipation des deutschen Imperialismus. In Anbetracht der bestehenden sozialen und weltpolitischen Lage können die Maoisten lächerlich oder hysterisch vorkommen - in einer Lage der internationalen politischen Krise und des allgemeinen sozialen Aufbruchs wäre ihre politische Ausrichtung ein wichtiger Mangel.

für die Bourgeoisie, um die Arbeiterbewegung politisch zu entwaffnen und in den Dienst des eigenen Imperialismus zu stellen. Nicht umsonst tauchten viele der Grundgedanken des "Nationalbolschewismus" (ein äußerst "linksradikaler" Flügel der KAPD unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg) später im demagogischen Arsenal der Nazis wieder auf, von der Entwicklung des ehemaligen radikalen Sozialisten Mussolini ganz zu schweigen. Die Direktiven des konterrevolutionären Meisters Stalin werden akkurat befolgt: Die Fahnen an sich zu ziehen, die die Bourgeoisie in den Sumpf fallen ließ. Darin ist die ältere DKP natürlich unheimlich weiter: erfahrener Klassenbester. Die Maoisten kokettieren noch mit einem "revolutionären" Weg zum populistischen Ultrademokratismus. Und in diesem Punkt ist der KBW (der hinsichtlich Sozialpatritismus noch unterwegs ist, sich zierte, wohl wissend, daß aufgrund seiner programmatischen Grundlagen und seiner ganzen Entwicklung keine andere Alternative vorhanden ist) der Champion. Der gute kleinbürgerliche Demokrat kann trotz sonstiger Blindheit nicht umhin zu erkennen, daß er allein nicht in der Lage ist, die liberalen Bedingungen demokratischen und kleinbürgerlichen Gedeihens der Gründerzeiten wiederherzustellen (nicht zufällig die romantische Bewunderung für China). Wen kann man da schon für die Propagierung der eigenen Utopie anvisieren, wenn nicht die Arbeiterklasse, die sich einspannen lassen soll, um die graue Wirklichkeit der heutigen parlamentarischen Demokratie durch die "umfassende und direkte" Demokratie, eiligst in "Diktatur des Proletariats" umgetauft, zu ersetzen? Zitat: "Fordert die Arbeiterklasse zur Durchführung ihrer Diktatur besondere Rechte gegenüber dem Volk? (und d.h., da das Volk eine Abstraktion ist, die mehrere Klassen, Ausbeuter und Ausgebeutete, erfaßt: gegenüber den anderen Klassen, IKP). Nein, dies tut die Arbeiterklasse nicht. Weder braucht die Arbeiterklasse z.B. mehr Redefreiheit als andere Teile des Volkes, noch beruht ihre Diktatur in irgendeiner Weise auf einem besonderen Recht gegenüber dem Volk. (Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/74, S. 2979). Das ist purer Kautsky, und zwar von der Phase des wütendsten Angriffes gegen die proletarische Diktatur in Rußland. Welcher Bourgeois wird in der Phase der Revolution diese Auffassung von der Diktatur des Proletariats nicht beherzigen. Schon Miliukow sabbelte dauernd in Rußland: Diktatur des Proletariats ja, aber keine Diktatur der Bolschewiki. Und bei unseren heutigen Ultrademokraten handelt es sich ja um eine Art oberstes Verfassungsgericht, das schön neutral (aber Hauptsache man hat wieder ein Parlament: läßt die Bourgeoisie einen nicht mehr an die Kanzel, versucht man eiligst in der Arbeiterklasse das neue parlamentarische Terrain zu finden) die Rechte und Freiheiten des Bürgers (Volk ist aber vager und kommt besser an, nicht wahr?) garantieren muß. Wir allerdings dachten, wie Marx, Engels und Lenin, daß die Diktatur das Instrument ist, mit dem die kommunistische Partei, die Avantgarde des Proletariats, das ganze bewaffnete Proletariat in der terroristischen Unterdrückung aller (unausbleiblichen) konterrevolutionären Versuche und Einflußmittel führt, daß sie die politische *Entrechtung* aller nichtproletarischen Klassen bedeutet. Mensch, sind wir passé? Der Kleinbürger ist aber nicht passé, nicht wahr. Auch nicht, wenn er nach dem uralten Rezept weiterverfährt (der ist Invariant, der Junge): um die Arbeiterklasse für seine kleinbürgerlichen Klasseninteressen einzuspannen, nimmt er alle möglichen Begriffe von Sozialismus, Revolution, Herrschaft der Arbeiterklasse usw. in den Mund, färbt sich so knallrot. Marx hatte dies schon Mitte des vorigen Jahrhunderts angeprangert und dafür lieferten die Maoisten im Bundestagswahlkampf 1976 (an erster Stelle der KBW) ein markantes Beispiel.

Enttäuscht, daß man die SPD nicht mehr als "geringeres Übel" wählen kann, aber auch keine Argumente findet, irgendjemanden zu unterstützen, fanden der KB wie der SD und alle anderen "Dogmatiker" (Programm- und Prinzipienlosigkeit werden heute so genannt) die altbewährte Lösung aus dem Dilemma des Nicht-Mehr-Weiter-Wissens: Diskutieren, Diskutieren, das ist

Moses und die Propheten. Parlament und Wahlen sind Scheisse - also mache man aus der eigenen Organisation und Presse eine Art Miniparlament, wo alle möglichen Haltungen gegenüber den Wahlen zur Sprache kommen, mit dem letztendlichen Ergebnis, daß die Entscheidung dem einzelnen Mitglied überlassen wird, oder wie es der SB für sich tat, (singgemäß) an den Bürgersinn appelliert wird. Dies nennt man heutzutage Organisation oder Aufbauorganisation. In Wirklichkeit kommt mit der Unfähigkeit, selbst zu den Bundestagswahlen den eigenen Militanten eine Orientierung zu geben, die politische Bankrotterklärung dieser "Organisationen" zum Ausdruck. Man stelle sich überigens vor, welches Schicksal die Gefolgschaft solcher "Organisationen" erwarten darf, wenn es sich um eine zugespitzte Situation und um entscheidende Fragen der revolutionären Aktion handeln wird. Man eröffnet ein Diskussionsforum, mindestens bis die Sache vorüber ist, man erarbeitet sich im kreativen, gruppentherapeutischen Prozeß der Meinungsbildung die eigene, die man post festum anhand der in der weiteren Diskussion filtrierten, abgelaufenen Ereignisse "überprüfen" kann. Und wie kommt man aus dem Schlamassel? Erweiterung der Diskussion, um einen Wahlblock zu bilden. Und das Programm? Nur Sekten haben ein Programm verstanden sich. Und wenn was schief läuft? Da findet man eben immerhaßer in der Diskussion - ein geeignetes Lenin-Zitat, das man aus dem Zusammenhang herausreißen kann, um alles zu begründen. Unterstützte man die SPD 1972 als "geringeres Übel", so bespuckt der Kd heute seinen Nachruf auf gestern mit dem meistausgebeuteten Satz, man könne jemand/etwas unterstützen, wie der Strick den Gehenkten. Wer den Strick in der Hand hatte kann der (politisch) Gehenkte aus offensichtlichen Gründen nicht mehr wissen.

Das Panorama wird durch das trotzkistische Lager ergänzt. Sofern die Eigenkandidatur nicht zur Anbiederung an die öffentliche Meinung "verpflichtet" (bekanntlich hat sich die kandidierende GIM in ihrer Wahlplattform von einem demokratischen Standpunkt von der Verteidigung der "degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten" etwas distanziert - in Anbetracht des Zentralwertes dieser Position für die Trotzkisten kann man sich vorstellen, zu was die GIM nicht mehr bereit wäre, wenn "Chancen" beständen), werden diese Organisationen durch die Position der Verteidigung der genannten Staaten, d.h. im marxistischen Verständnis des russischen Imperialismus samt Staaten seiner Einflußsphäre und China gekennzeichnet. In diesen Staaten gäbe es eine sozialistische ökonomische Basis - die Staatsmacht läge aber in Händen einer parasitären antiproletarischen Bürokratie. In dieser Konstruktion bleibt von der marxistischen Einschränkung der proletarischen Revolution in Rußland und der bürgerlichen Konterrevolution, von der marxistischen Auffassung des ökonomischen Determinismus, von der Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, von der Rolle der Klassen und des Klassenkampfes in der Geschichte nichts übrig. Nicht nur das Programm der zukünftigen Gesellschaft wird über Bord geworfen, sondern auch alle Prinzipien des Marxismus, der revolutionären Arbeiterbewegung: ohne Diktatur des Proletariats und ohne kommunistische Partei, vielmehr im Prozeß der "Entartung" dieser Diktatur, der "Usurpierung der Macht" durch antiproletarische Kräfte (die ominöse "parasitäre Bürokratie", die den Staat totalitär in ihren Händen hat: und da fordert die "trotzkistische" TLB in ihrer Kritik der GIM-Plattform noch dazu auf, die "Errungenschaften" die es dort gibt, hervorzuheben!) in und nach dem Ausrottungskampf gegen die Revolutionäre war es möglich, die "sozialistische" Grundlage der russischen Wirtschaft zu festigen und auszudehnen und nach dem Weltkrieg in die halbe Welt zu exportieren. Man braucht keinen Klassenkampf, keine Revolution, keine Diktatur des Proletariats, keine kommunistische Partei: das wesentliche machte die "parasitäre Bürokratie" selbst. Jetzt gilt es, sie mit einer "politischen Revolution" wegzufegen, um - etwa die Diktatur des Proletariats zu errichten? Nein. Die "Arbeiterdemokratie" mit ihrem demokratischen Kampf aller "Arbeiterparteien" auf der Grundlage einer "Sowjetordnung" (daß die

Sowjetordnung im revolutionären Rußland nur durch die Liquidierung aller Parteien außer der kommunistischen möglich wurde, haben die "Trotzkisten" längst vergessen). Die Demokratie als Korrektiv für die historische Entwicklung! Aber auch für den Westen - wo es reinen Kapitalismus gibt, und die Sache sich nur um eine proletarische Revolution dreht - werden die "formlosen Parlamente der Arbeit" dem bürgerlichen Staat entgegengestellt: nicht umsonst, umgehen selbst "orthodoxe" Trotzkisten den Begriff der Diktatur des Proletariats, um von einer "Arbeiterregierung" zu sprechen.

Das schlägt sich nieder in der Wahlpolitik: ob man die SPD unterstützt oder eine andere evtl. kandidierende trotzkistische Organisation, hängt vom Kriterium der *formal* unabhängigen "Klassenkandidatur" ab. Man will die SPD entlarven, deshalb möge sie sich bitte wieder verschleiern und formal unabhängig auftreten. Man will durch "kritische Unterstützung" den kandidierenden Nachbarverein vor dessen eigenen Militanten entlarven: warum sollten aber dann die Militanten des Nachbarvereins nicht "kritisch" darin bleiben? Was und wie man dies aber tut - und was das alles mit den Thesen der Internationale oder selbst mit politischer Vernunft zu tun hat, weiß der Kuckuck -, man tut es, wie der "Strick dem Gehenkten". Wir sind bekanntlich in England 1920 in einer ungeheuren internationalen Krise, die sich in verschiedenen Ländern revolutionär zuspitzt; die Massen machen einen unwiderstehlich scheinenden Trend zum Kommunismus durch; wir haben die Macht einer Diktatur des Proletariats in einem wichtigen Land hinter uns; eine kommunistische Internationale, die von einer siegreichen Partei geführt wird, die auf 20 Jahre strengsten, "sektiererischsten", "dogmatischsten" Aufbau zurückblicken kann und deshalb die entsprechende Festigkeit aufweist; die kapitalistische Welt ist in ihren Grundfesten erschüttert; wir sind dabei, den Bürgerkrieg in Rußland siegreich zu beenden; die Massen der kolonialen Welt sind dabei, zusammen mit uns gegen das Herz des Imperialismus Sturm zu laufen - und unter diesen Bedingungen, bei diesen Kräfteverhältnissen, in diesem revolutionären Schmelztiegel, führen wir ein wichtiges taktisches Manöver mitten in der obersten Festung der Reaktion durch und unterstützen da eine bürgerliche "Arbeiterpartei", wie der Strick den Gehenkten unterstützt: konnte man das aus Prinzip ablehnen? Nein. Man konnte aber die Lage weniger günstig einschätzen, taktische Einwände im Hinblick auf das Gelingen des Manövers haben. Und siehe - leider - selbst unter diesen günstigen Bedingungen, bei diesen Kräfteverhältnissen, in diesem revolutionären Schmelztiegel, behielten die anderen den Strick und wir wurden gehenkt.

So ist es, meine Herrschaften: ihr seid nicht bereit, auf taktische Probleme einzugehen, Bilanz zu ziehen, die konkrete Analyse der konkreten Situation zu machen, um Fehler zu vermeiden. Ihr seid auf der Suche nach Begründungen für eure prinzipiellen politischen Fehler oder überhaupt für euepolitisches Dasein. Und die könnt ihr nur im Bereich der Ideologie, in der Abstraktion von der Geschichte finden.

Die Art und Weise, wie aus Anlaß dieses Bundestagswahlkampfes 1976 mit "Ausnutzungen" und "Unterstützungen" umgegangen wurde, wie Strick und Gehenkter allenthalben auftauchten, wie aus Losungen und Lösungen des proletarischen Arsenal Phrasen gemacht wurden, die man nur so um sich herumwarf, kann vom marxistischen Standpunkt aus bestenfalls als theoretische und politische Haltung der demagogischen Unverantwortlichkeit bezeichnet werden - das ist aber, wie die ganze obige Anmerkung, kein arroganter Vorwurf, sondern schlichte Konstatierung.

++ ++

++